


Zahl illegaler Einwanderer um 138 Prozent gestiegen

Der Zustrom illegaler Migranten in die EU nimmt rasant zu. EU-Innenkommissar Avramopoulos fordert deshalb ein koordiniertes Handeln. Vor allem die Türkei wird zunehmend wichtiger.

14.01.2015



© DPA  Immer mehr Flüchtlinge kommen über das Mittelmeer nach Europa.

Mehr als 276.000 illegale Einwanderer sind im vergangenen Jahr in die Europäische Union gekommen. Dies stelle gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 138 Prozent dar, sagte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos am Dienstag bei einer Parlamentsdebatte in Straßburg über die jüngsten Flüchtlingsdramen im Mittelmeer. Demnach kamen 207.000 der Migranten „illegal über das Mittelmeer“. Seit September seien zwölf mit Flüchtlingen beladene Frachter in Europa eingetroffen, was zeige, dass die Schleuser „neue Routen und neue Methoden“ finden würden.

Avramopoulos warnte, ohne ein „entschiedenes und koordiniertes Handeln“ der EU werde der Zustrom von Migranten angesichts der Konflikte an den Grenzen der EU weiter anhalten. Die EU müsse vor allem das Vorgehen gegen die Schmuggler verstärken, indem es die Sammlung und den Austausch von Informationen verbessere. Angesichts der Verlagerung der Flüchtlingsrouten über die Türkei sei Brüssel im Kontakt mit Ankara, um über Konsequenzen zu sprechen, sagte der Kommissar. Er sprach sich zudem für eine Erhöhung des Kontingents an Flüchtlingen aus Syrien aus.

Mehr zum Thema

- Einwanderung ohne Illusionen
- „Harte Bretter“: Was bringt ein Einwanderungsgesetz?
- Debatte über Einwanderungsgesetz: Ein Ballon in der Berliner Luft
- Einwanderungsgesetz: Merkel für Debatte über Fachkräftemangel
- Einwanderung in Deutschland: Keine Rede von Islamisierung!

Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi forderte seinerseits in Straßburg, dass sich die EU dem Konflikt in Libyen widme. Über das nordafrikanische Land reisen die meisten Migranten nach Europa. Seit dem Sturz des langjährigen Machthabers Muammar al-Gaddafi im Herbst 2011 herrschen in Libyen Anarchie und Gewalt. Der fast vollständige Zusammenbruch der staatlichen Ordnung erleichtert auch die Aktivität der Schmuggler.

2015

Superwahljahr für Europas Protestparteien

Populisten sind in Europa im Aufwind. Linke und Rechte eint die Ablehnung der Etablierten. Droht nach der Banken- und Eurokrise nun eine politische Krise?

13.01.2015, von **MARCUS THEURER**, **LEO WIELAND**, **TOBIAS PILLER** UND **CHRISTIAN SCHUBERT**

Alexis Tsipras verspricht seinen Landsleuten „ein Ende von Armut, Arbeitslosigkeit, Leid und Verzweiflung“. Der griechische Volkstribun geht mit seiner „Koalition der radikalen Linken“ (Syriza) als Favorit in die Parlamentswahlen in zwei Wochen. Die Protestpartei will ein Ende der vom Ausland diktierten Reformpolitik durchsetzen und verlangt von den internationalen Gläubigern einen Schuldenschnitt. Ein Affront gegen Deutschland und andere Länder der Eurozone. Der lange tabuisierte Ausstieg Griechenlands aus der Währungsunion wird plötzlich denkbar.

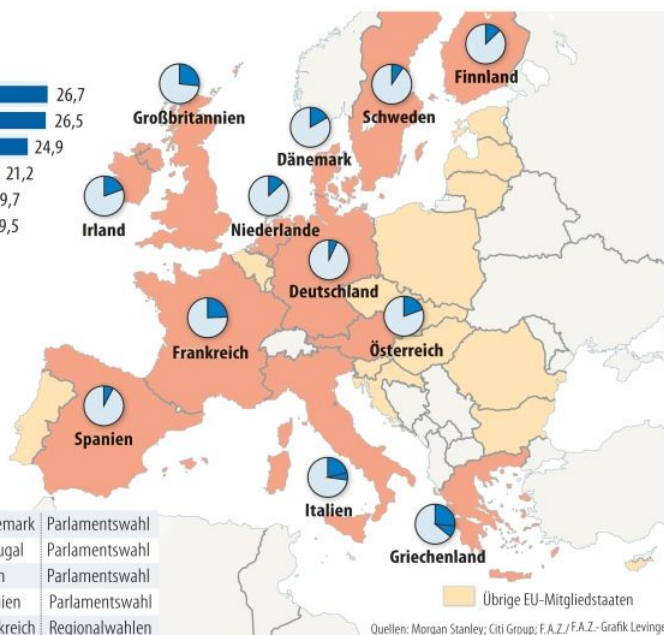
Zwar nehmen die Finanzmärkte die neue Griechenland-Krise nur mit Schulterzucken zur Kenntnis. Die Risikoprämien auf Staatsanleihen anderer Peripheriestaaten der Eurozone haben auf die Wirren in Athen kaum reagiert. Und dennoch könnten die Verwerfungen ein europapolitisches Wetterleuchten sein. Im Londoner Finanzviertel Canary Wharf warnen die Ökonomen internationaler Großbanken unisono vor wachsenden politischen Risiken in Europa. 2015 stehen in den Mitgliedstaaten der EU rund ein Dutzend wichtiger Wahlen an, und ähnlich wie in Griechenland sind in vielen Ländern Protestparteien zu Angstgegnern des politischen Establishments geworden.

Volkes Stimme

Ergebnisse von Protestparteien bei der Europawahl 2014

GB		Ukip	26,7
GR		Syriza	26,5
F		Front National	24,9
I		Fünf-Sterne-Bewegung	21,2
A		FPÖ	19,7
IRL		Sinn Fein	19,5
DK		Dänische Volkspartei, DPP	16,7
NL		PVV	13,3
FIN		Wahre Finnen, PS	12,9
S		Schwedendemokraten	9,7
GR		Goldene Morgenröte	9,4
E		Podemos	8,0
D		AfD	7,1
I		Lega Nord	6,2

in Prozent



Ausgewählte Wahltermine 2015

Januar	Griechenland	Parlamentswahl	September	Dänemark	Parlamentswahl
März	Estland	Parlamentswahl	Oktober	Portugal	Parlamentswahl
März	Frankreich	Departementswahlen	Oktober	Polen	Parlamentswahl
April	Finnland	Parlamentswahl	November	Spanien	Parlamentswahl
Mai	Großbritannien	Unterhauswahl	4. Quartal	Frankreich	Regionalwahlen

Zum Beispiel in Spanien, wo die Arbeitslosenquote bei 24 Prozent liegt und im November ein neues Parlament gewählt wird: In Madrid ist mit Podemos („Wir können es“) eine Protestpartei im Aufwind, die eine ähnliche Agenda hat wie Syriza. Auch Podemos will dem angeblich „deutschen“ Austeritätskurs den Garaus machen und einen Schuldenerlass. Die Partei wirbt für höhere Löhne und mehr Staatsausgaben. Podemos verspricht die Gründung einer neuen Staatsbank und ein „gesetzliches Recht auf Kredit“. Auf die Frage, wer die geplanten sozialen Wohltaten bezahlen soll, erwidert Parteichef Pablo Iglesias: „Spanien ist reich“ und kündigt höhere Steuern für Reiche und Konzerne an. Meinungsumfragen zufolge liegt Podemos mit derzeit 28 Prozent gleichauf mit der regierenden Volkspartei von Ministerpräsident Mariano Rajoy.

Gründe für die Popularität der Protestparteien

Den Treibstoff für die Protestparteien liefert die Wirtschaftsmisere. In den Krisenstaaten gewinnen Parteien wie Syriza und Podemos scharenweise Wähler, weil immer mehr Bürger genug von Reformforderungen aus Brüssel und Berlin haben. In den Kernländern der Eurozone profitieren neue Parteien wie die AfD davon, dass die Bürger nicht mehr Zahlmeister für reformunwillige Peripherieländer sein wollen. Die Investmentbank Goldman Sachs macht einen zweiten Brandbeschleuniger aus: Der Frust über die Euromisere mischt sich mit Unbehagen an der Globalisierung und dem Kapitalismus, befürchtet Huw Pill, europäischer Chefvolkswirt der Bank. Einwandererströme und zunehmende Unterschiede zwischen Arm und Reich – die Furcht vor Folgewirkungen der Globalisierung brächten linken wie rechten Populisten Zulauf.

Nach Banken- und Staatsschuldenkrise steht Europa womöglich eine Krise des politischen Establishments bevor, dem zunehmend die demokratische Legitimation abhandenkommt. Der Aufstieg der europaskeptischen Protestparteien macht es immer schwerer, die notwendigen Strukturreformen zur Rettung des Euro politisch durchzusetzen. „Markt- und unternehmensfeindliche Politikprogramme werden wahrscheinlicher“, sagt Tina Fordham, Politikanalytistin der Citigroup.

Goldman Sachs glaubt, dass sich das politische Koordinatensystem grundlegend ändert. Die bisherige Unterteilung von Europas Parteienlandschaft in links und rechts sei zunehmend obsolet. Wenn die Wirtschaftsmisere weitergehe, werde sich eine neue Grenzlinie bilden: Auf der einen Seite stünden etablierte und insgesamt proeuropäische Parteien – linke wie rechte. Auf der anderen Seite sieht Huw Pill linke und rechte Populisten, die diesen proeuropäischen Konsens aufgekündigt hätten. Beispiel Italien: In dem Land, das seit Jahren nicht aus der Rezession kommt, bringt die bevorstehende Wahl eines neuen Staatspräsidenten durch Abgeordnete, Senatoren und Regionalvertreter neue Turbulenzen in die Politik – weshalb nicht ausgeschlossen wird, dass es 2015 zu vorgezogenen Neuwahlen des Parlaments kommt. Doch bei diesen müsste der sozialdemokratische Ministerpräsident Matteo Renzi eine mächtige Phalanx linker wie rechter Eurogegner niederkämpfen. Laut Meinungsumfragen unterstützt eine Mehrheit der Wähler in Italien Parteien, die offen für einen Austritt aus der Währungsunion eintreten.

Die möglichen Folgen

Auf der Rechten geißelt Matteo Salvini, Chef der Lega Nord, den Euro als ein angeblich „kriminelles Projekt“ der Deutschen zur Unterjochung der Italiener. Zum wirtschaftspolitischen Sprecher hat er den Wirtschaftsprofessor Claudio Borghi ernannt, der sich schon lange gegen den Euro wendet. Wenn Italien die Lira zurückhabe und diese kräftig abwerte, würden auch die Deutschen lieber Ferraris als BMW kaufen, so die Logik des Ökonomen. Links von der Mitte wirft derweil Beppe Grillos Fünf-Sterne-Bewegung ihre Netze aus. Er verspricht einen Volksentscheid über die Rückkehr zur Lira.

Auch in Frankreich, das unter dem Eindruck der islamistischen Attentate von Paris steht und wo die Arbeitslosigkeit weiter steigt, wächst der Druck: Der Front National (FN) hat bei den Wahlen zum EU-Parlament im vergangenen Frühjahr die meisten Stimmen bekommen – eine Partei, die erklärtermaßen nicht nur den Euro, sondern auch die EU verlassen will. Bei den bevorstehenden Departementwahlen im März und Regionalratswahlen im Dezember werden weitere Erfolge erwartet. Der FN lässt sich kaum in das gewohnte Links-rechts-Schema einordnen. Einerseits fordert die Parteichefin Marine Le Pen nach den Anschlägen auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ eine Volksabstimmung über die Einführung der Todesstrafe. Andererseits nimmt der FN programmatische Anleihen bei linksextremen Parteien und will etwa, dass Frankreich aus der Welthandelsorganisation aussteigt. Der Freihandel sei liberales Teufelszeug. Die sozialistische Regierung in Paris schielt ängstlich auf die Protestpartei und traut sich nicht, entschlossen das Messer anzusetzen, die Staatsausgaben zu kürzen und Privilegien zu kappen, aus Angst, dem FN dadurch noch mehr Wähler in die Arme zu treiben.

Auf der anderen Seite des Ärmelkanals, in Großbritannien, hat derweil die UK Independence Party (Ukip) ihre europa- und ausländerfeindliche Agenda zum politischen Verkaufsschlager gemacht. Nirgendwo ist der proeuropäische Konsens in der Politik so brüchig geworden wie hier. Unter wachsendem Druck der Ukip hat Regierungschef David Cameron den Bürgern einen Volksentscheid über den Ausstieg aus der EU versprochen. Es wäre das erste Mal, dass ein Mitgliedstaat dem Staatenbund den Rücken kehrt. Ukip-Chef Nigel Farage führt eine Antiglobalisierungsbewegung im Tweed-Sakko an: Es möge ja sein, dass Großbritannien wirtschaftlich von den osteuropäischen Einwanderern profitiere, sagt Farage. Aber „etwas weniger reich zu sein“ nehme er als Preis für Zuwanderungsbeschränkungen gern in Kauf, wenn England dafür wieder englischer werde.

Mehr zum Thema

- In Europa wachsen die politischen Risiken
- Italienische Parteien fordern Austritt aus der Eurozone
- Neue Rechte marschiert: AfD und Pegida

Im Mai wird auf der Insel eine neue Regierung gewählt, und der Wahlausgang gilt als so unberechenbar wie seit fast hundert Jahren nicht. Umfragen zufolge kann keine der beiden Volksparteien, die das Land über Jahrzehnte dominierten, mit einer Mehrheit rechnen. Der Aufstiegs von Ukip und der Scottish National Party macht den Etablierten einen Strich durch die Rechnung. Die Investoren sind nervös. George Buckley, Großbritannien-Spezialist der Deutschen Bank in London, sieht sein Land vor einer historischen Zäsur: „Diese Wahl könnte zu einem Wendepunkt in der politischen Geschichte Großbritanniens“ werden.“

111,4

Le grand malaise des musulmans

Par [Jean-Marie Guénois](#) Publié le 13/01/2015 à 20:01



Les instances nationales de l'islam se mobilisent, mais les jeunes des banlieues les récusent.

Après le choc, l'onde de choc. En France, la communauté musulmane et ses responsables sont comme pris en étau. Et la pression ne cesse de monter. Dans l'opinion, les musulmans sont montrés du doigt. Ils répondent «non à l'amalgame». Sur le terrain, une cinquantaine de mosquées ont été la cible de balles, de tags ou d'incendies. Les musulmans s'insurgent: «Non à la stigmatisation.» À sa base, la communauté tente de gérer une frange jeune qui gronde mais qui échappe à tout contrôle. Elle la supplie «de garder son calme».

Mercredi, le Conseil français du culte musulman (CFCM) se réunit à cet effet pour un conseil extraordinaire. L'idée est de lancer des mesures d'urgence pour lutter contre «la radicalisation» (*Le Figaro du 13 janvier*). Mais mardi, dans cette même précipitation, cette instance a dû publier un appel au calme en direction des musulmans pour prévenir un nouveau choc: «À la veille de la publication du nouveau numéro de Charlie Hebdo, toutes les organisations musulmanes de France, y compris l'UOIF, appellent la communauté musulmane de France à garder son calme en évitant les réactions émotives ou incongrues incompatibles avec sa dignité et sa réserve, tout en respectant la liberté d'opinion», écrit Dalil Boubakeur, président du CFCM. D'Égypte, une alerte a cependant retenti.

Le recteur de la Grande Mosquée de Paris fait part également de «l'inquiétude» de toutes les organisations musulmanes devant les «nombreux actes antimusulmans observés ces derniers jours», appelant «les pouvoirs publics à la vigilance afin de veiller à la sécurité des mosquées.» Dans l'entourage du ministre de l'Intérieur, Bernard Cazeneuve, on souligne que la nomination, mercredi, d'un préfet, Patrice Latron, «chargé de la coordination de la protection des lieux à caractère religieux» dans toute la France, reçoit une mission qui ne se limite pas aux lieux de prière juifs. Elle couvre aussi les «mosquées», qui nécessitent une «protection adaptée», selon la lettre.

«Une haine incroyable en eux»

La tension est aussi palpable sur le terrain. Jamel Guenaoui, porte-parole d'un «Collectif démocrate des couleurs de la diversité», établi à Drancy, connaît les cités du département de la Seine-Saint-Denis comme sa poche. «Le malaise est dans la bouche de tout le monde, explique-t-il au Figaro. La Cocotte-Minute est déjà prête à exploser. Si vous ajoutez l'amalgame avec l'islam pour les assassinats et quelques attentats contre les mosquées, le mélange deviendra plus puissant que celui qui provoqua les émeutes de 2005. Préparez-vous à ce que cela éclate...»

Cet enseignant sillonne les banlieues avec des artistes ou des sportifs connus pour éduquer ne serait-ce qu'au «respect» des jeunes sans aucun repère, sinon une certaine version de l'islam. Il ne voit pas quelles mesures d'urgence pourraient changer la donne, mais prône un travail de fond auprès des jeunes en question. «Ils n'ont

rien à faire de rien, précise-t-il. Ils ont une haine incroyable en eux. Il faut les faire sortir de ce milieu pour qu'ils commencent à accepter les autres et, par conséquent, eux-mêmes.»

Pourtant, conclut-il, «les gens aspirent à la paix civile et à la tranquillité. Il faut plutôt lancer des idées originales pour fédérer la bonne volonté qui existe, ainsi que l'amour de la France». Son association travaille par exemple à mettre sur pied un «grand rassemblement devant la préfecture de Bobigny avec deux mille jeunes pour faire sortir la police et... l'applaudir!»

Nader Alami, responsable de Islamopsy, une association basée à Gennevilliers qui aide par centaines, de façon «très ciblée», des jeunes en difficulté «convaincus de ne pas appartenir à une société qu'ils veulent détruire», raconte comment il doit faire face cette semaine à «la théorie du complot qui se répand comme une traînée de poudre chez les jeunes de banlieues». Pour eux, cette affaire est depuis le début un «montage» destiné à nuire à l'islam...

Les aider passe par un travail individuel, car même «leurs parents sont dépassés». Le Coran? Ils s'en recommandent, mais «peu le connaissent». Le CFCM? «Ceux qui le connaissent ne s'y reconnaissent pas.» Cette «jeunesse désemparée» est «prête à suivre» le premier «héros ou tribun venu». Elle vit «à l'heure des sites Internet radicaux et il faudrait que le CFCM le réalise».

111,6

Finkelkraut: «Une bataille s'est engagée entre le parti du sursaut et le parti de l'Autre»

Par [Alain Finkelkraut](#) Publié le 13/01/2015 à 17:29



FIGAROVOX/EXTRAITS - Le philosophe réagit aux massacres de la semaine dernière et à la mobilisation pacifique des Français. Il s'inquiète de la novlangue qui dissimule les vraies menaces et dénonce la culture de l'excuse dont profitent ceux qui ont déclaré la guerre à la France.

Alain Finkelkraut est philosophe, écrivain et essayiste. Il construit une oeuvre autour de la transmission, la défense des humanités et la critique de la modernité. Son dernier livre, «L'Identité malheureuse», a suscité de très vifs débats et a connu un important succès de librairie.

LE FIGARO. - Vivons-nous le réveil d'une nation ?

Alain FINKIELKRAUT. - Les Français de toutes obédiences ont été touchés au coeur par l'assassinat des journalistes et des caricaturistes de [Charlie Hebdo](#). Cabu, Wolinski, Bernard Maris, Charb et les autres n'étaient pas seulement des symboles de la liberté d'expression, c'était des figures familières. On a grandi avec leurs blagues et leurs dessins, on a suivi leur dernier combat. Ces libertaires, qui fustigeaient toute forme de nationalisme, étaient partie intégrante de l'identité française. Héritiers de Voltaire, ils peuplaient le monde commun et contribuaient à faire de nous, un « nous ». [Charlie Hebdo](#), ce n'était pas seulement un journal satirique. C'était, nous l'avons compris le 7 janvier, un album de famille. Nous portons le deuil de gens qui, même si nous ne les connaissions pas personnellement, nous étaient proches. Le peuple s'est donc spontanément uni, à l'exception toutefois des jeunes des quartiers dits populaires. Ceux-là ont brillé par leur absence. Car s'ils trouvent pour la plupart que les justiciers d'Allah ont eu la main un peu lourde, ils ne se sentaient certainement pas « Charlie », ce blasphémateur.

Êtes-vous « Charlie » ?

« Je suis Charlie, je suis policier, je suis juif, je suis la République », disait une affichette brandie dans le cortège historique du 11 janvier. Je dis la même chose.

Était-ce une erreur de ne pas associer Marine Le Pen au défilé parisien ?

Marine Le Pen n'est plus maurrassienne ni pétainiste. Elle est poutinienne et c'est une raison suffisante pour la combattre. Mais à l'exclure d'une manifestation d'union nationale, on ne l'affaiblit pas, on la renforce et on cherche à transformer un défilé contre l'islamisme en mobilisation contre « l'islamophobie ». Cette affaire témoigne de la division du monde politique, médiatique et intellectuel entre deux partis. Il y a d'un côté le parti du sursaut, très bien représenté par Philippe Val (l'ancien directeur de Charlie) quand il parle de choc culturel et qu'il demande d'en finir avec la logique de l'excuse. J'ai été tenté d'appeler le parti adverse « parti des noyeurs de poissons » mais, pour ne froisser personne et pour que ses membres très actifs, très loquaces, très vindicatifs s'y reconnaissent, je le nommerai parti de « l'Autre ». Au lendemain du premier carnage, l'un des chefs de file de ce parti, Edwy Plenel, citait Zola : « À force de montrer au peuple un épouvantail, on crée le monstre réel. » Et le directeur de Mediapart ajoutait : « Ce monstre a tué douze personnes le 7 janvier. » Autrement dit, l'« islamophobie » fabrique l'islamisme. C'est Marine Le Pen, mais aussi, mais surtout, Zemmour, Houellebecq et moi qui faisons tout, comme dit cette fois l'écrivain Laurent Chalumeau, pour « pousser de jeunes Arabes à la faute ». Nous sommes les incendiaires. Il fallait donc éviter de partager l'émotion avec nous et plus généralement avec tous les « islamophobes » de France.

Qu'est-ce que le politiquement correct ? C'est un antiracisme qui a perdu la tête. On a oublié que Charlie était ces dernières années l'une des cibles principales de cet antiracisme. On a oublié que l'humoriste Guy Bedos disait en 2012 des gens de Charlie : « Qu'ils crèvent ! C'était nul l'histoire de Mahomet. » On a oublié que, sur la bande-annonce du film consensuel La Marche, le rappeur Nekfeu réclamait « un autodafé à ces chiens de Charlie ». Quand un titulaire de l'altérité bascule dans le crime, le parti de « l'Autre »

remonte automatiquement au crime originel, celui qu'ont commis et ne cessent de commettre la France raciste, l'Occident prédateur, la mondialisation humiliante.

Le même type de raisonnement vaut pour l'antisémitisme. Comme l'écrivaient, il y a dix ans déjà, Edgar Morin, Danièle Sallenave et Sami Naïr, les Israéliens persécutent les Palestiniens et les institutions juives s'alignent sur les positions du gouvernement d'Israël. Résultat : l'antisémitisme se répand dans le monde arabo-musulman. Qui est coupable de la haine de la France ? Les propagateurs français de « la peste identitaire ». Qui est coupable de la haine des Juifs ? Les Juifs. Une bataille intellectuelle et politique s'est engagée entre le parti du sursaut et le parti de « l'Autre » : son issue reste très incertaine.

La grande majorité du personnel politique invoque le plus souvent un ennemi sans nom...

Nous devons tous avoir le souci de ne pas traiter en ennemi, en envahisseur, en djihadiste potentiel le premier musulman venu. Ce serait faire injure à tous ceux qui sont sincèrement révoltés par les atrocités de Daech et d'al-Qaïda, et ce serait installer en nous l'esprit du pogrom. Mais il est absurde d'affirmer, comme Alain Juppé, que les assassins sont « sans foi ni loi, j'ai bien dit sans foi » ou de proclamer, comme le président de la République, qu'ils n'ont « aucun rapport avec la religion musulmane », ni bien sûr avec l'immigration musulmane. Selon la novlangue en vigueur, rien n'a rapport avec rien, car tout ce qui n'est pas soluble dans l'économique et le social relève de la démence. Mais voilà, lors de la publication des caricatures danoises, la rue arabe a, de Damas au Caire, promis un 11 Septembre à l'Europe. Et la promesse a été tenue. L'islamisme n'est pas l'islam mais cette maladie de l'islam qu'est la recherche effrénée d'un bouc émissaire au marasme dans lequel la relégation des femmes et l'échec de la sécularisation ont plongé le monde arabo-musulman. À qui la faute ? dit l'islamiste et il désigne l'offenseur occidental avec le soutien sans faille des progressistes qui, tel Edwy Plenel mais aussi Jean Birnbaum dans Le Monde et Laurent Joffrin tous les jours dans Libération, poussent l'obligeance jusqu'à dresser des listes nominatives.

Les Juifs de France sont une des cibles privilégiée des islamistes radicaux...

Dans un prêche diffusé par la chaîne qatarienne al-Jazeera, le prédicateur le plus célèbre de l'islam, Youssouf al-Qaradawi, félicitait Hitler d'avoir puni les Juifs de leur arrogance. Le gouvernement israélien a certes tort de vouloir perpétuer le statu quo, cette politique est catastrophique. Mais ce n'est pas parce qu'Israël fait la guerre aux Palestiniens que l'antisémitisme se répand dans notre monde, c'est parce qu'Israël et tous les Juifs sont diabolisés en terre d'islam qu'il devient de plus en plus difficile de faire la paix.

Les invocations sur le « vivre ensemble » sont-elles suffisantes pour réduire les fractures françaises ?

On ne réduira pas les fractures françaises, on les aggravera au contraire si on persiste à trouver des justifications à la haine dont la France est l'objet. Ma famille est payée pour le savoir : la vie ne fait pas de cadeau aux immigrés, à leurs enfants. Mais je le dis très solennellement : maudire une République qui vous reçoit, qui vous instruit, qui vous assiste et qui vous soigne, ce n'est pas de la légitime défense, c'est le comble de l'ingratitude. Pour commencer de résoudre la crise du « vivre ensemble », il faut cesser de fournir l'excuse de la discrimination et de l'exclusion aux salafistes qui veulent subvertir moralement et juridiquement les valeurs de la société française, comme l'écrit lucidement Gilles Kepel. Il faut avoir le courage d'être soi.

Certains craignent une poussée d'« islamophobie » en France ?

Je crains et je condamne de toutes mes forces les attaques qui pourraient toucher les mosquées ou les musulmans « visibles ». Mais, au nom de la lutte contre l'« islamophobie », l'autocensure s'installe doucement, même en France. Beaucoup de ceux qui sont « Charlie », aujourd'hui, reprochaient hier à Robert Redeker, un professeur de philosophie condamné à vivre caché dans son propre pays, d'avoir « chatouillé dangereusement la fatwa ». Et à l'époque où le fanatisme revient en force, aucun enseignant ne se risquerait à faire étudier un extrait du Mahomet de Voltaire. Aucun théâtre privé ou subventionné ne serait assez fou pour inscrire cette pièce à son programme. Je ne sais si la soumission est en marche, mais la peur est là et, malgré les crayons brandis, malgré les professions de foi martiales, il y aura de moins en moins de « Charlie » sur notre sol.

Houellebecq considère que la philosophie des Lumières est épuisée et que le retour du religieux est inéluctable...

Houellebecq dit que le retour de la religion est inéluctable et que toute société a besoin de sens, mais son narrateur se convertit par opportunisme et pour des raisons fort peu spirituelles : augmentation de salaire, tranquillité sociale, douce perspective de la polygamie. Je ne sais pas si ce scénario est plausible, mais il est médiocre et c'est ce qui le rend très inquiétant. Le roman de Houellebecq va plus loin que son discours. Il faut donc le lire, sans préjugé, même houellebecquien.

* Membre de l'Académie française.

PROPOS RECUEILLIS PAR Vincent Trémolet de Villers @vtremolet

111,8

« Comment avons-nous pu laisser nos élèves devenir des assassins ? »

LE MONDE | 13.01.2015 à 11h31 • Mis à jour le 13.01.2015 à 16h47



Nous sommes professeurs en Seine-Saint-Denis. Intellectuels, adultes, libertaires, nous avons appris à nous passer de Dieu et à détester le pouvoir. Nous n'avons pas d'autre maître que le savoir. Ce discours nous rassure et notre statut social le légitime. Ceux de *Charlie Hebdo* nous faisaient rire ; nous partageons leurs valeurs. En cela, cet attentat nous prend pour cible. Même si aucun d'entre nous n'a jamais eu le courage de tant d'insolence, nous sommes meurtris. Nous sommes Charlie pour cela.

Mais faisons l'effort d'un changement de point de vue, et tâchons de nous regarder comme nos élèves nous voient. Nous sommes bien habillés, confortablement chaussés, ou alors très évidemment au-delà de ces contingences matérielles qui font que nous ne bavons pas d'envie sur les objets de consommation dont rêvent nos élèves : si nous ne les possédons pas, c'est peut-être aussi parce que nous aurions les moyens de les posséder.

Nous partons en vacances, nous vivons au milieu des livres, nous fréquentons des gens courtois et raffinés. Nous considérons comme acquis que *La Liberté guidant le peuple* et *Candide* font partie du patrimoine de l'humanité. On nous dira que l'universel est de droit, et non de fait, et que de nombreux habitants de cette planète ne connaissent pas Voltaire ? Quelle bande d'ignares... Il est temps qu'ils entrent dans l'Histoire : le discours de Dakar le leur a déjà expliqué. Quant à ceux qui viennent d'ailleurs et vivent parmi nous, qu'ils se taisent et obtempèrent.

Ces crimes parlent français

Si les crimes commis par ces assassins sont odieux, ce qui est terrible, c'est qu'ils parlent français, avec l'accent des jeunes de banlieue. Ces deux assassins sont comme nos élèves. Le traumatisme, pour nous, c'est aussi d'entendre cette voix, cet accent, ces mots. Voilà ce qui nous a fait nous sentir responsables.

Nous, c'est-à-dire les fonctionnaires d'un Etat défaillant, nous, les professeurs d'une école qui a laissé ces deux-là et tant d'autres sur le bord du chemin des valeurs républicaines, nous, citoyens français qui passons notre temps à nous plaindre de la hausse des impôts, nous contribuables qui profitons des niches fiscales quand nous le pouvons, nous qui avons laissé l'individu l'emporter sur le collectif, nous qui ne faisons pas de politique ou raillons ceux qui en font, etc. : nous sommes responsables de cette situation.

Ceux de *Charlie Hebdo* étaient nos frères, tout comme l'étaient les juifs tués pour leur religion, porte de Vincennes, à Paris : nous les pleurons. Leurs assassins étaient orphelins, placés en foyer : pupilles de la nation, enfants de France. Nos enfants ont donc tué nos frères. Telle est l'exacte définition de la tragédie. Dans quelque culture que ce soit, cela provoque ce sentiment qui n'est jamais évoqué depuis quelques jours : la honte.

Honte et colère

Alors, nous disons notre honte. Honte et colère : voilà une situation psychologique bien plus inconfortable que chagrin et colère. Si on a du chagrin et de la colère, on peut accuser les autres. Mais comment faire quand on a honte et qu'on est en colère contre les assassins, mais aussi contre soi ?

Personne, dans les médias, ne dit cette honte. Personne ne semble vouloir en assumer la responsabilité. Celle d'un Etat qui laisse des imbéciles et des psychotiques croupir en prison et devenir le jouet des manipulateurs, celle d'une école qu'on prive de moyens et de soutien, celle d'une politique de la ville qui parque les esclaves (sans papiers, sans carte d'électeur, sans nom, sans dents) dans des cloaques de banlieue. Celle d'une classe politique qui n'a pas compris que la vertu ne s'enseigne que par l'exemple.

Ouvrons les yeux sur la situation

Intellectuels, penseurs, universitaires, artistes, journalistes : nous avons vu mourir des hommes qui étaient des nôtres. Ceux qui les ont tués sont enfants de France. Alors, ouvrons les yeux sur la situation, pour comprendre comment on en arrive là, pour agir et construire une société débarrassée du racisme et de l'antisémitisme, laïque et cultivée, plus juste, plus libre, plus égale, plus fraternelle.

« Nous sommes tous Charlie, juifs, policiers... », peut-on porter au revers. Mais s'affirmer dans la solidarité avec les victimes ne nous exemptera pas de la responsabilité collective de ce meurtre. Nous sommes aussi les parents de trois assassins.

Les signataires de ce texte sont Damien Boussard, Valérie Louys, Isabelle Richer et Catherine Robert. Ils sont professeurs au lycée Le Corbusier à Aubervilliers.

111,10

La BCE suspendue à un arrêt de la Cour de justice européenne

Le Monde.fr | 14.01.2015 à 08h20 • Mis à jour le 14.01.2015 à 08h20 | Par **Marie Charrel**

C'est une épée de Damoclès qui plane au-dessus de la tête de Mario Draghi, le président de la Banque centrale européenne (BCE), depuis des mois. Mercredi 14 janvier, la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) doit rendre son avis sur les « *opérations monétaires sur titres* » (OMT), le fameux programme d'achat de dette publique de l'institution de Francfort.

L'arrêt que la CJUE rendra en la matière pourrait bouleverser la politique monétaire européenne. Décryptage.

En quoi consiste le programme OMT ?

Le programme OMT a été évoqué en septembre 2012 par le président de la BCE. Il n'a pas encore été mis en place.

Mais sa seule évocation a stoppé net la crise des dettes souveraines, sans même avoir été déployé.

« *C'est une puissante arme dissuasive, rappelle Charles Wyplosz, économiste à l'Institut des hautes études internationales et du développement de Genève. Il a suffi que la BCE promette aux investisseurs qu'en cas de problème elle rachèterait sans limite leurs titres souverains, pour que ceux-ci cessent de spéculer sur les dettes espagnole, portugaise ou grecque.* »

En d'autres termes, le pouvoir de l'OMT est surtout celui des mots.

Pourquoi la Cour de justice européenne a-t-elle été saisie ?

Même s'il n'a pas encore été utilisé, le programme OMT a été jugé intolérable par les juges de la Cour constitutionnelle allemande de Karlsruhe.

Saisi en 2013 par des particuliers, les gardiens du droit allemand estiment que l'OMT est probablement illégal et ce, à double titre.

Selon eux, ce programme permettrait à la BCE de financer directement les États, au risque que la facture finale incombe aux contribuables allemands. Ce qui ne serait pas conforme à la Loi fondamentale du pays - l'équivalent de notre Constitution - et encore moins au mandat que les traités européens ont confié à la BCE.

Autre reproche, selon Karlsruhe : avec l'OMT, l'institution de Francfort sortirait de sa mission strictement monétaire pour se mêler de politique économique.

L'une des conditions au déclenchement du programme est en effet que les pays en difficulté aient au préalable sollicité une aide financière du mécanisme européen de stabilité (MES), aide obligatoirement accompagnée de la mise en œuvre de réformes structurelles, par exemple sur le marché du travail.

En liant réformes et achats de dettes, M. Draghi s'adonnerait ainsi à un dangereux mélange des genres...

Puisque le mandat de la BCE relève du droit communautaire, et non national, Karlsruhe a demandé en février 2014 à la CJUE de trancher en premier lieu sur le sujet. Dans le jargon juridique, il s'agit d'une « *question préjudicielle* », et c'est la première fois de son histoire que la puissante Cour constitutionnelle y a recours.

Quelles seront les conséquences de l'arrêt de la Cour de justice ?

L'opinion qui sera formulée mercredi par l'avocat général de la CJUE à Luxembourg ne sera qu'une étape dans le processus juridique de longue haleine initié par Karlsruhe.

Mais elle pourrait avoir certaines implications sur une autre « arme » que la BCE s'apprête à utiliser : le programme d'assouplissement quantitatif (quantitative easing en anglais, ou QE) que la BCE pourrait mettre en place dès le 22 janvier.

Ce dernier consisterait en des achats de dette publique, destinés cette fois à contrer le risque déflationniste pesant sur la zone euro.

Le QE pourrait en effet être contesté lui aussi devant la cour de Karlsruhe en Allemagne, où ces derniers mois, le parti anti-euro AfD (Alternative pour l'Allemagne) a gagné du terrain.

Les trois scénarios possibles

- Premier scénario : la CJUE donne raison aux juges de Karlsruhe et rejette l'OMT ou en exige sa limitation - ce qui reviendrait au même.

Pour certains experts, ce serait un cataclysme : le filet de sécurité qui a permis d'éteindre la crise des dettes souveraines serait anéanti, et rien n'empêcherait la panique de s'emparer à nouveau des marchés.

Pour d'autres, ces craintes sont largement exagérées, parce que les taux souverains ont beaucoup baissé depuis 2012 et que, depuis, la zone euro a renforcé ses institutions, en créant par exemple l'union bancaire. Le filet de sécurité de l'OMT n'est donc plus indispensable.

Dans tous les cas, la BCE serait probablement contrainte de limiter aussi le QE, par exemple, en le limitant aux achats de dette publique jugée très sûre par les agences de notation, c'est-à-dire noté triple A. Cela aurait pour avantage de rassurer l'Allemagne. Mais le QE serait alors moins efficace.

- Deuxième scénario, bien plus probable : la CJUE donne raison à l'institution de Francfort. « *Elle est proeuropéenne, difficile d'imaginer le contraire* », estime Christian Jimenez, président de Diamant Bleu Gestion.

Elle appuierait alors sa décision sur deux grands arguments. D'abord, les achats de dette publique auraient lieu sur le marché secondaire, où les banques revendent les obligations souveraines qu'elles détiennent. Il ne s'agirait donc pas d'un financement direct des États, les traités européens seraient respectés.

Surtout, le mandat de la BCE est avant tout d'assurer la stabilité des prix. Or, avec une inflation tombée à -0,2 % en décembre, elle est loin de le respecter. Sa priorité doit donc être de déployer tous les outils possibles pour relancer les prix, comme le QE.

Les juges de Karlsruhe se rangeraient-ils derrière un tel arrêt de la CJUE ? Peut-être. Mais rien n'est moins sûr.

- Troisième scénario : les juges de Karlsruhe reprennent le dossier et, arguant que l'OMT ne respecte pas la Constitution allemande, exigent qu'il soit révisé ou pire, refusent que la banque centrale allemande, la Bundesbank, y prenne part.

Cela signerait l'arrêt de mort du programme.

« *Dans tous les cas, les marges de manœuvre de M. Draghi sont limitées, tant le poids de l'Allemagne est déterminant au sein des politiques économiques européennes* », estime Christian Schulz, de la banque Berenberg.

The Opinion Pages | OP-ED CONTRIBUTOR

From Teenage Angst to Jihad

The Anger of Europe's Young Marginalized Muslims

When everyone seems to mock your faith the pull of extremism is powerful.

By ABDELKADER BENALI JAN. 13, 2015

AMSTERDAM — Something snapped. I was 13 years old, dreaming of books and girls and nothing else — a healthy Dutch kid with a Moroccan background who freewheeled through life. Then something happened that made me feel different from the pack. One day in history class, the fatwa against Salman Rushdie became the subject. Our teacher talked about freedom of expression; I talked about insulting the Prophet. There was an awkward silence. What was that Abdelkader guy talking about? Fatwhat?

But our teacher, Mr. Fok, understood me. He claimed the fatwa didn't make sense. How could somebody be offended by fiction? How could using one's imagination lead to the death sentence?

I remember standing up, my voice rising as I struggled to make an argument about the holiness of the Prophet to me and my community. And the more Mr. Fok responded with cold and rational analysis the angrier I got. Didn't he get that this was about more than reason and common sense? **Didn't he get that mocking the Prophet was a moral crime?**

My classmates looked at me like a madman. By then I was standing and shouting. **I'd never felt such anger before. This wasn't about a novel, this was about me. About us. I wanted revenge.** Mr. Fok just looked at me, amazed by my temper and a bit annoyed, and dismissed me from class.

For the first time in my life I felt what it meant to be Muslim. I didn't want to feel that way. I wanted to blend in, to look normal like the other kids in my class. After the frustration and anger ebbed, I felt shame — for letting my religion down, letting my family down, letting myself down. Shame for an anger I didn't understand.

I grew up in a relatively traditional Moroccan family. We observed Ramadan but my father rarely went to the mosque. **There were two books in our house, the Quran and the phone book.** We never looked at either of them.

We didn't talk much about the fatwa but it was impossible to ignore. Muslims were marching through the streets of Rotterdam. It was the first time we felt seen as part of a community that had questions to answer: Which side are you on? Why are you offended? Where does this anger come from? Can Islam coexist with Western values?

The world didn't stop reminding me I was a Muslim. My name, my background, my skin, my family and the events unfolding in the world all led to more self-questioning.

Islam told me God is One and the Prophet is his messenger. Adhere to the five pillars and all will be well. But we were living in a non-Muslim country. But I wasn't Dutch, nor was I secular. **I had to find a way to reconcile my religious background with a secular world. I felt orphaned.**

And resolving that dilemma is much harder in a secular society that seems to have stopped struggling with these big questions altogether.

In the end, I didn't find the answers in holy texts. I found them in literature.

I read Kafka's "Metamorphosis" and Camus' "The Plague." I thought back on my younger days lashing out against "The Satanic Verses." I remembered sneaking into a bookshop and seeing the book piled up ready to be read but my English was insufficient to understand it. The book turned me away; the curiosity stayed.

When I was 17, I found "The Satanic Verses" tucked away in a school library. I grabbed it, started reading and was mesmerized. Here was a young man struggling with his faith in a faithless world — an immigrant son from a deeply religious home thrown into a world where everything is embraced and nothing is sacred. It confirmed what I had felt deep inside: a free and open society is a threat to religious people. Their religion will be mocked — sometimes even suppressed — and this will provoke anger.

And now it's happening again. The rise of extremists who lure young Muslims in the West with visions of Islamic utopia is creating nausea among European Muslims. Boys and girls are leaving their families and being converted into killing machines. They are leaving not from Baghdad but from Brussels and The Hague. **We insist that this can't be our Islam and if this is Islam we don't want it. But I know from my own experience that the lure of extremism can be very powerful when you grow up in a world where the media and everyone around you seems to mock and insult your culture.**

And European governments are not helping fight extremism by giving in to **Islamophobia** cooked up by right-wing populists. **What I see is a lack of courage to embrace the Muslims of Europe as genuinely European — as citizens like everyone else.**

One of the first people the terrorists in Paris killed **was one of us: Mustapha Ourrad**, an Algerian-born copy editor at Charlie Hebdo. Then they killed another Muslim: the police officer, **Ahmed Merabet**. The killers didn't take mercy on them. **In the name of Islam they killed Muslims.** And every time a European Muslim sees that image of Mr. Merabet's last moments, he sees himself lying there on the cold pavement. Helpless. And the next question will be: What will I say tomorrow at work or at school?

What happened last week is not about lack of humor, or a failure to understand caricature. Nor is it about hatred of the West. It's about anger taking a wrong turn.

What makes us human and creative is our doubt. But doubt on its own can turn into anger and fundamentalism.

As the French writer **Michel Houellebecq** said in an interview: **"People cannot live without God. Life becomes unbearable."** The terrorists found their God in a godless society. Charlie Hebdo mocked their God by declaring him nothing more than a cartoon. They came back to rescue their God and left 12 dead behind. They fell prey to a powerful delusion.

It was the same delusion I felt as a teenager: that by attacking the messenger your anger will disappear and you will be victorious. But the only way to conquer your anger is to understand where its roots lie. For me the freedom to doubt, to not choose sides and to feel empathy for characters and people with whom I disagree was liberating. **Today I still embrace my Islamic background, but without the dogma, repression and strict adherence to ritual.**

Since 9/11, so many European Muslims have also doubted their belonging. Do they belong to the Paris of Voltaire or the Mecca of Muhammad? It's the wrong question.

Muslims are every bit as European as the Roma, gays, intellectuals, farmers and factory workers. We have been in Europe for centuries and politicians and the press must stop acting as if we arrived yesterday. We are here to stay.

Abdelkader Benali, a novelist, is the author of "Wedding by the Sea."

111,14

The Opinion Pages | CONTRIBUTING OP-ED WRITER

Islam's Problem With Blasphemy

JAN. 13, 2015



Mustafa Akyol

WILL “moderate Muslims” finally “speak up” against their militant coreligionists? People around the world have asked (but, as in the past, have not all seriously examined) this question since last week’s horrific attacks on the French satirical magazine Charlie Hebdo and on a kosher supermarket in Paris.

In fact, Muslim statesmen, clerics and intellectuals have added their voices to condemnations of terror by leaders around the world. But they must undertake another essential task: Address and reinterpret Islam’s traditional take on “blasphemy,” or insult to the sacred.

The Paris terrorists were apparently fueled by the zeal to punish blasphemy, and fervor for the same cause has bred militancy in the name of Islam in various other incidents, ranging from Ayatollah Ruhollah Khomeini’s fatwa against the writer Salman Rushdie in 1989 to the threats and protests against the Danish newspaper Jyllands-Posten for publishing cartoons lampooning the Prophet Muhammad in 2005.

Mockery of Muhammad, actual or perceived, has been at the heart of nearly all of these controversies over blasphemy.

This might seem unremarkable at first, but there is something curious about it, for the Prophet Muhammad is not the only sacred figure in Islam. The Quran praises other prophets — such as Abraham, Moses and Jesus — and even tells Muslims to “make no distinction” between these messengers of God. Yet for some reason, Islamist extremists seem to obsess only about the Prophet Muhammad.

Even more curiously, mockery of God — what one would expect to see as the most outrageous blasphemy — seems to have escaped their attention as well. Satirical magazines such as Charlie Hebdo have run cartoons ridiculing God (in the Jewish, Christian and Muslim contexts), but they were targeted with violence only when they ridiculed the Prophet Muhammad.

Of course, this is not to say extremists should threaten and harm cartoonists for more diverse theological reasons; obviously, they should not target them at all. But the exclusive focus on the Prophet Muhammad is worth pondering. One obvious explanation is that while God and the other prophets are also sacred for Judaism and Christianity, the Prophet Muhammad is sacred only for Muslims. In other words, the zeal comes not from merely respect for the sacred, but from militancy for what’s sacred to us — us being the community of Muslims. So the unique sensitivity around Muhammad seems to be a case of religious nationalism, with its focus on the earthly community — rather than of true faith, whose main focus should be the divine.

Still, this religious nationalism is guided by religious law — [Shariah](#) — that includes clauses about punishing blasphemy as a deadly sin. It is thus of vital importance that Muslim scholars courageously, even audaciously,

address this issue today. They can begin by acknowledging that, while Shariah is rooted in the divine, the overwhelming majority of its injunctions are man-made, partly reflecting the values and needs of the seventh to 12th centuries — when no part of the world was liberal, and other religions, such as Christianity, also considered blasphemy a capital crime.

The only source in Islamic law that all Muslims accept indisputably is the Quran. And, conspicuously, the Quran decrees no earthly punishment for blasphemy — or for apostasy (abandonment or renunciation of the faith), a related concept. Nor, for that matter, does the Quran command stoning, [female circumcision](#) or a ban on fine arts. All these doctrinal innovations, as it were, were brought into the literature of Islam as medieval scholars interpreted it, according to the norms of their time and milieu.

Tellingly, severe punishments for blasphemy and apostasy appeared when increasingly despotic Muslim empires needed to find a religious justification to eliminate political opponents.

One of the earliest “blasphemers” in Islam was the pious scholar Ghaylan al-Dimashqi, who was executed in the 8th century by the Umayyad Empire. His main “heresy” was to insist that rulers did not have the right to regard their power as “a gift of God,” and that they had to be aware of their responsibility to the people.

Before all that politically motivated expansion and toughening of Shariah, though, the Quran told early Muslims, who routinely faced the mockery of their faith by pagans: “God has told you in the Book that when you hear God’s revelations disbelieved in and mocked at, do not sit with them until they enter into some other discourse; surely then you would be like them.”

Just “do not sit with them” — that is the response the Quran suggests for mockery. Not violence. Not even censorship.

Wise Muslim religious leaders from the entire world would do Islam a great favor if they preached and reiterated such a nonviolent and non-oppressive stance in the face of insults against Islam. That sort of instruction could also help their more intolerant coreligionists understand that rage is a sign of nothing but immaturity. The power of any faith comes not from its coercion of critics and dissenters. It comes from the moral integrity and the intellectual strength of its believers.

Mustafa Akyol is a contributing opinion writer and the author of “Islam Without Extremes: A Muslim Case for Liberty.”

Gutachter: EZB darf Staatsanleihen kaufen

In der Eurokrise hat die Europäische Zentralbank angekündigt, Staatsanleihen von Krisenländern zu kaufen. Dafür wurde sie heftig gescholten. Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs findet jetzt: Das Kaufprogramm ist erlaubt.

14.01.2015

Die Europäische Zentralbank darf nach Ansicht eines Gutachters am Europäischen Gerichtshof grundsätzlich Staatsanleihen kaufen. Ein entsprechendes Programm der Notenbank sei rechtmäßig, **schrieb der einflussreiche Generalanwalt am Mittwoch in Luxemburg**. Voraussetzung sei, dass die EZB solche Käufe gut begründe und diese verhältnismäßig seien.

Im vorliegenden Fall ging es um die Klage gegen die EZB-Ankündigung vom Sommer 2012, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenländern zu kaufen, um diese zahlungsfähig zu halten. Damals herrschte höchste Nervosität an den Finanzmärkten. Es wurde über ein Ausscheiden einzelner Länder aus dem Währungsverbund spekuliert. EZB-Präsident Mario Draghi hatte damals die Märkte beruhigt mit seiner Aussage, die EZB werde tun, „was immer nötig ist“, um den Euro zu erhalten. In der Praxis hat die EZB das von Fachleuten als „Outright Monetary Transactions“ (OMT) bezeichnete Programm nicht genutzt - allein die Ankündigung reichte damals, um die Eurokrise abzumildern.

Die Einschätzung des Gutachters am Europäischen Gerichtshof gilt oft als eine Vorentscheidung. Der EuGH muss der Empfehlung des Generalanwalts nicht folgen, tut dies aber in den meisten Fällen. Allerdings folgten die Richter dem Generalanwalt in besonders brisanten Fällen nicht immer - etwa im Falle des „**Recht auf Vergessenwerden**“ im Internet. Das endgültige Urteil der Richter wird im Herbst erwartet.

In dem Streit geht es um die Frage, ob die EZB ihre Befugnisse überschritten hat, als sie einen unbegrenzten Kauf von Staatsanleihen ankündigte. Oberstes Ziel der EZB ist offiziell ein stabiles Preisniveau. Kritiker befürchten, dass das Programm zur Finanzierung von Krisenstaaten über die Notenpresse der EZB führen könnte. Gegen das Programm hatten daher der CSU-Politiker Peter Gauweiler, die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD), die Bundestagsfraktion der Linken und der Verein „Mehr Demokratie“ geklagt. Fast 12.000 weitere Kläger schlossen sich an. Auch die Bundesbank sieht das Programm sehr krisch, weil sich die EZB damit auf eine schiefe Bahn der monetären Staatsfinanzierung begeben. Das Bundesverfassungsgericht hatte ebenfalls große Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit geäußert, hatte die Entscheidung dann aber nach Luxemburg übertragen und damit juristisches Neuland betreten.

Gutachter: Die EZB braucht weiten Ermessensspielraum

Die Veröffentlichung kommt für die EZB zu einem wichtigen Zeitpunkt. **In der kommenden Woche wird der EZB-Rat möglicherweise über neue Anti-Krisen-Maßnahmen entscheiden**. Viele Ökonomen halten es inzwischen für ausgemacht, dass der EZB-Rat bald den Kauf von Unternehmens- und Staatsanleihen in großem Stil beschließen wird. Diese Politik wird unter dem Schlagwort „Quantitative Easing“ (QE) debattiert. Während es beim OMT-Programm um den Kauf von Staatsanleihen in Krisensituationen geht, wäre ein QE-Programm breiter angelegt und könnte auch andere Anlageklassen außer Anleihen umfassen.

Zwar geht es bei dem Prozess in Luxemburg formal nur um die EZB-Ankündigung von 2012, doch über das damals angekündigte Anleihekaufprogramm hinaus gibt der Luxemburger Gutachter die Linie vor, welche Möglichkeiten die EZB in ihrer Geldpolitik grundsätzlich hat. In seinen Schlussanträgen formulierte Generalanwalt Pedro Cruz Villalón Voraussetzungen, unter denen ein Kaufprogramm von Staatsanleihen mit europäischem Recht vereinbar sei. So dürfe die EZB Anleihen nicht direkt von betroffenen Staaten, sondern nur auf dem sogenannten Sekundärmarkt ankaufen. Dort solle die Bank dann nicht unmittelbar kaufen dürfen und müsse gewisse Fristen verstreichen lassen, damit sich ein Marktpreis für die Staatsanleihen bilden kann. Zudem müsse sich die EZB aus den für einen betroffenen Staat geltenden Reformprogrammen heraushalten.

Laut Cruz Villalón soll die EZB bei ihrer Geldpolitik „über ein weites Ermessen verfügen“. Gerichte sollten die Zentralbank nur „mit einem erheblichen Maß an Zurückhaltung“ kontrollieren dürfen, da ihnen die Erfahrung auf diesem Gebiet fehlt. Über eine mögliche Begrenzung von Anleihekaufprogrammen der EZB sagte Cruz Villalón bei der Verlesung seiner Schlussanträge nichts.

111,17

De Jérusalem à Moscou, comment la presse accueille le nouveau *Charlie*

Par 8 auteurs Publié le 14/01/2015 à 09:53



REVUE DE PRESSE - *Le Figaro* a demandé à ses correspondants à travers le monde comment la presse reçoit le nouveau numéro de l'hebdomadaire satirique.

Londres entre soutien et volonté de ne pas heurter

Au Royaume-Uni, les réactions à la publication de la dernière édition de *Charlie Hebdo* sont tiraillées entre le soutien à la rédaction décimée et à la liberté d'expression d'un côté et, de l'autre, la volonté de ne pas heurter la sensibilité de la communauté musulmane. Le Muslim Council of Britain appelle, dans une lettre signée par des dizaines d'imams, à la modération. «La plupart des musulmans vont inévitablement être blessés, offensés et dérangés par la publication des caricatures», estiment-ils, tout en appelant à des réactions de «tolérance», de «patience» et de «compassion». Certains journaux dont le *Guardian*, *The Independent* et *The Times* ont imprimé une image de la une de *Charlie Hebdo*, le *Financial Times* montre prudemment une photo du dessinateur Luz tenant cette une, «pour sa valeur d'information». Le prêcheur islamiste britannique Anjem Choudary qualifie la caricature de Mahomet d'«acte de guerre punissable de la peine capitale dans la loi de la charia» et menace de «représailles inévitables». Cela n'a pas découragé Ila Aghera, propriétaire d'une maison de la presse de Charlton Kings, un petit village de l'Ouest de l'Angleterre, de commander cent exemplaires du nouveau Charlie. Elle croule sous les demandes de réservations de clients. Le journal sera vendu au Royaume-Uni à partir de vendredi par certains distributeurs. D'autres, dont WH Smiths, refusent de le distribuer.

La presse allemande salue «le journal de la survie»

En Allemagne, 10.500 exemplaires de *Charlie Hebdo* seront disponibles en français à partir de samedi. Le journal satirique sera aussi disponible dans une traduction allemande. Mais, comme en France, il devrait être rapidement épuisé. Mercredi matin, beaucoup de journaux reproduisaient la une de *Charlie Hebdo*, par exemple en pleine page de der pour *Bild*, le quotidien le plus lu du pays.

Sur internet, *Der Spiegel* parle du «journal de la survie» pour cette nouvelle édition de *Charlie Hebdo*. Pour le quotidien économique, il s'agit plutôt «du combattant». Pour *Die Welt*, le journal a fait valoir «son droit au blasphème». Contrairement à d'autres médias en Europe, les journaux allemands ont quasiment tous reproduits, depuis une semaine, les dessins de *Charlie Hebdo* au nom de la défense de la liberté d'expression. **Le *Hamburger Morgenpost*, qui avait titré «autant de liberté doit pouvoir exister», a sans doute été visé pour cette raison par une tentative d'incendie.** Les auteurs n'ont pas encore été arrêtés.

Dans le quotidien *Süddeutsche Zeitung*, c'est en page intérieure qu'on trouve la reproduction de la une figurant Mahomet en train de pleurer, sous le titre: «Le fossé». Le journal s'intéresse à la fracture au sein des sociétés européennes entre une partie des musulmans et la majorité de la population.

Charlie Hebdo publié en français en Italie

En moins de deux heures, l'édition spéciale du *Fatto Quotidiano*, l'unique journal italien ayant choisi d'encarter *Charlie Hebdo* dans ses pages ce mercredi, a été épuisée. Ce quotidien politique qui tire normalement à 120.000/130.000 exemplaires a doublé sa diffusion ordinaire pour offrir à ses lecteurs le supplément de seize pages, en français, du journal dirigé désormais par Gérard Biard. Précédé d'un avis: «Supplément obligatoire et gratuit». «Quand nous avons appelé vendredi la rédaction de Paris, nous nous sommes entendus répondre: un grand merci. Vous êtes le seul journal italien à nous l'avoir demandé», explique le directeur du *Fatto Quotidiano* Antonio Padellaro. Il ajoute: «Luz nous a dit qu'il avait pleuré en dessinant Mahomet qui pleure. Alors nous aussi nous avons pleuré. Parce que nous sommes cinglés. C'est pourquoi nous publions aujourd'hui *Charlie Hebdo*». L'encart sera également publié dans les éditions de jeudi et de vendredi du quotidien. Toujours gratuitement. L'édition spéciale est largement reprise et commentée dans les autres quotidiens italiens, qui publient de nombreuses caricatures. *La Repubblica* publie un commentaire sur «la vocation minoritaire des caricaturistes devenus héros».

Ruée sur *Charlie* à Bruxelles

20.000 exemplaires pour un pays qui partage avec la France une langue, beaucoup d'émotions et un solide sens de la dérision, c'est peu. En Belgique, l'édition historique de *Charlie Hebdo* a disparu des kiosques à la première heure. Et même en Flandre, les éditions web des journaux comme *De Standaard* traquent l'arrivée promise de camions chargés de «plusieurs milliers» de copies supplémentaires.

La Belgique devait recevoir 30.000 copies, mais il en manque 10.000 qui ne seront en vente que demain jeudi. Les distributeurs privilégient Bruxelles et la région francophone de Wallonie. Une seconde commande a été lancée pour 60.000 exemplaires de plus. «Nous pourrions facilement en écouler 500.000 ou 600.000 et nous faisons malheureusement beaucoup de déçus», dit Tom Vermersch, directeur d'AMP, au *Standaard*, le grand quotidien flamand. Les ventes de journaux français en Belgique ont triplé depuis les attentats de Paris et la presse belge a augmenté son tirage de 30 %, d'après l'AMP.

La loi russe rappelée aux rédactions

L'organisme de contrôle des médias russes, Roskomnadzor, a demandé aux médias nationaux de s'abstenir de publier des caricatures religieuses, afin de ne pas provoquer des «tensions interreligieuses dans la société russe». «En lien avec la tragédie française, Roskomnadzor a conduit un travail prophylactique avec les médias fédéraux et nationaux. La loi russe qui interdit d'utiliser les médias aux fins d'activités extrémistes a été rappelée aux rédactions» explique cet organisme qui appelle ces derniers à «exprimer leur solidarité sous d'autres formes». Malgré ces recommandations, la une de *Charlie Hebdo* était néanmoins largement visible sur Internet. Le site Gazeta Ru a salué «le numéro des survivants». En revanche, le quotidien *Kommersant*, considéré «de référence», ne publie, mercredi, aucun article sur l'histoire du nouveau numéro de *Charlie Hebdo*. Auparavant, dans la lointaine péninsule du Kamchatka (extrême orient), la branche régionale de Roskomnadzor avait distribué une lettre aux médias régionaux les enjoignant de ne pas «publier la moindre caricature relative à une figure religieuse». Cette information a provoqué une polémique au sein des rares médias libéraux.

Ce numéro de *Charlie Hebdo* «perpétue l'attitude irrévérente pour laquelle il est connu» selon la presse israélienne

Les journaux israéliens décrivent par le menu, sans vraiment prendre position sur le fond, l'édition spéciale de *Charlie Hebdo* parue ce mercredi. «Ce numéro perpétue l'attitude irrévérente, et parfois offensante, pour laquelle le journal est bien connu en France», relève le site d'information Ynet, qui s'attarde sur quelques caricatures et détaille: «L'une montre une célèbre religieuse en train de pratiquer une fellation, une autre représente un Musulman, un Chrétien et un Juif qui se partagent le monde». Le quotidien Israel *Hayom*, proche du premier ministre **Benyamin Nétanyahou**, relève que la caricature de Mahomet publiée en première page a aussitôt déclenché de vigoureuses condamnations dans plusieurs pays arabes. «Les milieux islamistes ont prévenu que la diffusion du journal risque de provoquer de nouveaux attentats», souligne le journal, qui a choisi de mettre cette menace en exergue à sa une. Le site du quotidien de centre gauche *Haaretz*, visiblement «bluffé», souligne pour sa part que **le numéro s'est arraché sitôt mis en kiosque**, tout en s'inquiétant les accusations de «racisme» formulées par un dignitaire religieux égyptien après la diffusion de sa couverture.

En Égypte, le mufti craint que le nouveau *Charlie* attise la haine

Au Caire, le grand mufti n'a pas attendu la sortie du nouveau *Charlie Hebdo* pour réagir. Dès mardi, alors que la une du premier numéro post-attentat inondait déjà les réseaux sociaux, Chaouki Allams'**est élevé contre un acte raciste qui va accentuer les tensions et la haine en France et dans le monde**. La semaine passée, cette personnalité influente du monde arabo-musulman avait fermement condamné l'assassinat des dessinateurs et collaborateurs de l'hebdomadaire satirique français. Une réaction partagée par le pouvoir - le président Sissi a appelé en personne François Hollande - et par une partie de la rue: quelques dizaines de personnes ont levé, dimanche, leur stylo lors des marches du syndicat de la presse en hommage aux journalistes assassinés et en soutien à la liberté d'expression. Mais en Egypte, comme dans les autres pays du Proche-Orient, on ne badine pas avec le Prophète. Nombreux sont les citoyens qui, à l'instar du mufti, voient dans cette nouvelle caricature de Mahomet une forme de provocation inutile, comme celles qui avaient enflammé la rue arabe en 2005. «Tuer des journalistes est inacceptable. Je comprends la tristesse des Français. Mais insulter le prophète, ça, je ne peux l'accepter. Chez nous, Mahomet, c'est sacré. On n'y touche pas», estime Nadia, une institutrice.

Une nouvelle démonstration de défiance, selon la presse officielle chinoise

Pékin, qui n'a pas mâché ses critiques visant les «excès» de la liberté d'expression en France après les attentats de la semaine passée à Paris, n'a pas encore réagit officiellement au dernier numéro de *Charlie Hebdo*. Cependant, des universitaires proches du gouvernement chinois dénoncent une nouvelle provocation envers l'Islam, alors que le web de la République populaire est partagé entre condamnation et hommage au courage de l'hebdomadaire satirique.

Le quotidien officiel, *Global Times*, juge que la dernière couverture de *Charlie Hebdo*, montrant le Prophète est «une nouvelle démonstration de défiance». Signalant que le gouvernement n'a pas encore réagit officiellement, le journal cite Zhao Lei, professeur de relations internationales à l'Ecole du Comité Central du Parti Communiste Chinois, pour lequel l'édition post-attentat de *Charlie Hebdo* démontre «un sens de supériorité profondément enraciné parmi les nations européennes».

Sur Weibo, le Twitter chinois, certains comme Maimeimu saluent le «courage de *Charlie Hebdo*». D'autres sont incrédules. Telle Rosiafrance, qui s'étonne: «Est-ce vrai que tout est pardonné?». «Cela montre que *Charlie* a reculé. L'esprit de *Charlie* est déjà mort», estime encore François Shushu (Oncle François). D'autres, comme Zhang Jiteng, dénoncent une nouvelle provocation. «Je ne comprends pas le sens de la couverture du nouveau *Charlie Hebdo* : le Prophète est-il du même côté que *Charlie*? Ce comportement va irriter les terroristes et les inciter à des actes encore plus fous», juge-t-il.

L'ensemble des médias chinois a condamné les attentats qui ont fait 17 morts en France. Cependant, nombre de médias officiels ont aussi critiqué les dérives de la liberté d'expression. Ainsi, l'agence officielle Chine nouvelle a jugé lundi que le massacre de la rédaction de *Charlie Hebdo* «ne devrait pas être réduit à une attaque contre la

liberté d'expression, car la liberté elle-même a ses limites». Le *Global Times* a quant à lui dénoncé la montée du «choc des civilisations» en France.

La presse chinoise est strictement contrôlée par les autorités communistes, qui ont récemment emprisonné des dizaines de journalistes, avocats, universitaires ou internautes, muselant toute voix critique dans un mouvement sans précédent depuis des années. Jeudi soir, les forces de police ont perturbé un hommage, à Pékin, du Club des correspondants étrangers en Chine (FCCC), aux caricaturistes de presse assassinés en France.

111,21

Le rachat de dette d'État par la BCE validé par la justice européenne

Par [Alexandrine Bouilhet](#) Publié le 14/01/2015 à 11:14

L'avocat général de la Cour de Justice européenne estime que le programme d'achats de dettes d'États par la BCE est compatible avec le droit européen. Une victoire pour la BCE. L'euro est tombé à 1,17 dollar, sous la première cotation officielle du 4 janvier 1999. Explications.

Le fameux «bazooka» de la BCE, sorti en 2012, par [Mario Draghi](#) pour venir au secours de l'euro, attaqué sur les marchés, est compatible avec les traités européens, estime l'avocat général de la Cour de justice européenne, à Luxembourg. Les réquisitions du parquet sont en général suivies par la Cour, dont l'arrêt tombera d'ici deux mois.

Cette nouvelle a été accueillie avec soulagement à la [BCE](#), même si l'institution monétaire était sûre d'être dans son droit lorsqu'elle a adopté, à l'été 2012, un programme inédit d'opérations monétaires sur titres (OMT, en anglais), qui lui permet d'acheter de manière «illimitée» des titres d'États lorsqu'un État de la zone euro est attaqué sur les marchés financiers, au point de mettre en danger la transmission de la politique monétaire.

L'euro au plus bas depuis 10 ans

L'euro a chuté à 1,17 dollar, sous sa première cotation officielle du 1er janvier 1999. Les réquisitions de la Cour lèvent une hypothèque juridique sur l'utilisation de la «planche à billets» envisagée par la BCE, - le fameux «QE» pour «Quantitative Easing» en anglais - qui pourrait être annoncé la semaine prochaine, pour relancer l'inflation et la croissance en zone euro.

Le «bazooka» de la BCE, examiné par la Cour de justice, n'a quant à lui, encore jamais été utilisé. Conçue en 2012 par Mario Draghi cette arme de «prêteur en dernier ressort», baptisée OMT, qui permet à la BCE de racheter des dettes d'État en quantité «illimitée» en cas de spéculation contre la zone euro, est restée dans les tiroirs de la banque. Mais l'annonce de la possibilité d'y recourir a permis d'éloigner les spéculateurs, à une époque où la zone euro était menacée d'exploser.

En Allemagne, l'OMT où l'action de Mario Draghi est très contestée. Des personnalités politiques et économiques, des professeurs de droit, ainsi que le parti de gauche «Die Linke» ont attaqué le programme OMT de la BCE devant la Cour constitutionnelle allemande, à Karlsruhe, laquelle a manifesté ses réticences, tout en se déclarant incompétente, en 2014, au profit de la Cour de justice européenne, laquelle vient de lui infliger son premier camouflet.

Car, au fond, ce qui posait problème à certains experts allemands, et aux juges de Karlsruhe, c'est la compatibilité du programme allemand avec l'interdiction du financement monétaire des États par la BCE, inscrite dans le traité de Maastricht. Pour la Cour, le traité n'interdit pas les opérations sur le marché secondaire, «faute de quoi l'Eurosystème serait privé d'un outil crucial pour la conduite ordinaire de la politique monétaire».

Des limites fixées

Mais la Cour pose ses exigences pour la BCE pour ses futures opérations OMT. Elle devra notamment faire preuve de «prudence» au moment d'intervenir sur le marché secondaire «afin d'éviter les comportements spéculatifs» qui saperaient l'efficacité de l'OMT. Il faut qu'une différence de prix existe entre le marché primaire (émission de dette) et le marché secondaire (achat de dettes déjà émises), insiste l'avocat général. Il s'agit de garantir «la formation d'un prix de marché des dettes publiques».

La justice européenne fixe aussi ses premières limites aux pouvoirs de la BCE en temps de crise. Si celle-ci lance une OMT, elle doit «motiver de façon appropriée l'adoption d'une mesure non conventionnelle en identifiant de façon claire et précise les circonstances extraordinaires qui la justifient». Elle devra aussi s'abstenir de participer à un programme de type Troika, dans l'État en question. «Il est fondamental pour que l'OMT conserve sa fonction de politique monétaire que la BCE s'abstienne de participer directement au programme d'assistance financière appliqué à l'État concerné», indique l'avocat général.

111,22

"Wenn es euch hier nicht gefällt, haut doch ab!"

Ahmed Aboutaleb, muslimischer Bürgermeister von Rotterdam, hat mit einem wütenden Aufruf an Islamisten viele Sympathien gewonnen: Wer die westliche Freiheit nicht wolle, solle doch die Koffer packen.

Von [Sarah Maria Brech](#)Redakteurin



Foto: dpaAhmed Aboutaleb hält eine Rede bei der Demonstration gegen Terror in Rotterdam am 8. Januar

Der Bürgermeister von Rotterdam, Ahmed Aboutaleb, hat sich mit einem wütenden Interview in die Herzen vieler empörter Europäer geredet. Der marokkanischstämmige Aboutaleb, der selber Muslim ist und zwei Pässe besitzt, äußerte sich unmissverständlich in Richtung aller unbelehrbaren Islamisten: "Haut doch ab!"

Am Abend des 7. Januar, nach dem Anschlag auf das Satireblatt "Charlie Hebdo" in Paris mit zwölf Toten, wurde ein sichtlich mitgenommenener Aboutaleb in die niederländische Nachrichtensendung "Nieuwsuur" zugeschaltet. Die Geschehnisse hätten ihn tief in der Seele getroffen, sagte er. Hier säße nicht nur der Bürgermeister von Rotterdam, "sondern auch ein wütender Muslim."

Dann wandte sich Aboutaleb direkt an Extremisten in Europa. "Wenn ihr die Freiheit nicht wollt, packt um Himmels willen eure Koffer und geht", sagte er. "Vielleicht gibt es einen Ort, an dem ihr ihr selbst sein könnt. Seid dann auch ehrlich zu euch selbst und bringt keine unschuldigen Journalisten um. Das ist so rückständig, das ist unbegreiflich. Verschwindet, wenn ihr in den Niederlanden mit der Art, wie wir unsere Gesellschaft leben wollen, euren Platz nicht finden könnt ."

Er beendete seinen Aufruf mit den Worten: **"Wenn es euch hier nicht gefällt, wenn euch Karikaturisten nicht passen, die eine Zeitung machen, dann lasst es mich so sagen: Haut doch ab!"**

Der Held des Londoner Bürgermeisters

Das Interview machte sofort die Runde, nicht nur in den Niederlanden. Boris Johnson, der Bürgermeister von London, zitierte seinen niederländischen Kollegen in seiner Kolumne für den "Telegraph" und nannte ihn "meinen Helden". "Das ist die Stimme der Vernunft, die Stimme Voltaires", schrieb Johnson.

Der Sozialdemokrat Aboutaleb ist seit sechs Jahren Bürgermeister der Hafenstadt, die schwer mit ihren Gegensätzen kämpft. Einerseits ist Rotterdam eine internationale, multikulturelle Großstadt, die sich auch wirtschaftlich zunehmend erholt und mittlerweile wieder als schick gilt. Andererseits feiert "Leefbaar Rotterdam", eine islam- und einwanderungskritische Partei, hier seit Jahren Erfolge. Bei den Kommunalwahlen 2014 wurde sie größte Partei und bildet mittlerweile mit Konservativen und Liberalen die regierende Koalition der Stadt. Die Wahl des Bürgermeisters erfolgt unabhängig davon, so dass Aboutaleb, obwohl er der sozialdemokratischen Partei PVV angehört, trotzdem noch im Amt ist.

Am Tag nach dem Anschlag von Paris gingen in Rotterdam 3000 Menschen auf die Straße, um der Toten zu gedenken und gegen den Terror zu demonstrieren. Bürgermeister Aboutaleb war dabei. In seiner Ansprache verurteilte er die "feige Tat" aufs Neue – und forderte seine Stadt zur Besonnenheit auf: "Das Schlechteste, das wir jetzt tun können, ist, die Erwartungen der Terroristen zu erfüllen und in unseren Herzen Rachegefühle zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zuzulassen."

111,23

The Islamists want war, but it would be fatal if we fell for it

Giving in to fear and its corrosive effects only strengthens the forces of hatred



By [Boris Johnson](#) 9:01PM GMT 11 Jan 2015

This weekend we were all Parisians. **While the Prime Minister and others joined the march in the French capital**, other European cities staged rallies and events of all kinds. In Trafalgar Square we gathered to pay our respects to the dead of the past few days: to the heroic journalists who died for the right to express themselves; to the innocent victims of the kosher supermarket. In tribute to our sister capital, we illuminated the great buildings of central London with the Tricolore. “Je suis Charlie”, said countless signs. The people of London were sending a message of joint defiance, of shared values, of a refusal to give in to terror.

And yet we must be honest, and confess that in claiming the mantle of the editors and cartoonists of the French satirical magazine, we were being not only presumptuous, we were being pretentious and, I am afraid, simply inaccurate. There is hardly a paper in Britain that has followed the lead of Charlie Hebdo, and printed the offending cartoons of Mohammed. In fact, I cannot think of any mainstream media organisation that has been able to tell its viewers or readers what the fuss is all about.

You would have thought it was essential to the story. Appalling carnage has been inflicted; young men have been incited to commit acts of disgusting savagery; the French nation is in a state of shock and grief. And yet the British public is unable to form any kind of judgment about what exactly it is that is meant to have caused the offence. Was there something particularly rude or risqué about the drawings? Were they obscene? Was it just the fact of the depiction of the Prophet?

There have been offensive Western depictions of Mohammed at least since Giovanni da Modena in the 15th century, and even in Islamic art the image of the Prophet may be rare, but it's far from unknown. We need to know what precisely Charlie Hebdo did to provoke such mindless hostility – and at the heart of the whole story there is a blank, a big white space. The British press is globally famed for its willingness to say anything to anyone, to tell truth to power, to hold up people's private lives to hilarity and scorn. In this case, a great ox has stood upon our tongue.

There are some respectable reasons that may be advanced, of course, and we have heard them a lot over the past few days. No one likes to give unnecessary offence to any religion, or to any group of people. There are many acknowledged limits to freedom of speech today – many of which are enforced by the law. There are words that may not be used, or not in certain contexts. There are assertions that may not be made, or not without the risk of legal challenge. But it is very striking that we in the British media have been almost uniquely reluctant, in Europe, to elucidate our viewers and readers as to the images at the heart of the furore, and I am afraid that it is not just a question of politeness, or punctilio, or old-fashioned good manners. The main reason no one is running the cartoons is that they are afraid.

About 10 years ago, the whole Danish cartoon controversy blew up – and I remember distinctly concluding that I would never have published them in *The Spectator*, which I edited, not just because they were gratuitously inflammatory, but because I didn't see how I could justify my decision to the widows and orphans of my staff, in the event of an attack on our offices (and I note that one of the **German publications to use the Charlie Hebdo cartoons has just been fire-bombed**).

It is essential to admit this element of fear (and several editors have been candid enough to do so), because fear is a very bad and corrosive thing. Fear leads to anger. Fear leads to mistrust. Fear can make you irrational, and in the case of Islamist terrorism, the resulting fear can obviously encourage prejudice and division. Fear leads to hatred – and that is exactly what those terrorists hope to provoke. They want to see anti-Muslim marches of the kind that are now appearing in Germany; they want an anti-Muslim backlash; they want war; and it would be absolutely fatal if we were to allow ourselves to fall for it.

London was united in the aftermath of 7/7 – the terrible bombings that killed 52 people and injured 700 – because the Muslim communities of this country were able to show beyond doubt that the murders had not been done in their name. The same outpouring of feeling is happening now, and the same show of unity.

Many fine things have been said and done over the past few days, but some of the bravest words and deeds have come from Muslims. I think of the Muslim policeman, shot in cold blood as he lay on the pavement – try to watch that clip without weeping. I think of the Muslim shopworker, who helped hide some of the kosher supermarket customers in the cold store.

Across France, Britain and the rest of Europe, there are Muslim voices saying what needs to be said, like the Association of British Muslims – which issued a dignified and sensible statement, in which it not only condemned the killings in the strongest possible terms, but defended the right of Charlie Hebdo to publish the cartoons.

And my hero – the man who got straight to the point – was the Mayor of Rotterdam, Ahmed Aboutaleb, himself a Muslim. “If you don’t like freedom,” he told the Dutch nation’s potential jihadists, “then pack your bags and leave. There may be a place where you can be yourself, so be honest with yourself, and don’t kill innocent journalists. If you don’t like freedom, then f--- off.”


That is the voice of the Enlightenment, of Voltaire. We can and will protect this country against these jihadist thugs. We will bug them and monitor them and arrest them and prosecute them and jail them. But if we are going to win the struggle for the minds of these young people, then that is the kind of voice we need to hear – and it needs above all to be a Muslim voice.

„Der EZB sind kaum mehr Grenzen gesetzt“

Finanzexperte Bert Van Roosebeke und AfD-Politiker Joachim Starbatty kritisieren die Stellungnahme des EU-Generalanwalts zur EZB-Politik. Der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler erkennt wichtige Einschränkungen.

14.01.2015



© EILMES, WOLFGANG  EZB-Direktionsmitglied Yves Mersch

Die EZB sieht ihren Anti-Krisen-Kurs durch das **Gutachten des Europäischen Generalanwaltes** bestätigt. „Das ist ein wichtiger Meilenstein“, sagte EZB-Direktionsmitglied Yves Mersch in einer ersten Reaktion. Die Währungshüter hatten am Morgen für ihren Euro-Rettungsplan vor Gericht einen wichtigen Etappensieg erreicht. Nach Ansicht des wichtigsten Gutachters am Gerichtshof der Europäischen Union darf die EZB unter bestimmten Voraussetzungen massenhaft Staatsanleihen von Euro-Krisenländern kaufen. Voraussetzung sei, dass die EZB solche Käufe gut begründe und diese verhältnismäßig seien.

Auch die Bundesregierung begrüßte die positive Stellungnahme des Generalanwalts. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums sagte, die Auffassung des Generalanwalts untermauere im Grundsatz die Position der Bundesregierung. Dessen Schlussantrag bedeute aber noch keine Entscheidung des Gerichtes. Gut sei, dass mit dem Verfahren vor dem EuGH in Luxemburg Klarheit über das Programm geschaffen werde.

An der Börse stiegen die Kurse europäischer Staatsanleihen. Deutsche Bundesanleihen mit zehn Jahren Laufzeit rentierten mit etwas mehr als 0,4 Prozent, die Rendite entsprechender schweizerischer Papiere fiel mit 0,14 Prozent auf ein Rekordtief.

„Dieses Gutachten bestärkt uns“

Die Einschätzung des Gutachters am Europäischen Gerichtshof gilt als eine Vorentscheidung. Der EuGH muss der Empfehlung des Generalanwalts formal zwar nicht folgen, tut dies aber vielen Fällen. Allerdings folgten die Richter dem Generalanwalt in besonders brisanten Fällen nicht immer - etwa im Falle des „Recht auf Vergessenwerden“ im Internet. Das endgültige Urteil der Richter wird im Herbst erwartet.

Joachim Starbatty, der vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die EZB klagt, zeigte sich indessen enttäuscht. Es sei ein „politisches Urteil“, monierte der Volkswirtschaftsprofessor, der für die AfD im Europaparlament sitzt. Die vom Generalanwalt genannten Bedingungen könnten „unschwer umgangen werden“, kritisierte er gegenüber FAZ.NET. Starbatty bezweifelt, dass die EZB-Rettungspolitik, die Notenbankchef Mario Draghi mit den Worten „was auch immer es kostet“ (whatever it takes) angekündigt hatte, noch Geldpolitik sei. „Noch nie ist eine geldpolitische Maßnahme, die auf die Sicherung der Geldwertstabilität gerichtet sein soll, mit solchen Worten angekündigt worden“, sagte er. Starbatty monierte außerdem, die Auflage des EuGH-Generalanwalts, dass die EZB nicht am Primärmarkt – also direkt von den Finanzministern –, sondern nur am Sekundärmarkt kaufen dürfe, sei ökonomisch irrelevant. Banken würden die Papiere kaufen und nach einer Frist von einigen Wochen an die EZB weiterreichen und sich dafür bezahlen lassen. Es bleibe bei einer Staatsfinanzierung. Die EZB habe mit ihrer Ankündigung eines notfalls unbegrenzten Ankaufs von Anleihen von Euro-Krisenländern eine Bürgschaft für sämtliche Staatsschulden gegeben. Letztlich hafteten dafür die Steuerzahler.

Gauweiler findet Einschränkungen

Bert Van Roosebeke, Finanzexperte am Centrum für Europäische in Freiburg, sieht in der Stellungnahme des Generalanwaltes einen Freifahrtschein für die anstehenden Staatsanleihekäufe durch die EZB: „Die Frage, wie umfangreich die EZB Staatsanleihen am Sekundärmarkt kaufen darf, ohne gleichzeitig gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung zu verstoßen, stellt sich sowohl bei OMT als auch bei QE. Das Bundesverfassungsgericht hatte hier zu Recht um eine Klärung gebeten. Mit der heutigen Stellungnahme des Generalanwalts sind der EZB kaum mehr Grenzen gesetzt.“

Der CSU-Bundestags-Abgeordnete Peter Gauweiler, der ebenfalls gegen die EZB vor der Verfassungsgericht gezogen ist, liest aus der Stellungnahme hingegen einige bedeutende Einschränkungen für die bisherige Euro-Rettungspolitik heraus. Da die EZB nach Meinung des Generalanwalts sich „jedes unmittelbaren Eingreifens in die Finanzhilfeprogramme enthält, an die das OMT-Programm

anknüpft“, müsse sie zwingend aus der Troika ausscheiden, folgert Gauweiler. „Wenn der Europäische Gerichtshof dieser Auffassung folgt, bricht das Kartenhaus der bisherigen „Eurorettung, das aus dem Zusammenwirken von ESM und OMT-Programm gebaut wurde, in sich zusammen.“ Denn nach dem ESM-Vertrag sei die Beteiligung der EZB an der Durchführung der Anpassungsprogramme vorgeschrieben, die Notenbank könne deswegen nicht nach eigenem Belieben ausscheiden. Zunächst müsste dann der ESM-Vertrag geändert werden. Und bis zu einer Änderung des ESM-Vertrages sei das OMT-Programm also lahmgelegt.

Was kommt am 22. Januar?

In der EZB wiederum kommt die Empfehlung des Generalanwaltes auch deshalb gut an, weil nach Ansicht des Generalstaatsanwaltes die Zentralbank grundsätzlich in ihrer Geldpolitik „über ein weites Ermessen verfügen“ soll. Gerichte sollten die Zentralbank nur „mit einem erheblichen Maß an Zurückhaltung“ kontrollieren dürfen, da ihnen die Erfahrung auf diesem Gebiet fehle. „Dieses Gutachten bestärkt uns“, sagte Yves Mersch: „Wir sind nach wie vor überzeugt, dass wir innerhalb des europäischen Rechts gehandelt haben.“ Das Verfahren werde zwar erst mit dem Urteil abgeschlossen sein. In der Zwischenzeit stünden die OMTs aber zur Verfügung.

Auf die Frage, welche Lehren die Währungshüter aus dem Gutachten ziehen für ihre **Überlegungen zu Staatsanleihekäufen**, antwortete Mersch: „Es gibt einige interessante Punkt in diesem Gutachten, etwa dass die EZB die alleinige Verantwortung trägt für die Konzeption, Definition und Umsetzung von Geldpolitik.“ Am 22. Januar könnte die Zentralbank nach Einschätzung vieler Fachleute Staatsanleihekäufe im Grundsatz beschließen und ankündigen.


„Wir sind nach wie vor überzeugt, dass die OMTs rechtlich fundiert sind und mit unserem Mandat im Einklang stehen“, ergänzte Mersch. Alle Entscheidungen des EZB-Rats seien durch das Mandat zur Gewährleistung von Preisstabilität sowohl begründet als auch beschränkt. Der EZB-Rat werde das EU-Recht einhalten und respektieren. Angewendet wurde das OMT-Programm bislang nicht - alleine die Ankündigung reichte aus, um die Finanzmärkte zu beruhigen.

Wir brauchen Zuwanderer, aber die richtigen

Belastet Zuwanderung die öffentlichen Haushalte? Nicht unbedingt. Dazu müssen Migranten aber mindestens so gut qualifiziert sein wie die hiesige Bevölkerung.


14.01.2015, von HOLGER BONIN



© DPA  Ein Unterstützer der Lampedusa-Flüchtlinge: Nach Deutschland kommen immer mehr Akademiker

Angesichts der wachsenden Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen und zunehmender Furcht vor Einwanderung hat in Deutschland erneut die Debatte um die richtige Migrationspolitik begonnen. Vor zwei Wochen hat der [Präsident des Ifo Instituts Hans-Werner Sinn](#) [in einem Beitrag noch einmal auf das hingewiesen](#), was unter den Ökonomen, die sich mit den wirtschaftlichen Effekten von Migration befassen, breiter Konsens sein dürfte.

Um die ökonomischen Herausforderungen zu bewältigen, die mit der alternden und infolge niedriger Geburtenzahlen schrumpfenden Bevölkerung verbunden sind, benötigt Deutschland zwar nicht nur, aber eben auch Zuwanderung. Und damit die erwünschten wirtschaftlichen Entlastungen zustande kommen, müssen künftige Zuwanderer qualifiziert und in den Arbeitsmarkt integrierbar sein.

© ZEW  Holger Bonin ist Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmärkte und Soziale Sicherung am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Er hat eine viel diskutierte Studie über die Auswirkungen von Migration auf den Staatshaushalt mit verfasst.

Auch die im November vorgelegte Studie des ZEW für die Bertelsmann-Stiftung, auf die Sinn in seinem Debattenbeitrag Bezug genommen hat, kommt zu diesen Schlussfolgerungen. Für diese Untersuchung wurde die langfristige Entwicklung der deutschen Staatsfinanzen für eine Reihe von Szenarien durchgerechnet, die sich hinsichtlich der Anzahl und Qualifikation der künftigen Zuwanderer unterscheiden. Die Resultate lassen sich auf eine knappe Formel bringen: Damit die öffentlichen Haushalte langfristig entlastet werden, müssen künftige Zuwanderer im Durchschnitt mindestens so qualifiziert sein wie die heute in Deutschland lebende Bevölkerung.

Wenn die Politik, was legitim ist, in Fragen der Zuwanderung auch an fiskalische oder wirtschaftliche Ziele denkt, muss sie also auf die Qualifikation und damit die Beschäftigungschancen der Einwanderer achten. Der Handlungsbedarf ist dabei allerdings nicht so akut, wie es die aktuelle Diskussion vielleicht erscheinen lässt. Im letzten Jahrzehnt hat sich nämlich das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Neuzuwanderer nach Deutschland an das der Wohnbevölkerung angenähert und es teils sogar überschritten.

Funktioniert die Zuwanderung nach Qualifikationsbedarf?

Dahinter steht eine starke Zunahme der Akademikerquote. Nach Angaben des Migrationsforschers Herbert Brücker hatten 39 Prozent der Neuzuwanderer im Alter zwischen 25 und 64 Jahren im Jahr 2013 einen Hochschulabschluss. Bei den in den neunziger Jahren Zugewanderten lag diese Quote dagegen nur bei 16 Prozent. Zugleich aber hat der Anteil der Neuzuwanderer ohne Berufsausbildung im Trend nur langsam abgenommen und war im Jahr 2013 mit rund 30 Prozent immer noch hoch. Es ist dieser Wert, der zu Fragen führt, ob Deutschland die Steuerung von Zuwanderung nach dem Qualifikationsbedarf ausreichend gut gelingt.

Bei der ökonomisch motivierten Zuwanderung von EU-Bürgern sind die Steuerungsmöglichkeiten seit der Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sehr begrenzt. Dies lässt sich damit rechtfertigen, dass die Effizienzgewinne des freien Verkehrs von Arbeitskräften in einem Binnenmarkt volkswirtschaftlich die möglichen Nachteile Einzelner durch wachsende Konkurrenz am Arbeitsmarkt aufwiegen. Solange die Migranten für den Zweck der Beschäftigung kommen, dürfte diese Rechnung aufgehen.

Tatsächlich vollzieht sich der weitaus größte Teil der EU-Binnenwanderung nach Deutschland in den Arbeitsmarkt und nicht in die Sozialsysteme. Die Zuzugsbewegung hat erst mit dem anhaltenden Aufschwung am deutschen Arbeitsmarkt an Fahrt aufgenommen, und die Beschäftigtenquoten der neu zugewanderten EU-Bürger sind hoch, auch bei den häufig der Armutszuwanderung verdächtigsten Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien.

Das heißt nicht, dass alles in bester Ordnung ist. Viele der zugewanderten EU-Bürger arbeiten unter ihrer Qualifikation. Produktivitätspotentiale werden verschenkt. Und auch das Verteilungsproblem durch geringqualifizierte Einheimische, die gefährdet sind, von geringqualifizierten Zuwanderern verdrängt zu werden, darf nicht aus dem Blickfeld geraten.

Es mangelt an der Willkommenskultur

Definitiv ist Deutschland bei der Gewinnung von Fachkräften aus dem außereuropäischen Ausland noch viel zu wenig erfolgreich. Dies liegt aber weniger am rechtlichen Rahmen. In der Arbeitsmigrationspolitik hat sich nämlich, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, ein Paradigmenwechsel vollzogen. Seit der Ergänzung des Aufenthaltsgesetzes 2012 zählt Deutschland nach Einschätzung der OECD international zu den Ländern, die für die Zuwanderung von Hochqualifizierten am weitesten geöffnet sind.

Zudem hat sich die Politik vom Grundsatz „keine Zuwanderung von Nichtakademikern“ verabschiedet. Für beruflich Qualifizierte existieren nun Positivlisten von Engpassberufen und keine Quotierungen. Für den Misserfallsfall wird Vorsorge getroffen, indem der längere Aufenthalt in Deutschland an den Nachweis eines adäquaten Arbeitsplatzes gebunden ist.

Damit existiert zur Steuerung qualifizierter Zuwanderung in den Arbeitsmarkt bereits ein durchaus sinnvolles Mischsystem aus arbeitsvertrags- und humankapitalorientierten Elementen, wie es auch Länder mit Punktesystemen, auf die jetzt gern als Vorbild verwiesen wird, mittlerweile praktizieren. Dass dennoch nur so wenige Fachkräfte von außerhalb der EU zu uns kommen, liegt an anderen Hürden.

Zuwanderung kann Deutschland auch Gewinn bringen

Dazu gehören die geringe Verbreitung von Deutsch als Fremdsprache, schlechte Information über die Zuwanderungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, eine hohe Steuer- und Abgabenbelastung im Mittelstand und eine unterentwickelte Willkommenskultur. Damit Deutschland als Zielland für Fachkräfte attraktiver wird, vor allem für Nichtakademiker mit gesuchten beruflichen Qualifikationen, muss die Politik also weitaus mehr anpacken als das Zuwanderungsrecht.

Bei der Bewertung der Zahlen zur geringqualifizierten Neuzuwanderung darf nicht vergessen werden, dass dabei auch Menschen mitgerechnet sind, die Deutschland aus humanitären Gründen aufnimmt. Bei anerkannten Asylbewerbern und Flüchtlingen lässt sich die Qualifikation selbstverständlich nicht nach wirtschaftlichen Kriterien auswählen. Weil sich ihr Aufenthalt aber oft verfestigt, ist es dafür um so wichtiger, diese Zuwanderergruppe bei der Integration zu unterstützen.

Die Vermittlung der deutschen Sprache, von beruflichen Qualifikationen und interkulturellen Kompetenzen sind entscheidend, um die Arbeitsmarktchancen zu erhöhen und den Zugang zur deutschen Gesellschaft zu finden. Auf diese Weise kann auch diese Zuwanderung für Deutschland letztlich wirtschaftlich gewinnbringend werden. Mit entsprechenden Investitionen sollte daher möglichst rasch begonnen werden.

Holger Bonin ist Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmärkte und Soziale Sicherung am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

Pegida-Anhänger sind gebildet und verdienen gut

Bisher galt der typische Pegida-Aktivist als rechtslastig und vor allem islamfeindlich. Die erste umfangreiche Studie zum Thema zeigt das genaue Gegenteil: Den Menschen geht es um völlig andere Dinge.

Der "typische" Demonstrant bei den Protesten der [Anti-Islam-Bewegung Pegida](#) in Dresden kommt einer Studie zufolge aus der Mittelschicht, ist gut ausgebildet und berufstätig. Er verfüge zudem über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, sei 48 Jahre alt und männlich, ergab eine am Mittwoch von der TU Dresden veröffentlichte Untersuchung. Der typische Pegida-Demonstrant gehört demnach keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit auf und stammt aus Dresden oder Sachsen.

Das Team um den Politikwissenschaftler Hans Vorländer hatte für die Studie den Angaben zufolge bei drei Demonstrationen im Dezember und Januar rund 400 Teilnehmer befragt. Dabei lehnten rund zwei Drittel (65 Prozent) der ursprünglich angesprochenen Menschen eine Befragung ab.

Das Hauptmotiv für die Teilnahme an Pegida-Demonstrationen ist laut der Studie eine generelle "Unzufriedenheit mit der Politik". An zweiter Stelle wurde die [Kritik an Medien und Öffentlichkeit](#) genannt. Danach folgten grundlegende Ressentiments gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern. Dabei seien Vorbehalte gegen Muslime beziehungsweise den Islam besonders ausgeprägt.

"Auch wenn sich Pegida dem Namen nach gegen die Islamisierung des Abendlandes wendet, sind die Kundgebungen für die Mehrheit der Teilnehmer in erster Linie eine Möglichkeit, tief empfundene, bisher nicht öffentlich artikulierte Ressentiments gegenüber politischer und meinungsbildender Elite zum Ausdruck zu bringen", erklärten die Wissenschaftler.

Die Gegenüberstellung von "Die da oben" und "Wir hier unten" in Kombination mit fremdenfeindlichen Einstellungen werde "traditionell zum rhetorischen Arsenal rechtspopulistischer Strömungen gerechnet". Die Ergebnisse der Studie stünden, so die Forscher, "zum Teil bisherigen öffentlichen Annahmen über Anliegen und sozialen Hintergrund von Pegida-Anhängern entgegen".

An den Protesten der Anti-Islam-Bewegung Pegida nehmen seit Wochen in Dresden mehrere tausend Menschen teil. Am Montagabend waren in der sächsischen Landeshauptstadt [25.000 Menschen](#) dem Aufruf der Gruppierung gefolgt – so viele wie noch nie zuvor. Zugleich gingen in vielen deutschen Städten Zehntausende Pegida-Gegner auf die Straße.

”

Es sind Bürger, die ihr grundgesetzlich garantiertes Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen – und das sollte nun wirklich nicht in Frage stehen

“

Jochen Bohl

Landesbischof in Sachsen

Nach einigen politischen Vertretern haben nun auch die Bischöfe der evangelischen Landeskirche Sachsens und des katholischen Bistums Dresden-Meißen, Jochen Bohl und Heiner Koch, einen Dialog mit Pegida ins Auge gefasst. "Man muss miteinander reden", sagten sie. Unter den Anhängern seien viele, mit denen man sprechen könne. "Nach der Demonstration sollte der Dialog kommen", betonte Bohl.

Aus Sicht von Koch braucht es neben einer Vielfalt von Foren einen Austausch mit der Pegida-Führung, auch um eine Radikalisierung zu vermeiden. Von selbst werde das inzwischen über die Region hinausgehende Phänomen nicht verschwinden, mahnten die Bischöfe, auch unter Verweis auf die überregionale Anziehungskraft der wöchentlichen Demonstrationen.

"Es sind viele Leute dabei, die von weit her kommen", sagte Bohl. Laut Koch reisen sie sogar in Bussen aus ganz Deutschland an. "Da werden massenpsychologische Automatismen in Gang gesetzt: Man geht dahin, wo viele sind, und das ist ausnutzbar." Bohl und Koch betonten, dass die meisten aber keine Rechtsextremisten seien. "Es sind Bürger, die ihr grundgesetzlich garantiertes Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen – und das sollte nun wirklich nicht in Frage stehen", sagte Bohl. Denn davon lebe die Demokratie

111,31

Q&A: the ECJ decision and QE

[Claire Jones](#) [Author alerts](#) | Jan 14 15:05 | [Comment](#) | [Share](#)



A top adviser at the European Court of Justice has said that the European Central Bank's crisis-fighting Outright Monetary Transactions programme [falls within policy makers' mandate](#).

Q: *That's pretty much a green light for quantitative easing next week isn't it?*

A: Pretty much.

Pedro Cruz Villalón, the ECJ advocate-general, was clear that he viewed the Outright Monetary Transactions programme as “an unconventional monetary policy measure”.

That provides a firm answer to the German constitutional court's view that the [OMT](#) was illegal and that the central bank overstepped its mandate. In Mr Cruz Villalón's view, it's clear that it hasn't.

Mr Cruz Villalón also went further than many expected in saying that the central bank should have “broad discretion when framing and implementing the EU's monetary policy.”

Lawyers must, he said, exercise “considerable caution” when reviewing the ECB since they lacked the central bank's expertise and experience.

Those are big pluses for the ECB as prepares its QE package ahead of its January 22 policy vote.

But parts of the judgement had something for the anti-QE camp too.

Q: *How so?*

A: There were elements of the OMT's design that the advocate general appeared to query.

A big complaint from the 37,000 plaintiffs who brought the case to the German constitutional court was the ECB's commitment to buy government bonds in potentially unlimited quantities.

Mr Cruz Villalón did not directly address the issue of whether the unlimited nature of the OMT was appropriate. But he makes clear throughout the opinion that the OMT must be “proportionate”. Some have taken that as a signal that the ECJ would not support unlimited bond buying.

Q: *So why does that matter for QE?*

A: It could raise doubts about the ECB's ability to announce a Federal Reserve style commitment to open-ended quantitative easing. Under its third programme of asset purchases, the [Fed promised](#) to buy up to \$85bn-worth of government and agency bonds a month until the unemployment rate fell below 6.5 per cent.

Several market economists believe a commitment by policy makers in Frankfurt to buy a certain amount of bonds each month until inflation nears the target of below but close to 2 per cent would be a much more credible and powerful form of QE than announcing a pre-fixed stock of purchases.

The opinion's nod to "proportionality" probably won't be the deciding factor on this debate, though.

Mr Cruz Villalón's remarks are too vague to offer any significant obstacle. The advocate general also supports the ECB's defence that as there are only ever a finite number of government bonds on sale there is an implicit cap to any bond-buying scheme.

A more important barrier to open-ended purchases is the sense the more hawkish elements of the governing council simply don't like the idea of committing to open-ended purchases.

Q: What about the options for loss sharing?

A: There is also some doubt about whether the opinion removes the option of leaving potential losses for QE on the books of national central banks – a potential deal clincher with some of the governing council's more hawkish elements. That is because the opinion appears to question whether the Eurosystem of the ECB and national central banks can ever be involved in a restructuring of sovereign debt. From the opinion: "[The advocate-general] also considers that the OMT programme is necessary as well as proportionate in the strict sense, since the ECB does not assume a risk that will necessary make it vulnerable to insolvency."

But, again, the opinion only implies this might be an issue, rather than spelling out that there definitely would be a problem with accepting a haircut on any government debt.

"The ECB said as part of the OMT that it would never vote for collective action clauses as part of a restructuring of sovereign debt. The ruling suggests that [taking a haircut on sovereign debt] would contravene EU rules on monetary financing," said Kai Schaffelhuber, lawyer at Allen & Overy. "But we do not have an explicit answer for whether the advocate general believes that the ECB is not allowed to allow for losses – other than mark-to-market valuation losses – under QE."

Q: So has the anti-QE camp won then?

A: No, on the whole the judgement will comfort those in favour of sovereign bond purchases.

Karlsruhe has left the door open for it to rule against the ECJ decision, which is expected within six months. If, as is likely, that final ruling is as strong as today's decision in supporting the case for buying government debt, it would be very difficult for the German constitutional court to decide that the OMT is illegal. In turn, that would strengthen the case against any legal opposition towards QE.

QE is a very different beast to the OMT: sovereign bond buying for the purposes of supporting inflation is much more recognisable as monetary policy.

The advocate general's opinion clearly supports the view that sovereign bond-buying by the ECB is, under a lot of circumstances, legal and should be viewed as part of the monetary policy cannon. In an environment where prices are falling and the ECB's primary mandate is to keep inflation below but close to 2 per cent, the case for QE looks pretty watertight.

Die „Tagesschau“. Wo man schöne Inszenierungen nicht blöd hinterfragt.

VIDEO „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ und „JT“ von France 2 am 11. Januar 2015-01-14

<http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-6283.html>

<http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tt-3421.html>

http://pluzz.francetv.fr/videos/jt20h_115764390.html

14 JAN 15



Vielleicht könnte die „Tagesschau“ jemand anderes finden, der öffentlich auf Kritik an ihrer Arbeit reagiert? Jemanden, für den eine „Diskussion“ etwas anderes ist als eine Ansprache, der ein irgendwie ausgleichendes Wesen hat und womöglich sogar noch ein Bewusstsein dafür, dass er von uns Zuschauern bezahlt wird? Jemanden, der nicht alles noch schlimmer macht? Kurz gesagt, jemand anderes als Kai Gniffke?

Es gibt ja gerade ein bisschen Aufregung um die Bilder von den Staats- und Regierungschefs beim großen „Republikanischen Marsch“ in Paris am vergangenen Sonntag. „Le Monde“ berichtete, dass die gar nicht in dem Sinne den Zug anführten, wie man es aufgrund der Berichte in den Nachrichtensendungen und der Fotos in den Zeitungen glauben mochte. Sie waren nicht wirklich Teil der Menschenmenge; vor und hinter ihnen war die Straße offenbar abgesperrt. Die „taz“ und „Spiegel Online“ meldeten sogar, dass es sich um eine „einsame Nebenstraße“ gehandelt habe.

Ich kann verstehen, dass Menschen das ärgert, wenn sie das erfahren. Wenn sie Grund haben anzunehmen, dass Journalisten ihnen etwas vormachen und Komplizen bei einer Inszenierung sind, anstatt diese Inszenierung kenntlich zu machen. Natürlich ist jede Auswahl eines Fotos oder eines Filmausschnittes eine subjektive Entscheidung. Es ist aber nicht die Aufgabe von Journalisten, den Aufmarsch von mehreren Dutzend Staats- und Regierungschefs durch eine geschickte Wahl der Perspektive besonders eindrucksvoll wirken zu lassen.

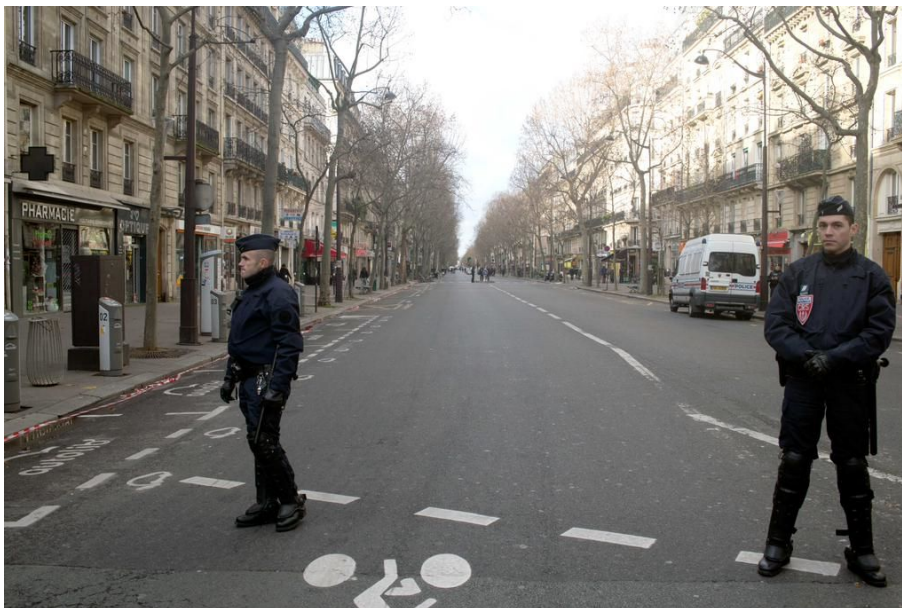


ian bremmer @ianbremmer 12 janv.

World Leaders: Not exactly "at" the Paris rallies. [#WhereIsCharlie pic.twitter.com/RXCc0C2WSy](#)
0 réponse283 Retweets130 favoris

Die Chefredakteurin der „taz“, Ines Pohl, verknüpfte diesen Fall mit der heutigen Kür des Begriffs von der „Lügenpresse“ zum „Unwort des Jahres“. Sie sagte: „Leider belegt der Umgang mit den Bildern des Pariser Marsches der Mächtigen, dass das Wort ‚Lügenpresse‘ nicht nur ein Hirngespinnst der Pegida-Anhänger ist, sondern dass die Wirkung der Bilder — übrigens auch für deutsche Medienmacher — manchmal wichtiger ist als die Dokumentation der Realität.“

Das hat bei ARD-aktuell-Chefredakteur Kai Gniffke eine Halsschlagader platzen lassen. Im „Tagesschau“-Blog schreibt er: Auch auf die Gefahr hin, dass ich jetzt wieder richtig auf die Fresse bekomme: Mir langt’s.



Stefan de Vries @stefandevries 11 janv.

Boulevard Voltaire is sealed off. The victims' families & the 50 govt. leaders will start the march here. [#Paris pic.twitter.com/3ow3h2peLI](#)

Er wirft dann mehrere Nebelkerzen und stellte fest, dass es „immer eine Inszenierung“ sei, wenn sich Politiker vor eine Kamera stellen, dass die französische Polizei ihren „Job verfehlt“ hätte, wenn sie die Politiker nicht von den anderen Menschen abgetrennt hätte (was kaum jemand ernstlich bestreitet), und dass, „sorry“, Kameraleute und Fotografen eben nicht immer einen Hubwagen zur Hand hätten. Und nach einem rätselhaften Einschub — „bei aller Selbstkritik“ — beklagt er sich schließlich darüber, dass solche Kritiker seine sensiblen Kollegen ganz kirre machten:

Ich wehre mich dagegen, über jedes Stöckchen zu springen, dass uns Verschwörungstheoretiker hinhalten. Denn sonst sickert noch viel mehr des Giftes der Furcht in unseren Berufsstand ein. Denn diese Diskussionen hinterlassen Spuren in den Redaktionen. Statt unser Bewusstsein für Qualitätsjournalismus zu schärfen, sind sie dazu angetan Redaktionen zu verunsichern.

Mit keinem Wort geht er auf die zentrale Frage ein, warum „Tagesschau“ oder „Tagesthemen“ nicht — und sei es noch so beiläufig, durch einen Halbsatz oder einen Kameranachschwenk — deutlich machten, dass die Politiker in einem gehörigen Sicherheitsabstand vom eigentlichen Marsch ein kleines Stück für die Fotografen liefen. Warum seine Redaktion die Menschen nicht in einer Weise informiert hat, die verhindert hätte, dass offenbar eine erhebliche Zahl von ihnen, inklusive mehrerer Zeitungsredaktionen, sich in die Irre geführt fühlten, als sie später das Szenario aus anderer Perspektive sahen. Warum ARD und ZDF mit ihren Formulierungen den Eindruck erweckten, die Politiker hätten sich unter die Massen gemischt und „Seite an Seite“ mit dem Volk demonstriert.

Natürlich ist der Vorwurf einer „Verschwörung“ absurd, wenn etwa das Erste selbst am Nachmittag in seiner Live-Übertragung auch gezeigt hat, wie die Politiker getrennt vom Rest der Menschenmenge liefen. Aber deshalb ist doch nicht die Kritik an den Medien absurd, die in ihren Nachrichten und Fotos einen gegenteiligen Eindruck erweckt haben. Deshalb ist doch nicht die Frage unberechtigt, ob unter anderem die „Tagesschau“ ihren Zuschauern nicht diese Information hätte mitliefern sollen.

Ja, Herr Gniffke, fast alles ist Inszenierung. Und je häufiger Medien in einer Welt, in der das Publikum skeptisch geworden ist und sich aus ungezählten anderen Quellen informieren kann, diese Inszenierungen kenntlich machen, indem sie einfach mal einen Schritt zurücktreten, aufzoomen, zur Seite schwenken, umso größer ist ihre Chance, auch in Zukunft noch als glaubwürdig zu gelten. Wir brauchen viel, viel mehr Dekonstruktionen der Inszenierungen und Scheinwirklichkeiten. Dass Gniffke das nicht nur nicht versteht, sondern auch noch zurückpöbelt, lässt für die „Tagesschau“ das Schlimmste befürchten.

Wenn er weniger wütend gewesen wäre, hätte er es vielleicht geschafft, einen Teil der Kritik sachlich zu entkräften. Die Aufnahmen entstanden nämlich nicht in einer einsamen Seitenstraße, sondern durchaus auf der Strecke, die auch für den Trauermarsch genutzt wurde: auf dem Boulevard Voltaire. Insofern ist die Aussage nicht ganz falsch, dass die Politiker den „Republikanischen Marsch“ anführten — nur halt mit erheblichem Abstand.

Davon liest man bei Gniffke allerdings nichts. Stattdessen appelliert er:

Halten wir es doch einfach mal aus, dass es eine große Geste von Millionen von Menschen und zahlreichen Politikern gab, an der nichts auszusetzen ist.

Andere Journalisten hatten durchaus eine Menge an dieser „großen Geste“ auszusetzen, und das kann man mögen oder lästig finden, aber das gehört durchaus zur Aufgabe eines Journalisten, ein schönes, gefühliges, scheinbar stimmiges Bild zu stören. Es spricht Bände über das Selbstverständnis des Chefredakteurs von ARD-aktuell, dass er lieber die perfekte Inszenierung bewahren will, den Schein, das gute Gefühl: Halten wir das doch einfach mal aus.

111,36

TERROR-ANSCHLAG AUF CHARLIE HEBDO

Tagesschau wettet gegen „Verschwörung von Paris“

von Tina Halberschmidt

14.01.2015, 13:49 Uhr

Kai Gniffke reicht's. Der Chef der Tagesschau reagiert auf Manipulationsvorwürfe und wettet gegen „Verschwörungstheoretiker“, die gegen die Darstellung der Staatschefs beim Protestmarsch von Paris Sturm laufen.



Um dieses Bild geht es: Kritiker beanstanden, TV-Sender und Zeitungen hätten Bundeskanzlerin Merkel und die anderen Staatschefs bewusst in Szene gesetzt, indem sie nur einen Ausschnitt der Realität zeigten. *Quelle: AFP*

Hamburg

Viele deutsche Medien werden zurzeit mit Vorwürfen überhäuft. Es geht um die Glaubwürdigkeit. Angeblich sollen Tagesschau, Handelsblatt und Co. Bilder der Staats- und Regierungschefs, die am Sonntag in Paris ein Zeichen gegen den Terrorismus setzten, manipuliert und bewusst in Szene gesetzt haben.

Denn was auf vielen Bildern vom Marsch der Millionen nicht auf Anhieb zu sehen ist: Angela Merkel, Francois Hollande und die anderen Prominenten führten den Protestzug der Millionen nicht an. Tatsächlich klappte zwischen Politikern und Bevölkerung eine große Lücke.

Durchs Netz waberten – begleitet von „Lügenpresse! Lügenpresse!“-Vorwürfen – bereits am Dienstag Foto-Montagen, die genau das deutlich machten.



Diese Foto-Montage kursiert im Netz. Quelle: Screenshot

Auch Tagesschau-Chef Kai Gniffke sah sich mit Montagen und Manipulationsvorwürfen konfrontiert. In seinem Blog reagierte er prompt – und ungewohnt heftig. Unter der Überschrift „Die ‚Verschwörung‘ von Paris“ schießt Gniffke gegen Verschwörungstheoretiker und erklärt, warum er den Vorwurf, die Darstellung der Staats- und Regierungschefs sei eine reine Inszenierung gewesen, für „kompletten Unfug“ hält. Tatsächlich sei jedes Bild, auf dem Politiker zu sehen seien und jede Pressekonferenz eine Inszenierung. Kein Foto zeige die Realität, sondern immer nur einen Ausschnitt.

Man müsse „einfach mal aushalten“, dass der Marsch von Paris eine „große Geste von Millionen von Menschen und zahlreichen Politikern“ gewesen sei, an der nichts auszusetzen sei. „Versuchen wir nicht, solche Gesten gleich als Inszenierung zu diffamieren“, so Gniffke.

„Das ist das Gegenteil von 'Je suis Charlie'“

DIE DEMO IN BILDERN Arm in Arm



Arm in Arm (von links nach rechts): Israels Premierminister Benjamin Netanjahu, Malis Präsident Ibrahim Boubacar Keita, Frankreichs Präsident Francois Hollande, Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel, Europäischer Ratspräsident Donald Tusk und Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas.

Bild: Reuters

Zudem habe die Tagesschau sehr wohl auch Bilder gesendet, auf denen klar zu erkennen sei, dass die Spitzenpolitiker den Trauerzug eben nicht angeführt hätten. Bei aller Selbstkritik müssten sich Redaktionen nicht klein machen oder aus Angst vor Verschwörungstheoretikern die eigene Arbeit schlecht reden.

Klare Worte, die Lutz Tillmanns, Geschäftsführer des Deutschen Presserats, so wohl nicht unterschreiben würde. Der taz sagte Tillmanns, in vielen Medien habe tatsächlich eine Inszenierung stattgefunden, über die Leser und Nutzer nicht klar informiert worden seien. TV-Sender und Zeitungen hätten deutlicher machen müssen, wie die Bilder zustande gekommen sei.

Auch Medienjournalist und Blogger Stefan Niggemeier kann verstehen, dass die Menschen verärgert sind. „Wenn sie Grund haben anzunehmen, dass Journalisten ihnen etwas vormachen und Komplizen bei einer Inszenierung sind, anstatt diese Inszenierung kenntlich zu machen.“

Ines Pohl, Chefredakteurin der „taz“, geht sogar noch weiter. Leider belege der Umgang mit den Bildern des Pariser Marsches der Mächtigen, dass das Wort „Lügenpresse“ nicht nur ein Hirngespinnst der Pegida-Anhänger sei, sagte sie der Presseagentur dpa. „Sondern dass die Wirkung der Bilder — übrigens auch für deutsche Medienmacher — manchmal wichtiger ist als die Dokumentation der Realität.“

Gniffke bleibt indes dabei: Er wehrt sich dagegen, „über jedes Stöckchen zu springen, das uns Verschwörungstheoretiker hinhalten“. Sonst „sickere noch viel mehr des Giftes der Furcht in den Berufsstand des Journalisten“ ein. „Denn diese Diskussionen hinterlassen Spuren in den Redaktionen. Statt unser Bewusstsein für Qualitätsjournalismus zu schärfen, sind sie dazu angetan, Redaktionen zu verunsichern.“ Und das sei genau das Gegenteil von „Je suis Charlie“.

111,38

EU court adviser paves way for ECB money printing

BY [JOHN O'DONNELL](#)

LUXEMBOURG Wed Jan 14, 2015 10:11am EST

(Reuters) - The European Central Bank won crucial backing on Wednesday for its pledge to do whatever it takes to support the euro when a top EU legal adviser removed a hurdle to the bank's plans to buy government bonds to bolster the euro zone economy.

Pedro Cruz Villalon, advocate general to the European Court of Justice, said a 2012 ECB bond-buying blueprint, designed at the height of the euro zone crisis to avert a break-up of the single currency and unused so far, did not break EU law.

The opinion was a clear rebuff to German critics of bond-buying, who argue the ECB would reward spendthrift states with cheap credit by printing fresh money and deter painful reforms.

"The OMT (Outright Monetary Transactions) program ... falls within the monetary policy for which the (EU) Treaty makes the ECB responsible," said Cruz Villalon, in an opinion which was met by enthusiasm on financial markets.

The euro tumbled to below its launch level for the first time in a decade after the court opinion was published, as investors took the view that the ECB had received a green light to push ahead with its plans.

The adviser's opinion, which is usually followed by the court's judges, was a milestone in a long-running dispute about printing money and the limits of central bank powers between the ECB and Germany, the largest member of the 19-country bloc.

It was a setback for those in Germany's conservative financial establishment who want to stop ECB plans to print fresh money to buy government bonds and a boost for the Frankfurt-based central bank.

The German Finance Ministry welcomed the opinion, saying it provided clarity and upheld Berlin's support for the program.

Peter Gauweiler, a conservative Bavarian politician and co-initiator of the lawsuit, pointed to the adviser's limitation on any ECB role in the troika of creditors that directed reforms in bailed out states such as Greece. But other critics were dismayed by the freedom the opinion gave the ECB to act.

"The ECB would turn into a bad bank," said Hans Michelbach, a member of Chancellor Angela Merkel's Bavarian sister party.

"This is the start of a transfer union by the back door," he said, reflecting long-held fears that Germany could be forced to subsidize poorer states such as Greece or Portugal.

Germany's influential Bundesbank, which testified against the OMT program in the German constitutional court and is also hostile to ECB money printing, remained silent.

In the Frankfurt headquarters of the ECB, the feeling was one of vindication. Executive Board member Yves Mersch said the opinion showed that the bank had "considerable discretion" over policy.

Marcel Fratzscher, president of the Berlin-based German Institute for Economic Research, said the opinion was a victory for the ECB.

"Such a strong and overwhelming support for the ECB is surprising and could not have been expected," he said. "I expect this recommendation to strengthen the position of the ECB and make a new ECB purchase program of government debt more likely."

The bank is on the verge of announcing a new scheme to buy euro zone government bonds known as quantitative easing, possibly as early as next week, to combat deflation and put the struggling economy back on a steady footing.

But it has yet to decide on crucial details of that plan, including whether it is limited or open-ended, whether risk is shared or remains with national central banks, and whether it covers all euro zone states or excludes those whose debt is rated below investment grade, such as Greece and Cyprus.

SHOT ACROSS BOWS

In his opinion, the adviser fired a shot across the bows of the German Constitutional Court, which had referred the question to Europe's top court, saying it was hard for judges to call the ECB into question as they had little expertise to do so.

"The ECB must have a broad discretion when framing and implementing the EU's monetary policy, and the courts must exercise a considerable degree of caution when reviewing the ECB's activity, since they lack the expertise and experience which the ECB has in this area," a statement said.

European Court judges are due to deliver their ruling in the coming months.

Crucially, the advocate general cautioned against limiting the ECB's room for maneuver, warning against the imposition of a cap on the amount of bonds the ECB could buy. That has important implications for its next move to print fresh money.

Setting such a limit "would seriously undermine the effects which the intervention on the secondary markets seeks to achieve, with the risk of triggering speculation", he said.

He also expressed doubt about granting the ECB any seniority over other creditors in the event of a default -- an issue of particular importance to investors whose support is needed for any ECB intervention to work.

"If the status of preferential creditor were granted to the ECB, that would call into question the position of other creditors," he said in his written opinion.

One German critic of the ECB, Gunnar Beck, a legal expert at the University of London, said that if followed by the court, the opinion would make the central bank "untouchable".

"This effectively grants the ECB and the crisis management of the euro zone an exemption from the law. It is a suspension of the rule of law in Europe," he said.

Cruz Villalon did, however, set some conditions, warning against a potential conflict from the ECB's continued role on the team of inspectors that manage countries in an emergency aid program.

In a German newspaper, ECB President Mario Draghi meanwhile said a loose monetary policy is needed to achieve price stability in the euro zone and that its Governing Council is determined to deliver this -- another clear signal that it was poised to act.

Nonetheless, he faces considerable political obstacles.

The Bundesbank and many of Germany's prominent economists believe it would seed euro zone governments with cheap finance, allowing them to avoid economic reform, with the risk that the bill ultimately lands on the German taxpayer.

Markets are expecting Draghi to finally deliver on a promise to do 'whatever it takes' to save the euro.

Germany's Constitutional Court, asked to rule on complaints by a group of Eurosceptic politicians and lawyers, said last year there was good reason to believe the OMT plan broke rules forbidding the ECB from funding governments.

It referred the case to the European court for its view but implicitly reserved the right to give its final ruling. Wednesday's opinion sets the two courts on a potential collision course.

111,40

E.C.B.'s Bond-Buying Program Is Legal, Adviser to Appeals Court Says

By JAMES KANTER and JACK EWINGJAN. 14, 2015



The preliminary ruling on Wednesday involved a plan that Mario Draghi, the president of the European Central Bank, first outlined in 2012.

BRUSSELS — An adviser to Europe’s highest appeals court on Wednesday broadly endorsed the authority of the [European Central Bank](#) to buy unlimited quantities of eurozone countries’ bonds to stabilize their economies during a crisis.

The preliminary ruling represented a victory for [Mario Draghi](#), the president of the central bank, as he considers a major round of stimulus.

The opinion involved a bond-buying program that Mr. Draghi outlined in 2012, although he has yet to deploy it. The bank is expected to soon unveil plans for an even broader program of [large-scale buying of government debt](#), or so-called [quantitative easing](#), and the decision could diminish the potential legal hurdles to the plan.

Many economists have long advocated that the European Central Bank begin a quantitative easing program as a way to stimulate growth in the eurozone. The United States and Britain have used such methods to bolster their economies.

On the expectation that Mr. Draghi will announce such a plan when the central bank meets next week in Frankfurt, investors on Wednesday bid up eurozone bonds. German 10-year government bonds rose, driving their yields, which move in the opposition direction of their prices, to a low just above 0.4 percent. The bonds of a number of other eurozone members, including Finland, France and the Netherlands, also touched new lows.

The euro, which would be relatively less attractive if the central bank pumped many more of them into the market through a bond-buying program, continued its fall of recent weeks, dropping on Wednesday to a nine-year low below \$1.1750.

The preliminary ruling was made by one of the advocates general at the Court of Justice of the European Union in Luxembourg, Pedro Cruz Villalón, who said that the bond-buying plan Mr. Draghi proposed in 2012 was “compatible” with European Union treaties. Mr. Cruz Villalón wrote that the program would be “suitable for bringing about a reduction in the interest rates on government bonds” and said the central bank would not be assuming “a risk that will necessarily make it vulnerable to insolvency.”

But he also warned that the central bank should “proceed with particular caution” when buying government bonds, to avoid creating speculative behavior in the market.

Judges at the Court of Justice endorse the advice of their advocates general in a majority of cases, although their decisions typically come months later.

For now, though, the ruling seems to validate the broader powers that the European Central Bank has taken on, and aspires to, under Mr. Draghi, who [became its president](#) in late 2011. Besides seeking the ability to take potentially powerful steps to stimulate the economy, the central bank has taken on chief oversight of the eurozone’s biggest banks — a regulatory role that was previously parceled out among member states.

Mr. Cruz Villalón did not suggest any explicit limits on the size of the central bank's bond buying. Nor did he say that the European Central Bank should have priority over other bondholders if a debtor defaulted, a point that is likely to be viewed favorably by the central bank.

If the central bank were a so-called senior bondholder, private investors might have been reluctant to buy the bonds. That, in turn, could undercut the aim of the bond-buying program, which is to create more demand and push down market interest rates.

The opinion did warn the German constitutional court, which had referred the case to the Court of Justice, against meddling too much with European Central Bank policy. "The courts must exercise a considerable degree of caution when reviewing the E.C.B.'s activity, since they lack the expertise and experience which the E.C.B. has in this area," it said.

The opinion did, however, admonish the European Central Bank to better explain the rationale behind its policies. It also said the central bank should not buy government bonds immediately after they are issued, but should wait to allow markets to determine a price.

The bond-buying program that the court was assessing is one that Mr. Draghi announced at the height of the European [sovereign debt crisis](#) as part of his effort to do "[whatever it takes](#)" to save the euro.

The program, called [Outright Monetary Transactions](#), has never been deployed. But its mere announcement is widely credited with helping to rescue the currency by calming market forces that were pushing bond rates in Italy and Spain to dangerously high levels.

The program drew consternation from a group of German lawyers and academics, who sued at their country's constitutional court. They argued that the program opened the way to sharing the debt of member states in danger of defaulting. The German court then referred the case [to the top European court](#) for further guidance.

Yves Mersch, a member of the executive board of the European Central Bank, called the opinion announced on Wednesday "an important milestone."

"We have always been convinced" that the bond-buying program at issue is "legally sound and in line with our mandate," Mr. Mersch said in a statement.

Jonathan Loynes, the chief European economist at Capital Economics in London, wrote in a research note that the ruling "would seem to clear the path for the implementation of a full-blown quantitative easing" at the bank's policy meeting on Jan. 22.

Some elements of the opinion could affect the way the program intended to help individual distressed economies would operate, but "there seems little here to prevent a Q.E. program aimed at loosening monetary policy across the eurozone as a whole," Mr. Loynes wrote, referring to quantitative easing.

Even though the adviser effectively said an expanded program could go ahead, Mr. Draghi still faces challenges from the central bank's "natural caution" and from Germany's objections, Mr. Loynes wrote. Many Germans fear that they will be stuck with the bill if eurozone countries like Greece or Italy are unable to pay their debts.

Proponents of quantitative easing are concerned that limits on the program could undercut its psychological impact on financial markets by raising doubts about how far the central bank would be able to go to restore inflation.

[Consumer prices fell](#) at an annual rate of 0.2 percent in December, according to an official estimate, raising concerns that the eurozone could sink into deflation, an economic condition where people delay purchases because they expect prices to fall further. Deflation eventually undermines company profits and leads to higher unemployment.

The central bank's official target for inflation is below, but close to, 2 percent.

The core inflation rate, which excludes energy and [food prices](#), ticked up to 0.8 percent in December from 0.7 percent the month before. While low inflation is good for consumers in the short term, it can make it difficult for companies to earn a profit and eventually force them to cut wages or dismiss workers. In addition, low inflation is bad for borrowers because it raises the effective interest rate they must pay.

The program at issue in the lawsuit was intended to protect eurozone countries whose borrowing costs were being pushed higher by market panic. Quantitative easing has a different purpose — to generate inflation — and would probably involve purchases of bonds issued by all eurozone governments, rather than just those in crisis.

Carte blanche

Das Votum des Generalanwalts des Europäischen Gerichtshofs lässt an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig. Die EZB wird nun durch die Hintertür Eurobonds einführen und die Gemeinschaftshaftung in der Eurozone weiter vorantreiben – ohne demokratische Legitimation. Ein Kommentar.

14.01.2015, von **HOLGER STELTZNER**

Das Votum des Generalanwalts des Europäischen Gerichtshofs lässt an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig. Im neuen Turm der Europäischen Zentralbank ist der Jubel groß. Dort und in den Krisenländern der Währungsunion wird das wie ein Blankoscheck für alle denkbaren Kaufprogramme von Staatsanleihen gelesen. Für die Karlsruher Verfassungsrichter haben sich die schlimmsten Befürchtungen erfüllt. Noch dürfen sie hoffen, dass in diesem Fall ihre Luxemburger Kollegen dem Generalanwalt nicht folgen werden. Aber das ist nur ein schwacher Trost.



Autor: Holger Steltzner, Jahrgang 1962, Herausgeber. Folgen: _

Das Bundesverfassungsgericht hatte überzeugend und mit deutlichen Worten dargelegt, warum die Zentralbank mit ihrem Beschluss, Anleihen von Staaten notfalls unbegrenzt aufzukaufen, die sich an den Märkten nicht mehr zu erträglichen Zinsen finanzieren können, ihr Mandat überschreitet. Sollten die Luxemburger Richter mehr Bedenken als der Generalanwalt angesichts der immer weiter ausgreifenden Geldpolitik der Zentralbank haben, ist auch noch eine gesichtswahrende Lösung für alle Beteiligten denkbar.

Wenn nicht, wird die Lage für Karlsruhe knifflig. Denn erst nach einem heftigen internen Streit reichte das höchste deutsche Gericht erstmals in der Geschichte eine Entscheidung an den Gerichtshof der EU weiter. Von dort wird der Fall zurück nach Karlsruhe gehen. Deshalb geht es um mehr als „nur“ um Grenzen für die Geldpolitik. Es geht auch darum, wer das letzte Wort hat.

In der Sache kann das Verfassungsgericht kaum zurückrudern. Denn es hat schon 2012 in der Eilentscheidung zum Stabilitätsmechanismus festgestellt, dass der Kauf von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch die EZB eine Umgehung des Verbots monetärer Haushaltsfinanzierung sei. Am Ende könnte Karlsruhe zwar eine Kompetenzüberschreitung der Luxemburger Kollegen rügen, aber der Geldpolitik keine Grenzen setzen.

Bis dahin wird die EZB neue Tatsachen schaffen. Die Spatzen pfeifen es von den Frankfurter Dächern. Noch im Januar wird ein neues Kaufprogramm für Staatsanleihen beschlossen, da stört die Wahl in Griechenland ebenso wenig wie hohe Gerichte. **Auf diesem Weg führt die Zentralbank durch die Hintertür Eurobonds ein und treibt die Gemeinschaftshaftung in der Eurozone weiter voran – und das ohne demokratische Legitimation.**

Was macht jetzt das Verfassungsgericht?

Der EU-Generalanwalt hat nach einhelliger Einschätzung der Europäischen Zentralbank alle Freiheiten gelassen. Folgen ihm Europas höchste Richter?

Und was macht dann das Bundesverfassungsgericht?

14.01.2015, von JOACHIM JAHN, BERLIN

Peter Gauweiler, CSU-Bundestags-Abgeordneter und der wohl bekannteste Kläger gegen das OMT-Rettungsprogramm der EZB, triumphiert. Wenn der Europäische Gerichtshof (EuGH) dem Gutachten seines Generalanwalts folge, breche die Eurorettung zusammen „wie ein Kartenhaus“. **Denn dann müsse sich die Europäische Zentralbank (EZB) aus der Rettungstroika für Griechenland zurückziehen**, folgert er aus den Vorgaben von Pedro Cruz Villalón, dem zuständigen Hausjuristen am Europagericht.

Beobachter haben allerdings eher den Eindruck, dass der Spanier der Notenbank freie Bahn gegeben hat. Die geforderte Begründung für eine etwaige Rettungsaktion ist eine reine Formalie. Und die Vorgabe, der Kauf von Staatsanleihen müsse „verhältnismäßig“ sein und dürfe nicht zu direkt zu einer Staatsfinanzierung führen, heißt letztlich nur: Die EZB darf so viele Milliarden ausgeben, wie sie für richtig hält – bloß nicht noch mehr. Schließlich habe sie ein ganz weites Ermessen. Verräterisch auch die Formulierung, sie dürfe (lediglich) kein Risiko eingehen, „das sie notwendigerweise einem Szenario der Insolvenz aussetzt“.

Die Europarichter entscheiden im Herbst

Das Urteil des EuGH wird in der zweiten Jahreshälfte erwartet. Die Luxemburger Richter sind dabei nicht an das Votum ihrer Generalanwälte gebunden. **Die oft zitierte Faustformel, dass sie sich meist daran hielten, gilt für Grundsatzurteile nicht**. So hatte sich ein Kollege von Cruz Villalón im Verfahren um die Internet-Suchmaschine Google vehement gegen ein **„Recht auf Vergessenwerden“** ausgesprochen; das Gericht verpflichtete jedoch anschließend den Konzern im Streitfall zur Löschung.

Für die Richter könnte im OMT-Verfahren auch eine Rolle spielen, dass das Bundesverfassungsgericht ihnen erstmals in seiner Geschichte eine Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt hat. Und darin eine klare Ablehnung des EZB-Kurses deutlich machte.

Denkbar ist daher, dass die Luxemburger Juristen es nicht auf eine offene Kampfansage an das deutsche Gericht ankommen lassen, sondern ihm durch einen Formelkompromiss eine „goldene Brücke“ bauen. Der EuGH und die nationalen Verfassungsgerichte liefern sich derzeit einen unausgesprochenen Wettlauf um die Frage, wer im Ernstfall das letzte Wort hat – und das zusätzlich mit dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg.

Sollten die Europarichter Cruz Villalón folgen und der EZB weitgehend freie Hand lassen, dürfte in Karlsruhe intern ein Streit darüber ausbrechen, ob man das Luxemburger Urteil als Kompetenzüberschreitung („ausbrechender Rechtsakt“ oder „ultra vires“ genannt) einstuft. Im äußersten Fall könnte das Verfassungsgericht den deutschen Staatsorganen verbieten, an einem etwaigen Ankaufprogramm mitzuwirken.

So viel Wagemut erwarten allerdings die wenigsten Staatsrechtler vom Zweiten Senat in Karlsruhe. Ein Verfassungsrechtler meint: „Mehr als der Generalanwalt geboten hat, wird das Bundesverfassungsgericht vom EuGH schon gar nicht bekommen.“ Die kleinen Zugeständnisse des Spaniers werde es wohl als ausgestreckte Hand betrachten – und einschlagen.

111,44

Krieg der Richter

VON Mark Schieritz 14. JANUAR 2015 UM 12:11 UHR

Man kann die heutige Stellungnahme des Generalanwalts des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Anleiheprogramm auf einen einfachen Nenner bringen: Ein solches Programm sei rechters, wenn es von der Europäischen Zentralbank (EZB) gut begründet und verhältnismäßig sei – und das sei der Fall. **Das ist ein klarer Sieg für die EZB und eine Niederlage für das Bundesverfassungsgericht und die Kläger. Oder wie es der Gerichtshof selbst in seiner Pressemitteilung formuliert:**

Nach Auffassung des Generalanwalts Cruz Villalón ist das Programm der EZB für geldpolitische Outright-Geschäfte grundsätzlich mit dem AEUV vereinbar.

Der EuGH folgt im Wesentlichen der Argumentation der EZB, wonach durch das Anleiheprogramm OMT eine Störung in den geldpolitischen Übertragungskanälen behoben werde und dieses Programm deshalb im Bereich der Geldpolitik liege, für den die EZB zuständig sei. **Es geht also nach Ansicht des Gerichts nicht um monetäre Staatsfinanzierung, sondern um die Wiederherstellung einer "finanziellen Normalität" – zumindest solange, wie durch mögliche Anleihekäufe am Sekundärmarkt die Preise nicht massiv verzerrt werden.** (Ich denke, das ist ein Schwachpunkt des Urteils, denn Geldpolitik verzerrt immer die Preise – das ist ja genau ihr Sinn und Zweck, sonst bräuhete es keine Zentralbank.) Und wenn schon OMT legal ist, dann sind es die von der EZB geplanten Staatsanleihekäufe zur Erreichung des Preisstabilitätsziels erst recht. Insofern ist der Weg für Mario Draghi frei.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der EuGH fordert, die EZB müsse sich im Fall der Aktivierung des Programms "jeder direkten Beteiligung an dem für den betroffenen Staat geltenden Finanzhilfeprogramm enthalten". Das würde in der Praxis bedeuten, dass sich die EZB aus der Troika zurückziehen muss und auch sonst bei der Anwendung von Auflagen eher vorsichtig sein muss. **Das Gericht weist hier zu Recht auf einen Widerspruch in der Argumentation der EZB hin: Entweder die Anleihekäufe sind Geldpolitik: Dann darf es keine Konditionalität geben, denn um die Zentralbank in Anspruch zu nehmen, reicht die Mitgliedschaft in der Währungsunion aus. Oder es handelt sich um Finanzpolitik: Dann können Hilfen mit Auflagen verbunden werden, aber dann ist die EZB nicht mehr zuständig.** Die EZB sollte sich schleunigst aus der Troika zurückziehen. Sie hat darin nichts verloren.

So weit, so gut. Viel spannender ist aber, was das Gericht über die Kompetenzverteilung in Europa zu sagen hat. Das Bundesverfassungsgericht wollte die Überweisung des Falls an den EuGH ja nicht als Aufgabe seiner Zuständigkeit verstanden wissen. Es beansprucht weiterhin die letzte Kompetenz in der Frage, ob die Maßnahmen der EZB mit der deutschen Verfassung vereinbar sind. **Das ist wichtig, weil das BVerfG das Programm für "mit dem Primärrecht unvereinbar" hält und den EuGH lediglich um eine Stellungnahme gebeten hat.** Und: Sollten die Karlsruher Richter mit dieser Stellungnahme nicht einverstanden sein, könnten sie der Bundesbank und der Bundesregierung die Hände binden.

Dem Bundesverfassungsgericht obliegt demgegenüber die Feststellung des unantastbaren Kernbestandes der Verfassungsidentität und die Prüfung, ob die Maßnahme in diesen Kernbestand eingreift. (BVerfG zit. in EuGH)

Die Bejahung eines Ultra-vires-Aktes in diesem Sinne löste Unterlassungs- und Handlungspflichten deutscher Staatsorgane aus. (BVerfG)

Mit anderen Worten: Die Karlsruher Richter wollten sich nur mal so anhören, was ihre Kollegen in Luxemburg zu sagen haben – eine Verpflichtung ergibt sich ihrer Ansicht nach daraus nicht. Das hat die Luxemburger Richter ganz offensichtlich mächtig verärgert – und deshalb teilen sie aus.

Das Vorabentscheidungsverfahren – und darin ist verschiedenen Beteiligten im vorliegenden Verfahren Recht zu geben – wurde nämlich niemals als eine dem Gerichtshof gewährte bloße „Gelegenheit“ konzipiert, mit dem nationalen Gericht, sei es in der Beurteilung als ultra vires oder einer anderen, „übereinzustimmen“, was mit der möglichen Folge verbunden wäre, dass eine etwaige „fehlende Übereinstimmung“ seitens des Gerichtshofs der von ihm erteilten Antwort ihre Bedeutung nehmen könnte.

Aus Sicht des Generalanwalts bedroht das Rechtsverständnis des BVerfG nichts weniger als die Existenz der Europäischen Union. Er formuliert das natürlich diplomatischer und appelliert an die "Loyalität" unter Richtern, aber in der Sache ist er dennoch entschieden. Er schreibt:

Jedenfalls sei mir gestattet, an dieser Stelle meiner Überlegungen einige Anmerkungen allgemeiner Art zu machen.

Als Erstes die, dass mir die Aufgabe der Wahrung *dieser* Union, wie wir sie heute haben, kaum weniger als unerfüllbar erscheint, wenn man sie in Gestalt einer als „Verfassungsidentität“ bezeichneten Kategorie einem absoluten Vorbehalt unterstellen will, der kaum präzisiert wird und praktisch in das freie Ermessen jedes einzelnen Mitgliedstaats gestellt ist.

Deshalb geht man in Luxemburg davon aus, dass die Richter in Karlsruhe die Entscheidung des EuGH als "maßgeblich erachten" werden. **Das ist nichts weniger als die Aufforderung an das BVerfG, sich gefälligst dem europäischen Gericht zu unterwerfen.** Man könnte auch sagen: Es ist eine **Kriegserklärung**. Es wird spannend sein zu sehen, wie die deutschen Richter damit umgehen.

111,45

ECJ paves way for eurozone QE

An opinion passed down by the European Court of Justice may mean that the "final hurdle" to a euro area quantitative easing scheme has been cleared



Mario Draghi, president of the European Central Bank

By **Peter Spence**, Economics Correspondent

9:36AM GMT 14 Jan 2015



A key European Central Bank (ECB) programme has been deemed permissible under EU law, removing a potential obstacle to the launch of a euro area quantitative easing scheme.

The Outright Monetary Transactions (OMT) programme, **the focus of an ECJ adviser's statement**, was deemed to be an "unconventional monetary policy measure", but one that was "necessary" and "in principle legitimate".

Analysts expected that an opinion that came out strongly against the OMT scheme, considered a precursor to any possible full-blown QE programme, could make it harder for the ECB to pursue further easing.

Pedro Cruz Villalón, a European Court of Justice (ECJ) advocate general, did issue some caveats, suggesting that the ECB should provide more information about the scheme.

"The ECB must give a proper account of the reasons for adopting ... the OMT programme, identifying clearly and precisely the extraordinary circumstances that justify the measure", the official said.

The statement comes at a crucial juncture for the ECB, **as the eurozone has slid into deflation**. Prices fell by an average of 0.2pc in the year to December, according to the latest Eurostat data.

The ECB defines deflation not just as prices falling on average, but as a self-fulfilling decline in prices across a significant number of countries and goods.

Mario Draghi, President of the ECB, warned on Wednesday that there was now a higher risk of this kind of deflation now than a year ago, in an interview with Die Zeit.

Economists in support of a euro area QE scheme argue that it would buoy demand in the area, and could avert a deflationary spiral.

"The ECB must have a broad discretion when framing and implementing the EU's monetary policy", Mr Cruz Villalón found, noting that these "are the exclusive competence" of the central bank.

The opinion of the advocate general is not binding, and will be followed up with a judgement at some point. French bank BNP Paribas suggested that this will be delivered around the middle of the year.

The OMT scheme has been credited with turning around the eurozone during the worst of the crisis, although it was never actually seen in action. If deployed, the ECB would buy up the bonds of euro area countries in secondary markets, in order to reduce market interest rates.

Ahead of the ECJ statement, Thomas Harjes of Barclays said: "OMT has been fiercely resisted by Germany's Bundesbank and the German constitutional court made clear last February that it sees important reasons to assume that the OMT would be illegal under EU law as is, unless certain restrictions are imposed."

A QE programme would differ from OMT in two key ways, Mr Harjes suggested. "It would not be targeted to aid an individual member state and broad-based asset purchases have been employed by other major central banks as a monetary policy tool recently".

"The final hurdle to QE appears to have been cleared", said Jonathon Loynes, chief European Economist at Capital Economics.

"But given the ECB's natural caution, Germany's objections and the limited effects of QE in other countries, it would be hopeful to expect it to transform the euro-zone's economic outlook", he added.

111,46

Eurosceptic AfD says EU court opinion could see Germany leave euro

By [REUTERS](#)

PUBLISHED: 17:57 GMT, 14 January 2015 | UPDATED: 17:57 GMT, 14 January 2015

BERLIN, Jan 14 (Reuters) - Conflicting views between EU and German courts on whether the European Central Bank's 2012 bond-buying programme broke EU law might mean Germany leaving the euro zone, the eurosceptic Alternative for Germany (AfD) party said on Wednesday.

An adviser at the European Court of Justice (ECJ) said on Wednesday that the scheme, which has never been used but is credited with stabilising the euro, fell within the ECB's remit.

That appeared to contradict the view of Germany's Constitutional Court, which last year said there was reason to think it went beyond the bank's mandate.

AfD leader Bernd Lucke said that if the ECJ followed the adviser's opinion - which is usually what happens - it would be in "serious conflict" with Germany's Constitutional Court in Karlsruhe, southwestern Germany.

"The judges in Karlsruhe would then consider the ECJ's ruling tantamount to contempt of the (EU) Treaties so they'd have to conclude that the euro is no longer a community of stability," he was quoted as saying by Handelsblatt.

"According to the jurisprudence of the Constitutional Court, this would open the possibility of Germany leaving the euro zone," said Lucke, who is an economics professor.

Also an outspoken critic of bailouts for struggling euro zone member states, Hans-Werner Sinn, head of the influential Ifo institute, said the courts' positions were irreconcilable and warned the euro zone would descend into a "major constitutional crisis" if the ECJ adopted the adviser's opinion.

ECB President Mario Draghi announced the so-called Outright Monetary Transactions (OMT) programme at the height of the euro zone crisis in September 2012. Germany's Constitutional Court referred a complaint against the scheme to the ECJ last year.

However, the German government welcomed the ECJ opinion, which eliminates a major hurdle to the ECB's plans to boost the flagging euro zone economy by buying up sovereign debt. But some conservatives expressed dismay.

Hans Michelbach, from Chancellor Angela Merkel's conservative bloc, said opening the door to bond-buying removed the incentive for struggling euro zone states to implement reforms and broke the taboo of financing governments.

"The ECB would turn into a bad bank and a serious danger for the consolidation of budgets in euro zone states. This is the beginning of a transfer union by the back door," he said, referring to concerns in Europe's largest economy that its taxpayers are funding weaker euro zone member states.

Peter Gauweiler, a conservative lawmaker who was a plaintiff in the original case in Germany, argued in Handelsblatt the ECB would have to leave the "troika" of international lenders that check reforms in bailed-out countries if it bought state debt. (Reporting by Michelle Martin; Editing by Stephen Brown and Louise Ireland)

111,47

Legal opinion paves way for ECB bond-buying programme

Claire Jones in Frankfurt [Author alerts](#)



Mario Draghi, ECB president

The removal of a major legal hurdle to government bond buying by the European Central Bank pushed the euro to a fresh nine-year low on Wednesday and paved the way for policy makers to press ahead with quantitative easing next week.

A top adviser to the European Court of Justice bolstered the case for aggressive action by the ECB next Thursday, after he said an earlier -- more controversial -- [sovereign debt-buying plan](#) lay within the ECB's mandate.

Pedro Cruz Villalón, an ECJ advocate-general, [said](#) the ECB's pledge in the summer of 2012 to do "whatever it takes" to save the region from economic ruin by buying government bonds was compatible with EU law. The final decision on the Outright Monetary Transactions (OMT) programme, expected in four to six months, is likely to follow the advocate-general's opinion.

The euro fell to \$1.1731 against the dollar in early trading as investors increased bets the ECB would soon buy government bonds in bulk, but later recouped its losses after disappointing signs on US consumer spending sent the dollar down.

Challenges to the OMT's legality would have exacerbated investors' fears that a government bond-buying package the market is expecting from the ECB next Thursday could underwhelm.

Instead of undermining the chances of a strong quantitative easing programme, the advocate general's opinion was viewed as weakening the case of German opposition to purchases of sovereign debt.

"The opinion provides that little bit of extra comfort for the ECB," said Stephanie Flanders of JP Morgan. **"It will add to the sense that the central bank is winning the political debate with Germany."**

Hans-Werner Sinn, president of the Ifo think-tank and a fierce critic of QE, said the EU prosecutor had "blatantly contradicted" the opinion of the German Constitutional Court in Karlsruhe, which referred the decision to the European Court in Luxembourg.

"This is tantamount to a carte blanche for the ECB, provided that it justifies its behaviour," said Mr Sinn. Karlsruhe said last February that OMT exceeded the ECB's monetary policy mandate.

Berlin claimed that the advocate general's ruling "fundamentally supported" the government's position on OMT, with a finance ministry spokesperson adding that the ECJ had yet to rule on the final decision.

With [prices in the eurozone falling](#) for the first time in more than five years, the case for buying government bonds now is clearer cut than in 2012. The ECB's primary mandate is to keep inflation below but close to 2 per

cent. Mario Draghi, ECB president, has championed quantitative easing as a way to prevent the eurozone from falling into a damaging spell of deflation, which would raise debt burdens and wipe out demand.

The advocate general said the OMT programme was “an unconventional monetary policy measure”, which had been “necessary” and “proportionate in the strict sense”.

Mr Cruz Villalón’s insistence that certain conditions are met - including that the ECB refrain from “direct involvement in a financial assistance programme” for a country receiving OMT support - opens the way for a possible compromise between the central bank and the German court. The advocate-general insisted the ECB give a “proper account” of the “extraordinary circumstances” that would trigger OMT.

While Karlsruhe viewed the OMT as illegal, it conceded it would be “possible that if the... decision were interpreted restrictively”, it could conform with the law.

There could still be some wrangling among the eight German Constitutional Court judges involved in the OMT ruling. Two of them opposed the referral to the ECJ on the grounds that the decision was one for Germany’s sovereign authorities — the government and parliament. The Karlsruhe-based court will wait for the ECJ’s final ruling before beginning its own review.

The questions addressed by the advocate-general had been passed to the ECJ from the German Constitutional Court after 37,000 plaintiffs questioned the legality of the ECB’s pledge to buy bonds in “potentially unlimited” quantities to remove the threat of a break-up of the eurozone.

111,49

Ifo President Sinn Criticises EU Advocate General on ECB Proceedings

Jan 14, 2015

Ifo President Hans-Werner Sinn has criticised the statement by the EU Advocate General on the OMT proceedings against the European Central Bank (ECB). “This is tantamount to a carte blanche for the European Central Bank, provided that it justifies its behaviour,” said Sinn.

By emphasizing that it is legitimate to achieve a drop in member states’ interest rates to keep them solvent, the EU prosecutor blatantly contradicted the German Constitutional Court.

The Court, by contrast, stressed that the OMT programme is illegitimate if it serves to divorce the costs of financing a state from capital market assessments.

“No compromise is possible between these positions. Should the European Court of Justice follow the prosecutor’s request, which it is likely to do given the current situation, this will plunge the Eurozone into a major constitutional crisis,” warned Sinn. According to the position taken by the German Constitutional Court, the OMT in its present form is incompatible with the Federal Republic of Germany’s Constitution, because it curtails the budgetary sovereignty of the Bundestag in terms of the risks to the national budget related to the programme.

111,50

SIMON KELNER

Tuesday 13 January 2015

I am no more Charlie than George Clooney or Helen Mirren is

Would we be so supportive of Charlie Hebdo if it was an extreme right-wing publication?

In this threatening, insecure, splintered world of ours, it is increasingly important that we are not made to feel alone. It doesn't matter whether you are [a radical cartoonist](#), or someone who lives at the fringes of society, or a political activist with deeply-held views. We see on a daily basis what happens when people feel isolated and alienated, and operate outside societal norms. So I'd like to feel that I'm not alone in proposing something of an alternative commentary on the events of recent days.

I haven't been on a march, and I haven't said, written or hashtagged “[Je Suis Charlie](#)”. My revulsion at what happened in Paris last week was as deep as yours, or as anyone's, but I feel a sense of unease at the way one of the most complex and troubling issues of our world today has been reduced to a slogan, or has become the focus for meaningless posturing. This empty expression - which will have the lifespan of a dragonfly - stops people thinking about what's really going on, and how we resolve the struggle between two competing political and religious ideologies. To my mind, it's another example of the infantilisation of western society.

What does it mean anyway? I am Charlie? Really? I understand that it is, on a one-dimensional level, a well-meaning expression of support for relatives, friends and colleagues of those who died in the attack on Charlie Hebdo last week, but I am not Charlie, any more than George Clooney or Helen Mirren is. I am not radical, subversive or counter-cultural. I don't know whether I share the editorial ethos of Charlie Hebdo, and my view on freedom of speech is certainly a more nuanced one.

If society is to function, rights must be balanced by responsibilities, and liberty is one half of an equation. So, as far as freedom of expression is concerned, the other part of the equation is respect. This means we shouldn't go out of our way to offend and insult one sector of society just because we are expressing our inalienable right to say what we like. In that respect, this week's front cover of Charlie Hebdo is particularly troubling for those of us of a liberal bent. We will be more successful in protecting the freedoms we hold dear, and which will come under increasing threat in the decades to come, if we treat them with respect now.

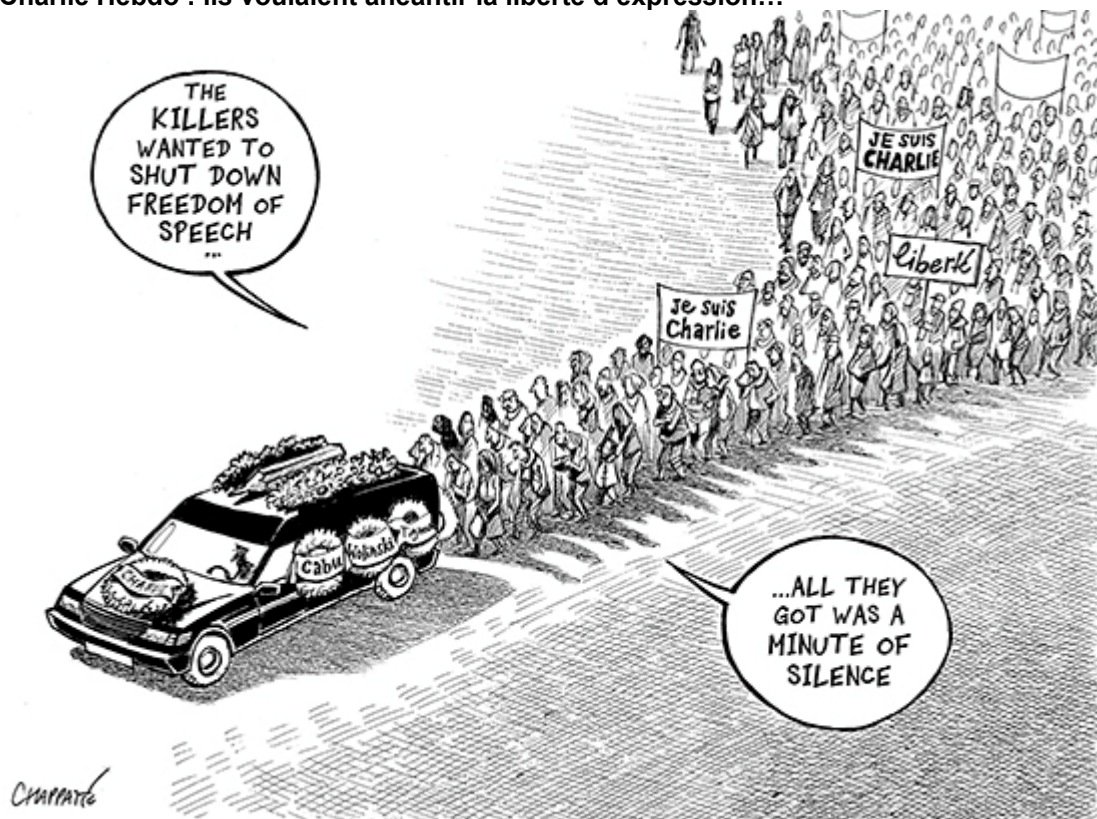
And consider this. What would we feel if Charlie Hebdo was an ultra-right wing organ which had printed cartoons of the prophet to make a political point? Would we take to the streets with such alacrity? Would we be making little brooches to wear on our dinner jackets at Hollywood awards ceremonies? Of course not. Yet the right to freedom of speech is indivisible, and fascists must have just as much liberty as the rest of us.

The answer to last week's events is not ever more repressive laws. That would be the worst of all worlds, and would hand victory to the theocrats. It's about tolerance, and tolerance works both ways. It's a tricky and complicated situation to which there are no easy answers. And it certainly can't be reduced to a hashtag.

111,51

14 janvier 2015

Charlie Hebdo : ils voulaient anéantir la liberté d'expression...



"Ils voulaient anéantir la liberté d'expression...La seule chose qu'ils aient obtenu est une minute de silence."

Dessin de Chappatte (Suisse), publié dans le *NZZ am Sonntag*

111,52

French Ambassador To U.S. Outlines 'Predicament' Of Immigration

JANUARY 14, 2015 4:51 PM ET

Listen to the Story

All Things Considered
6 min 22 sec



French Ambassador to the U.S. Gerard Araud addresses a solidarity gathering at the Adas Israel Congregation in Washington, D.C., on Wednesday. Araud said last week's attack was "in a sense maybe worse than what we were expecting, because it was done in a very professional way."

Nicholas Kamm/AFP/Getty Images

As it mourns the tragedy of last week's attack in Paris, France's government is also concerned about more attacks and how to adapt to prevent them. The concerns range from coping with 5,000 radical youth to becoming a society of immigration, France's ambassador to the United States, [Gerard Araud](#), says. While France's leaders had feared a terrorist attack within its borders, Araud says that "what happened was in a sense maybe worse than what we were expecting, because it was done in a very professional way."

Araud spoke with NPR's Melissa Block for today's [All Things Considered](#). Here are more highlights from the interview:

France's Predicament: Immigration And Integration

"The French predicament is not only limited to France. It's a European problem. We are not used to being immigration countries. We don't have the culture of immigration the way you have — you, the Americans.

"So we have to adjust to the fact that we are becoming societies of immigration. And the fact is that most of our immigrants are Muslims. And of course, in Christian countries it creates some tensions. But I do think that the main problem is not so much religious. The main problem is a social problem, of integration."

Unemployment, Crime And Radicalization

Araud says France's high jobless rate poses a threat, because "as usual the immigrants are the first victims of unemployment, so they have a rate of unemployment of 20 percent, which means that you have a lot of these youths — Muslim youths — who are excluded from the social life."

He outlines an arc that some of those young people follow after committing petty crimes: "They go to prison, and in prison they are radicalized. They find a sort of *raison d'être* in religion."

Preparing For A Possible Attack

"The French authorities have been expecting for some time a terrorist action. We have 5,000 radical youth; we have 1,200 young people who are in Syria or are coming back from Syria. They are trained. They are radicalized. I say 1,200 – [it] means we have identified 1,200. There are more than that.

"Sooner or later we were, unfortunately, fearing that something would happen. And what happened was in a sense maybe worse than what we were expecting, because it was done in a very professional way."

Muslims' Commitment To France

"France is a country of 65 million inhabitants. There are between 5 and 6 million Muslims. And I guess 99.9 percent of Muslims are peaceful citizens. All the polls are showing their commitment to France. They are French; most of them are born in our country. So the message that we have to send to them is, they are part of the nation. They are a full part of the nation."

Jews Increasingly Leaving France Over Safety Concerns

"It's not troubling; it's devastating. You know I've served twice in Israel, so I have in a sense a personal commitment to this question. Actually, we have seen a rise in this type of anti-Semitism for nearly a decade."

For the security of synagogues, Jewish schools and other places, Araud says, "We are going to step up the measures of protection that we have been taking for some time."

Araud adds, "I understand that it's really unbearable for a community, the Jewish one, to live under the protection and secondly, again, we can't protect everybody."

French Ambassador To U.S. Outlines 'Predicament' Of Immigration

Listen to the Story

All Things Considered

6 min 22 sec JANUARY 14, 2015 4:51 PM ET



French Ambassador to the U.S. Gerard Araud addresses a solidarity gathering at the Adas Israel Congregation in Washington, D.C., on Wednesday. Araud said last week's attack was "in a sense maybe worse than what we were expecting, because it was done in a very professional way." *Nicholas Kamm/AFP/Getty Images*

As it mourns the tragedy of last week's attack in Paris, France's government is also concerned about more attacks and how to adapt to prevent them. The concerns range from coping with 5,000 radical youth to becoming a society of immigration, France's ambassador to the United States, Gerard Araud, says.

While France's leaders had feared a terrorist attack within its borders, Araud says that "what happened was in a sense maybe worse than what we were expecting, because it was done in a very professional way."

Araud spoke with NPR's Melissa Block for today's All Things Considered. Here are more highlights from the interview: France's Predicament: Immigration And Integration

"The French predicament is not only limited to France. It's a European problem. We are not used to being immigration countries. We don't have the culture of immigration the way you have — you, the Americans.

"So we have to adjust to the fact that we are becoming societies of immigration. And the fact is that most of our immigrants are Muslims. And of course, in Christian countries it creates some tensions. But I do think that the main problem is not so much religious. The main problem is a social problem, of integration."

Unemployment, Crime And Radicalization

Araud says France's high jobless rate poses a threat, because "as usual the immigrants are the first victims of unemployment, so they have a rate of unemployment of 20 percent, which means that you have a lot of these youths — Muslim youths — who are excluded from the social life."

He outlines an arc that some of those young people follow after committing petty crimes: "They go to prison, and in prison they are radicalized. They find a sort of *raison d'être* in religion."

Preparing For A Possible Attack

"The French authorities have been expecting for some time a terrorist action. We have 5,000 radical youth; we have 1,200 young people who are in Syria or are coming back from Syria. They are trained. They are radicalized. I say 1,200 — [it] means we have identified 1,200. There are more than that.

"Sooner or later we were, unfortunately, fearing that something would happen. And what happened was in a sense maybe worse than what we were expecting, because it was done in a very professional way."

Muslims' Commitment To France

"France is a country of 65 million inhabitants. There are between 5 and 6 million Muslims. And I guess 99.9 percent of Muslims are peaceful citizens. All the polls are showing their commitment to France. They are French; most of them are born in our country. So the message that we have to send to them is, they are part of the nation. They are a full part of the nation."

Jews Increasingly Leaving France Over Safety Concerns

"It's not troubling; it's devastating. You know I've served twice in Israel, so I have in a sense a personal commitment to this question. Actually, we have seen a rise in this type of anti-Semitism for nearly a decade."

For the security of synagogues, Jewish schools and other places, Araud says, "We are going to step up the measures of protection that we have been taking for some time."

Araud adds, "I understand that it's really unbearable for a community, the Jewish one, to live under the protection and secondly, again, we can't protect everybody."

111,55

Some French Muslims See Conspiracies In Paris Shootings

JANUARY 14, 2015 5:17 PM ET

Listen to the Story

All Things Considered
4 min 18 sec

Last week's shootings in Paris shocked the French. Many received another jolt when they learned that some Muslim students refused to join in the minute of national silence observed across the country following the *Charlie Hebdo* attacks.

The newspaper *Le Figaro* quoted one teacher in a heavily Muslim neighborhood in the eastern city of Strasbourg as saying that 80 percent of her students did not participate.

At the Pierre de Geyter Middle School in St. Denis, a largely Muslim suburb north of Paris, Iannis Roder has taught history for the past 15 years. He says the day after the killings at the magazine, the school staff knew it would have problems.

"Our pupils — a minority — didn't want to do the minute of silence because they thought that *Charlie Hebdo* was a newspaper that didn't have the right to make these caricatures," says Roder.



Iannis Roder is a history teacher in the largely Muslim suburb of St. Denis, north of Paris. He said some of his students considered the *Charlie Hebdo* cartoons to be blasphemy and believed that Islam took precedence over French law.

Eleanor Beardsley/NPR

Roder says the students called it blasphemy and he had to explain that blasphemy is a religious concept that doesn't exist in French law.

"That was very difficult to explain because their point of view, their lives, are very religious. And they are convinced that the religion is above the law of the French Republic," he says.

Roder says nearly all the students thought the killings were wrong, but purely for religious reasons. He says he finds that worrisome.

France has some 5 million Muslims, the largest Muslim population in Western Europe. Muslim leaders have condemned the attacks, and many ordinary Muslims are worried about being stigmatized. Since the killings at *Charlie Hebdo* and the kosher grocery there have been incidents of vandalism at dozens of Muslim sites across the country.

Speaking in Parliament, French Prime Minister Manuel Valls said it's not acceptable that Jews should live in fear in France or that Muslims should be ashamed. France welcomes both, he said. But many Muslims say there is a double standard. They say anti-Semitism is treated as a crime, while Islamophobia is tolerated.

Not far from the school in St. Denis is a housing project with soulless gray apartment buildings that have bars on the first-floor windows. Muslim immigrants came to live and work in places like this 40 years ago, when the economy was booming. Now the work has dried up, and the next generation feels stuck here.

"I'm not saying what they did was good," Hakim Dridi says of the killers.

But, he adds, "those cartoonists shouldn't have been doing that. They know Muslims are practicing their religion and they should leave them alone. They provoked it and they knew it was coming because they had a bodyguard."

The men have been watching a video on a large computer screen behind the counter, which is showing the police assault last Friday on the kosher market, where one attacker was killed after he killed four Jews in the store.

The men watching the video believe it was staged.

They also say there's no way one of the Kouachi brothers who attacked *Charlie Hebdo* would have left his ID in the car.

The conspiracy theories pour out. One of the men says the two attacks were a plot by France, the U.S. and Israel to give Israel more power. They say it's unfair the world's media talk for weeks about Jewish deaths but say nothing when Muslim children die.

Their narrative seems worlds away from the "*Je suis Charlie*" demonstrations in Paris just a few miles away.

Back at the school, teacher Iannis Roder says he and his colleagues warned there was a problem in Paris' suburban schools some 15 years ago, but nobody listened.

"Today, they open their eyes and say, 'Oh my God, there are people in France that don't share the values of the French Republic,'" he says. "For us, that's not a surprise, we knew that for a long time."

111,56

Charlie Hebdo : au moins 200 incidents signalés dans les écoles

Par [Marie-Estelle Pech](#) Publié le 14/01/2015 à 21:05

Angélisme ou volonté de fermer les yeux pour ne pas «en rajouter»? Les enseignants ont été les premiers à ironiser depuis lundi sur un chiffre, à leurs yeux largement sous-estimé, celui de ces «100 cas de perturbations lors de la minute de silence» déclarés dans un premier temps par le ministère de l'Éducation nationale. Mercredi après-midi, Najat Vallaud-Belkacem faisait finalement état d'une estimation à la hausse avec plus de 200 incidents survenus depuis le 8 janvier dans les 64.000 établissements scolaires français. «Les jours suivant les événements ont également fait l'objet d'une vigilance particulière et d'une demande de remontée d'informations qui complète ce panorama d'une centaine d'autres incidents signalés», détaille le ministère.

Quarante cas graves ont été transmis aux services de police et de justice, a précisé la ministre lors des questions d'actualité à l'Assemblée. «Ces incidents sont nombreux et ils sont graves. Aucun de ces incidents ne sera traité à la légère. Pour certains, il s'agissait même d'apologie du terrorisme. Nous ne pouvions pas laisser passer cela», a-t-elle dit. Seules cinq condamnations ont pour l'instant été prononcées. Trente-sept procédures concernent l'apologie du terrorisme et 17 des menaces verbales d'actions terroristes.

Les incidents se sont multipliés au sein des établissements scolaires mais aussi à leurs abords. Au collège Gabriel-Péri d'Aubervilliers (Seine-Saint-Denis), une quinzaine d'élèves n'auraient ainsi pas voulu rester en classe pendant la minute de silence. Au lycée Blaise-Pascal de Châteauroux, un élève a été violemment agressé par trois camarades de 15 et 16 ans qui se sont sentis attaqués dans leur religion après une conversation privée sur Facebook au sujet de deux des valeurs de la République: la tolérance et la laïcité.

Dans des dizaines d'établissements, notamment dans les quartiers sensibles, la discussion sur les attentats oppose des élèves «pour ou contre les terroristes». «Ils auraient dû tuer tous les journalistes de *Charlie Hebdo*», s'est ainsi entendu dire une enseignante dans un collège de Rueil-Malmaison (Hauts-de-Seine). Une enquête a été ouverte mercredi au parquet de Senlis (Oise) concernant des menaces en lien avec l'attentat contre *Charlie Hebdo* proférées par des lycéens. L'ouverture de cette enquête fait suite à la publication d'un article dans *Le Parisien* faisant état d'une agression physique et d'insultes de la part d'élèves du lycée professionnel Amyot d'Inville contre des jeunes scolarisés dans l'établissement voisin, le lycée général Hugues Capet. Des jeunes auraient en fin de semaine dernière crié qu'ils allaient «continuer à buter du *Charlie Hebdo*» en direction d'élèves du lycée Hugues Capet. Lundi, l'un d'eux a été frappé par le même groupe qui l'attendait à la sortie des cours.

Le ministère précise que les données sont déclaratives et ne concernent que des incidents qui n'ont pas pu être réglés en classe par des enseignants. Elles ne «constituent donc pas un recensement exhaustif». Les cas de perturbations «pris très au sérieux» ont été traités localement, entre dialogue éducatif et «sanctions allant du rappel à l'ordre à la convocation de conseil de discipline».

Dans son collège d'Évry (Essonne), ce professeur de français a passé trois heures avec chacune de ces classes de 6e, 4e et 3e à décrypter les événements de la semaine dernière. «J'ai décidé de me coltiner le problème. Il ne s'agissait pas de faire la morale aux élèves mais de les faire réfléchir sur la portée de leurs propos, souvent très violents», explique-t-il au *Figaro*, «mais je suis un cas à part. Aucun enseignant de l'établissement n'y a passé autant de temps que moi. La plupart de mes collègues se sont contentés de ne pas en parler par peur ou parce qu'ils ne se sentent pas en mesure d'en parler.»

<http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2015/01/14/01016-20150114ARTFIG00449--grigny-la-ville-de-coulibaly-la-theorie-du-complot-va-bon-train.php>

111,57

À Grigny, la ville de Coulibaly, la théorie du complot va bon train

Par [Marie-Estelle Pech](#) Publié le 14/01/2015 à 20:39

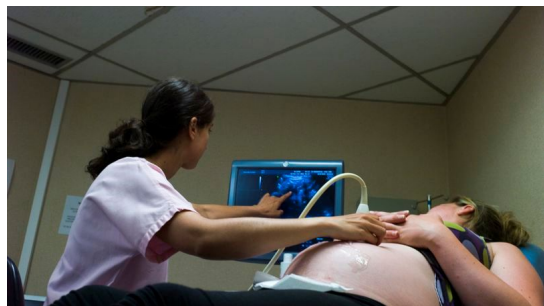
«On a tous fait pleurer la prof de maths en lui disant qu'on n'était pas Charlie! Avec les caricatures du Prophète, les journalistes l'ont bien cherché. Elle a renvoyé toute la classe mais on s'en fiche.» Approuvé, à quelques mètres d'un collègue, par son petit groupe d'amis qui a «rigolé» pendant la minute de silence, cet adolescent de 15 ans d'origine malienne, comme Amedy Coulibaly, partage aussi son nom de famille avec le terroriste. Même s'il ne le connaît pas.

...

111,58

33 % des Françaises ont recours une fois à l'IVG dans leur vie

Par [Agnès Leclair](#) Publié le 15/01/2015 à 06:00



Selon une nouvelle étude, 4 % des Françaises avortent trois fois ou plus au cours de leur vie.

Quarante ans après la [loi Veil](#), «l'interruption volontaire de grossesse (IVG) «est devenue un droit plus qu'un dernier recours». Voici la conclusion de la dernière étude de l'Ined sur l'IVG, publié jeudi, à deux jours de l'anniversaire de la 17 janvier 1975, date de la promulgation de la loi portée par la ministre de la Santé de Valéry Giscard d'Estaing.

«On compte en 2011 près de 210.000 interruptions volontaires de grossesse (IVG). Après avoir diminué de 1975 à 1995, le recours à l'IVG a légèrement augmenté avant de se stabiliser à la fin des années 2000», rappellent les auteurs de l'étude, Magali Mazuy, Laurent Toulemon et Élodie Baril. Comment expliquer cette absence de baisse significative alors qu'en France, 91 % des femmes de 15 à 49 ans déclarent employer une méthode contraceptive?

«Depuis les années 1970, la diffusion des méthodes efficaces de contraception a permis de diminuer la fréquence des grossesses non souhaitées mais lorsqu'elles surviennent, le recours à l'IVG est plus fréquent, et finalement le nombre total d'IVG n'a pas baissé», explique l'Ined. «Après 40 ans de légalisation, les mentalités ont évolué. L'IVG est devenu un droit et une pratique qui se banalise, pas par tout le monde mais les femmes qui ont recours à une IVG sont moins jugées», souligne Magali Mazuy. Un constat entériné par la législation en 2014. En effet, le texte du 4 août 2014 «pour l'égalité réelle entre les femmes et les hommes» a supprimé la clause de «situation de détresse», initialement inscrite dans la loi sur la dépenalisation de l'avortement.

Une grande proportion des femmes sous contraception tombent enceinte

Si le nombre d'IVG a peu varié depuis l'adoption de loi Veil, la pratique, elle, a changé. Aujourd'hui, une Française sur trois (33 %) a recours une fois ou plus à l'IVG dans sa vie. Les femmes sont moins nombreuses qu'avant à avoir recours à une IVG mais les avortements «à répétition» sont par contre plus fréquents.

Depuis 1975, la proportion d'IVG répétées augmente de façon continue, souligne l'étude. «Dans les années 1970, elles représentaient moins d'une IVG sur dix (...). Après 1980, la part des IVG répétées a poursuivi sa progression, et les IVG de rang 3 (précédées de 2 IVG) deviennent également plus fréquentes», indiquent les chercheurs. Aujourd'hui, près de 10 % des femmes ont ainsi recours deux fois à l'IVG et environ 4 % avortent trois fois ou plus au cours de leur vie.

Pour expliquer ce phénomène, Magali Mazuy évoque plusieurs facteurs. À commencer par la mauvaise adaptation des méthodes contraceptives à la diversification des relations conjugales, amoureuses et sexuelles, alors qu'une grande proportion des femmes sous contraception tombent enceinte. «La pilule n'est peut être pas adaptée à toutes les situations et à toutes les femmes, par exemple, indique la chercheuse. Le préservatif est efficace mais son usage doit rester systématique. L'utilisation de méthodes dites «naturelles» et moins efficaces,

comme la méthode Ogino ou celle «des températures», ont par ailleurs légèrement augmenté ces dernières années». Des pratiques qui sont peut-être encore plus nombreuses après la crise de confiance qui touche la pilule contraceptive. Les premiers chiffres de 2013 publiés cet été par la Direction des études et statistiques du ministère de la Santé (Drees) évoque d'ailleurs une augmentation de près de 5% du nombre d'avortements.

Ces IVG à répétition s'expliqueraient également par les inégalités territoriales et sociales d'accès au système de soins, et donc à un gynécologue.

Enfin, la demande d'une planification très forte des naissances aurait sa part dans ces nouvelles pratiques de l'IVG. «Aujourd'hui, il y a un âge jugé idéal pour la grossesse et même un écart d'âge idéal entre deux naissances. Pour avoir un enfant, on attend aussi avoir situation professionnelle stable. Ces normes très fortes expliquent que les femmes diffèrent plus souvent une grossesse pour tout planifier. La société est devenue très exigeante envers les couples et l'éducation d'un enfant. On parle même de «métier de parents»!

http://www.nytimes.com/2015/01/15/world/middleeast/new-charlie-hebdo-muhammad-cartoon-stirs-muslim-anger-in-mideast.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=b-lede-package-region®ion=top-news&WT.nav=top-news&_r=0

111,60

MIDDLE EAST

New Charlie Hebdo Muhammad Cartoon Stirs Muslim Anger in Mideast

By ANNE BARNARDJAN. 14, 2015

Photo



Protesters in Tunisia demonstrated against Charlie Hebdo on Wednesday. Credit Mohamed Khalil/Agence France-Presse — Getty Images

BEIRUT, Lebanon — A cover illustration of Prophet Muhammad in the latest edition of the French satirical newspaper Charlie Hebdo ignited controversy in the Middle East on Wednesday, prompting [Egypt](#) and [Turkey](#) to issue or threaten restrictions on publication of the images and stirring wide debate over religion and free speech.

Some were outraged, while others called for free speech in countries like Saudi Arabia and Egypt that punish people for alleged blasphemy. Many expressed indifference, saying they were weary of debating cartoons that paled in significance beside the carnage taking place in wars in Syria, Iraq and elsewhere in the region.

In Egypt, President Abdel Fattah el-Sisi issued a decree giving the prime minister authority to ban any foreign publications “offensive to religion,” the state-owned daily Al Ahram reported. Mr. Sisi has portrayed himself as a secular bulwark against Islamists.

Egypt’s official religious institutions have had mixed reactions to the new cartoon.



A security guard outside the Istanbul office of Cumhuriyet, a left-wing newspaper that carried four pages from Charlie Hebdo’s new issue. Credit Seda Suna/European Pressphoto Agency

Dar al-Ifta, an organization of Sunni scholars, criticized the French publication on Tuesday for its decision to continue printing cartoons depicting the prophet, saying it would “cause a new wave of hatred in French and western societies” and declaring that the magazine “does not serve coexistence and the dialogue of civilizations that Muslims seek.”

But Al-Azhar University, the foremost institution of Sunni scholarship, on Wednesday called on people to “ignore” the cartoons. “Ignore this unpleasant trifle,” the statement advised, “because the Prophet of mercy and humanity (peace be upon him) is on too great and high a level to be affected by drawings that lack ethics.”

The Egyptian Family House, an organization of the country's main Muslim and Coptic Christian authorities, issued a statement decrying the cartoons because they "increase the gap between people and religions" and calling on media outlets not to "negatively target the prophets and the heavenly religions, and not to provoke the feelings of Muslims."

Egyptian courts have recently sentenced a 21-year-old student to three years in jail for atheism and what were deemed blasphemous statements on his Facebook page, and a Christian man was sentenced last year to six years for "insulting Islam."

In Turkey, like Egypt a large and influential Muslim country, a local court in the southern city of Diyarbakir ordered the blocking of sections of four websites that showed the new cartoon, the semiofficial Anadolu news agency reported.

The image depicts Muhammad weeping and holding a sign saying "I am Charlie" in French, the slogan adopted by many of those protesting the attack by Islamist extremists on the Charlie Hebdo headquarters, which killed 12 people.

"Insulting the prophet can never be regarded within the context of media freedom," Ercan Ezgin, a Turkish lawyer, wrote in the complaint that prompted the ruling in Diyarbakir, according to the CNN Turk channel. "This cartoon bears the danger of deeply provoking billions of Muslims. It should never be acceptable to depict our prophet in such a cartoon, poking fun at him, showing him as if he's shedding tears."

But one Turkish website, T24, translated the entire new issue of Charlie Hebdo into Turkish and those pages were still accessible Wednesday evening.

In the early morning hours on Wednesday, the Turkish police halted trucks distributing Cumhuriyet, a left-wing newspaper that carried four pages from Charlie Hebdo's new issue. Distribution resumed only after investigators checked the contents of the paper and concluded that none of the cartoons represented the prophet, Turkish news media reported.

The newspaper received numerous threats over the phone and the Internet. Near the Cumhuriyet headquarters in central Istanbul, the police detained a protester who carried an Islamic flag, shouting, "You will not attack my religion, my prophet," according to CNN Turk.

Three more protesters were detained close to Cumhuriyet newspaper premises late Wednesday after they held signs carrying death threats against any one who insulted Islam and its prophet.

"If you have limitless freedom of speech, Muslim community has limitless right to protest," one handwritten sign read, a photograph posted on Twitter showed.

Hezbollah, the Lebanese Shiite group whose leader, Hassan Nasrallah, last week [criticized](#) extremists who kill those they consider infidels in the name of Islam — without explicitly denouncing the Paris killings — released a statement Wednesday condemning the new cartoon.

"Such an action is absolutely rejected," it said. He called cartoon "a big provocation to the feelings of more than one and a half billion Muslims in the world, all of them believers in heaven's messages and keen for dialogue and common values. Such actions directly contribute to supporting terrorism, extremism and extremists."

111,62

Middle East Turns Back Clock as Remnants of Old Regimes Rise Again

Egypt, Gulf Monarchies Increasingly Project Power



ENLARGE

An Egyptian student who supports ousted President Mohammed Morsi protests in Cairo on Wednesday. *APA IMAGES/ZUMA PRESS*

By

YAROSLAV TROFIMOV

Jan. 14, 2015 7:32 p.m. ET

Four years after the Arab Spring began, the new Middle East looks more and more like the old one—but worse.

For decades, the bleak choice in the region was between dictators such as Egypt's [Hosni Mubarak](#) and the Islamist militancy that they always invoked when pressured by the West to liberalize.

The uprisings of 2011—often spurred by liberal and secular activists—produced fleeting hopes that the jihadists and autocrats would no longer be the only alternatives.

But today, Egyptian President Abdel Fattah Al Sisi oversees a regime that is seen as more repressive than Mr. Mubarak's in many ways.

This new Egypt and its main financiers and allies—the absolute monarchies of Saudi Arabia and United Arab Emirates—increasingly project power and influence across the region.

On the other side of the equation, Islamic State has seized a Britain-size chunk of Syria and Iraq, and now is spawning affiliates in Libya and Egypt's restive Sinai Peninsula. It is outmatching al Qaeda of old in wanton barbarity and military prowess.

Underscoring the growing terror threat to the West, al Qaeda's offshoot in Yemen claimed responsibility for last week's attack on a satirical magazine in Paris, while a French follower of Islamic State killed first a policewoman and then four hostages at a kosher grocery.

"We have turned the clock back," said Maha Azzam, a political scientist who heads the Egyptian Revolutionary Council, an umbrella group of organizations opposed to Mr. Sisi's rule. "The political space in the middle has not shrunk, it has disappeared. What you are left with in the younger generation is a choice between acquiescing to dictatorship or, for the more radical ones, resorting to violence."

In his three decades in power, Mr. Mubarak often told visiting American dignitaries that the choice was between him and the Muslim Brotherhood, the country's main Islamist organization with branches across the region. He did prove right: A year after his ouster, the country's first democratic presidential elections put the Brotherhood's Mohammed Morsi in power.

The Brotherhood under Mr. Morsi alienated many Egyptians by clamping down on dissent, excluding other political movements, and imposing its religious agenda.

Another year later, liberals who once joined hands with Brotherhood supporters in Cairo's Tahrir Square chose a dictatorship that would preserve secular freedoms over a democratically elected Islamist government. Their mass protests egged the army on to end the country's democratic experiment, putting Mr. Sisi in power and enabling the current crackdown.

Egypt's new authorities have since imprisoned tens of thousands of political foes and imposed new restrictions on protesting, the media, nongovernmental organizations and human-rights groups.

Elsewhere in the region, an outright Saudi military intervention choked the Arab Spring in Bahrain.

And in still-democratic Tunisia, the only relative bright spot, voters in December elected as president the 88-year-old former speaker of the ousted dictatorship's rubber-stamp parliament. He promptly named another senior former regime figure as prime minister.

Chastened by the Egyptian example and fearing a similar fate, Tunisia's main Islamist party, Ennahda, didn't even field a presidential candidate.

"What happened in Egypt affected directly or indirectly the entire Arab world," said Osama el-Ghazali Harb of the Free Egyptians party, one of the leaders of both the 2011 uprising against Mr. Mubarak and the 2013 protests that precipitated Mr. Morsi's ouster. "The defeat of the Muslim Brotherhood here means the defeat of the Muslim Brotherhood, directly or indirectly, in other countries of the region."

Egypt suffered relatively minor violence by the bloody standards of the recent four years, avoiding the horrors of the Syrian and Libyan civil wars. It is those horrors, which fill the screens of Arab TV channels every day, that make increasingly appealing the Arab rulers' old mantra of "istiqrar" or stability, at all costs.

Championing this mantra are some of the least democratic countries in the region—Saudi Arabia and the U.A.E.

"The Arab Spring represented change, and the monarchies do not like change," explained Jamal Khashoggi, a prominent Saudi analyst who manages a new regional TV network, Al Arab News.

After emerging unscathed from the region's revolutionary upheaval and squeezing out dissent at home, the Saudis and Emiratis now are driving a regional campaign to stifle whatever has remained of the Arab Spring's hopes of establishing democratic, accountable governments, critics say.

"There is a counterrevolutionary process, characterized by restoring the old ways of the Middle East," said Yasin Aktay, deputy chairman in charge of international relations at Turkey's ruling Justice and Development Party, a key backer of the Arab uprisings. "Deep-state actors of the old regime, some Arab countries and some international actors are trying to reverse the democratic processes, to restore dictatorships, and to re-establish their own systems."

The key question is whether this restoration in the Arab world is transient—to be upended by even more dramatic cataclysms in the coming years—or represents the new normal.

Frederic Wehrey, a senior associate at the Carnegie Endowment for International Peace, coined the term "Saudi Thermidor" to describe the current "reactionary period in Arab uprisings." He argued in a recent article that the counterrevolutionary drive in the region is unsustainable and would ultimately collapse, just as it happened with the Thermidor conservative backlash against the excesses of French Revolution.

Others, however, aren't so sure.

"There is not going to be another uprising in Egypt anytime soon," cautioned Heba Morayef, senior Egypt analyst at the International Crisis Group and until recently, the local representative of Human Rights Watch. "I don't think Egypt is going to see anything remotely democratic for the next couple of decades."

110,64,

Non, Houellebecq n'est pas islamophobe

Par [Hélène Strohl](#) Publié le 14/01/2015 à 19:49



FIGAROVOX/TRIBUNE - Hélène Strohl s'insurge contre ceux qui accusent Houellebecq de propager l'islamophobie dans son nouveau livre, *Soumission* dont ils déforment l'intrigue en de nombreux points.

Hélène Strohl, ancienne élève de l'ENA, inspectrice générale des affaires sociales honoraire, a publié «L'État social ne fonctionne plus», Albin Michel, 2008. Elle a également écrit avec Michel Maffesoli, «Les nouveaux bien-pensants», éditions du Moment, 2014.

Dans la panique, le microcosme s'agite et cherche des coupables.

Dans le cas présent, l'horreur du massacre interdit toute analyse en termes de risques pris par les journalistes de Charlie Hebdo. Rien ne peut justifier cette mise à mort, la question ne se discute pas. Mais il ne faudrait pas que cette impossibilité à expliquer le crime aboutisse à créer des boucs émissaires innocents.

C'est un peu ce qui se passe quand, après des débats relativement malhonnêtes au sujet de son livre, entamés à la veille du crime, Michel Houellebecq est toujours accusé de propager l'islamophobie et d'entretenir les haines ou les peurs.

Il ne faudrait pas que cette impossibilité à expliquer le crime aboutisse à créer des boucs émissaires innocents.

On a l'impression que ses accusateurs n'ont pas lu ce livre. Car l'intrigue est déformée en de nombreux points: le parti démocrate-musulman qui arrive au pouvoir n'est en rien islamiste, extrémiste ou terroriste; au contraire les djihadistes tentent de s'opposer à son élection et il souhaite appliquer une «charia de minorité», c'est à dire donner la possibilité aux musulmans de vivre l'éducation et la conjugalité selon leurs principes, en particulier la polygamie et aux autres citoyens de bénéficier d'une éducation laïque (il est vrai au financement public réduit) ou d'une autre religion. De même est-il dit en toutes lettres que dans un tel gouvernement, le mariage civil resterait la règle, hétéro ou homosexuel, mais que le mariage musulman (qui est arrangé et peut être polygame) ouvrirait les droits sociaux et fiscaux. Bien sûr la vision des femmes que donne cet islam n'est pas celui d'un islam disons adapté à la société française, d'un islam mâtiné de droits de la personne. La polygamie fait des femmes des personnes soumises et infantilisées. Et l'éducation des enfants n'est pas neutre et comme toute éducation religieuse, a pour objectif de transmettre les valeurs et les prescriptions de son dogme. Mais là encore, les valeurs attribuées à ce parti ne sont guère différentes de celles attribuées au Front National, sauf qu'il est noté que du point de vue économique et géopolitique il est européen et non étatiste. Enfin, comme l'auteur le répète à longueur de plateau, c'est un «roman», une fiction, ce n'est pas un manifeste politique ni un essai socio-politique.

On a l'impression que ses accusateurs n'ont pas lu ce livre. Car l'intrigue est déformée en de nombreux points.

Alors Houellebecq a-t-il joué avec le feu et les peurs?

C'est assez paradoxal, car ce qu'il décrit c'est un mouvement populaire réel de demande de sécurité affective, de valeurs, de sens. Et d'ancrage communautaire. Le maelstrom du mondialisme engendre un localisme

concommittent. Dans la fiction houellebecquienne, c'est la famille qui est la base de l'expression spirituelle (c'est le cas dans la religion musulmane), de l'entreprise (les grands groupes sont dissous) et de la vie relationnelle: la polygamie y est décrite comme une vie en commun de femmes aux fonctions diverses.

Ce qu'il décrit c'est un mouvement populaire réel de demande de sécurité affective, de valeurs, de sens. Et d'ancrage communautaire.

Et en suivant l'histoire du héros houellebecquien, grand connaisseur de la littérature et de la philosophie, notamment de Huysmans (qu'il suit jusqu'à sa conversion), on comprend bien en quoi, au-delà des explications simplistes par la crise économique ou par la peur de l'étranger, cette recherche de religieux, d'expressions d'un sens à la vie, d'un au-delà du matérialisme peut se trouver satisfaite ou en tout cas peut se soumettre à un ordre du type de celui qui est décrit là. Notamment quand Houellebecq ou en tout cas le recteur musulman qui convertit le héros, définit l'islam par son acceptation du monde tel qu'il est. Non pas attente d'un autre monde comme dans le christianisme ou tentative d'échapper à ce monde comme dans des philosophies orientales, ou encore volonté de transformer ce monde, mais jouissance, admiration et acceptation de ce monde-ci.

C'est bien sûr là quelque chose de très profond que décrit Houellebecq, la fin des idéologies du progrès, la fin des téléologies, repoussant le paradis dans l'au-delà des lendemains qui chantent. Donc avant d'être un livre sur l'islam, ce roman est peut-être celui de la fin des religions chrétiennes dans leur forme sacrée ou profane (marxisme, socialisme).

C'est là quelque chose de très profond que décrit Houellebecq, la fin des idéologies du progrès, la fin des téléologies, repoussant le paradis dans l'au-delà des lendemains qui chantent.

Et comme toute soumission, celle qui est décrite est une abdication de la volonté ou du libre arbitre de l'individu au profit d'une appartenance à un tout qui l'accueille et le reconforte. Triste destin que la fin de ce professeur d'université, réduit à une conversion imposée par son souhait de ne pas finir sa vie isolée, sans femme, sans travail, sans sens à sa vie, sans raison de vivre. C'est le ton employé dans la conclusion, qui n'est pas une apologie de cette soumission, juste un constat.

Il appartient à chacun bien sûr de supporter ou non l'éternelle quête de sens des héros houellebecquiens, l'expression souvent lyrique et en tout cas profondément poétique de leur dériliction, quand l'affaissement des chairs, les dysfonctionnements de la plomberie voisinent les tracasseries et pertes de temps bureaucratique. Je suis particulièrement émue par la solitude du professeur réchauffant dans un micro-ondes pourri des plats aux noms vaguement exotiques et au parfum frelaté de glutamate. Certains seront sans doute dégoûtés par ses ébats sexuels dénués de plaisir et d'envie. D'autres auront pitié de son incapacité de sentiments quand ils liront la mort du père, ou la dernière rencontre avec son amante.

Mais il faut rentrer dans le roman de Houellebecq comme dans une œuvre littéraire, l'une de celle qui vous permettent de rencontrer un personnage. Une de celle dans laquelle l'auteur est présent, c'est à dire donne vie (pas sa vie, ce n'est pas une autobiographie) à un personnage. C'est d'ailleurs la définition inaugurale de la littérature du livre.

Il faut rentrer dans le roman de Houellebecq comme dans une œuvre littéraire, l'une de celle qui vous permettent de rencontrer un personnage.

Il faut donc lire un livre avant de porter un jugement voire le condamner. Il faut écouter un auteur quand il parle de son livre et non pas lui faire dire autre chose que ce qui est écrit et qu'il répète.

On ne peut s'empêcher d'être gêné par l'esquive de ceux qui se doivent de soutenir les caricaturistes de Charlie Hebdo, jusqu'à dire qu'ils se battaient avant tout pour la liberté d'expression, comme s'ils n'avaient jamais critiqué l'islam (le prophète est une figure sacrée pas seulement pour les terroristes ou les fondamentalistes, le sacré l'est pour tout croyant, même le plus tolérant), et attribuent une responsabilité à un auteur qui décrit un islam bien moins villipendé. De même peut-on détester l'image des femmes que décrit Houellebecq, reflet de la

misère de son héros, et s'étonner que les mêmes qui jugent honteux que l'on puisse ainsi parler des femmes, n'aient pas été choqués par certains dessins réduisant les femmes à leurs fesses et leurs seins.

Cette campagne car c'est bien de cela qu'il s'agit, contre le roman, cette sorte de censure déguisée témoigne d'un inconscient machiste, islamophobe et profondément insécure.

Mais surtout cette campagne, car c'est bien de cela qu'il s'agit, contre le roman, cette sorte de censure déguisée témoigne d'un inconscient machiste, islamophobe et profondément insécure. Il faut être bien peu persuadé de la force de résistance des femmes françaises à ce retour de soumission pour penser qu'il suffirait d'évoquer celui-ci comme fiction pour le réaliser. En revanche, évoquer le besoin de religion, constater qu'actuellement le plus grand nombre de pratiquants dans ce pays est musulman, (je ne parle pas des catholiques déclarés, mais des moins de 5% qui se soumettent à la règle de la messe dominicale), prendre acte du fait que dans un monde en recomposition, l'érection d'un nouvel empire qui ne serait ni chrétien, ni communiste serait possible, est-ce de l'islamophobie?

Ou bien faut-il constater que nos journalistes ne veulent d'autres débats que polémiques, qu'ils s'en foutent de rencontrer un personnage littéraire et qu'ils n'aiment pas lire et que surtout, il faut que ça saigne, un sujet en chasse un autre, mais comme ils se sentent coupables de cette sorte de fièvre qui les saisit dans l'événement, même horrible, ils reportent leur culpabilité sur les autres.

Cette chasse aux sorcières n'est pas digne de ce deuil et de l'expression de notre tristesse devant ce massacre: tristesse pour les morts et pour leurs proches, au-delà de tout débat. Mais aussi tristesse devant notre incapacité collective à offrir un sens à leur vie et un accueil fraternel à ces jeunes sans ancrage et sans sécurité affective et qui tentent de constituer la «famille» ou la communauté qui leur manque dans ces combats meurtriers.

111,67

Charlie Hebdo 'Prophet Mohammed' edition: how did Nigel Farage's 'no-go zone' Muslim French cities react?

Dispatch: Residents of Roubaix, the city with France's biggest proportion of Muslim residents, feel betrayed by Charlie Hebdo's front page depicting Prophet Mohammed



A veiled woman walks past a soldier patrolling in a street of Roubaix Photo: AFP/Getty

By **Rory Mulholland, Roubaix**

9:38AM GMT 15 Jan 2015

Betrayal: that was the word on many lips in Roubaix, France's most Muslim city, after a [caricature of the Prophet Mohammed](#) was splashed across the [front page of the "survivors" edition of Charlie Hebdo magazine](#).

"They had the chance to calm things down but instead they decided to pour oil on the fire," said Bab, a 31-year-old Algerian working in a mobile phone shop in the mostly north African district of L'Epeule.

"I went on the 'unity march' [called in reaction to last week's deadly attacks on Charlie Hebdo] here on Sunday, and I condemn the violence. But the magazine just goes ahead and puts this blasphemy on its front page. I feel betrayed. They are simply putting more hatred into the hearts of extremists," he said.

That was a typical reaction from the people questioned by the Telegraph in Roubaix, a town of 95,000 people next to the border with Belgium.

The town was once a prosperous textile manufacturing centre that in the 1960s saw an influx of workers mostly from France's north African colonies. But the textile factories have long since closed, and now the city is the poorest in France with an unemployment rate of around 30 per cent, three times the national average.

France has Europe's biggest Muslim community, estimated at more than five million, and Roubaix is the city with the country's biggest proportion of Muslim residents, around 20 per cent of the total. According to United Kingdom Independence Party (Ukip) leader, [Nigel Farage](#), some [French cities have areas which have become "no-go zones" which non-Muslims and even police cannot enter](#).

This week someone wrote "Charlie - 12 dead. Mission accomplished" in giant letters on a wall in the city, and the local paper headlined an article on Wednesday with: "Tense atmosphere in Roubaix after the attacks".

But the mayor, Guillaume Delbar, insisted relations between the city's large Muslim community and other residents were good, and that Roubaix's main problems were poverty and crime, not sectarian tension.

That view was supported by the residents the Telegraph spoke to. But the Muslim community in Roubaix nevertheless feels aggrieved.

"There are different standards applied. Look at the case of Dieudonné," said Samir, standing with a friend outside a barber's shop in the Rue de Lannoy district, which like L'Epeule is a mostly north African area troubled by petty crime and drug trafficking and where the police are reluctant to enter.

[Dieudonné, a notorious French comedian, was arrested](#) on Wednesday for condoning terrorism after he posted on his Facebook page "Tonight... I feel like Charlie Coulibaly" - mixing the popular slogan "Je suis Charlie" used in homage to the slain Charlie Hebdo journalists with a reference to Islamist gunman Amedy Coulibaly.

[Coulibaly killed four Jews at a Paris supermarket](#) on Friday and a policewoman the day before.

"Dieudonné made a joke and they lock him up. But the government does nothing to stop Charlie Hebdo making its jokes about Mohammed," said Samir, adding that he saw the Mohammed cartoon as also condoning terrorism.

Asked about Nigel Farage's comments, the mayor, who is well used to his town getting bad press, smiled and said: "That is simply nonsense."

He said that there were some areas in the town where police rarely ventured, but that was due to high levels of criminality and hostility to the law and nothing to do with religion.

"To describe this or that area as dedicated to a particular community is a very Anglo-Saxon way of looking at things," he said.

The streets of red-brick buildings in the L'Epeule and Lannoy areas feature Islamic bookshops and clothing stores, halal butchers, head-scarfed women and the odd djellaba-wearing man.

But they also had the cafés, bars and bakeries that figure in any French high street, and north African immigrants mixed freely with homegrown French.

One youth in L'Epeule said when asked if this was a Muslim no-go zone: "That is just bull****! I can only laugh."

The latest cover of the magazine - the first edition since the attack last Wednesday during which 12 people were killed at its offices - shows a weeping Mohammed holding a sign reading "I am Charlie" with the words "All is forgiven" above him.

"It's an insult to the entire Muslim community," said Bab, the phone shop worker.

Another youth, rolling a joint as he stood on a street corner in L'Epeule, said he was convinced the Charlie Hebdo attack had been orchestrated to turn the French against Muslims.

"They hate Muslims, they don't want us in their country," he said.

French Muslim leaders have urged their community to "stay calm and avoid emotive reactions" to the latest edition of Charlie Hebdo.

But they also said that more needs to be done to protect to ensure the safety of Muslim sites, after an unprecedented wave of attacks on Islamic sites in the wake of [last week's deadly assaults by radical Islamists](#).

France has deployed armed police and called up 10,000 troops to guard against other attacks, but synagogues and Jewish schools were getting far more protection than mosques.

At the Bilal mosque in L'Epeule in Roubaix, there was no sign of any police or soldiers on Wednesday.

"The Jews are protected but they need to protect us too," said Mohamed, who works at the mosque.

He too said he was offended by the latest Charlie Hebdo cover. But at least, he said, this depiction of the Prophet was not "vulgar".

"Before they used to show him naked or with a bomb in his turban," he said.

Bundesbank-Chef Weidmann sieht EZB eingeschränkt

Der EU-Generalanwalt hat nach einhelliger Auffassung keine Einwände gegen ein weiteres Anleihekaufprogramm der EZB. Nach Ansicht des Bundesbank-Präsidenten hat er der Notenbank gleichwohl Grenzen gesetzt.

15.01.2015



© RÖTH, FRANK  Bundesbank-Präsident Jens Weidmann lehnt Staatsanleihekäufe durch die EZB ab.

Bundesbank-Präsident Jens Weidmann hat die Euro-Länder zu einer soliden Haushaltspolitik aufgerufen und abermals kritische Worte für mögliche weitere Staatsanleihekäufe durch die Europäische Zentralbank gefunden. **Eine Währungsunion könne zwar auch ohne politische Union funktionieren, sagte Weidmann während einer Veranstaltung in Biberach nahe Ulm. „Das setzt aber voraus, dass die verabredeten Regeln auch eingehalten werden. Hier sehe ich die jüngste Entwicklung mit Sorge.“ Solide Haushalte seien aber eine zentrale Voraussetzung für die Stabilität des Euro. Dafür trage jedes Land die Verantwortung.**

Verschärfte Fiskal-Regeln für die Länder gehen nach Ansicht des Bundesbankchefs zwar in die richtige Richtung. Leider seien diese aber zuletzt wesentlich komplexer geworden. „Hier wurden inzwischen erhebliche Interpretations- und Ermessens-Spielräume geschaffen“, kritisierte Weidmann.

Einschränkungen für die EZB

Weidmann äußerte sich in seiner Rede auch zur Stellungnahme des Generalanwalts vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGh), der einem umstrittenen Anleihen-Kaufprogramm der Europäischen Zentralbank am Mittwoch in weiten Teilen nach einhelliger Auffassung juristische Rückendeckung gegeben hatte. **Der Generalanwalt habe klargestellt, dass die rechtliche Einhegung der europäischen Notenbank unstrittig sei, sagte Weidmann. Das bedeute, dass die EZB keine monetäre Staatsfinanzierung und auch keine Wirtschaftspolitik betreiben dürfe.** „Auch wenn die Grenze zwischen der Geld- und Wirtschaftspolitik unterschiedlich eng gezogen werden kann“, fügte er hinzu.

Ähnlich äußerte sich gestern auch schon der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, der die EZB vor dem Bundesverfassungsgericht verklagt. **„Der Generalanwalt bestätigt ausdrücklich meine Auffassung, dass die EZB über die Einhaltung ihres Mandats nicht selbst entscheidet“,** schrieb Gauweiler.

Die Bundesbank sieht ein weiteres Staatsanleihekaufprogramm kritisch. Neben Weidmann lehnt auch die deutsche EZB-Direktoren Sabine Lautenschläger ein solches Programm ab. Die meisten Beobachter gehen - auch aufgrund von Aussagen vieler anderer Euro-Währungshüter einschließlich des Notenbankchefs Mario Draghi - davon aus, dass die EZB am Donnerstag der kommenden Woche ein solches Programm beschließen wird.

CSU-Politiker Gauweiler las aus der Stellungnahme des Generalanwaltes unterdessen noch eine weitere bedeutende Einschränkung für die bisherige Euro-Rettungspolitik heraus. Da die EZB nach Meinung des Generalanwalts sich „jedes unmittelbaren Eingreifens in die Finanzhilfeprogramme enthält, an die das OMT-Programm anknüpft“, müsse sie zwingend aus der Troika ausscheiden. „Wenn der Europäische Gerichtshof dieser Auffassung folgt, bricht das Kartenhaus der bisherigen Eurorettung, das aus dem Zusammenwirken von ESM und OMT-Programm gebaut wurde, in sich zusammen“, urteilte er.

Denn nach dem ESM-Vertrag sei die Beteiligung der EZB an der Durchführung der Anpassungsprogramme vorgeschrieben, die Notenbank könne deswegen nicht nach eigenem Belieben ausscheiden. Zunächst müsste dann der ESM-Vertrag geändert werden. Und bis zu einer Änderung des ESM-Vertrages sei das OMT-Programm also lahmgelegt.

111,70

Charlie Hebdo : Châteauroux sonnée après le passage à tabac d'un lycéen

Par [Judith Duportail](#) Publié le 15/01/2015 à 18:56

REPORTAGE - Alors que la France se réjouissait vendredi de la fin des deux prises d'otages simultanées par des terroristes islamistes, un lycéen était tabassé pour avoir affiché son soutien au mouvement «Je suis Charlie» à Châteauroux. Dans cette petite ville de l'Indre, on tente de comprendre et de dépasser le malaise.

«Faut comprendre aussi, toucher à la religion, c'est plus que limite». Amélia* est en seconde au lycée Blaise Pascal, à Châteauroux (Indre). C'est entre les murs de cet établissement qu'un élève de seconde a été tabassé, vendredi, dans un local à vélo. La veille, le jeune homme avait posté «[Je suis Charlie](#)», sur Facebook, ce qui avait donné naissance à un vif débat avec trois autres élèves de l'établissement. Ces trois-là lui sont donc tombés dessus, l'envoyant à l'hôpital avec huit jours d'incapacité totale de travail (ITT). Ils sont maintenant mis en examen pour violences volontaires en réunion et ont reconnu les faits, s'étant sentis «insultés» dans leur religion.

Le lycée Blaise Pascal n'est pas un repère de petits caïds, dopés à la violence et où les bagarres sont légions. L'établissement accueille plus de 1000 élèves, repartis entre filières générales et professionnelles. Le lycée s'étendant sur 11 hectares, il arrive que certains en profitent pour échapper à la surveillance. «Nous demandons régulièrement des hausses d'effectifs de surveillants», indique Bérangère Delhomme, déléguée Unsa de l'Indre. 70% des élèves sont des garçons, ce qui fait que parfois le ton peut monter. «C'est de leur âge, souligne le proviseur, Fabien Lascaux. Mais je travaille ici depuis 6 ans et je n'ai jamais, jamais vu ça. En 25 ans de carrière même, c'est l'incident le plus grave auquel j'ai été confronté.»

«L'imam, c'est un vrai hippie»

L'établissement est situé à la bordure du quartier HLM Saint-Jean. Une vaste communauté musulmane y réside. «Ici, entre vieux tout se passe bien, sourit Ahmed, 65 ans dont 44 passés en France et gérant d'un café. Entre Marocains, Tunisiens, juifs, cathos, tout le monde se soutient. Mais chez certains jeunes, c'est pas pareil...» Le vendredi où a eu lieu l'altercation, l'imam de Châteauroux avait organisé un rassemblement en hommage aux victimes. 300 musulmans étaient présents, avec des badges «Je suis Charlie» imprimés en arabe et en français. L'imam marocain Hassan Fadili, connu dans le quartier pour sa douceur et son amour des animaux, avait prononcé un sermon engagé, stigmatisant les terroristes, «qui ternissent l'image de l'Islam». «C'est un vrai hippie, il nous interdit même de tuer les mouches», s'amuse Ahmed.

Comment donc expliquer qu'au moment même où le pays faisait corps contre le terrorisme dont il était victime, qu'un hommage était organisé à quelques dizaines de mètres, trois gamins sans histoire s'en prennent à un de leur pair pour un simple message Facebook? La veille, la minute de silence s'était «merveilleusement» bien passée, indique Céline*, en Terminale. Une petite dizaine d'élèves s'étaient toutefois absentés, ne voulant pas rendre hommage à [Charlie Hebdo](#). «L'école est traversée par les mêmes débats que notre société», estime le proviseur, Fabien Lascaux.

«Depuis deux ans, nous remarquons que les questions de religion crispent certains élèves, ajoute Bérangère Delhomme de l'Unsa. Nous nous attachons à expliquer aux élèves que la loi des hommes doit s'appliquer avant celle des Dieux, mais nous rencontrons parfois des réticences.» «Certains sujets sont plus difficiles à aborder en classe. La création de l'univers, le big-bang, mais aussi le conflit israélo-palestinien, poursuit Fabien Lascaux. Cette guerre revient en effet dans nos conversations avec les élèves, qui sont pour certains choqués que l'opinion ne se soit pas autant mobilisée pour les victimes gazouïes lors de l'offensive israélienne de cet été.» «Bien sûr que c'est grave la mort des journalistes, réagit ainsi un élève de seconde. Mais vous avez dit «Je suis

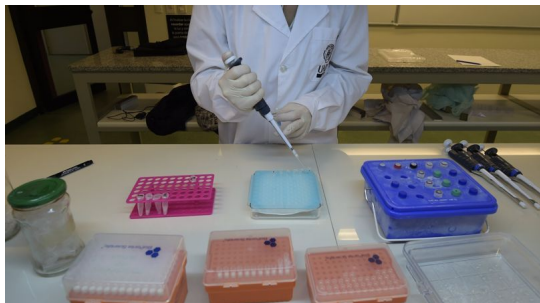
gaza» cet été? Vous avez fait une minute de silence? La vie de ces personnes valait autant.. Mais pas pour tout le monde en France, on dirait.»

Plusieurs jours de réflexion et de débats seront organisés la semaine prochaine au sein du lycée Blaise Pascal. Le jeune homme tabassé tient à réintégrer l'établissement dès qu'il sera sur pied. Les trois autres sont exclus temporairement, en attendant la tenue d'un conseil de discipline.

111,72

La France au 8e rang mondial en nombre de chercheurs

Par Figaro Etudiant Publié le 15/01/2015 à 20:10



Le rapport 2014 sur l'état de l'emploi scientifique du ministère de l'Enseignement supérieur et de la recherche révèle la forte progression du secteur en France, qui a augmenté de 22% depuis 2001. Les emplois se concentrent majoritairement dans le secteur privé.

L'emploi scientifique continue de progresser en France. Selon le rapport 2014 sur [«l'état de l'emploi scientifique en France»](#) du ministère de l'Enseignement supérieur et de la recherche, la population de l'emploi scientifique représentait, en 2011, environ 402.300 équivalents temps plein (ETP) consacré à la recherche. Cette population a augmenté de 22 % depuis 2001.

Les chercheurs constituent l'essentiel de l'emploi scientifique (62 %) avec plus de 249.000 chercheurs. Ce qui place la France en 8e position mondiale au nombre de chercheurs et au 7e rang mondial pour le nombre de chercheurs comparé au nombre d'actifs, soit 8,8 chercheurs pour mille. Largement devant la France arrivent au premier rang les Etats-Unis, avec 1.413.000 chercheurs, la Chine (1.318.000 chercheurs), le Japon (657.000 chercheurs), la Russie (448.000 chercheurs) et l'Allemagne (328.000). La France, qui était 6e en 2000, a été supplantée par le Royaume-Uni en 2001, puis par la Corée du Sud en 2007.

Force est de constater que l'emploi scientifique est concentré géographiquement. Quatre régions regroupent 64% de l'effectif en Recherche et Développement (R&D): l'Ile-de-France, Rhône-Alpes, Midi-Pyrénées et Provence-Alpes-Côte d'Azur. À elle seule, la région Ile-de-France représente 38 % des chercheurs et personnels de soutien à la recherche et plus d'un doctorant sur trois y prépare et obtient sa thèse.

Les femmes représentent un tiers des chercheurs dans l'emploi public

En 2011, 60% de l'emploi scientifique se concentre dans les entreprises. Le rapport du ministère explique cette majorité par la croissance moyenne plus importante (29%) que dans le secteur public (10.4%), entre 2001 et 2011. Là encore, l'emploi connaît de fortes concentrations. Les grandes entreprises, (celles qui comptent plus de 100 chercheurs) ne représentent que 1% des entreprises faisant de la R&D mais regroupent 56 % des chercheurs et réalisent 62 % de la dépense intérieure de recherche et développement des entreprises (DIRDE).

Sans surprise, le premier employeur public de personnel scientifique est l'enseignement supérieur, et particulièrement l'université. [«L'université occupe une place centrale dans le secteur public, avec 43 % des personnels de R&D et 48 % des chercheurs»](#) indique le rapport, sur un total de 163.400 postes.

Que ce soit dans le public ou le privé, en tant que chercheurs ou personnels de soutien, [les femmes sont minoritaires dans l'emploi scientifique](#). En 2011, [les femmes représentent 34,7 % des chercheurs du secteur public](#) (hors entreprises publiques), alors qu'elles en représentaient 32,6 % en 2001. Dans le secteur des entreprises, la part de femmes parmi les chercheurs est plus

faible encore: elle tourne autour de 20 % depuis 2000. En revanche, les chiffres les plus récents viennent nuancer ce constat: «La part des femmes dans l'effectif global des doctorants est de 48 % en 2012-2013 et 44 % des doctorats ont été délivrés à des femmes en 2011-2012» précise le rapport.

(*) L'emploi scientifique recouvre, selon la définition précisée dans le rapport, «l'ensemble des personnes travaillant directement sur les projets de recherche et développement: doctorants, chercheurs, enseignants-chercheurs, ingénieurs, personnels de soutien à la recherche et qui contribuent à temps plein ou à temps partiel à ces activités, tant dans les administrations ou secteur public (hors entreprises publiques) que dans les entreprises».

111,74

Bobigny : une enseignante mise à pied pour avoir tenu des propos complotistes

LE MONDE | 16.01.2015 à 08h33 • Mis à jour le 16.01.2015 à 08h55 | Par [Ariane Chemin](#)

Une enseignante du [Campus](#) des métiers de l'entreprise, un [centre de formation](#) professionnel de Bobigny qui accueille 1 500 apprentis de 16 à 21 ans, a été mise à pied, jeudi 15 janvier dans l'après-midi, par le responsable de l'établissement. Une mesure conservatoire, « en accord avec la [préfecture de Seine-Saint-Denis](#) », a précisé au *Monde* le responsable de l'établissement, Patrick Toulmet, et qui fait suite à des propos complotistes et haineux qu'aurait tenus la jeune femme à des élèves de bac pro, lundi 12 janvier, au sujet de l'attentat de *Charlie Hebdo*.

Mardi 13 janvier, le responsable de l'établissement est averti par un parent d'élève de l'étrange tournure prise par le débat organisé dans la classe d'une enseignante, H. M., au lendemain des grandes manifestations qui ont réuni plus de 4 millions de personnes en [France](#).

Madame M. avait choisi de [consacrer](#) la plus grande partie de son cours de « *droit-économie dans la formation de vente* » à une discussion sur l'assassinat par trois djihadistes de 17 personnes, quelques jours auparavant. Elle ignore qu'au bout de quelques minutes, un de ses élèves, sidéré par [ses](#) propos, l'enregistre avec son téléphone portable. Et en a retranscrit quelques extraits, que sa mère adresse dès le lendemain à l'établissement, avec une copie de la bande-son.

« Le flic soit disant mort »

Dans ces documents, également transmis au rectorat, Madame M. relaie sans complexe les thèses complotistes qui font déjà florès sur nombre de [réseaux sociaux](#). Parlant à ses élèves du policier tué après l'assaut de Charlie Hebdo, Madame M. évoque « *le flic soit disant mort* ». Elle note qu'« *on n'a pas vu les corps des journalistes* ».

« [Vous](#) trouvez pas ça bizarre qu'il en manquait un à leur réunion ? », interroge l'enseignante en évoquant la conférence de rédaction de l'hebdomadaire satirique. « *C'est un business, un coup d'Etat pour [supprimer](#) la religion musulmane* », ajoute-t-elle, « *ils ont eu le temps de [monter](#) un sketch* ». Elle explique à ses élèves que les prophètes « *ont été salis par les représentations de vieux hommes moches avec du bide* », et se fait prosélyte pour [expliquer](#) que « *la religion musulmane autorise de [tuer](#) pour [défendre](#) [sa] religion* ».

Convoquée jeudi après-midi par la direction du centre de formation professionnelle. Madame M. a nié [avoir](#) tenu de tels propos, avant d'apprendre qu'elle était enregistrée et de se [voir](#) mise à pied. « *Je suis formel, j'ai reconnu la voix de Madame M., ses intonations, sa diction, comme celles des élèves*, assure Yann Dubosc, le secrétaire général de l'établissement. *M. Toulmet et moi avons préféré [prendre](#) nos responsabilités avant même que notre conseil de discipline ne tranche l'affaire et que, le cas échéant, la [justice](#) s'en occupe.* »

L'enseignante, fonctionnaire à statut spécifique, risque sa radiation. Saisi par la [famille](#), le rectorat n'a pas encore contacté l'établissement, mais le président du campus, M. Toulmet, a d'ores et déjà été convoqué au commissariat.

"Die Scharia steht nicht über dem Grundgesetz"

Im Bundestag stellt Kanzlerin Merkel die Opfer der Pariser Anschläge in eine Reihe mit Martin Luther King und Hanns Martin Schleyer. Der Bundestagspräsident richtet klare Worte an Pegida und Muslime.

Von [Robin Alexander](#) Politikredakteur



Foto: AFP Bundeskanzlerin Angela Merkel nahm in ihrer Regierungserklärung die Muslime in die Pflicht, rief aber auch zu mehr Toleranz auf

Nun auch noch eine Parlamentsdebatte. Nach dem Schweigemarsch der Millionen in Paris, nach der Mahnwache am Brandenburger Tor, nach "Je suis Charlie"-Wellen im Netz und im öffentlichen Raum, nach einer ganzen Woche Trauer und dem Beginn der Reflexion über die Morde an Karikaturisten und Juden in Paris, beschäftigt sich an diesem Donnerstag auch der Deutsche Bundestag mit dem Terror.

Vorab: Es war dennoch eine gute Debatte. Obwohl sie ihren Höhepunkt überschritten hatte, bevor sie eigentlich begann. Denn nachdem Bundestagspräsident Norbert Lammert einleitende Worte gesprochen hatte und Bundeskanzlerin Angela Merkel ([beide CDU](#)) eine Regierungserklärung abgab, war in der darauffolgenden Aussprache tatsächlich nichts mehr hinzuzufügen. Lammert und Merkel hatten ihre Reden überparteilich angelegt – aber nicht unpolitisch. Der Bundestagspräsident, der eigentlich nur "einleitende Worte vor Eintritt in die Tagesordnung" sprechen sollte, fand deutliche Worte in alle Richtungen.

"Wer die angebliche '[Islamisierung des Abendlandes](#)' auf öffentlichen Straßen und Plätzen proklamiert, betreibt Demagogie statt Aufklärung", sagte Lammert in Richtung der Dresdner Pegida-Demonstranten: "Wer an Aufklärung interessiert ist, muss sich als Christ fragen, ob er Muslimen vorurteilslos und aufgeschlossen gegenübertritt und ihnen einen gleichberechtigten Platz in unserer Gesellschaft ermöglicht." Rhetorisch geschickt schloss der Bundestagspräsident aber direkt daran einen Appell an die Muslime an: "Wem über rhetorische Floskeln hinaus tatsächlich an Aufklärung gelegen ist, muss sich als Muslim mit der Frage auseinandersetzen, warum noch immer im Namen Allahs Menschen verfolgt, drangsaliert und getötet werden."

Einen neuen, in der Debatte bisher nicht gehörten Ton schlug Lammert an, indem er ansprach, dass nicht nur "verirrte Fanatiker" im Namen Allahs Gewalt ausüben, sondern auch ganze Regierungen: "Saudi-Arabien hat das Attentat in Paris [als 'feigen Terrorakt' verurteilt](#), 'der gegen den wahren Islam verstößt', und zwei Tage später den Blogger Raif Badawani in Jeddah öffentlich auspeitschen lassen."

Lammerts Nennung des wahabitischen Königreichs, immerhin ein Hauptverbündeter des Westens in der Region, im Kontext der Attentate gefällt sicherlich nicht jedem im politischen Berlin. Der Bundestagspräsident sprach noch weitere unbequeme Wahrheiten aus: "Die gut gemeinte Erklärung, man dürfe den Islam nicht mit dem Islamismus verwechseln, der religiös begründete Terrorismus habe mit dem Islam nichts zu tun, reicht nicht aus – sie ist auch nicht wahr!"

Das war eine deutliche Kritik an den Islamverbänden, die sich in den Tagen nach dem Attentat auf diese Formel zurückgezogen hatten. Lammert legte nach: "Die Frage, wie die gezielte Demütigung und Vernichtung von Menschen im Namen Gottes überhaupt möglich ist, und die noch wichtigere Frage, wie sichergestellt werden kann, dass so etwas nie wieder geschieht, ist durch Tabuisierung nicht zu beantworten."

Lammert, der nicht vom Rednerpult, sondern stehend hinter seinem erhöhten Platz als Tagungsleiter sprach, kratzte auch an anderen Gewissheiten dieser Woche: "Es ist auch Politikern zumutbar, Künstlern und Journalisten, mit den Freiheitsrechten unserer Verfassung verantwortlich umzugehen und Rücksicht zu nehmen auf das, was anderen buchstäblich heilig ist." Dafür waren die Macher von "Charlie Hebdo" nun gerade nicht bekannt. Lammerts Rede endete nicht mit Applaus, sondern mit seiner Aufforderung an das Parlament, sich schweigend zu erheben.

”

Als Bundeskanzlerin nehme ich die Muslime dagegen in Schutz und das tun wir in diesem Hause alle

“

Angela Merkel (CDU)

Bundeskanzlerin

Für die Kanzlerin, die von der Regierungsbank zugehört hatte, war die Aufgabe mit Lammerts anspruchsvoller Rede nicht leichter geworden, den richtigen Ton zu finden. Sie begann, indem sie noch einmal die Solidarität zum Nachbarland ausdrückte: "Deutschland und Frankreich stehen in dem Bewusstsein zusammen, dass es hier, in Deutschland, keine Sicherheit gibt, wenn es dort, in Frankreich, keine Sicherheit gibt." Die Opfer von Paris stellte sie in eine Reihe von historischen Opfern des Terrors, erinnerte an Konzentrationslager, Gulags, die Ermordung der Politiker Walther Rathenau und Matthias Erzberger in der Weimarer Republik, Martin Luther King und Hanns Martin Schleyer, schließlich an die von Selbstmordattentätern bedrohten israelischen Busse und die Opfer des [Islamischen Staates \(IS\)](#). Zwei der "großen Übel unserer Zeit" gingen Hand in Hand: "Mörderischer Islamismus und Antisemitismus, der Hass auf Juden." Freiheit und Toleranz seien "ihre eigenen Totengräber", wenn sie sich nicht gegen Intoleranz wehrten: "Toleranz bedeutet nicht, dass die Scharia im Zweifelsfall über dem Grundgesetz steht."

SPD öffnet sich beim Thema Vorratsdatenspeicherung

Freilich verbiete sich auch "jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht": "Als Bundeskanzlerin nehme ich die Muslime dagegen in Schutz, und das tun wir in diesem Hause alle", erklärte Merkel unter Beifall aller Fraktionen. Wie Lammert verwies aber auch Merkel darauf, dass der Islam öfter als andere Religionen zur Rechtfertigung von Gewalt und einer Einschränkung der Menschenrechte genutzt werde. "Ich halte eine Klärung dieser Fragen durch die Geistlichkeit des Islams für wichtig. Und ich halte sie für dringlich!", sagte sie.

Anschließend zählte Merkel auf, was ihre Regierung plane, um die Sicherheitslage zu verbessern. In der Aufzählung bekannter Maßnahmen sorgte nur eine für Aufsehen: Die Vorratsdatenspeicherung müsse auf europäischer Ebene beschlossen und anschließend auch in deutsches Recht umgesetzt werden.

Der Fraktionsvorsitzende [der SPD](#), Thomas Oppermann, ging in seiner Rede im weiteren Verlauf der Debatte darauf ein: Über "Mindestspeicherfristen", dieser Euphemismus meint das Gleiche wie Vorratsdatenspeicherung, "sollten wir in der Koalition ruhig reden", meinte er. Da horchten viele in der Union auf. Bisher blockierte ja der sozialdemokratische [Justizminister Heiko Maas](#) die Umsetzung. Zunächst müsse man freilich abwarten, bis die EU-Kommission eine neue Richtlinie erarbeitet habe, vertröstete Oppermann. Da schüttelte Thomas Strobl, der innenpolitische Fachmann der Unionsfraktion in der zweiten Reihe des Parlaments so heftig den Kopf, dass man es auch von der Kuppel des Reichstages aus gesehen hätte. Gleichwohl keimt Hoffnung bei den Sicherheitspolitikern von Union und SPD, die ja beide die Vorratsdatenspeicherung wollen, dass über den Umweg Brüssel die große Koalition tatsächlich die jahrelange Debatte über die nachträgliche Auswertung von Internetverbindungen erfolgreich beenden könnte.

Unterschiede in der Deutung der Terroranschläge von Paris gab es in der Debatte nur einmal. Gregor Gysi, der Fraktionsvorsitzende der Linken, nannte als eine Ursache des internationalen Terrorismus "Regimewechsel", die von "USA und Nato" betrieben würden. Kriege führten aber immer nur zu neuem Terrorismus. An die Abgeordneten gerichtet, rief er aus: "Sie alle wissen, dass Ihre Entscheidung für den Afghanistan-Krieg falsch war, haben aber nicht den Mut, dies einzugestehen." Deutschland dürfe sich nie wieder an Kriegen beteiligen und dabei "wie im Jugoslawien-Krieg auch noch das Völkerrecht über Bord werfen".

An dieser Stelle meldete die Abgeordnete Sylvia Kotting-Uhl von den Grünen eine Kurzintervention an. Doch Gysi unterbrach seine Rede nicht, sodass Kotting-Uhl erst anschließend zu Wort kam. Wie Gysi ist die Grüne eine Kritikerin des Afghanistan-Einsatzes und hat ihm im Parlament nicht zugestimmt. Gerade aus diesem Grund aber verwahrte sie sich gegen den Vorwurf, der Bundestag habe mit der Entsendung von Truppen gegen die Taliban dem Terror Vorschub geleistet. "Der Terror war vor Afghanistan da", rief sie Gysi zu. Der antwortete darauf nicht.

111,77

French Rein In Speech Backing Acts of Terror

By DOREEN CARVAJAL and ALAN COWELLJAN. 15, 2015



The funeral in Montreuil for Bernard Verlhac, a cartoonist who died in the attack on Charlie Hebdo. CreditYoan Valat/European Pressphoto Agency

PARIS — The French authorities are moving aggressively to rein in speech supporting terrorism, employing a new law to mete out tough prison sentences in a crackdown that is stoking a free-speech debate after last week's attacks in Paris.

Those swept up under the new law include a 28-year-old man of French-Tunisian background who was sentenced to six months in prison after he was found guilty of shouting support for the attackers as he passed a police station in Bourgoin-Jalieu on Sunday. A 34-year-old man who on Saturday hit a car while drunk, injured the other driver and subsequently praised the acts of the gunmen when the police detained him was sentenced Monday to four years in prison.

The arrests have raised questions about a double standard for free speech here, with one set of rules for the cartoonists who freely skewered religions of all kinds, even when Muslims, Catholics and others objected, and yet were defended for their right to do so, and another set for the statements by Muslim supporters of the gunmen, which have led to their prosecution.

But French law does prohibit speech that might invoke or support violence. And prosecutors, who on Wednesday were urged by the Ministry of Justice to fight and prosecute "words or acts of hatred" with "utmost vigor," are relying particularly on new tools under a law adopted in November to battle the threat of jihadism. The law includes prison sentences up to seven years for backing terrorism.

Some of those who were cited under the new law have already been sentenced, with the criminal justice system greatly accelerated, moving from accusations to trial and imprisonment in as little as three days.

Prosecutors seized on the law in the days after the terrorist attacks in Paris, which left 17 people dead — 12 at the offices of Charlie Hebdo, a weekly newspaper that was targeted in retaliation for publishing cartoons of the Prophet Muhammad. A notice from the Ministry of Justice on Jan. 12 directed prosecutors to react firmly.

The accused did not have to threaten actual violence to run afoul of the law. According to Mr. Cabut, who brought the case in Bourgoin-Jalieu, the man shouted, "They killed Charlie and I had a good laugh. In the past they killed Bin Laden, Saddam Hussein, Mohammed Merah and many brothers. If I didn't have a father or mother, I would train in Syria."

The most prominent case now pending in the French courts is that of Dieudonné M'bala M'bala, a provocative humorist who has been a longtime symbol in France of the battle between free speech and public safety. With nearly 40 previous arrests on suspicion of violating antihate laws, for statements usually directed at Jews, he was again arrested on Wednesday, this time for condoning terrorism.

He faces trial in early February in connection with a Facebook message he posted, declaring, "Tonight, as far as I'm concerned, I feel like Charlie Coulibaly." It was a reference to the popular slogan of solidarity for the murdered Charlie Hebdo cartoonists — "Je suis Charlie" — and one of the attackers, Amedy Coulibaly, who killed a policewoman and later four people in a kosher supermarket last Friday.

Prosecutors and other lawyers say the difference is laid out in French law, which unlike United States laws, limits what can be said or done in specific categories. Because of its [World War II](#) history, for example, France has speech laws that specifically address anti-Semitism and Holocaust denial. In the case of the Charlie Hebdo cartoonists, prosecutors said, the targets were ideas and concepts, and though deemed extreme by some, the satire was meted out broadly.

"A lot of people say that it's unjust to support Charlie Hebdo and then allow Dieudonné to be censored," said Mathieu Davy, a lawyer who specializes in media rights. "But there are clear limits in our legal system. I have the right to criticize an idea, a concept or a religion. I have the right to criticize the powers in my country. But I don't have the right to attack people and to incite hate."

President [François Hollande](#) of France and Chancellor [Angela Merkel](#) of [Germany](#) on Thursday both sought to quash any backlash against Muslims in the wake of the Islamic militants' attacks. As they have also done in recent days, they raised the issue of anti-Semitism.

"We must be clear between ourselves, lucid," Mr. Hollande told an audience at the Institute of the Arab World in Paris. He said that inequalities and conflicts that had persisted for years had fueled radical Islam.

"The Muslims are the first victims of fanaticism, extremism and intolerance," he said.

“French Muslims have the same rights, the same duties as all citizens,” Mr. Hollande said.

Pope Francis joined the debate while traveling to the Philippines from Sri Lanka, saying that while he defended freedom of expression, there were also limits.

“You cannot provoke,” he said. “You cannot insult the faith of others. You cannot make fun of the faith of others.”

Mr. Cabut said only a few cases had been heard under the recent antiterrorism law, until prosecutors began using it liberally in the past week. Its provisions target hate speech and are designed to deal more severely with comments posted on the Internet. If the offense is spoken, the law allows a sentence of five years and a fine of almost \$90,000. If it is on the Internet, it allows sentencing up to seven years and a fine of nearly \$120,000.

“I think there is an atmosphere of emotion where people are still in a state of shock,” Mr. Cabut said. “So it’s necessary for prosecutors to act firmly.”

He said that there were limits to how far prosecutors would follow the law. For instance, he said, no one would be prosecuted for refusing to stand during a moment of silence, which has occurred in his region.

But that has already been put to the test with a new case on Thursday involving a parking attendant in Paris who was suspended by the police prefecture for refusing to observe a silent tribute to the victims.

Catherine Perbet, a lawyer who has defended people accused of condoning violence, said the law was being used harshly now because of the political and social climate. She represented the man in Bourgoin-Jalieu and said his prosecution and sentence “is not shocking given the circumstances.”

Agnès Tricoire, a lawyer who specializes in media rights and freedom of expression, said that the power of the law was disturbing and that no one had anticipated how quickly it could be employed. “It’s much simpler now for the prosecutor to sue people who said or wrote something,” she said. “What does it mean to make an apology for terrorism? Is it a simple sentence? Do you have to have an argument? Is it something that has to be taken seriously?”

“This,” she added, “is not good for human rights.”

Except for one of the heroes in the attacks, as the authorities sped up the immigration process for Lassana Bathily, a Muslim from Mali, who hid customers during the attack on the kosher market and then helped the hostages and the police. The authorities said he had been made a French citizen.

111,79 Paris Attacks Stir European Political Waters

Anti-immigrant Parties Stand to Gain Ground Amid Fears By **MATTHEW KARNITSCHNIG** ANTON TROIANOVSKI and **JENNY GROSS**

Europe's fragile political equilibrium was shaken by the attacks perpetrated this month by France's homegrown Islamic terrorists, which exposed a gaping divide between the Continent's native populations and immigrant communities.

Europe's establishment politicians, after years of playing down concerns about the growing influence of Islam in their communities, are rushing to reassure constituents worried about further violence. And anti-immigrant parties, which stand to gain ground, face the dilemma of how to capitalize on public fears without appearing insensitive to the victims.

Even before the Paris attacks, rising public disquiet over what many Europeans regard as the establishment's failure to integrate Muslims was fueling anti-immigrant movements across the region.

"Our political class has failed," says Joerg Forbrig, a political scientist at the German Marshall Fund of the United States in Berlin. The ascendancies of the anti-immigrant parties, he predicts, likely will push the political center to the right, further isolating Europe's Muslim communities.

Such concerns aren't new. Europe's chronic economic malaise and resentment over the growing influence of the Brussels-based European Union have fueled a surge of support for antiestablishment parties. But the brutal attacks in Paris and the slaying of a British soldier in 2013 in London have brought the discussion of immigration, religious tolerance and national identity to a boil.

Anti-immigrant parties such as France's far-right National Front, led by Marine Le Pen, are trying to frame the debate as a choice between their nationalist agendas and the multicultural worldview long espoused by much of Europe's political mainstream -- and they appear to be gaining traction.

In France, the Netherlands and Austria, nationalist, anti-immigrant parties have led recent national polls. Last May, the parties posted their best result yet in elections for the European Parliament. The attacks lend new weight to the anti-immigrant parties' warnings about what they see as the creeping Islamization of Europe. Few polls have been published since the attacks gauging their impact across Europe's political landscape.

The shift in the public mood also might push mainstream parties to embrace more restrictive policies on integration, immigration and asylum. In the wake of the attacks, governments across Europe have endorsed tougher security and surveillance -- policies a number of them previously had resisted.

Many Western European countries, including Germany, the Netherlands and Sweden, have traditionally endorsed a multicultural approach to immigration, placing few demands on new arrivals to integrate by learning the language and customs of their new country. Some nations also have placed high hurdles for citizenship, branding many residents as permanent foreigners.

With thousands of Europe-bred Muslims now leaving to take up arms for Islamic State and other jihadist groups, there is growing recognition that the strategy has fallen short.

"The scales will tilt away from multiculturalism in favor of assimilation," says Josef Joffe, a German commentator and co-publisher of weekly Die Zeit.

Unlike in the U.S. or Canada, ethnicity and national identity remain closely intertwined in Europe. Melding Europe's Muslim communities, which often are extremely devout, into Europe's pluralistic, secular society is particularly tricky.

France has long touted a secular model of integration. Proponents of the French model argued that integration unites citizens around the universal values of the republic.

"For a long time France has been a little blind, convinced its integration model was superior," says Sylvain Crepon, a researcher on radical political parties, religion and nationalism at Universite Francois-Rabelais. "Now it has no choice but to review it."

France's National Front party has long fed off unease about immigration and security.

"Let's not lie to ourselves: The profile of the people that carried out the attacks can reassure the thinking of people who are tempted by the National Front," says Yves-Marie Cann, head of opinion polling at survey company CSA.

Since the attacks, the party has sought to fuse concerns over terrorism and security with its traditional hobbyhorses: border security, austerity and Brussels.

Ms. Le Pen, who took over party leadership from her father in 2011, has seen the National Front grow in popularity. Opinion polls last fall showed Ms. Le Pen in a position to get into the second round of a presidential election and even become president if she were to face current President Francois Hollande of the Socialist Party in a runoff. Those polls came after the National Front took the largest share of the vote in European elections, outpolling the Socialist Party and the center-right UMP.

Although it has little grasp on power, the National Front has at times forced mainstream parties to take positions on subjects with which they are traditionally uncomfortable.

Center-right leader and former President Nicolas Sarkozy said in a radio interview last week that France needed to do more to integrate its immigrants. He denied an explicit link between immigration and terrorism, but said immigration has made things more "complicated."

"The tensions at the heart of French society are so great that we are all on the razor's edge," he said.

In Germany, where the nation's Nazi history makes the foreigner issue especially sensitive, similar tensions have been on display. The Paris attacks touched off a frantic week of political gamesmanship.

German populists careened between calling for tolerance of Muslims and criticizing the place of Islam in Germany. Mainstream politicians including Chancellor Angela Merkel struggled to come up with a response. They appeared torn between calming Germans increasingly worried about a loss of cultural identity and Islamist radicalism, and trying to tamp down anti-Islam sentiment.

Several of Germany's largest cities witnessed dueling demonstrations. A group that calls itself Pegida, a German acronym for Patriotic Europeans Against the Islamization of the West, staged a rally in Dresden that drew more than 25,000. Counter-demonstrations, some even larger, were held in other cities.

Some German Muslims feared that right-wing groups were using the tragedy to stoke anti-Muslim sentiment. "There is a real, dangerous situation," says Bekir Alboga, secretary of the Turkish-Islamic Union for Religious Affairs, a German Muslim group. "Anti-Islam forces are using the existing fears and prejudices in society to spread even more fear and more dread."

Ms. Merkel responded by rejecting Pegida and embracing Germany's Muslim communities. The German leader, daughter of a Lutheran pastor, went so far as to declare Islam "a part of Germany" -- a characterization that some in her center-right party dismiss. She also appeared, together with most of Germany's political leadership, at an evening vigil for victims of the Paris attacks organized by Islamic community elders.

At the same time, she acknowledged German unease about how Islam fits into its Christian tradition. In a newspaper interview released Thursday, Ms. Merkel called on German Christians to "speak more often and more confidently about their Christian values."

In Parliament on Thursday, she warned her countrymen not to succumb to xenophobia, while also expressing sympathy for their concerns. Referring to the Pegida demonstrators, she said: "They ask how they can trust the notion that murderers who claim to act in the name of Islam have nothing to do with Islam. I want to emphasize that these are valid questions. . . This issue can't be evaded any longer."

Some say Ms. Merkel risks losing support on her party's right flank if she doesn't do more to address rising fears about Islamic terrorism.

Most Germans -- 56% -- agree with Ms. Merkel that Islam belongs in Germany, a Forsa poll released on Thursday found. But the survey, conducted after the Paris attacks for the newspaper Handelsblatt, also found that just 22% of Germans believed Muslims in the country were doing enough to integrate into society.

Germany's main antiestablishment party, the Alternative for Germany, or AfD, is divided on how to respond. Just hours after the shootings, the AfD distributed a missive bashing politicians who had criticized Pegida's anti-Islam protests. "The old-line parties should think very hard as to whether or not they will continue to defame the people of Pegida," said the AfD statement, signed by Deputy Chairman Alexander Gauland.

The next day, party Co-chairman Bernd Lucke put out a statement of his own: "One may not blame a violent act by two extremists on an entire religious community, which mostly consists of peace-loving, respectable people."

Questioning the place of Islam in Germany also means questioning the country's open door for immigrants. Ms. Merkel has said frequently that immigrants are crucial for Germany's economic future as the society ages. Germany has one of the lowest birthrates in Europe.

But Konrad Adam, the AfD co-chairman who represents the party's more conservative wing, says: "We must ask whether we are simply importing labor forces, or whether we are also importing convictions, mentalities, and attitudes. People don't just have hands and feet. They also have heads."

Elsewhere in Europe, political parties have been less reticent about invoking the Paris attacks.

In the U.K., the attacks have renewed a long-running debate about multiculturalism. Some have expressed concern about what they say is an erosion of traditional British values and identity and a failure of the authorities to curtail radical Islamic sentiment.

Nigel Farage, leader of the U.K. Independence Party, a small but growing populist party that has embraced a tough-on-immigration message, has sought to use the attacks to further his political message.

"We must embrace the vast majority of Muslims that are horrified," Mr. Farage said in the European Parliament last Monday. He also said: "We'll have to be a lot braver and a lot more courageous in standing up for our Judeo-Christian culture."

Prime Minister David Cameron's ruling Conservative Party also has taken a tough line. After the attacks, party member and culture minister Sajid Javid, who is of Muslim descent, said that Muslim communities faced an added responsibility in helping track down Muslim extremists.

"All communities can do more to try and help deal with terrorists, try and help track them down," he said in an interview with Sky News earlier this month. "But I think it is absolutely fair to say that there is a special burden on Muslim communities because, whether we like it or not, these terrorists call themselves Muslims." The prime minister's spokesman later said that Mr. Cameron agreed with Mr. Javid's comments.

In Southern Europe, where Muslim populations are smaller, anti-immigrant forces also are on the march.

In Italy, a recent poll found that more than one-third of Italians now would vote for far-right politician Matteo Salvini's Northern League, an anti-EU, anti-immigration party. Mr. Salvini, who advocates Italy's exit from the eurozone, has become the nation's loudest critic of Islamic "fundamentalists," who he says want to occupy the West.

"An attempted military and cultural occupation is under way on the part of a domineering, well-organized community, which can easily slice through the mass of butter that is the West," Mr. Salvini said the day after the Paris attacks. "Responding with tolerance and benevolence is tantamount to suicide."

Italy has faced a wave of asylum seekers from Syria and Africa. More than 170,000 migrants reached Italy in 2014, three times the number in 2012 and 2013 combined.

The overall number of foreigners in Italy has surged to more than four million, from 991,000 in 2001. Only about 2.5% of Italy's population is Muslim.

About 60% of Italians view Islam as a dangerous religion, according to a poll this month by SWG, compared with 36% in 2003.

Mr. Salvini's rise has been compared with that of France's Ms. Le Pen and the U.K.'s Mr. Farage. If he manages to build on his popularity, three of Europe's four largest countries will have sizable anti-immigrant parties, Germany being the exception.

"This is an important moment for the right-wing parties because their reactions now could determine their future," says Mr. Forbrig of the German Marshall Fund.


Will Horobin in Paris and Giada Zampano and Liam Moloney in Rome contributed to this article.

Meine zerrissene Mohammed-Karikatur

Ein Redakteur der Frankfurter Neuen Presse wird in der Straßenbahn attackiert, weil er die F.A.Z. liest. Auf dem Titelblatt war die Mohammed-Karikatur von Charlie Hebdo zu sehen.

Ein Erlebnisbericht.
16.01.2015



© F.A.Z.  Die Ausgabe der F.A.Z. vom Donnerstag

Ich hatte gerade einen Kommentar geschrieben. Der Tenor: Integrationswillige Muslime gehören zu Deutschland, nicht aber der Islamismus. Dann machte ich Feierabend und setzte mich mit der druckfrischen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ), die in unserem Verlagshaus schon abends vorliegt, in die Straßenbahn der Linie 21.

Ich war froh, einen freien Doppelsitz gefunden zu haben und schlug die Zeitung auf. Sekundenbruchteile später stürzte jemand von hinten auf mich zu und versuchte, mir die Zeitung aus der Hand zu reißen. Ich hielt fest, aber das Titelblatt war zerfetzt.

Das war das, was der Angreifer offenkundig wollte: Auf dem Titel der gestrigen FAZ ist eine Französin mit der neuen „Charlie-Hebdo“-Ausgabe zu sehen. Der Mann (um die 30, Bart, weiße Kappe), rief mit lauter hektischer Stimme: „Solche Bilder sind eine Beleidigung des Propheten.“ Das dürfe man nicht zeigen.

Als ich merkte, dass er zwar erregt war, aber mir anscheinend keine Messerattacke drohte, gelang es mir sogar, ihn, wie ja immer empfohlen, in einen – wenn auch hitzigen – Dialog zu verwickeln. Schnell stellte sich heraus, dass er a) gut deutsch sprach und b) offenbar ein geschulter Prediger war.

Ich sagte, dass ich mir ungern in einer Demokratie das Zeitunglesen verbieten ließe und das gezeigte Bild keine Provokation, sondern eher Dokumentation sei und bei uns übrigens Meinungsfreiheit herrsche. Er entgegnete, Meinungsfreiheit decke keine Beleidigung, das widerspreche auch dem Grundgesetz – was ich bezweifelte. Zumindest sei das alles komplizierter, als er denke, weil Satire schon einiges dürfe.

Dann sagte er, aber unsere Demokratie sei sowieso verlogen und nichts wert. Ich daraufhin, politisch etwas unkorrekt, warum er dann das Land nicht verlasse und nach Marokko gehe (er hatte kurz zuvor mal fallen lassen, er sei aus Marokko). Er daraufhin: „Da war ich noch nie.“

Mir wurde klar, wie viele der hier geborenen Muslime gar keine echte Heimat haben. Vielleicht träumen sie deshalb vom Kalifat.

Die Debatte ging weiter. „Würden Sie auch akzeptieren, wenn jemand Ihre Mutter beleidigt?“ Das musste kommen, dachte ich und sagte ihm, erstens sei meine Mutter gestorben, zweitens könne eine Beleidigung von irgendjemanden ihr sowieso nichts anhaben. Und außerdem müsse das Christentum in islamischen Ländern auch viele Beleidigungen aushalten.

Für mich seien alle Religionen gleich viel wert, es gebe aus meiner Sicht keine absolute Wahrheit. Darauf fragte er mich nach der Weihnachtsgeschichte, um anzumerken, dass in der Bibel vieles nicht stimme.

Ich hielt dagegen, jeder Buchstabe und jedes Detail stimme sicher bei der Mohammed-Geschichte auch nicht, was ihn erneut wütend machte. Am Bahnhof musste er aussteigen und sagte noch: „Passen Sie auf, dass Ihnen nicht das Gleiche wie in Paris passiert.“

Keine Reaktion von anderen Fahrgästen

Das Ganze hatte kaum länger als fünf Minuten gedauert. Ich dachte danach, dass ein junger entwurzelter Muslim für einen solch offenkundig geschulten Hassprediger sicher leichte Beute wäre. Von den anderen Fahrgästen in der Bahn, übrigens ausschließlich Menschen mit Migrationshintergrund, gab es keinerlei Reaktion.

Ein Kollege hat mich gefragt: „Hattest du Angst?“ Ich muss gestehen: Die Begegnung empfand ich sehr wohl als bedrohlich – sicher auch unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse in Paris. Darf das sein, dass man in diesem Land angegriffen wird, weil man in der Straßenbahn eine Zeitung liest?, frage ich mich. Hätten die übrigen Fahrgäste mir geholfen, wenn ich auch körperlich attackiert worden wäre?

Ein muslimischer Bürgermeister als Held der Woche

Islamisten sollten einfach "abhauen", wenn es ihnen hier nicht gefällt. Das hat der muslimische Bürgermeister von Rotterdam, Ahmed Aboutaleb, gefordert. Er erntet viel Zuspruch. Doch andere warnen.

Von [Sarah Maria Brech](#) Redakteurin



Foto: picture alliance / dpa Ahmed Aboutaleb ist seit 2009 Bürgermeister von Rotterdam

Der Bürgermeister von [Rotterdam](#), Ahmed Aboutaleb, hat für seinen [wütenden Aufruf an Islamisten, einfach "abzuhauen"](#), viel Zustimmung bekommen. Die Zeitung "[Metro](#)" [berichtet](#), er habe nach dem [Interview in der TV-Sendung "Nieuwsuur"](#) zwar den Ton seines iPads abgestellt. "Doch die Unterstützungsbekundungen rissen nicht ab." Es habe allerdings auch eine negative Reaktion gegeben: Jemand habe den Muslim Aboutaleb gewarnt, dass er jetzt seinen Platz im Paradies verloren habe. Aboutaleb hatte nach dem Anschlag auf die Redaktion von "Charlie Hebdo" in Paris in Richtung Islamisten gesagt: "Wenn ihr die Freiheit nicht wollt, packt um Himmels willen eure Koffer und geht. ... Verschwindet, wenn ihr in den Niederlanden mit der Art, wie wir unsere Gesellschaft leben wollen, euren Platz nicht finden könnt." Er beendete seinen Aufruf mit den Worten: "Wenn es euch hier nicht gefällt, wenn euch Karikaturisten nicht passen, die eine Zeitung machen, dann lasst es mich so sagen: Haut doch ab!"

"Der Mann spricht direkt zu unserem Herzen"

Sein Aufruf machte erst die Runde in den niederländischen Medien und Netzwerken, dann im Ausland. Der Vorsitzende der konservativen Partei CDA, Sybrand van Haersma Buma, fand Aboutalebs Rede laut "Metro" "beeindruckend". In einer [Umfrage des "Telegraaf"](#) sagten mehr als 90 Prozent der Befragten, sie bewunderten Aboutalebs Worte. Mehr als die Hälfte meinten sogar, der Bürgermeister solle in Zukunft eine prominentere politische Funktion auf dem Gebiet Integration einnehmen. Dass genau das passieren wird, sah Kommunikationsberater Ton Planken [in der Zeitung "Trouw"](#) voraus: Wir haben den neuen Anführer der PvdA (der sozialdemokratischen Partei, d. Red.) gesehen, schrieb er. "Der Mann spricht direkt zu unserem Gefühl, unserem Herzen, unserem Bauch, unseren angespannten Nerven ..." Der Politikchef der Zeitung "NRC Handelsblad", René Moerland, ernannte Aboutaleb gar zum "Mann der Woche" und nannte sein Interview den "Ich bin ein Berliner"-Moment" des Bürgermeisters.

Und Londons Bürgermeister Boris Johnson nannte den niederländischen Kollegen in seiner Kolumne für den "Telegraph" "meinen Helden": "Das ist die Stimme der Vernunft, die Stimme Voltaires." Medien in den Nachbarländern Belgien und Deutschland, aber auch in Großbritannien und selbst in China berichteten.

"Nicht gut, wenn Radikalisierte abhauen"

Doch es gab auch Kritik. Die Schriftstellerin Hassnae Bouazza etwa nannte Aboutaleb [in der Zeitung "De Volkskrant"](#) einen "unglaublich platten Populisten", der sich profilieren wolle. "Er sagt de facto, dass Muslime mitschuldig sind an Terrorismus, wenn sie sich nicht öffentlich davon distanzieren. Dabei sind nur die Täter schuld, sonst niemand." Bouazza nannte das Beispiel ihrer Mutter: Diese verabscheue diese Anschläge, sei aber, genau wie die Eltern Aboutalebs und viele andere Muslime, eher introvertiert und gehe nicht auf die Straße, um zu protestieren. "Es ist nie genug", sagte sie, "jedes Mal gibt es wieder ein neues Stöckchen, über das Muslime springen müssen. Ich mache doch auch nicht alle Norweger verantwortlich für die Taten von Anders Breivik? ... Weil Muslime anders sind, also irgendwie unheimlich, wird Gewalt im Zeichen des Islam als schrecklicher betrachtet. Dabei ist jedes Leben gleich viel wert." Terrorisimusforscherin Beatrice de Graaf schrieb [in der Zeitung "AD"](#), als Mensch finde sie die Aussagen Aboutalebs mutig. "Aber als Wissenschaftlerin sehr schwierig. Es ist eigentlich nicht gut, wenn radikalisierte Muslime 'abhauen', denn wir wissen: Sie kommen vielleicht mit grässlichen Plänen zurück." Die beste Taktik sei, dafür zu sorgen, dass die Umgebung, also Freunde und Familie, nicht von solchem Gedankengut beeinflusst werde. Das könnte eine Aufgabe für einen Bürgermeister sein, riet sie Aboutaleb. Geschichtswissenschaftler Henri Beunders sekundierte in derselben Zeitung: Die Aussagen seien unvernünftig, sogar undemokratisch. Wer antiislamische Karikaturen nicht lustig finde, brauche keineswegs "abzuhauen". "In einer Demokratie ist auch für sie Platz. Die einzige Grenze ist die Anwendung von Gewalt." Politikwissenschaftler Rinus van Schendelen wiederum brachte, ebenfalls in "AD", einen neuen Aspekt in die Debatte ein. Aboutalebs Rede sei keineswegs vor allem an Extremisten, sondern zuvorderst an gemäßigte Muslime gerichtet, sagte er. "Jemand muss aufstehen, der sie vertritt. Der deutlich macht, dass nicht alle Muslime über einen Kamm geschoren werden können. Das ist in diesem Fall Aboutaleb. Er kann das besser als andere, denn er ist selbst Muslim und aufrichtig wütend, dass sein Glaube in Miskredit gebracht wird."

Mit 15 Jahren in die Niederlande gekommen

Es ist nicht das erste Mal, dass Aboutaleb mit deutlichen Worten gegen Islamismus auffällt. Schon im November 2011 hatte er in einem [Interview mit "AD"](#) gesagt, dass er nicht verstehe, wie jemand die Freiheit des niederländischen Grundgesetzes nicht wertschätzen könne. Viele wollten offenbar in einem Land leben, in dem Gottes Wort Gesetz sei und in dem alles, was nicht in ihre Interpretation des Korans passe, fehle. "Die Menschen, die so denken, halten wir nicht auf. Ich will sie auch nicht aufhalten", sagte er damals. "Wenn jemand diese Gesellschaft verdorben findet, soll er gehen. Aber dann gibt es auch keinen Weg zurück. Dann müsst ihr euren Pass abgeben und das Risiko eingehen, dass ihr von Bomben getroffen werdet."

Der marokkanischstämmige Aboutaleb ist 53 Jahre alt und seit 2009 Bürgermeister von Rotterdam, Ende 2014 wurde er für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt. Erst mit 15 Jahren war er mit seiner Familie in die Niederlande gekommen, lernte aber schnell die Sprache und machte eine glänzende Karriere: Erst arbeitete er als Journalist für verschiedene Medien, wurde dann Pressesprecher des Gesundheitsministeriums. Kurz darauf trat er in die sozialdemokratische Partei van de Arbeid (PvdA) ein. Ab 2007 arbeitete er als Staatssekretär im Arbeitsministerium. Aboutaleb ist praktizierender Muslim und hat nach wie vor zwei Pässe: den marokkanischen und den niederländischen.

111,84

Pour 40 % des Français, les musulmans sont "une menace" pour l'identité du pays

Le Point - Publié le 16/01/2015 à 13:57

66 % d'entre eux, selon un sondage Ifop, pensent cependant qu'il ne faut pas faire d'amalgame entre les islamistes radicaux et la majorité des croyants.



25 % des Français

voient la présence de la communauté musulmane comme un facteur d'enrichissement culturel. © FREDRIK VON ERICHSEN/dpa

SOURCE AFP

Pour 40 % des Français, "la présence d'une communauté musulmane en France est plutôt une menace pour l'identité de notre pays", tandis que, pour 25 %, c'est "plutôt un facteur d'enrichissement culturel", selon un sondage Ifop pour le site Atlantico.fr réalisé après l'attentat contre *Charlie Hebdo*. Elle n'est "ni l'un ni l'autre" pour 35 % des Français, ajoute ce sondage rendu public vendredi. Parmi les Français pensant que c'est "plutôt une menace", ils sont 86 % des sympathisants du FN à l'affirmer, 18 % chez les sympathisants PS, 49 % chez les sympathisants UMP et 32 % chez les sympathisants Front de gauche, selon cette enquête. Dans les 25 % pensant que c'est "un facteur d'enrichissement culturel", ils sont 41 % à l'affirmer chez les sympathisants du Front de gauche, 48 % chez les sympathisants du PS, 14 % chez les sympathisants de l'UMP et 1 % chez les sympathisants du FN.

Par ailleurs, toujours selon cette étude, 66 % des Français pensent qu'il ne faut "pas faire d'amalgame, les musulmans vivent paisiblement en France et seuls des islamistes radicaux représentent une menace", alors que 29 % pensent que "l'islam représente une menace". 5 % ne se prononcent pas. 93 % des sondés jugent que la menace terroriste est élevée, contre 80 % au 1er janvier après les événements de Dijon - chauffard fonçant sur la foule - et Joué-lès-Tours - un homme tué après avoir poignardé des policiers -, et 74 % en septembre.

À la question "Estimez-vous que la menace d'actes terroristes en France commis par des djihadistes isolés vivant sur notre territoire (comme lors de l'affaire Merah à Toulouse ou de l'attaque des locaux du journal *Charlie Hebdo*) est très élevée ?", 95 % répondent "élevée", contre 76 % en juin après l'attaque contre le Musée juif de Bruxelles. 69 % des personnes interrogées se disent "favorables" à la participation militaire de la France à l'intervention internationale en Irak contre les djihadistes de l'État islamique.

Sondage réalisé auprès d'un échantillon de 1 001 personnes représentatif de la population française âgées de 18 ans et plus, selon la méthode des quotas, par questionnaire en ligne du 9 au 12 janvier, soit à partir du jour de la prise d'otages d'Amedy Coulibaly qui a coûté la vie à quatre juifs porte de Vincennes à Paris, puis pendant les manifestations républicaines du 11 janvier en France.

111,85

Duke Backpedals On Allowing Muslim Call To Prayer In Bell Tower

JANUARY 16, 2015 4:26 PM ET

Copyright ©2015 NPR. For personal, noncommercial use only. See Terms of Use. For other uses, prior permission required.

MELISSA BLOCK, HOST:

At Duke University today, students gathered on the lawn outside the campus chapel to listen to the Muslim call to prayer, but that prayer did not come from the chapel bell tower. Earlier this week, the university said Muslim students could use the bell tower, but then backtracked after getting threats. Reema Khrais, of member station WUNC, reports.

(SOUNDBITE OF PRAYER)

UNIDENTIFIED MAN: (Singing in foreign language).

REEMA KHRAIS, BYLINE: Hundreds of people stood on Duke University's campus today in the shadow of a 210-foot gothic chapel. That voice is coming from a wireless speaker in front of the chapel. Had things gone differently, the chant would have come from the top of the bell tower, not the bottom. Imam Adeel Zeb is Duke's Muslim chaplain.

IMAM ADEEL ZEB: I would be more happy if it happened the original way. I think many in the Muslim community would be more happy about that. At the same time, from my theological point of view, things happen according to what God wants to happen.

KHRAIS: Duke reversed course yesterday. Initially, the private university said Muslim students could give a three-minute prayer from the chapel bell tower every Friday. But then came the threats, says Duke spokesman Mike Schoenfeld.

MIKE SHOENFELD: They were serious. They were credible, and there's something that is very important for the university to recognize.

KHRAIS: There are more than 700 people on Duke's campus who identify as Muslim. Duke had one of the first university imams in the country. Schoenfeld says this weekly event was supposed to be about unity.

SHOENFELD: Both the number and the tone of the call - just sort of random, over the transom calls that were coming in were pretty loud and pretty nasty.

KHRAIS: One of the loudest was from evangelist Franklin Graham. He's the son of Reverend Billy Graham. Here he is on WSOC TV in Charlotte.

(SOUNDBITE OF ARCHIVED RECORDING)

FRANKLIN GRAHAM: We as Christians are being marginalized and Islam, which is not a religion of peace - there's nothing peaceful about Islam at all, just look at the Middle East.

KHRAIS: On Facebook and on TV interviews, Graham urged donors not to support Duke. The university says it didn't bow to that pressure, but some students think otherwise. Back in front of the chapel, hundreds of people stood by the Muslims, including Indhira Udofia. She's a master's student at Duke's Divinity School and a Christian.

INDHIRA UDOFIA: Even if I may not understand the fullness of the Islam faith, it does not mean that I'm not called to be hospitable and be open and welcome those type of experiences here.

KHRAIS: Ahmad Jitaan is a Duke alum and a former president of the Muslim Student Association.

AHMAD JITAAN: I hope that Muslim students on campus are able to stand up for themselves and show that we can be visible on this camp. We can feel safe on this campus, and also to tie that struggle with all the other struggles going on in the United States right now for other marginalized communities.


KHRAIS: On campus, people are worried about Duke's handling of the situation and what it means to religious freedom at universities across the country. For NPR News, I'm Reema Khrais in Durham, North Carolina.

„Deutschstämmige Kinder in der absoluten Minderheit“

Die CDU-Politikerin Erika Steinbach äußert Verständnis für die Pegida-Demonstrationen: Deutsche Kinder würden einen „türkischen Akzent“ und „weltanschauliche Ansichten“ der Zuwanderer übernehmen.

17.01.2015



© DPA  CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach

Die frühere Präsidentin des Vertriebenenbundes, **Erika Steinbach**, hat Verständnis für die islamkritischen Pegida-Demonstrationen geäußert. Es gebe in Deutschland Regionen, wo deutschstämmige Kinder in Fußballvereinen „zahlenmäßig in der absoluten Minderheit gegenüber Kindern mit Migrationshintergrund sind“, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete der in Chemnitz erscheinenden „Freien Presse“ vom Samstag.

In der Folge übernehmen die deutschen Kinder „neben dem 'türkischen' Akzent ihrer Sportkameraden auch deren weltanschauliche Ansichten“. Dass die deutschen Eltern „Sorge haben, wie sich das alles weiterentwickeln könnte, kann ich verstehen“, betonte Steinbach. Insofern könne sie auch nachvollziehen, „dass die Menschen in Sachsen ihr Sachsen behalten wollen“.

Den **Aufrufen der Pegida-Organisatoren** folgen bundesweit nur in der **sächsischen Landeshauptstadt Dresden** Woche für Woche Tausende Menschen. Sachsen zählt allerdings zu den Bundesländern mit dem geringsten Anteil an ausländischen Mitbürgern.

Die islamische Bergpredigt steht in Sure 5,28

Der muslimische Gelehrte Navid Kermani glaubt an Gott und den FC und erleuchtet Köln mit seiner Koran-Exegese: Er tritt als politischer Redner, Philologe und Islamwissenschaftler vor die Menschen.

16.01.2015, von ANDREAS ROSSMANN



© DPA  Navid Kermani bei einer Kundgebung der Initiative „Köln stellt sich quer“ - gegen eine Demonstration der Anti-Islam-Bewegung „KöGida“

Eine Trikolore ist auch gehisst, Blau-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gelb in trauter Zweisamkeit nebeneinander. Überhaupt zeigt sich die Stadtgesellschaft an diesem kalten Winterabend international und polyglott: „Wir sind Charlie: Für Freiheit und Vielfalt“ ist auf der Trauerkundgebung für die Pariser Anschläge, zu der das Bündnis „Köln stellt sich quer“ auf den Appellhofplatz gerufen hat, das häufigste Plakat, doch auch die Karikatur des Propheten mit „Tout est pardonné“ auf dem Titel von Charlie Hebdo, „Notinmyname“, „No Pegida / No Isis“, „Liberté, Egalité, Fraternité“ und der Regenbogen mit „Pace“ werden in die Höhe gereckt, plebejischer Witz reimt „NieWieDa / KöGiDa“, und die CDU bekundet Sprachkenntnisse: „Nous sommes tous Charlie.“



Autor: Andreas Rossmann, Jahrgang 1952, Feuilletonkorrespondent in Köln. Folgen:.

Gedanken und Gefühle gehen ins Nachbarland, lange war Frankreich nicht mehr so nah. Die Trikolore ist auch eine optische Vorlage für den Schriftsteller Navid Kermani, dessen fast halbstündige Rede am Ort des Anschlags ansetzt, „unweit der Bastille, wo die Bürger 1789 auf die Barrikaden gingen, damit nicht mehr ein einzelner Despot, sondern Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit herrschen“. Es sei, heißt es, das erste Mal, dass Kermani auf einer politischen Kundgebung spreche, für die in der Mitte der Straße ein „Media Trailer für blitzschnelle Darstellung in Bild + Ton“ aufgestellt wurde. Der öffentliche Raum fordert eine andere Klarheit, Verständlichkeit, auch Appellstruktur als Hörsaal, Kanzel oder der Bundestag, wo Kermani am 23. Mai 2014 zum fünfundsechzigsten Jahrestag des Grundgesetzes sprach. Der Stadtplatz, auf dem der Souverän sich ohne Anmeldung einfindet, ist sozusagen das höhere Haus.

Das Gemeinsame über das Trennende – „über alle Grenzen der Konfession, Nation und Ethnie hinweg“ – zu stellen ist der mehrfach variierte Grundakkord von Kermanis Rede, der, geboren und aufgewachsen im calvinistischen Siegen, als bekennender Kölner und bekennender Muslim, ein feines Gespür für die Stimmungen und Sentiments in der Stadt hat und sie auch zu bedienen weiß. „Egal, welcher Religion, Partei, Gewerkschaft ihr auch angehört, welche Herkunft ihr habt, welche Hautfarbe, welches Geschlecht“, spricht er die Versammlung in einer längeren Accumulatio von Antithesen an, „ob ihr arm seid oder reich, ob ihr in Marienburg wohnt oder in Mülheim, ob ihr in die Oper oder lieber ins Millowitsch geht, ob ihr an Gott glaubt oder an den FC oder, wie ich, an Gott und den FC – ich sehe euch alle gemeinsam und entschlossen im Gedenken an die Opfer von Paris vereinigt.“

Kermani spricht „gegen die Hassprediger in den Moscheen und die Hassprediger in den Talkshows“, wie auch davon, dass der Kampf gegen Unfreiheit und Gewalt nicht nur in Kobane und Aleppo, am 11. September 2001 in New York oder am 7. Januar 2015 in Paris stattfindet, er sieht die Anschläge von Paris „nicht zuletzt“ als Folge des Irak-Kriegs, „der dem Terrornetzwerk Al Qaida in unmittelbarer Nachbarschaft Europas ein Aufmarschgebiet bescherte, auf das Usama Bin Ladin in seinen kühnsten Träumen nicht gehofft hätte“, wie „unseres Versagens in Syrien“, wo „wir tatenlos oder vielleicht sogar aus perfidem Kalkül zusahen, wie unsere eigenen, engsten Verbündeten, Saudi-Arabien und andere Golf-Staaten, die Dschihadisten finanzierten und hochrüsteten, auch den sogenannten ‚Islamischen Staat‘, auf den sich die Attentäter beriefen“.

Und Kermani wendet sich „speziell an die Muslime unter euch“, die in der dichten Menschentraube, buchstäblich integriert, vor ihm stehen, um ihnen, in einer prononcierten Analogie, eine geradezu historische Aufgabe zuzuweisen (und zuzutrauen): „Dass hier diejenigen in besonderer Verantwortung stehen, in deren Namen der Gewalt verübt wird, liegt in der Natur der Sache. Als im Namen Deutschlands Krieg und Vernichtung über die halbe Welt gebracht wurden, war es auch und gerade an den deutschen Exilanten, die selbst gegen die Nazis gekämpft hatten, das bessere und andere Deutschland zu erklären.“

Zu dem politischen Redner Kermani tritt hier der Philologe und Islamwissenschaftler Kermani: „In dem Augenblick, da sich Terroristen auf den Islam berufen, hat der Terror auch etwas mit dem Islam zu tun. Wir müssen die Auseinandersetzung mit der Lehre suchen, die heute weltweit Menschen gegeneinander aufhetzt und Andersgläubige ermordet oder erniedrigt“, formuliert er (nicht nur) seine Rolle als kritischer Intellektueller. Zu sagen, die Gewalt habe mit dem Islam nichts zu tun, reiche nicht aus. Und so appelliert Kermani an „meine Geschwister im Glauben“, ihre staatsbürgerliche Pflicht ernst zu nehmen und für Freiheit und Gerechtigkeit einzutreten, indem er sie an eine Säule ihrer Religion erinnert: „Vor allem aber liegt es an uns, dem höchsten Gebot des Islams, der Barmherzigkeit, wieder Geltung zu verschaffen. ‚Wahrlich, erhebst du auch deine Hand gegen mich, um mich totzuschlagen, so erhebe ich doch nicht meine Hand gegen dich, um dich zu erschlagen‘ – das werden heute die meisten für die Bergpredigt halten, ist aber doch unserer eigener Koran, Sure 5,28.“

Dieses Junktum bildet den dialektischen Grundgedanken der Rede: die Muslime in ihrem Glauben und damit zugleich in ihrem Bewusstsein als Citoyens zu ermutigen. Dafür geht Kermani weit zurück in der Tradition: „Der Mensch ist entweder ein Bruder im Glauben oder ein Bruder in der Menschlichkeit.“ Das sagte im siebten Jahrhundert Ali Ibn Abi Talib, der als vierter Kalif und zugleich erster Imam wie kein anderer Nachfolger des Propheten Sunniten und Schiiten verbindet. Das, genau das, ist aber auch zugleich der humane Kern, der den morgen- und abendländischen Religionen gemeinsam ist und in der Französischen Revolution als Gleichheitsgebot säkularisiert wurde.“


Kermani spricht auf einem Platz, „der einmal einer der dunkelsten Orte unsrer Stadt war, vor den Türen des EL-DE-Hauses, einst Sitz der Gestapo, die in den Kellern gefoltert und gemordet hat, und heute Gedenkstätte und NS-Dokumentationszentrum ist. Und während im Hintergrund Martinshörner heulen und Blaulicht rotiert, weil gerade mal hundertfünfzig Pegida-Anhänger, aufgemischt von gewaltbereiten Hooligans, durch die Straßen stapfen und die halbe Innenstadt lahmlegen, gelingt es ihm, indem er die 6500 Gegendemonstranten in gespannter, konzentrierter Aufmerksamkeit hält, den finsternen Platz zum Leuchten zu bringen.

„Wir sind alle Mohammed“

Die Mohammed-Karikatur auf dem Titelblatt der jüngsten Ausgabe von „Charlie Hebdo“ verärgert Muslime auf der ganzen Welt. Vierterorts treibt die Wut Tausende auf die Straße. Im westafrikanischen Niger werden dabei vier Menschen getötet.

16.01.2015



© AP  Mit dem Koran in der Hand: Ein Protestmarsch zieht durch Algir

In mehrere Ländern hat es am Freitag große Demonstrationen gegen die jüngste Ausgabe des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ gegeben. Nach den Glaubensvorstellungen von Muslimen sollen weder Gott noch Mohammed bildlich dargestellt werden. Das Titelbild der jüngsten Ausgabe des Magazins zeigt dennoch abermals eine Zeichnung Mohammeds. Der Prophet hält weinend ein „Je suis Charlie“-Schild – Symbol der Solidarität mit den zwölf Menschen, die vergangene Woche von zwei islamistischen Attentätern bei einem Anschlag auf die Redaktion der Zeitung getötet worden waren.

Zu den größten Ausschreitungen kam es im westafrikanischen Niger. Aufgebrachte Muslime zündeten in Zinder, der zweitgrößten Stadt des Landes, ein französisches Kulturzentrum an. Mindestens vier Menschen wurden getötet, mehr als 40 weitere wurden verletzt. Bei den Todesopfern handle es sich um drei Zivilisten und einen Polizisten, bei den Verletzten um 22 Sicherheitskräfte und 23 Demonstranten.

Hunderte Menschen waren zuvor nach dem Freitagsgebet vor das Kulturzentrum gezogen. In Anlehnung an das Titelblatt von „Charlie Hebdo“ war auf Protestplakaten zu lesen: „Ich bin Mohammed, nicht Charlie“. Vor dem Kulturzentrum schlug die Demonstration dann in Gewalt um. „Sie zündeten die Cafeteria, die Mediathek und Verwaltungsräume an“, sagte der Direktor Kaoumi Bawa der Nachrichtenagentur AFP. Zwei Polizisten, die das Zentrum schützen sollten, versuchten demnach vergeblich, die Menge mit Warnschüssen abzuhalten. Auch nahe gelegene Häuser sind nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa niedergebrannt, drei Kirchen – eine katholische und zwei protestantische – geplündert worden. Die wütende Menge habe auch Autoreifen in Brand gesetzt. Die Polizei setzte den Berichten zufolge auch Tränengas ein.

Proteste auch in Pakistan

Auch in der südpakistanischen Stadt Karachi kam es zu schweren Zusammenstößen. Rund 400 Anhänger einer islamistischen Partei hätten nach dem Freitagsgebet versucht, das französische Generalkonsulat zu stürmen, sagte der ranghohe Polizist Pir Mohamed Shah. Drei Menschen seien verletzt worden. Darunter ist nach Angaben der französischen Nachrichtenagentur AFP auch einer ihrer Fotografen. Laut AFP hat er eine Schusswunde erlitten. Demonstranten und die Polizei machten sich gegenseitig für die Schüsse verantwortlich.

Insgesamt gingen in Pakistan nach Polizeiangaben Hunderttausende Menschen gegen Mohammed-Karikaturen auf die Straßen. Islamistische Gruppen und Parteien hatten zu Protestmärschen aufgerufen. Der pakistanische Premierminister kritisierte die Veröffentlichung der Mohammed-Karikatur auf dem Titel von „Charlie Hebdo“ am Donnerstag: „Meinungsfreiheit sollte nicht dazu genutzt werden, religiöse Gefühle zu verletzen.“ Das Parlament in Islamabad verurteilte die Mohammed-Karikatur einstimmig.

„Wir sind alle Mohammed“

In Algerien demonstrierten Tausende gegen „Charlie Hebdo“. Die Demonstrationen unter dem Motto „Wir sind alle Mohammed“ nach dem Freitagsgebet in der Hauptstadt Algier wurden nach Angaben von Augenzeugen von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet. Einige Demonstranten huldigten demnach auch den Attentätern von Paris und bezeichneten diese als „Märtyrer“.

Auf dem Tempelberg in Jerusalem versammelten sich nach dem Freitagsgebet mehrere Hundert Palästinenser, um ebenfalls gegen die Mohammed-Karikatur zu demonstrieren, berichtete die palästinensische Nachrichtenagentur Maan. Am Ende des Zuges soll den Angaben zufolge die französische Flagge verbrannt worden sein. Der Großmufti von Jerusalem hatte die neue Darstellung des Propheten zuvor verurteilt, sich aber auch gegen jede Form des Terrors ausgesprochen.

In der jordanischen Hauptstadt Amman verhinderte die Polizei am Freitag einen Protestmarsch, wie die jordanische Zeitung „Al-Ghad“ im Internet berichtete. Es sei zu Rangeleien mit der Polizei gekommen. Sicherheitskräfte hätten vier Demonstranten festgenommen.

Die Rechte der Hunde

Die französischen Schriftsteller stehen nach den Anschlägen von Paris voll hinter ihrer Nation. Für Michel Houellebecq und dessen Roman „Unterwerfung“ gibt es allerdings heftigen Gegenwind.

16.01.2015, von JÜRIG ALTWEGG, GENÈVE



© AFP Enfant terrible: Michel Houellebecq sieht sich mit dem Vorwurf fehlender Menschlichkeit konfrontiert

Auch der Literaturnobelpreisträger Patrick Modiano, der die Massen und die Medien scheut, ging am Sonntag auf die Straße und nahm am Abend an der Sendung aller öffentlich-rechtlicher Programme teil: „Ich marschiere für die Opfer, die für uns gefallen und Helden geworden sind. Damit sie auf immer und ewig das Symbol des verwundeten, aber geeinten, mutigen, freien Frankreichs bleiben, das wir lieben“, schwärmte der Dichter, dem große Worte und emphatische Deklarationen fremd sind: „Diesem Frankreich anzugehören, darauf sind wir stolz.“



Autor: Jörg Altwegg, Jahrgang 1951, Kulturkorrespondent mit Sitz in Genf. Folgen:

„Wunderbar war es, wie wir zu Millionen durch Paris gingen zum Schutz der Republik“, berichtet Georges-Arthur Goldschmidt. Jean-Marie Lé Clézio, der 2008 den Nobelpreis bekommen hat, wäre auch gerne dabei gewesen. „Allerdings, und um ehrlich zu sein, fühle ich mich ein bisschen alt, um mich unter eine solche Menschenmasse zu mischen.“ Er befindet sich am anderen Ende der Welt, die von überall auf Paris blickt. Begeistert hatte ihm die Tochter von der Demonstration berichtet, von der Aufrichtigkeit der Marschierenden, unter denen sich viele Junge befanden, und von ihrer Entschlossenheit zur Verteidigung ihrer Werte und Ideale.

„Deine Eltern haben gezittert, die Angst vor einem neuerlichen Attentat war keineswegs unbegründet“, schreibt Le Clézio in einem Brief an seine Tochter, den „Le Monde“ veröffentlichte: „Aber du hattest recht, der Gefahr nicht aus dem Weg zu gehen.“ Als einen historischen Moment, fast ein Wunder, empfindet Le Clézio aus der Ferne den Sonntag in Paris: „Und du bist dabei gewesen.“

„Die Gettos müssen zerschlagen, die Türen geöffnet werden.“

„Keine Barbaren“ seien die Attentäter, deren „Barbarei“ die Welt entsetzt hat, gewesen, schreibt Le Clézio seiner Tochter: „Drei Mörder, geboren und aufgewachsen in Frankreich. Man kann ihnen überall und jederzeit begegnen. In der Schule, in der Métro.“ An der Generation seiner Tochter sei es, aus dem Solidaritätsmarsch eine bessere Welt zu begründen: „Die Gettos müssen zerschlagen, die Türen geöffnet werden. Jeder Bewohner dieses Landes muss seine Chance bekommen, seine Stimme muss gehört werden. Wir müssen aufhören, eine Fremdheit im Inneren der Nation zu konstruieren.“

Le Clézios politischer Standpunkt wird ihm den Vorwurf der Naivität und des Glaubens an das Gute im Menschen eintragen: Er ist in seiner Literatur des Dialogs mit dem Fremden begründet. Dass die nationale Einmütigkeit keine ausschließende sein kann, sondern integrieren soll, spürt auch Alain Finkielkraut – und er reißt tatsächlich Grenzen ein: „Man kann Marine Le Pen nicht mehr mit dem faschistischen Dichter Charles Maurras und Pétain gleichsetzen. Sie ist wie Putin, und das reicht, um sie zu bekämpfen. Aber man schwächt sie nicht, indem man sie von einer Demonstration der nationalen Einheit ausschließt.“

Die Einmütigkeit wird bröckeln. Aber die Demonstrationen einer nationalen Auferstehung gegen den Terrorismus, wie man sie sich in dieser Intensität in anderen europäischen Ländern nur schwer vorstellen kann, bleiben eine eindruckliche Kundgebung mit langfristigen Folgen. Sie sind eine Antwort auf die französische Identitätskrise, zu der Alain Finkielkraut den erschütternden Essay „Identité malheureuse“ beisteuerte. Das Thema des Niedergangs ist seit Jahren ein Dauerbrenner. Eric Zemmours „Der französische Selbstmord“ und Michel Houellebecqs „Unterwerfung“ erreichen Auflagen von mehreren hunderttausend Exemplaren.

Keine Menschlichkeit bei Houellebecq?

Ende Dezember sollte Christine Angot den neuen Roman des Kollegen rezensieren. Doch sie weigerte sich: „Ich wollte mich nicht mehr mit ihm befassen.“ Nach den Attentaten hat sie es sich anders überlegt. Die positiven und die negativen Kritiken stimmten in einem Punkt überein: „Houellebecq ist ein großer Schriftsteller. Aber ein großer Schriftsteller begnügt sich nicht mit dem Symptom.“

„Für den Erzähler der ‚Unterwerfung‘ liegt die Literatur, die hohe Kunst des Abendlandes, im Sterben“, schreibt Angot. Eine Begründung liefere Houellebecq nicht. Auch bezüglich des Islams irre er sich: „Es gibt keine Rückkehr des Religiösen. Ganz im Gegenteil. Es ist sein Ende. Und genau deshalb wollen sie uns töten. Nein, die Frauen werden nicht an den Herd zurückkehren. Und deshalb schreibt er über die ‚Scheidentrockenheit‘.“ Es gibt, befindet Christine Angot, bei Houellebecq keine Menschlichkeit: „Die Menschenrechte könnten genauso gut die Rechte der Hunde sein.“ Und die Attentate auf „Charlie Hebdo“ und die Juden seien „ein andere Art, Menschen die Anerkennung ihrer Humanität zu verweigern“.

„Die Literatur wird nicht sterben“, prophezeit Christine Angot gegen Michel Houellebecq, und sie ist damit weitgehend im Einklang mit Le Clézio: „Denn sie ist der Ort der Menschlichkeit und der Nichtunterwerfung. Genau darum geht es in einem Roman: Um das – gegenseitige – Gefühl, dass jemand, mit dem man nichts zu tun hat, ein menschlicher Bruder ist.“

111,91

Michèle Tribalat : «Les politiques sont désemparés face à l'immigration»

Par [Wladimir Garcin](#) Publié le 02/09/2014 à 18:40



FIGAROVOX/ENTRETIEN - Interrogé sur la question migratoire, Bernard Cazeneuve a répondu que «la France ne peut pas accueillir tout le monde». Une déclaration qui sonne comme une prise de conscience bien tardive, pour la démographe Michèle Tribalat.

Michèle Tribalat a mené des recherches sur les questions de l'immigration en France, entendue au sens large, et aux problèmes liés à l'intégration et à l'assimilation des immigrés et de leurs enfants. Son dernier livre, «[Assimilation: la fin du modèle français](#)» est paru aux éditions du Toucan.

FigaroVox: [Bernard Cazeneuve](#), interrogé sur la question migratoire, a répondu qu'il était «agacé par une gauche de posture, qui manque de maturité et qui ne raisonne pas en termes d'efficacité. On peut brandir les grands principes, mais la France ne peut pas accueillir tout le monde». En tant que démographe, cette déclaration vous paraît-elle légitime?

Michèle TRIBALAT: Franchement, il n'est pas nécessaire d'être démographe pour approuver une déclaration de bon sens. Le seul problème réside ici dans le flou de l'expression «tout le monde». Le monde entier ne se précipite pas à nos portes. On est donc conduit à comprendre que la France ne peut pas accueillir tous ceux qui souhaitent y venir, ce qui suppose de dire non à certains d'entre eux. Ce gouvernement, comme d'autres avant lui, doit composer avec des contraintes contradictoires, dont une impatience et même une hostilité de l'opinion publique vis-à-vis de l'[immigration](#) étrangère, aggravée en temps de crise, et une mobilisation de politiques, d'intellectuels et d'associations au nom des droits de l'homme.

Pour l'instant, l'hostilité qui accueille le plan européen proposé par Bernard Cazeneuve concerne surtout le renforcement de Frontex. Attendons-nous à une fronde plus étendue quand l'Assemblée nationale va débattre du prochain projet de loi sur l'entrée et le séjour des étrangers.

Nos engagements en matière de droits de l'homme nous obligent à accorder des droits étendus aux étrangers qui limitent grandement ce que peuvent faire les gouvernements. Ces engagements réduisent la marge de manœuvre des pays aussi bien dans que hors Schengen. En outre, bien des aspects de la politique migratoire ont été communautarisés. La Cour de justice européenne veille au respect des directives européennes que nous avons acceptées. La prochaine loi sur l'immigration comporte d'ailleurs un volet sur l'asile qui transpose des directives européennes de 2013. L'immigration étrangère étant désormais fondée sur des droits, toute volonté de la réduire passe par le durcissement des conditions d'exercice de ces droits, sous la surveillance des Cours de justice internes et européennes mais aussi des associations mobilisées en faveur des droits de migrants. Le gouvernement actuel du Royaume-Uni, hors [Schengen](#) non soumis à la plupart des directives européennes sur le sujet, s'est engagé à réduire considérablement l'immigration, ce qu'il n'a pas réussi à faire. Pour l'instant, l'hostilité qui accueille le plan européen proposé par Bernard Cazeneuve concerne surtout le renforcement de Frontex. Attendons-nous à une fronde plus étendue quand l'Assemblée nationale va débattre du prochain projet de loi sur l'entrée et le séjour des étrangers. La mesure qui vise à introduire un titre de séjour d'une durée intermédiaire entre la carte de résident de 10 ans et le titre de séjour d'un an (ou le visa de long séjour valant titre de séjour d'un an) va se trouver prise dans la contradiction évoquée plus haut: jugée laxiste et incitative par une opinion publique exaspérée et probablement par la droite aussi et conspuée par des politiques et des militants de gauche qui ne souhaitent pas, même pour des raisons pragmatiques (accueil décent en préfecture et désengorgement des files d'attente), que l'on revienne sur l'élimination des titres de séjour de durée intermédiaire, consacrée par la loi de 1984.

Cette phrase fait écho à celle de Michel Rocard en 1989, qui avait déclaré que «nous ne pouvons pas héberger toute la misère du monde». Est-ce que depuis, la dynamique de l'immigration légale ou illégale s'est inversée, est restée stable ou a progressé?

Pour ce qui est de l'immigration illégale, que nous ne pouvons pas mesurer, elle serait à la hausse aux frontières maritimes grecques et italiennes et à Ceuta et Melilla, [d'après Frontex](#). Ces arrivées de clandestins, pour spectaculaires qu'elles soient, ne sont pas la source principale des séjours irréguliers en France ou même en Europe, lesquels s'expliquent surtout par la poursuite du séjour après

dépassement de la durée de validité du visa ou du titre de séjour non renouvelé. En 1989, lorsque [Michel Rocard](#) fait sa déclaration, nous sommes encore dans une période de relative stagnation. La population immigrée ne s'accroît guère globalement, même si la population d'origine européenne rend des points à celle qui ne l'est pas. Les [flux migratoires](#) ne sont pas très élevés et la proportion d'immigrés stagne. Cette stagnation, aura duré près d'un quart de siècle. Avec les années 2000, la France connaît un nouveau cycle migratoire. La proportion d'immigrés s'accroît en moyenne annuelle comme durant les Trente Glorieuses et la crise économique n'a pas vraiment d'effet sur une immigration peu connectée à la conjoncture économique.

Cette tendance à la hausse ne concerne pas que la population immigrée au sens strict. Entre 1999 et 2011, c'est-à-dire en 12 ans, la population d'origine étrangère sur deux générations a augmenté de 2,4 millions (de 9,8 millions à 12,3 millions), dont un peu moins de la moitié seulement est composée d'immigrés, les autres étant nés en France. 2,4 millions, cela correspond à un taux d'accroissement de 25 % en douze ans. C'est plus, en valeur absolue, que l'accroissement du reste de la population qui s'est fait, sur la période, au rythme de 4,4 %.

Les politiques ont conscience de leur relative impuissance pour infléchir la politique migratoire compte tenu du filet de contraintes dans lequel ils se sont mis progressivement dans un contexte de mondialisation qui favorise la circulation.

Le poids démographique de l'immigration reste souvent un impensé politique dont profite depuis 30 ans le [Front National](#). Comment expliquez-vous cet aveuglement?

L'impensé est facilité par le désordre statistique qui favorise l'usage de tel ou tel indicateur, choisi en fonction de ses propres partis pris. Si vous voulez montrer l'inanité des inquiétudes des Français à l'égard de l'immigration vous aurez recours au solde migratoire global de la France, positif mais très faible parce que le départ de plus en plus massif de jeunes Français masque, en partie, l'arrivée conséquente d'étrangers. Vous pourrez aussi avoir recours aux données fournies par l'Insee à Eurostat, que l'Insee refuse d'ailleurs de diffuser en France parce qu'elles ne sont pas de bonne qualité, mais qui sont néanmoins exigées par le règlement européen de 2007. Ces données ont été corrigées récemment et semblent un peu moins farfelues que celles affichées sur le site d'Eurostat il y a peu, mais ne sont toujours pas satisfaisantes. Mettre en évidence le poids de l'immigration étrangère dans la démographie française, c'est compliqué. Je viens d'actualiser, pour l'année 2011, une estimation déjà réalisée en 1999 sur l'apport démographique de l'immigration depuis 1960: 9,7 millions de personnes manqueraient à l'appel en 2011 sans cette immigration. C'est 3,4 millions de plus qu'en 1999. L'effet du nouveau cycle migratoire des années 2000 y est très visible et explique, en 2010, près de la moitié des naissances dues à l'immigration depuis 1960.

L'aveuglement provient aussi de la volonté d'invalider les perceptions communes et de ne pas braquer un peu plus une opinion publique déjà remontée. Les politiques ont conscience de leur relative impuissance pour infléchir la politique migratoire compte tenu du filet de contraintes dans lequel ils se sont mis progressivement dans un contexte de mondialisation qui favorise la circulation. Ils sont également sensibles au discours très en vogue en Europe sur la nécessité d'une immigration massive pour contrer le déclin démographique. Ce postulat n'est guère débattu alors qu'il devrait l'être, notamment en France dont l'avenir démographique n'est pas aussi sombre que celui de l'Allemagne.

Bernard Cazeneuve est en pleine tournée des capitales européennes pour réclamer un renforcement des contrôles aux frontières de l'Europe. Est-ce selon vous la bonne solution?

M. Cazeneuve est légitimement préoccupé par les flux incontrôlés qui arrivent de la méditerranée et remontent jusque chez nous. Il voudrait que [Frontex](#) soit plus efficace et prenne le relai de l'opération [Mare Nostrum](#) qui a eu tendance, paradoxalement, en augmentant la surveillance en mer, à encourager les traversées périlleuses et les trafics. Sauf à sortir de Schengen ou à le renégocier, ce qui ne semble pas à l'ordre du jour, le ministre français n'a d'autre alternative que de rencontrer ses collègues européens pour tenter d'infléchir la politique européenne qui n'a guère anticipé ce qui arrive, le budget de Frontex ayant même été réduit.

Top 10 Things That 'Will' Happen In 2015

NEWS PRINTED TO FIT

No News

"We Do The Thinking For You"

THURSDAY, JANUARY 1, 2015

GOOD NEWS

TOP TEN THINGS THAT WILL HAPPEN IN 2015

ALL EXECUTIVE ORDERS DECLARED CONSTITUTIONAL BY EXECUTIVE ORDER



Executive Order 13526, signed by Barack Obama on September 17, 2013, exempts executive privilege from the Freedom of Information Act (FOIA) in certain circumstances. Executive Order 13526, signed by Barack Obama on September 17, 2013, exempts executive privilege from the Freedom of Information Act (FOIA) in certain circumstances.

ECONOMIC RECOVERY REACHES ESCAPE VELOCITY ESCAPES THE ECONOMY ALTOGETHER



$v_{escape} = 11.2 \text{ km/s}$

$\frac{1}{2}mv^2 = \frac{GMm}{r}$

$v_{escape} = \sqrt{\frac{2GM}{r}}$

Mercury Venus Earth Mars Jupiter

HARVARD PROFESSOR FINDS EVIDENCE PROVING EVIDENCE PROVES NOTHING

Harvard Professor of Statistics, David Hand, has found that the more evidence you have, the more likely you are to be wrong. This is because the more evidence you have, the more likely you are to find something that is not there.

CONGRESS STANDS UP TO WALL STREET BANKERS TAKE THEIR SEATS

On April 23, 2014, the House of Representatives passed a bill to limit the power of the Federal Reserve to raise interest rates without the approval of Congress.

NOBEL-WINNING ECONOMISTS ADMIT BAFFLEMENT "Deficit keeps growing DESPITE increased government spending!"

The Nobel Prize in Economics was awarded to three economists for their work on the theory of rational expectations. One of the winners admitted that he was baffled by the fact that the deficit kept growing despite increased government spending.

ROBERT KENNEDY JR. APOLOGIZES FOR BEING WHITE AND MALE, BLAMES PARENTS



Robert Kennedy Jr. has apologized for being white and male, and has blamed his parents for his actions. He said that he was born with a white and male body, and that he was born with a white and male mind.

LAST BABY BOOMER GOES KICKING AND SCREAMING INTO HIS 60s

GENERATION RENAMED "CRYBABY BOOMERS"



The last baby boomer is going to be a crybaby boomer. This is because the last baby boomer is going to be a crybaby boomer.

THE NEW YORK TIMES CUTS COSTS Replaces fact-checkers with rubber stamp



The New York Times has cut its costs by replacing its fact-checkers with a rubber stamp. This is because the New York Times has cut its costs by replacing its fact-checkers with a rubber stamp.

CITY OF SAN FRANCISCO LEVELED "Steep hills made it handicap inaccessible"

The City of San Francisco has leveled its streets because the steep hills made it handicap inaccessible. This is because the steep hills made it handicap inaccessible.

ThePeoplesCube.com

111,94

About That "Strong" Dollar

Submitted by [Tyler Durden](#) on 01/16/2015 15:57 -0500

Submitted by [Simon Black](#) via [Sovereign Man](#) blog,

I'll admit that I wasn't much of an athlete as a kid, at least in any traditional sport.

(I famously struck out a tee-ball when I was five years old, managing to hit the stationary tee three times in a row. I'm not sure this feat has ever been duplicated before or since.)

But my parents still enrolled me in all the local sports leagues 'til about sixth or seventh grade— you know, the ones where they have to put your kid in the game as long as you pay the dues.

Fortunately (or rather unfortunately) they lumped all the sorry kids onto the same basketball squad. Strength in numbers— we all sucked together.

And, bearing in mind this was the 80s, our opponents wasted no time pulverizing us into dust, then rubbing our noses in defeat.

Every single game was like a bad Karate Kid sequel... except more guys in skeleton costumes without the climactic Crane Technique victory at the end.

Occasionally (by which I mean rarely), one of us would miraculously score a basket.

This was a momentous achievement for us, and one that would be wholeheartedly celebrated by the entire team.



And invariably there would be someone from the opposing team who would jog by and snarl some pithy 80s sports metaphor, my favorite being "Scoreboard."

Now, if you're not a native English speaker, "scoreboard" is an idiomatic expression generally employed by some gigantic douche-bag to remind people that he's still winning.

It basically means, "Whatever you're saying, doing, or arguing doesn't matter, because we're winning."

I'll use an example: "Yeah, the US has \$18 trillion in debt and a central bank that's nearly insolvent... but you know what? Scoreboard."

The point being that the dollar is 'strong' right now relative to other currencies. A number of currencies from the euro to the Japanese yen, for example, are all near multi-year lows.

So, who cares about the dollar's weak fundamentals because it's so strong right now. Right?

It's important to first understand that global capital flows are extremely fickle.

Central bankers around the world have conjured trillions of currency units— dollars, euros, yen, etc. And those currency units have to find a 'home' somewhere.

If you're holding \$10,000 or even \$10 million, many people just stick it in a bank.

But if you're sitting on hundreds of billions, you have to find a safe place to park it.

Traditionally (and absurdly), institutional investors favor government bonds as that 'safe place'.

It used to be you could just park it in some western government bond and walk away for a nice dinner and a movie.

Not anymore. Now you have to be constantly worried and alert.

Because in an instant, the US government could shut down again. Japan could default on its prodigious debt (in excess of 200% of GDP). The eurozone could come apart.

Any number of things could happen.

And as a result, capital regularly shifts from one major currency to another based on the market's assessment of risk, i.e. which one is the 'least ugly' right now.

At the moment, the US dollar is choice.

This isn't necessarily a vote of confidence for the dollar. It's more like a vote against all the others.

If big institutional investors must choose between bankrupt America and bankrupt Europe, right now they choose America.

But this is a decision that can and will be changed in an instant. Just look at the Swiss franc.

Since September 2011, the Swiss National Bank (SNB) had essentially put a ceiling on the appreciation of the Swiss franc with respect to the euro.

The franc had been rising for months. And I predicted in July 2011 that the SNB would intervene with some sort of controls.

They did, shocking the world with this statement on September 6, 2011:

*"With immediate effect, [the SNB] will no longer tolerate a EUR/CHF exchange rate below the minimum rate of CHF 1.20. The SNB will enforce this minimum rate with the utmost determination and is prepared to buy foreign currency **in unlimited quantities.**"*

Investors yanked their money and the franc dropped like a stone.

But a few days ago, the SNB reversed this control. They are now no longer limiting the rise of their currency.

And the franc soared 10% almost instantly– a HUGE move for a major currency.

Why did this happen? Because in a universe of options that only includes the dollar and euro, the dollar wins.

But if you expand that universe even a little bit to include the Swiss franc, suddenly the real truth comes out.

Investors have far more confidence in Switzerland than the United States. They'd rather hold francs.

The next one to watch is the Hong Kong dollar.

Right now the HK dollar is pegged to the US dollar. But I've said it before: there may likely come a day when the Hong Kong Monetary Authority stops importing US monetary policy and abandons this peg.

We'll see the same immediate surge. And anyone holding HK dollars will have a lot to gain.

Paris ist nur ein Nebenschauplatz

Die Proteste gegen "Charlie Hebdo" verbergen das Problem der islamischen Welt mit sich selbst. Die Regime unterdrücken Religionsfreiheit und Gruppen wie die Muslimbrüder. VON [MICHAEL THUMANN](#)

Aktualisiert 17. Januar 2015 09:15 Uhr [115 Kommentare](#)

”



Michael Thumann ist Außenpolitischer Korrespondent der ZEIT. | © Nicole Sturz

Viel geht in diesen Tagen durcheinander, wenn von dem "Problem des Islams mit dem Westen" geredet wird. In vielen Städten der arabischen Welt und Westafrikas gehen Menschen auf die Straße und protestieren – teilweise gewaltsam – gegen die neueste *Charlie-Hebdo*-Ausgabe mit der Mohammed-Karikatur. Die Al-Azhar-Institution in Kairo und die Mullahs in Teheran empören sich. Doch das darf über die eigentlichen Fronten im Kampf um den richtigen Islam nicht hinwegtäuschen. Die islamische Welt hat heute weniger ein Problem mit dem Westen als mit sich selbst. Paris ist ein ferner Nebenschauplatz. Die Zentren sind in der Reihenfolge von West nach Ost: Kairo, Damaskus, Bagdad, Riad, Teheran. Dort findet das epochale Ringen über die Zukunft des Islams statt – geistig, politisch und mit Waffen.

Aus dem Westen kommen allerlei Ratschläge. Der Islam müsse endlich die Aufklärung nachvollziehen, er solle Staat und Religion trennen und derlei mehr. Das wäre alles schön, geht aber an dem vorbei, worum die Moderne des Islams eigentlich geht. Die westliche Befreiung aus der "selbst verschuldeten Unmündigkeit" (Kant) des 18. Jahrhunderts lässt sich im Zeitalter des Internets nicht wiederholen. Viele lassen sich schon lange nichts mehr vorschreiben, nicht von Schulen, Regierenden und Medien. Sie denken und surfen unabhängig und mündig im Netz – und richten sich da Parallelwelten ein. Was zum wachsenden Problem wird, wie man in Paris gesehen hat. Auch kann man nicht mit Staat und Kirche zwei Institutionen trennen, wo Hunderte solcher Institutionen existieren. Manche arabischen Staaten haben gar keinen funktionierenden Staat. Und es gibt schon gar keinen Papst, sondern eine Vielfalt an Autoritäten.

Der Kampf um die Moderne verläuft zwischen den islamistisch verfassten Großstaaten Iran und Saudi-Arabien, zwischen schiitischer und sunnitischer Interpretation des Glaubens. Er ist im vergangenen Jahr voll entbrannt zwischen dem dschihadistischen Protostaat des IS und den etablierten Nationalstaaten in Nahost. Es ist ein Kampf um Leben und Untergang, insbesondere für Saudi-Arabien. Alles moderne Erscheinungen, auch wenn uns die Methoden manchmal gestrig erscheinen. Eine weitere Frontlinie verläuft zwischen autoritären Regimen, die sich ein religiöses Mäntelchen geben, und dem politischen Islam, den Islamisten im eigentlichen Wortsinne.

In all diesen Kämpfen geht es um ein ähnlich wichtiges Gut, um das man in Europa in den Religionskriegen rang: nämlich um die Macht und nochmals die Macht. Religion ist das Vehikel. Wenn die IS-Dschihadisten behaupten, alle müssten sich in Säcke hüllen wie zur Zeit des Propheten, geht es ihnen nicht um den Sack, sondern um die Macht, den Sack zu dekretieren. Dafür schlachten sie den an mehrdeutigen Empfehlungen reichen Koran gnadenlos aus.

Verwirrende Zeiten: Wofür soll sich ein politisch engagierter gläubiger Muslim heute entscheiden? Er kann wählen zwischen dogmatisch-islamistischen Angeboten aus Riad und Teheran, zwischen dem Polizeiknüppel-Islam eines Abdel Fattah al-Sissi in Kairo und den Blutorgien der Dschihadisten in der Levante. Eine große Leerstelle ist entstanden, seit die Muslimbrüder in Ägypten von der Macht weggeputscht wurden. Sie wurden von allen bekämpft: von den Saudis und Sissis, von Iranern und Dschihadisten. Weil der politische Islam eine zu scharfe Konkurrenz für sie alle war.

Als die Muslimbrüder nach den arabischen Aufständen in Regierungsämter gewählt wurden, waren die Dschihadisten schwach und zerstritten. Heute ist es umgekehrt. Muslimbrüder versus Dschihadisten – das ist die Alternative zwischen Politik und Krieg. Manche im Westen fürchteten sich vor den Muslimbrüdern. Sie schauten auf der Suche nach dem Feind in die falsche Richtung.

Die Frage, in welchem Verhältnis Politik und Religion, Staat und Glaube, Koran und Gegenwart in Nahost zueinander stehen, wird ohne die vielen Bewegungen des politischen Islam nicht entschieden werden. Sie müssen sich weiterentwickeln und Teil der großen Debatte von Säkularen, muslimischen Liberalen, Salafisten und Reformdenkern sein. Derzeit ist dafür nur in Tunesien eine kleine Chance sichtbar. An allen anderen Orten weiß die Konkurrenz, diese Entwicklung zu verhindern: Denn der politische Islam braucht Wahlen und freien Wettbewerb, nicht Waffengänge.

Unislamische Attentäter, verletzende Zeichnungen

Was sagen Muslime zum Attentat auf „Charlie Hebdo“? Wie empfinden sie Karikaturen über den Propheten Mohammed? Gläubige von drei Frankfurter Moscheen gewähren Einblick.

17.01.2015



© FRICKE, HELMUT Im Gebet: Muslime in der Moschee des Vereins Islamische Informations- und Serviceleistungen im Frankfurter Gallus

Moschee des IIS, Gallus

Nadir Moubarrids hat eine klare Ansage: Muslime, die Allah wirklich folgten, erkenne man daran, dass sie Gutes täten, „produktiv“ seien für die Gesellschaft. Mit immer neuen Beispielen unterlegt er das in seiner Predigt in der Moschee des Vereins Islamische Informations- und Serviceleistungen (IIS). „Die Attentäter von Paris haben diese Botschaft Mohammeds nicht verstanden.“

Moubarrid leitet das „Haus des Islam“ in Lützelbach und ist an diesem Freitag Gastredner des Moscheevereins im Gallus. Der Gebetsraum ist voll, rund 450 Gläubige sind gekommen, 370 Männer, 80 Frauen. „Möge Gott den Islam vor solchen Menschen schützen“, sagt Khaled El Sayed mit Blick auf die Attentäter. Er ist ein Gründungsmitglied der Gemeinde und Mitglied im Frankfurter Rat der Religionen. „Das hat mit unserem Verständnis von Islam nichts zu tun.“ Zwei 14 und 15 Jahre alte Schülerinnen zeigen sich „geschockt“, „bestürzt“ ein Neunzehnjähriger, der im ersten Semester Islamische Theologie an der Goethe-Universität studiert. „So haben auch meine Kommilitonen reagiert.“ In Verschwörungstheorien ergeht sich niemand, nur einer findet die Spekulation erwähnenswert, dass die französische Regierung vielleicht doch hinter den Anschlägen stecken könnte.

Aber es wird auch Kritik an den Mohammed-Karikaturen laut. „Sie sind geschmacklos, es ist unser Recht zu sagen: Das gefällt uns nicht“, sagt Moubarrid. Wenn es nötig sei, müsse man mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen sie vorgehen, findet der Theologiestudent, denn die Zeichnungen seien diskriminierend. „Wir verstehen Satire und sind nicht humorlos“, sagt El Sayed, „aber das Problem ist, wenn Mohammed oder ein anderer Prophet so gezeigt wird.“

Für Mohammed Naved Johari steht mit den Karikaturen noch etwas anderes auf dem Spiel als die Verletzung religiöser Gefühle. Er arbeitet als Freitagsredner und Sozialpädagoge in der Moschee und sieht in den Karikaturen ein „volksverhetzendes Potential“ – und klare Anzeichen für Islamfeindlichkeit in Deutschland. Die beiden Kopftuch tragenden Schülerinnen wissen zumindest davon zu berichten, dass sie auf der Straße als „Terroristin“ oder „Extremistin“ beschimpft wurden, schon vor den Attentaten in Paris. „Muslime beziehen schon lange Stellung gegen Terror, jetzt bekommen sie auch die nötige Aufmerksamkeit in den Medien und der Politik“, sagt Johari. (toe.)

Taqwa-Moschee, Gutleutviertel

Heimat sei nicht nur dort, wo man herkomme, sondern auch dort, wo man lebe, predigt Abdel Hakim Azaoum von der Kanzel der neuen Taqwa-Moschee im Gutleutviertel. Er redet auf Arabisch. Die meisten seiner Zuhörer kommen aus Marokko. Nur als der Imam von Angela Merkel spricht, zitiert er sie auch auf Deutsch: „Ich bin die Bundeskanzlerin aller Deutschen. Das schließt alle, die hier dauerhaft leben, mit ein.“ Gut 150 Muslime sind am Freitagmittag in den Männer-Gebetssaal gekommen. Mancher bringt seine Einkaufstüten mit, einer kommt in der blauen Jacke der Deutschen Bahn.

„Es ist eine Pflicht für Muslime gegen Gewalt und Terrorismus aufzustehen“, sagt der Imam, als er über die Geschehnisse in Frankreich spricht. „Das waren starke Worte“, sagt ein Besucher Anfang vierzig hinterher. Über die Aussage der Kanzlerin freue er sich. Über die Mohammed-Karikaturen aber ärgere er sich.

Auch Ahmet Ayaou, dem Sprecher der Gemeinde, geht es so. „Für mich und viele Muslime ist das eine Beleidigung.“ Diejenigen, die das machten, wollten damit provozieren. „Aber man darf nicht darauf eingehen.“ Imam Azaoum predigt auch von Meinungsfreiheit und dass sie in den Grenzen des Gesetzes erfolgen soll. Man müsse Religionsfreiheit ebenso schützen wie Meinungsfreiheit, sagt er.

Auch wenn jüngst an der Battonnstraße ein marokkanisches Geschäft verwüstet wurde, berichtet niemand von Auseinandersetzungen mit Nicht-Muslimen. Ein junger Mann, der vor einem Jahr aus der Nähe von Fes nach Frankfurt gekommen ist, um Wirtschaftsinformatik zu studieren, sagt, sein deutscher Chef in seinem Nebenjob habe ihn sogar zum Freitagsgebet gefahren. Aber er habe Angst, dass es schlechter werden könnte. Die Diskussion in den Medien könnte die Leute aufhetzen. Auch deswegen predigten sie in der Taqwa-Moschee immer zu aktuellen Themen, sagt Azaoum. „Wir wollen hier unsere Sichtweise darlegen.“ Wenn jemand herkommt mit Wut im Bauch, soll er Antworten finden. „Es ist wichtig, dass wir auf Arabisch predigen“, sagt Ayaou. Nicht alle verstehen gut Deutsch, nicht alle lesen Zeitung. Das Problem aber sei, dass man nur die erreiche, die in die Moschee kämen, sagt Ayaou. „Viele Jugendlichen holen sich ihren Islam anderswo.“ Etwa von Propagandaseiten im Internet oder von Hallenveranstaltung salafistischer Prediger. „Das ist sehr gefährlich für uns.“ (cbor.)

Bosnische Moschee, Bahnhofsviertel

Mit seinem Anstecker in Form einer Blume gedenkt Munir Hodžić seit Jahren jeden Tag der Opfer des Massakers von Srebrenica. „Wir Bosniaken wissen, was die Tötung Unschuldiger bedeutet“, sagt er. Nach dem Bosnienkrieg habe er Zuflucht gefunden in Deutschland, in einer freien und friedlichen Gesellschaft. In seiner Rede im Freitagsgebet hat der Imam deshalb etwas Selbstverständliches gesagt: Die Verletzung religiöser Gefühle rechtfertige keine Gewalt.

Diese Rede hat den Männern gefallen, die von der Moschee des bosniakischen Zentrums in den Vereinsraum strömen. Das Zentrum liegt im Bahnhofsviertel, etwas versteckt in einem Hinterhof zwischen Kiosk und Thai-Imbiss. Manche der Männer tragen Krawatte, manche Trainingshose, sie rauchen, trinken Kaffee

oder Fanta, der Fernseher läuft. „Ich habe selbst Angst vor Terror, wenn ich mit der U-Bahn fahre“, sagt ein Mann mit ergrauten Schläfen im Anzug. „Gott ist eins, ob er Allah oder Gott heißt“, ein anderer: „Viele von uns sind mit katholischen Frauen verheiratet.“ Nur ein Mann in Regenjacke ist überzeugt, dass ein westlicher Geheimdienst hinter dem Attentat stecke, wie es auch schon beim Anschlag auf das World Trade Center gewesen sei.

Die Bosniaken bezeichnen sich als die einzigen europäischen Muslime, leben einen liberalen Islam. Dennoch fühlen sie sich genötigt, Stellung zu beziehen: Noch am Tag des Anschlags verurteilte die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland ihn als „Barbarei“ und „größtmögliche Gotteslästerung“.

„Es ist bedrückend. Wir können nichts dafür und leiden doch darunter“, sagt auch Meris Cerić. Der Einundzwanzigjährige ist Jugendbeauftragter des Zentrums. Er arbeitet bei der Polizei. Er fühlt sich manchmal zu Unrecht von Deutschen verdächtigt, nicht erst seit Paris: Schon in der Schule hätten ihn Klassenkameraden als „Bombenleger“ bezeichnet. Der dunkelblonde junge Mann mit Brille betrachtet sich trotzdem zu hundert Prozent als Deutschen. Und gleichzeitig hundertprozentig als Bosnier. „Auch wenn das rechnerisch nicht geht.“

Weichwahrung Euro

Der deutsche Jubel über den Franken lässt tief blicken. Doch eine starke Währung hat viele Vorteile, wie billige Importkosten. In Berlin will man davon aber nichts wissen.

17.01.2015, von **HOLGER STELTZNER**



 DPA  Euromnze und Schweizer Franken: Wie entwickeln sich die Währungen?

Wer angesichts der Preissprünge des Schweizer Franken den Beweis gefunden zu haben glaubt, nur mit einem weichen Euro könne Europa die Zukunft gewinnen, der irrt. Die Anpassungen infolge der schockartigen Aufwertung sind für die Schweizer Exportindustrie und Fremdenverkehrsbetriebe zwar schmerzhaft, und vielleicht werden sogar einige Unternehmen die sprunghafte Verteuerung um etwa ein Fünftel nicht verkraften. Aber deshalb sollte man die Schweizer Wirtschaft nicht gleich abschreiben. Die Eidgenossen und ihre Unternehmen leben schon lange mit einem harten Franken - und sie leben gut damit.



Autor: Holger Steltzner, Jahrgang 1962, Herausgeber, Folgen: _

Die Schweizerische Nationalbank hat auch keinen grundsätzlich neuen geldpolitischen Kurs eingeschlagen, sondern eine dreijahrigte Ausnahme beendet, selbstbewusst und jäh: die künstliche Bindung des Franken an den Euro. In diesem Jahr wird die Geldpolitik der Notenbanken der Welt erstmals seit dem Fall des Eisernen Vorhangs auseinanderlaufen (Amerika geht wohl vom Gas, Euro-Europa tritt voll durch). Da wollen die Schweizer aus ihrem Franken keine Weichwahrung machen, da sie wissen, sie verdanken ihren Wohlstand auch ihrer harten Währung. Es ist kein Zufall, dass die Schweizer den Deutschen seit der Einführung des Euro in der Wohlstandsentwicklung davongeeilt sind.

Während in Deutschland politisch und medial immer nur die Vorteile eines schwachen Euro betont werden, schauen kluge Schweizer auch auf die andere Seite der Handelsbilanz. Wer das tut, stellt fest, wie sehr eine starke Währung die Einfuhren verbilligt. Davon profitieren Konsumenten und Unternehmen ungemein, sie müssen weniger Geld für Waren aus aller Welt, für Rohstoffe oder Vorprodukte ausgeben. Außerdem wird der Urlaub im Ausland günstiger, wie viele deutsche Urlauber aus der Vergangenheit wissen. Die Vorteile eines starken Euro für Deutschland kann erahnen, wer sich bewusst macht, dass der rohstoffarme Exportweltmeister zugleich zweitgrstes Importland der Erde ist.

Weichwahrung als Leitbild deutscher Politik

Hinzu kommt: In der Vergangenheit wirkten die ständigen Aufwertungen der D-Mark wie eine Produktivitatspeitsche, die Unternehmen zu noch mehr Innovation und Effizienz trieb. Das war zwar unbequem, im Ergebnis aber erfolgreich, weil dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft fortlaufend stieg. Leider entfernt sich die deutsche Wirtschaftspolitik zusehends von der früher so erfolgreichen Stabilitätspolitik und dem Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Wie sehr das Berliner Wirtschaftsverstandnis inzwischen dem Leitbild einer Weichwahrung folgt, sieht man an der Rente mit 63, die nicht nur ein falsches Signal an die Europartner aussendet, sondern auch viele Milliarden mehr kosten wird als geplant.

Die Aufforderung von Ministern an die Tarifparteien, sich einen ordentlichen Schluck aus der Lohnpulle zu genehmigen, ist ebenfalls eine Verirrung. Da darf man sich nicht wundern, wenn bei einer Inflation nahe null jetzt der öffentliche Dienst bis zu elf Prozent mehr Gehalt fordert. Natürlich können die Volkswirtschaften im Euroraum auch nach unten konvergieren, indem man das wettbewerbsstarkste Land schwächt. Fragt sich nur, ob das der Weg für eine wirtschaftlich gute Zukunft Europas ist.

Anstatt in der gegenwärtig heftigen Preisanpassung an den Märkten den Beleg zu sehen, dass eine Wirtschaft nur unter dem Schutz von künstlichen oder besser gesagt politischen „Marktpreisen“ durch ständige Interventionen der Zentralbank gedeihen kann, sollte man sich die hohen Kosten politischer Preise bewusstmachen. Ein Abwertungswetlauf am Devisenmarkt fhrt nicht selten zu Wirtschaftskrisen. Und künstlich niedrige Zinsen enteignen Sparer über die Zeit und machen für viele Arbeitnehmer die Altersvorsorge unmöglich.

Schweizer Notbremse, EZB dreht auf

Die Schweizerische Nationalbank zog die Notbremse auch mit Blick auf die in der nächsten Woche erwartete Entscheidung der Europäischen Zentralbank, ein riesiges Kaufprogramm von Staatsanleihen zu starten. Was soll der Kauf von Staatsanleihen in einem gigantischen Umfang eigentlich noch bringen? Die Märkte schwimmen doch schon lange in Liquidität. Nie zuvor waren die Preise für Immobilien, Aktien und Anleihen höher als heute. Die Zentralbank behauptet immer, nur bei noch niedrigeren Zinsen investierten Unternehmen mehr. Das ist Unsinn. Als ob ein Unternehmer seine Investitionsentscheidung davon abhängig macht, ob der Kreditzins 1 oder 2 Prozent beträgt.


Das Beschwören von Deflationsgefahr durch die Zentralbank ist kein überzeugendes Argument. Wenn in Griechenland oder Spanien der Preis für Arbeit sinkt, ist das eine schmerzhaft Anpassung der Kosten und eine Folge der vorherigen Übertreibung. Von einem dauerhaften Preisrückgang im Euroraum kann keine Rede sein, die Kerninflation (ohne Öl) beträgt 0,7 Prozent. Unerträglich hohe Zinsen für manche Eurostaaten nennt die EZB nicht mehr als Argument.

Schließlich bekommt seit heute der deutsche Finanzminister sogar Geld geschenkt, wenn sich der Bund für zehn Jahre verschuldet. Seinen Kollegen in Südeuropa fällt die Kreditaufnahme ebenfalls ganz leicht. Was also passiert, wenn die EZB die Märkte mit einer neuen Billion flutet? Der Euro wird noch weicher.

Die Rückkehr der Religion

Frankreichs Präsident, ein Muslim? Wer dabei an den „Untergang des Abendlandes“ denkt, sollte wissen, was Oswald Spengler wirklich gemeint hat.

17.01.2015, von CORD RIECHELMANN

 © DPA Der Halbmond leuchtet über dem Minarett der Fatih-Moschee in Essen. Hier wurde vor zehn Jahren eine Erklärung gegen Gewalt, Terror und Diskriminierung unterschrieben.

Am Ende, wenn die Kulturen den Schritt in die Zivilisation vollzogen haben, wenn alle Materialismen verbraucht sind, werden alle Menschen wieder fromm. Auf diese Formel kann man eine zentrale Aussage von Oswald Spenglers Buch „Der Untergang des Abendlandes“ bringen. Wenn der französische Autor Michel Houellebecq jetzt anlässlich seines neuen, gerade auf Deutsch erscheinenden Romans „Unterwerfung“ von einer Rückkehr der Religion spricht, ist das mehr als nur eine oberflächliche oder zufällige Übereinstimmung mit Spenglers These.

Ein Ideenstrom, der mit dem Protestantismus geboren wurde, seinen Höhepunkt in der Aufklärung hatte und zur Revolution führte, liege im Sterben, erklärte Houellebecq in einem Interview und fügte hinzu, dass der Atheismus ebenso wie der Säkularismus - der Religion und Politik so sicher getrennt zu haben glaubte - und die Republik bereits tot seien. Um nun zu zeigen, was das bedeutet, spielt sein Buch in der Zukunft.

War Oswald Spengler ein Schwarzseher und Reaktionär?

Doch Houellebecq verteufelt den Gegner der an ihr Ende gekommenen Strömung der abendländischen Aufklärung nicht. Stattdessen enttotalisiert er ihn. Schließlich ist es ein gemäßigter Vertreter des Islam, der in seinem Roman zum französischen Präsidenten gewählt wird, um Marine le Pen, die reaktionäre Kandidatin der rassistischen Rechten, am Sieg zu hindern. Auch darin kann man eine Parallele zu Spengler sehen, dem es in seiner Kulturkreistheorie nie um die Totalisierung der von ihm beschriebenen Tendenzen in den Kulturen geht.

Das lässt sich schon an seinem Unbehagen am Titel vom „Untergang des Abendlandes“ ablesen. Denn Spengler meinte, dass „Vollendung des Abendlandes“ ein wesentlich treffenderer Ausdruck seiner Gedanken gewesen wäre. Ihm lag 1918, als der erste Band seiner großangelegten Kulturtheorie erschien, nichts an einem allgemeinen Katastrophismus. Er schrieb aus der Position eines preußischen Kulturkonservativismus, dem es um die Kritik eines fast als natürlich behaupteten Fortschrittsmodells ging, nach dem Gesellschaften scheinbar zwangsläufig zu immer höheren Zivilisationsstufen strebten und sie auch erreichten. In Deutschland sahen viele deshalb in ihm einen Schwarzseher und Reaktionär. Ein Los, das Houellebecq heute in Frankreich mit ihm teilt.

Kulturen gehen unter, neue folgen - ist das so schlimm?

Spengler war allerdings zu Lebzeiten weit weniger erfolgreich als Houellebecq. Schon der zweite, 1922 erschienene Band des Untergangs des Abendlandes erreichte nicht mehr die Aufmerksamkeit des ersten. Dabei enthielt erst der zweite Band die eigentliche Untergangs- beziehungsweise VollendungsThese. Im ersten Band hatte Spengler seine weitreichende These vom pflanzenmäßigen Wachstum von Kulturen und Gesellschaften mit Beispielen aus vergangenen Hochkulturen wie der ägyptischen, indischen und aztekischen belegt, die er mit dem europäisch-nordamerikanischen Abendland verglich. Seine kulturmorphologische Methode versuchte dabei, für jede dieser Kulturen bestimmte Stadien zu identifizieren. Kulturen werden demnach wie Pflanzen aus einem Samen geboren, keimen aus, wachsen heran, geraten in ihre Blütezeit und beginnen von da an wieder zu vergehen. Im Übrigen war der Gedanke des Kulturkreises und seiner zyklischen Vergänglichkeit keineswegs neu. Dazu gab es Vorläufer in der griechischen Stoa, und selbst Nietzsches These von der ewigen Wiederkehr des Immergleichen ließ sich in Spenglers Gedankengang mühelos unterbringen.

Wenn man den ersten Band heute liest, kann man ihn unter Auslassung einiger zeitgenössischer Formulierungen mit heiterer Gelassenheit zur Kenntnis nehmen. Natürlich gehen Kulturen irgendwann zugrunde, aber so schlimm ist das auf die lange, von Spengler entfaltete Sicht nicht unbedingt, weil auf diesen Untergang wie im Pflanzenreich immer wieder eine neue Kultur folgt. Und dass diese nun schlechter sein soll als die alte, ist in keinem Gesellschafts naturgesetz ausgemacht.

Das Heitere an dieser Kulturkreistheorie ist eben, dass sie nie an ein wirkliches Ende der Geschichte kommt. So kann es einem heute nach der Lektüre des ersten Bandes erscheinen, als habe die Katastrophenstimmung, die das Buch auslöste, allein der Titel bewirkt, nicht sein Inhalt - unabhängig davon, ob die Einzelheiten von Spenglers Kulturmorphologie nun stimmen oder nicht. Der Ton ist der eines gelassenen Positivisten, der mit dem Geschäft des Pessimismus nichts zu schaffen hat. Die Geschichte geht weiter, sie ist in ihrem Gang aber nur wenig von ihren Akteuren beeinflusst. Es gibt ein Schicksal der Geschichte, dem die Kulturen nicht entgehen können. Und dieses Schicksal ist an ganz allgemeine Kraftzyklen des Lebens gebunden, nämlich an die Endlichkeit lebendiger Kombinationen.

Die Sehnsucht, elementar zu werden

Man muss sich nicht sonderlich verrenken, um in Spenglers Kulturmorphologie Ähnlichkeiten mit dem französischen Vitalismus zu finden, wie ihn erst Henri Bergson entwickelt und Gilles Deleuze dann fortgeschrieben hat. Eine der zentralen Ideen ist darin das Konzept der Erschöpfung. Der Ausdruck, eines der Lieblingswörter von Deleuze, steht für die Tatsache, dass sich Lebensformen in dem Sinn verbrauchen können, dass sie sich aus sich selbst heraus nicht mehr so erneuern können, um angemessen auf veränderte Umweltbedingungen zu reagieren. Oder dass sie einfach keine Lust mehr haben, weiter zu existieren.

Solchen Lebensformen ist die Lebenskraft oder (mit einem Ausdruck Nietzsches) „der Wille zur Macht“ abhandengekommen. Eine Bewegungstendenz zur Ruhe, die man auch bei vielen Figuren im Werk von Houellebecq finden kann und die sich positiv als eine Bewegung weg von den Menschen hin zu den Elementen beschreiben lässt. Kurz gesagt: der Wunsch, nicht mehr Mensch zu sein, sondern elementar zu werden, wie ihn Houellebecq in seinen menschenleeren Fotos vom Vulkangestein Lanzarotes zum Ausdruck bringt. Auf Gesellschaften und Kulturen kann man ähnliche Bilder in Spenglers erstem Band zum Untergang des Abendlandes finden, der nicht umsonst den schönen Titel „Gestalt und Wirklichkeit“ trägt.

Adorno als Spenglers Interpret

Im zweiten Band, in dem es um die „welthistorischen Perspektiven“ seiner vergleichenden Kulturmorphologie geht, ist allerdings Schluss mit dieser zyklischen Ruhe um die immergleichen Bewegungen. Spengler entwickelt darin unter dem Begriff des „Cäsarismus“ seine Thesen zu einer der Massendemokratie eigenen Tendenz zur Diktatur. Thesen, die sich dann mit dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus schneller bewahrheiteten, als man Spengler lesen konnte.

Was aber, wie Theodor W. Adorno später schrieb, auch damit zu tun hatte, das „Spengler kaum einen Gegner gefunden hat, der sich ihm gewachsen gezeigt hätte“. Adorno schrieb seinen Essay „Spengler nach dem Untergang“ 1950 zu Spenglers 70. Geburtstag. Nach der Katastrophe der Naziherrschaft verfasst, liest sich

Adornos Text heute wie ein doppelter Wegweiser. Zum einen verweist er auf die Passagen Spenglers, deren Aktualität ungebrochen ist, zum anderen deutet er voraus auf jene Aspekte von Houellebecqs Werk, die man direkt mit Spenglers Thesen in Beziehung setzen kann.

Das sind vor allem Spenglers Anmerkungen zur Kunst und zur „Zweiten Religiosität“. Es gibt für Spengler eine innere Beziehung zwischen Geist und Geld, die sich extrem verändert, wenn Menschen vom Stadium der Kultur in das der Zivilisation übergehen. Wir Heutigen leben nach Spengler im Stadium der Zivilisation. Während die Kulturmenschen Geld nur benutzten, um damit Handel zu treiben, denken die Menschen der Zivilisation ausschließlich in Geld. Hier zielt alles auf die anorganische Größe der abstrakten Zahl. Mit Marx gesprochen, wird das Geld das allgemeine Äquivalent, das auch nur noch auf sich selbst bezogen werden kann. Deshalb ist die Periode der Zivilisation auch durch Finanzmagnaten, Börsenspekulationen, florierenden Kunsthandel und Korruption gekennzeichnet.

Durch ihre Verwertung im forcierten Handel wird die Kunst für Spengler, mit den Worten Adornos, zum „Sport“. „Die intellektuelle Spannung kennt nur noch eine, die spezifisch weltstädtische Form der Erholung: die Entspannung, die ‚Zerstreuung‘“, schreibt Spengler und fährt fort: „Das echte Spiel, die Lebensfreude, die Lust, der Rausch sind aus dem kosmischen Takte geboren und werden in ihrem Wesen gar nicht mehr begriffen.“ Die Ablösung intensiver praktischer Denkarbeit durch ihren Gegensatz, die mit Bewusstsein betriebene Trottelei, die Auflösung der geistigen Anspannung durch die körperliche des Sports, der Ersatz der reinen Logik der täglichen Arbeit durch eine mit Bewusstsein genossene Mystik, meint Spengler, kehre in allen Weltstädten aller Zivilisationen wieder. Der Autor bestimmt diese Form des geistigen „Fellachentums“, wie er es nennt, als Enteignung des Denkens der Menschen durch die zentralisierten Mittel der öffentlichen Kommunikation.

Die Kunst als öffentlicher Hindernislauf

Wobei die zentralisierten Mittel der öffentlichen Kommunikation für Spengler nur die - von heute aus gesehen: eher kleinen - Pressehäuser um die Zeit des Ersten Weltkriegs waren. Adorno aber geht es in seiner bei aller kritischen Distanz zustimmenden Aufnahme darum, dass die Kunst unter dem Regime des Geldmarktes zu einer Art öffentlichem Hindernislauf wird, in dem der höchste Preis die weitreichendste Kunst generiert. Wollte man die wichtigsten Tendenzen der gegenwärtigen Massenkunst auf eine Formel bringen, meint Adorno, dann ließe sich „keine prägnantere angeben als die des Sports, des Nehmens rhythmischer Hindernisse, des Wettbewerbs, sei es unter den Ausführenden, sei es zwischen Produktion und Publikum.“

Hier allerdings endet Adornos Zustimmung zu Spenglers Diagnose. Denn was er entschieden nicht teilt, ist Spenglers Verachtung für die Opfer dieser sportlichen Manipulationen der Massenkultur als „Fellachen“. Adorno geht es eher um die aktiv Manipulierenden, denen er das Handwerk legen will. Für den Zusammenhang mit Houellebecqs Thesen zur Wiederkehr der Religion ist Adornos berechtigter Einwand aber nicht entscheidend. Denn da geht es um die von Spengler angesprochene Mystik, die zur Entspannungs- und Zerstreuungskultur der Zivilisation gehört wie die Zeitungen zur Demokratie in ihrer Entstehungszeit.

Ein liberaler muslimischer Präsident

Es ist dieser Hang zur bewusst genossenen Mystik, sei es aktuell als Yogakurs oder Hollywood-Buddhismus, der den Boden für die zweite Religiosität nach Spengler bereitet. Wobei es zu deren Kennzeichen gehört, dass sich ihre modischen Ausprägungen den Gründungsmythen der Religionen demütig anzunähern versuchen, ohne in einer organischen Verbindung mit diesen Mythen zu stehen. Allah auf Facebook könnte man sagen, ist nach Spengler nur die künstliche Form der ursprünglichen Religion.

Der Witz dabei ist nur, dass die zweite Religion die Menschen trotzdem nicht weniger erfasst als die alte. Während aber Spengler keinen Ausweg aus seiner Diagnose kennt außer konservative, preußische Werte, weiß Houellebecq, dass solche Werte bestimmt nichts verhindern. Und entscheidet sich stattdessen für die Enttotalisierung des Gegners in Gestalt des liberal-muslimischen Präsidenten.

Quelle: F.A.S.

111,102

Patriot Act Idea Rises in France, and Is Ridiculed

By MATT APUZZO and STEVEN ERLANGERJAN. 16, 2015

WASHINGTON — The arrests came quickly after the Sept. 11, 2001, attacks. There was the Muslim man suspected of making anti-American statements. The Middle Eastern grocer, whose shop, a tipster said, had more clerks than it needed. Soon hundreds of men, mostly Muslims, were in American jails on immigration charges, suspected of being involved in the attacks.

They were not.

After shootings last week at a satirical newspaper and a kosher market in Paris, France finds itself grappling anew with a question the United States is still confronting: how to fight terrorism while protecting civil liberties. The answer is acute in a country that is sharply critical of American counterterrorism policies, which many see as a fearful overreaction to 9/11. Already in Europe, counterterrorism officials have arrested dozens of people, and France is mulling tough new antiterrorism laws.

Many European countries, and France in particular, already have robust counterterrorism laws, some of which American authorities have studied as possible models. But the terrorist rampage at the Charlie Hebdo newspaper offices and the Hyper Cacher market prompted calls to go even further. Valérie Pécresse, a minister under former President Nicolas Sarkozy, said France needed its own version of the [USA Patriot Act](#), which gave the United States more authority to collect intelligence and pointed America's surveillance apparatus at its citizens.

Politicians and civil rights advocates on both sides of the Atlantic bristled at that suggestion, and at a string of arrests in which French officials used a new antiterrorism law to crack down on what previously would have been considered free speech. One man was sentenced to six months in prison for shouting support for the Charlie Hebdo attackers. Up to 100 others are under investigation for remarks that support or tried to justify terrorism, authorities said.

Dominique de Villepin, the former French prime minister, warned against the urge for “exceptional” measures. “The spiral of suspicion created in the United States by the Patriot Act and the enduring legitimization of torture or illegal detention has today caused that country to lose its moral compass,” he wrote in *Le Monde*, the French newspaper.

François Fillon, the former prime minister under Mr. Sarkozy and now a rival for the center-right, said he opposed a Patriot Act for France. “No freedom should be abandoned,” he said. “I do not support fundamental legislative change.” Otherwise, he said, “we give justification to those coming to fight on our land.”

That the Patriot Act has become shorthand for limiting freedom underscores France's strong criticism of American surveillance. [A Pew Global Attitudes poll](#) last year found that 82 percent of French respondents said it was unacceptable for the United States to monitor its own citizens, a figure nearly as high as the opposition to American surveillance of foreigners. Among European countries, only Greece was more fervent in its objection.

“In the United States, restricting the field of liberty has not produced conclusive results,” said Razy Hammadi, a Socialist legislator from Seine-Saint-Denis, a Paris suburb. “No legislation could ever overcome the madness of a single actor of this kind of barbarism.”

The United States is still, more than a decade later, facing fallout from decisions made after the Sept. 11 attacks.

Congress is expected to reconsider the scope of American surveillance as it decides whether to reauthorize the Patriot Act this year. A scathing [Senate report](#) released last month outlined in new detail the brutal interrogation carried out in secret by the [Central Intelligence Agency](#).

And on Friday, the Obama administration paid \$385,000 to settle a lawsuit from Abdullah al-Kidd, an American citizen who was arrested in 2003, imprisoned for 16 days, repeatedly strip searched and left naked in his cell. He was held, like many others, on the grounds that he was a potential witness in a terrorism case.

“The government acknowledges that your arrest and detention as a witness was a difficult experience for you and regrets any hardship or disruption to your life that may have resulted,” the Justice Department said in a letter to Mr. Kidd.

Lee Gelernt, a lawyer with the American Civil Liberties Union who represented Mr. Kidd, said he hoped that European leaders did not respond in haste. “I think what we saw after 9/11 was real fear, and understandable fear,” he said. “People were unwilling to speak out for civil liberties.”

In that regard, the very existence of a debate in Europe is in contrast to the response across the United States in 2001, when Congress hurriedly passed the Patriot Act before many members had time to read it.

The details of any new French law are unclear, but discussion has focused on increased Internet surveillance and new authority to remove content. Adrienne Charmet-Alix, the coordinator of [La Quadrature du Net](#), a group that advocates Internet freedom, urged caution. Everyone, she said, “must keep a cool head.”

“When freedom of expression is under attack through Charlie Hebdo, when Jewish people are murdered because of their religion, when 4 million people take to the streets, shouting ‘freedom, freedom,’ and the government’s first reflex is to create a framework to reduce this freedom, we must warn citizens,” she said.

European diplomats played down any comparison between the mood in Europe and the American fear of terrorism in the aftermath of 9/11.

Prime Minister David Cameron of Britain, speaking alongside President Obama in Washington on Friday, said the Paris attacks would not be a turning point for Europe, in part because many European countries had developed their own terrorism laws and tactics over the past decade.

Mr. Obama said Friday that while violent extremism had “metastasized” and was “widespread,” he added, “I do not consider it an existential threat.” That is a marked contrast from the language used after the attacks in 2001, when Condoleezza Rice, the White House national security adviser at the time, said, “There is no longer any doubt that today America faces an existential threat to our security.”

France has bolstered its terrorism laws several times since 2001 and has been viewed by American security officials as a strong partner. The most recent law, passed in November, includes travel restrictions for suspected terrorists and increases penalties for people who [say things that are seen as supporting terrorism](#).

“The French were good, and their laws were tough. They didn’t mess around,” said David Raskin, a former chief federal counterterrorism prosecutor in Manhattan. “I was always jealous of some of their trial procedures,” which he said were more favorable to prosecutors than some American court rules.

Immigration and Islam: Europe's Crisis of Faith

France and the rest of Western Europe have never honestly confronted the issues raised by Muslim immigration



ENLARGE

Two women talk as police officers stand in front of the courthouse in Meaux, near Paris, on Sept. 22, 2011. The court convicted two other women for publicly wearing Islamic veils; France banned face coverings earlier that year. *EUROPEAN PRESSPHOTO AGENCY*

By **CHRISTOPHER CALDWELL** Jan. 16, 2015 6:14 p.m. ET

The terrorist assault on the French satirical magazine *Charlie Hebdo* on Jan. 7 may have been organized by al Qaeda's affiliate in Yemen. But the attack, along with another at a Paris kosher market days later, was carried out by French Muslims descended from recent waves of North African and West African immigration. Well before the attacks, which left 17 dead, the French were discussing the possibility that tensions with the country's own Muslim community were leading France toward some kind of armed confrontation.

Consider *Éric Zemmour*, a slashing television debater and a gifted polemicist. His history of the collapse of France's postwar political order, "*Le suicide français*," was No. 1 on the best-seller lists for several weeks this fall. "Today, our elites think it's France that needs to change to suit Islam, and not the other way around," Mr. Zemmour said on a late-night talk show in October, "and I think that with this system, we're headed toward civil war."

More recently, *Michel Houellebecq* published "*Submission*," a novel set in the near future. In it, the re-election of France's current president, *François Hollande*, has drawn recruits to a shadowy group proclaiming its European identity. "Sooner or later, civil war between Muslims and the rest of the population is inevitable," a sympathizer explains. "They draw the conclusion that the sooner this war begins, the better chance they'll have of winning it." Published, as it happened, on the morning of the attacks, Mr. Houellebecq's novel replaced Mr. Zemmour's at the top of the best-seller list, where it remains.

Two days after the *Charlie Hebdo* killings, there was a disturbing indication on *Le Monde*'s website of how French people were thinking. One item about the killing vastly outpaced all others in popularity. The reactions of Europe's leaders was shared about 5,000 times, tales of Muslim schoolchildren with mixed feelings about 6,000, a detailed account of the *Charlie Hebdo* editorial meeting ended by the attack, 9,000. Topping them all, shared 28,000 times, was a story about reprisals: "Mosques become targets, French Muslims uneasy." Those clicks are the sound of French fear that something larger may be under way.

France's problem has elements of a military threat, a religious conflict and a violent civil-rights movement. It is not unique. Every country of Western Europe has a version. For a half-century, millions of immigrants from North and sub-Saharan Africa have arrived, lured by work, welfare, marriage and a refuge from war. There are about 20 million Muslims in Europe, with some 5 million of them in France, according to the demographer *Michèle Tribalat*. That amounts to roughly 8% of the population of France, compared with about 5% of both the U.K. and Germany.

Such a migration is not something that Europeans would have countenanced at any other moment in their generally xenophobic history, and the politicians who permitted it to happen were not lucky. The movement coincided with a collapse in European birthrates, which lent the immigration an unstoppable momentum, and with the rise of modern political Islam, which gave the diaspora a radical edge.

Just why Europe has had such trouble can be partially understood by contrasting it with the U.S. Europe's welfare states are more developed and, until recently, more open to noncitizens, so illegal or "underground" immigration has been low. But employment rates have been low, too. If Americans have traditionally considered immigrants the hardest-working segment of their population,

Europeans have had the opposite stereotype. In the early 1970s, 2 million of the 3 million foreigners in Germany were in the labor force; by the turn of this century, 2 million of 7.5 million were.

Europe was not just disoriented by the trauma of World War II. It was also demoralized and paralyzed by the memory of Nazism and the continuing dismantling of colonialism. Leaders felt that they lacked the moral standing to address problems that were as plain as the noses on their faces—just as U.S. leaders ducked certain racial issues in the wake of desegregation.

Europeans drew the wrong lessons from the American civil-rights movement. In the U.S., there was race and there was immigration. They were separate matters that could (at least until recently) be disentangled by people of good faith. In Europe, the two problems have long been inseparable. Voters who worried about immigration were widely accused of racism, or later of “Islamophobia.”

In France, antiracism set itself squarely against freedom of speech. The passage of the 1990 Gayssot Law, which punished denial of the Holocaust, was a watershed. Activist lobbies sought to expand such protections by limiting discussion of a variety of historical events—the slave trade, colonialism, foreign genocides. This was backed up by institutional muscle. In the 1980s, President François Mitterrand’s Socialist party created a nongovernmental organization called SOS Racisme to rally minority voters and to hound those who worked against their interests.

Older bodies such as the communist-inspired Movement against Racism and for Friendship Among the Peoples made a specialty of threatening (and sometimes carrying out) lawsuits against European intellectuals for the slightest trespasses against political correctness: the late Italian journalist Oriana Fallaci for her post-9/11 lament “The Rage and the Pride,” the philosopher Alain Finkielkraut for doubting that the 2005 riots in France’s suburban ghettos were due to unemployment, the Russia scholar Hélène Carrère d’Encausse for speculating about the role of polygamy in the problems of West African immigrants.

Speech codes have done little to facilitate entry into the workforce for immigrants and their children or to reduce crime. But they have intimidated European voting publics, insulated politicians from criticism and turned certain crucial matters into taboos. Immigrant and ethnic issues have become tightly bound to the issue of building the multinational European Union, which has removed vast areas of policy from voter accountability. “Anti-European” sentiments continue to rise.

So impressed were the Europeans with their own generosity that they failed to notice that the population of second- and third-generation immigrants was growing bigger, stronger, more unified and less inclined to take moral instruction. This is partly a demographic problem. Since the fall of the Berlin Wall, Western Europe has had some of the lowest birthrates of any civilization on record. Without immigration, Europe’s population would fall by a hundred million by midcentury, according to U.N. estimates.

When mass immigration began, Europeans did not give much thought to the influence of Islam. In the 1960s, there might have been worries that a North African was, say, a Nasserite Arab nationalist, but not that he was a would-be jihadist. Too many Europeans forgot that people carry a long past within them—and that, even when they do not, they sometimes wish to. Materialistic, acquisitive, averse to God and family, Europe’s culture appeared cold, dead and unsatisfying to many Muslims. It failed to satisfy a lot of non-Muslims too, but until they ran out of borrowed money with the 2008 crash, they could avoid facing it squarely.

Europeans didn’t know enough about the cultural background of Muslims to browbeat them the same way they did the native-born. Muslims felt none of the historic guilt over fascism and colonialism that so affected non-Muslim Europeans. They had a freedom of political action that Europeans lacked.

As European politics grew duller and the stakes lower, many political romantics looked enviously at the aspirations of the Muslim poor, particularly regarding Palestine. You could see a hint of this last weekend in the BBC journalist who interrupted a mourning Frenchwoman, distraught about the targeting of Jews for murder at a kosher supermarket, to say that “the Palestinians suffer hugely at Jewish hands.”

In a world that prized “identity,” Muslim immigrants were aristocrats. Those who became radicalized developed the most monstrous kind of self-regard. A chilling moment in the most recent terrorist drama came when the TV network RTL phoned the kosher supermarket where the Malian-French hostage-taker, Amedy Coulibaly, was holding his victims at gunpoint. He refused to talk but hung up the phone carelessly. The newspaper *Le Monde* was able to publish a transcript of the strutting stupidity to which he then gave expression:

“They’re always trying to make you believe that Muslims are terrorists. Me, I’m born in France. If they hadn’t been attacked elsewhere, I wouldn’t be here... Think of the people who had Bashar al-Assad in Syria. They were torturing people... We didn’t intervene for years... Then bombers, coalition of 50,000 countries, all that... Why did they do that?”

The Muslim community is not to be confused with the terrorists it produces. But left to its own, it probably lacks the means, the inclination and the courage to stand up to the faction, however small, that supports terrorism. In 1995, there were riots among French Muslims after the arrest of Khalid Kelkal of Lyon, who had planted several bombs—in a train station, near a Jewish school, on a high-speed rail track. In 2012, when Mohamed Merah of Toulouse was killed by police after having gunned down soldiers, a rabbi and three Jewish elementary-school children, his brother professed himself “proud,” and his father threatened to file a wrongful-death suit against the government.

And when Charlie Hebdo printed a memorial cover this week that had a picture of its controversial cartoon character “Muhammad” on it, it was as if the attacks had never happened: Muslim community spokesmen, even moderate ones, issued dire warnings about the insult to them and their coreligionists. To many Muslims in France and the rest of Europe, the new drawings were evidence not that the terrorists had failed to kill a magazine but that the French had failed to heed a warning. Impressive though the post-attack memorial marches were, “the working classes and the North African and West African immigrant kids weren’t there,” as the president of France’s Young Socialists told the newspaper *Le Temps*.

It may seem harsh to criticize the French in their time of grief, but they are responding today with tools that have failed them in previous crises. They reflexively look at their own supposed bigotry as always, somehow, the ultimate cause of Islamist terrorism, and they limit their efforts to making minority communities feel more at home.

The mysterious riots of 2005 in France—which lasted for almost three weeks, during which the rioters made no claims and put forward no leaders—were chalked up to deprivation. The French media responded with an effort to hire more nonwhite news anchors and reporters, and the government promised to spend more in the suburbs. Now, after the murders in Paris, the contradictions continue to accumulate:

- On religion: Mr. Hollande has insisted that the attacks have “nothing to do with Islam.” At the same time, Prime Minister Manuel Valls speaks of “moderate Islam” and rails against “conservatism and obscurantism”—as if the violence had *everything* to do with Islam, and even with religious devotion in general.
- On spying: Some in the French government blame intelligence failures, since the secret services tracked the Charlie Hebdo killers Said and Chérif Kouachi until last summer. But government officials boast of about their principled unwillingness to legislate a “Patriot Act *a la française*”—even as they draw daily on intelligence gathered by the U.S.
- On religious hatred: Justice Minister Christiane Taubira has announced an all-out assault on “racism and anti-Semitism,” promising that those who attack others because of their religion will be fought “with rigor and resolve.” In theory, this sounds like a promise to protect Jewish shoppers from getting killed at their neighborhood grocery stores. In practice, it will mean placing limits on any inquiry into the inner dynamics of Muslim communities and may wind up increasing the terrorist threat rather than diminishing it.

What continues is the deafness of France’s government and mainstream parties to public opinion (and popular suffrage) on the issues of immigration and a multiethnic society. Mr. Hollande’s approval ratings have risen since the attacks, but they are still below 30%. In January 2013, according to the newsweekly *L’Express*, 74% of the French said that Islam “is not compatible with French society.” Though that number fell last year, it is almost certain to be higher now.

Voters all across Europe feel abandoned by the mainstream political class, which is why populist parties are everywhere on the rise. Whatever the biggest initial grievance of these parties—opposition to the European Union for the U.K. Independence Party, opposition to the euro for Alternative für Deutschland, corruption for Italy’s 5 Star Movement—all wind up, by voter demand, placing immigration and multiculturalism at the center of their concerns.

In France, it is the Front National, a party with antecedents on the far right, that has been the big beneficiary. In the last national election, for seats in the European Parliament, the FN, led by Marine Le Pen (daughter of the party’s founder, Jean-Marie Le Pen), topped the polls. But the ruling Socialists froze the Front National out of the recent national ceremonies of mourning, limiting participation in the Paris rally to those parties it deemed “republican.” This risks damaging the cause of republicanism more than the cause of Le Pen and her followers.

Acts of terrorism can occur without shaking a country to its core. These latest attacks, awful as they were, could be taken in stride if the majority in France felt itself secure. But it does not. Thanks to wars in Iraq, Syria and Yemen, thousands of young people who share the indignation of the Kouachis and Coulibaly are now battle-hardened and heavily armed.

France, like Europe more broadly, has been careless for decades. It has not recognized that free countries are for peoples strong enough to defend them. A willingness to join hands and to march in solidarity is a good first response to the awful events of early January. It will not be enough.

Mr. Caldwell is a senior editor at the Weekly Standard and the author of “Reflections on the Revolution in Europe: Immigration, Islam and the West.”

EZB will Anleihekäufe nationalen Notenbanken überlassen

Das Kaufprogramm der Europäischen Zentralbank für Staatsanleihen nimmt Gestalt an: Laut einem Medienbericht hat EZB-Präsident Mario Draghi der deutschen Kanzlerin seine Überlegungen dazu vorgestellt.

17.01.2015

Die Pläne für großangelegte Anleihekäufe durch die Europäische Zentralbank nehmen offenbar Gestalt an. Wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtet, sollen die nationalen Zentralbanken nur Anleihen des eigenen Landes kaufen und halten. **EZB-Präsident Mario Draghi wolle mit diesem Vorstoß das Kaufprogramm auch den Deutschen schmackhaft machen.** Draghi soll Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble das Konzept am Mittwoch in Berlin vorgestellt haben. Ein Regierungssprecher bestätigte, dass Merkel Draghi am Mittwoch getroffen hat. Es habe sich um einen regelmäßig stattfindenden Austausch gehandelt.

Draghi will mit seinem Vorschlag offenbar der Kritik begegnen, die Gemeinschaft hafte für Schulden einzelner Krisenländer. Kaufe jede nationale Notenbank nur Anleihen des eigenen Landes, übernehme kein Land Haftungsrisiken für andere Staaten, soll Draghi laut dem Bericht bei Angela Merkel und Wolfgang Schäuble geworben haben. Die EZB plane zudem eine „Obergrenze“ für die Anleihekäufe, heißt es in dem Bericht: Jede Notenbank dürfe Staatsanleihen nur in Höhe von 20 bis 25 Prozent der Schulden des eigenen Landes kaufen. Griechenland ist dem Bericht zufolge sogar von dem Programm ganz ausgeschlossen, weil seine Staatsanleihen derzeit die Qualitätsstandards für die Maßnahme nicht erfüllten.

Eine Reaktion aus Berlin blieb bislang aus. Der Chef der niederländischen Notenbank Klaas Knot sprach sich im „Spiegel“ indes dafür aus. Wenn die nationalen Notenbanken nur die Papiere des eigenen Landes kaufen könne, räume dies „einen wesentlichen Einwand“ aus, sagte er dem Magazin. Die Gefahr sei dann geringer, dass es zu einer unerwünschten Umverteilung von Finanzrisiken komme. Auch der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem zeigt sich offen. Das Programm könne „der Wirtschaft der Euro-Zone auf jeden Fall Schwung verleihen“, sagte der Vorsitzende der Eurogruppe in einem Interview der Zeitung „Het Financieele Dagblad“ vom Samstag. Bisher hatten sich die Niederlande skeptischer zur Öffnung der Geldschleusen als Konjunkturimpuls für die Währungsgemeinschaft geäußert. Sie standen eher auf der Seite der Bundesbank, die einen solchen unkonventionellen Schritt ablehnt.

In Deutschland ist die Sorge groß, für Ausfälle anderer Länder haften zu müssen. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann sprach sich immer - auch wegen möglicher Haftungsrisiken - gegen Staatsanleihenkäufe durch die EZB aus. Zudem kritisierte er, dass sich die EZB nicht auf eine verbotene Staatsfinanzierung durch die Notenpresse einlassen dürfe.

Trotz deutschen Widerstands wird immer wahrscheinlicher, dass der EZB-Rat am nächsten Donnerstag den Startschuss für umfangreiche Staatsanleihenkäufe geben wird oder sie zumindest ankündigt. EZB-Chef Mario Draghi hat die Tür für die Anleihekäufe bereits weit aufgestoßen und betont, die Zentralbank müsse wegen des extrem niedrigen Zinses von 0,05 Prozent nun zu außergewöhnlichen Mitteln greifen.

111,108

Blogs

17 janvier 2015, par [Pascale Robert-Diard](#)

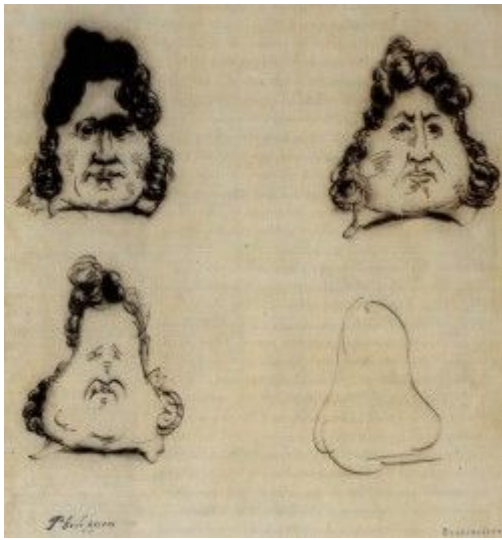
Satire et droit à l'humour, un si long combat judiciaire

Le texte mériterait d'être affiché, étudié, débattu dans toutes les écoles de France, aux côtés de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789. Une dizaine de pages, celles du jugement rendu le 22 mars 2007 par la 17e chambre du tribunal correctionnel de Paris dans l'affaire des caricatures de Mahomet, constituent une magistrale leçon d'instruction civique.

Elles s'ouvrent sur ce rappel solennel : *« Attendu qu'en France, société laïque et pluraliste, le respect de toutes les croyances va de pair avec la liberté de critiquer les religions quelles qu'elles soient et avec celle de représenter des sujets ou objets de vénération religieuse ; que le blasphème, qui outrage la divinité ou la religion, n'y est pas réprimé (...) »*. Elles concluent : *« Attendu que Charlie Hebdo est un journal satirique, contenant de nombreuses caricatures, que nul n'est obligé d'acheter ou de lire (...) ; que toute caricature s'analyse en un portrait qui s'affranchit du bon goût pour remplir une fonction parodique (...) ; que le genre littéraire de la caricature, bien que délibérément provocant, participe à ce titre à la liberté d'expression et de communication des pensées et des opinions (...) ; qu'ainsi, en dépit du caractère choquant, voire blessant, de cette caricature pour la sensibilité des musulmans, le contexte et les circonstances de sa publication dans le journal Charlie Hebdo apparaissent exclusifs de toute volonté délibérée d'offenser directement et gratuitement l'ensemble des musulmans ; que les limites admissibles de la liberté d'expression n'ont donc pas été dépassées. »*

Le journal, qui était poursuivi pour « injure envers une religion » par deux associations musulmanes, est donc relaxé. Le jugement est confirmé un an plus tard par la cour d'appel de Paris. Il dit deux siècles d'histoire nationale, de tensions politiques et religieuses qui ont bâti, pierre après pierre, la forteresse de la liberté d'expression et son pendant, le droit à l'humour et à la caricature.

La Révolution française l'avait proclamée avant de l'étouffer bien vite. L'Empire puis la Restauration n'ont cessé de lui fixer des limites. Dans les années 1830, Honoré Daumier, Charles Philippon – avec ses dessins de poires représentant le roi Louis-Philippe – sont condamnés à des peines de prison ferme pour leurs caricatures.



Louis-Philippe par Philipon

La loi de 1835, préparée par Adolphe Thiers, alors ministre de l'intérieur, accorde à la caricature le statut protecteur de « genre littéraire », mais prévoit que « *l'offense au roi, lorsque elle a pour but d'exciter à la haine ou au mépris de sa personne ou de son autorité constitutionnelle, est un attentat à la sûreté de l'Etat* ».

Cinquante ans plus tard, la loi sur la liberté de la presse de 1881, votée sous la III^e République, encadre très strictement l'irrévérence entre les bornes de l'injure, de l'atteinte aux bonnes mœurs, de l'offense au président de la République ou aux chefs d'Etat étrangers et du droit à l'image.

Il faut enjamber le siècle et deux guerres pour qu'une autre révolution, celle de mai 1968, fasse franchir un pas décisif à la liberté d'expression et au droit à l'humour. « *Ce sont bien Cabu, Wolinski et les autres qui, les premiers, ont porté l'outrance et l'irrévérence dans des dessins jusqu'alors proscrits, car considérés comme trop vulgaires ou licencieux* », observe l'avocat spécialiste du droit de la presse Basile Ader.

C'est d'ailleurs à *Charlie Hebdo* que l'on doit un attendu de principe qui a aujourd'hui force de loi, souligne l'avocat : il figure dans un arrêt rendu en 1991 par la cour d'appel de Paris, selon lequel « *on doit tolérer l'inconvenance grossière et provocatrice, l'irrévérence sarcastique sur le bon goût desquelles l'appréciation de chacun reste libre, qui ne peuvent être perçues sans tenir compte de leur vocation ouvertement satirique et humoristique, qui permet des exagérations, des déformations et des présentations ironiques* ».

La caricature, qui vient étymologiquement du verbe italien *caricare* (« charger »), est une charge, rappelle l'avocat Frédéric Gras dans un article très documenté, « La tradition française de protection de la caricature ». Parce qu'elle est forcément désagréable, voire douloureuse ou insupportable, le juge ne peut faire dépendre son appréciation de la susceptibilité de celui qui s'en estime victime, sauf à restreindre considérablement le principe de la liberté d'expression et le droit à l'humour. A rebours de ce que relevait en 1913 le juriste Henri Fougerol – le caricaturiste « *s'attachera toujours à conserver le ton de la fine plaisanterie et de l'ironie gauloise* » –, la jurisprudence née avec *Charlie Hebdo* admet que l'humoriste peut ne pas être drôle. La même précaution vaut pour le juge, qui n'a pas à se déterminer en fonction de sa propre susceptibilité. « *Le juge n'est pas le juge du bon goût* », observe Basile Ader.

C'est surtout à la Cour européenne des droits de l'homme que l'on doit la consécration du principe de la liberté d'expression. Dans un arrêt fondateur de 1976, elle souligne que « *la liberté d'expression vaut non seulement pour les informations ou idées accueillies avec ferveur ou considérées comme inoffensives, mais aussi pour celles qui heurtent, choquent ou inquiètent l'Etat ou une fraction quelconque de la population. Ainsi le veulent le pluralisme, la tolérance ou l'esprit d'ouverture, sans lesquels il n'y a pas de société démocratique* ». C'est à cette aune que la 17^e chambre juge chaque jour les plaintes qui lui sont soumises.

Mais si elles n'ont cessé de reculer, les frontières de la liberté d'expression et du droit à l'humour existent bel et bien. « *La caricature et la satire étant par nature abusives, les limites du droit à l'humour doivent être considérées comme des abus d'abus* », relève Me Basile Ader.

Pour les personnalités publiques, qui doivent admettre que la caricature est la contrepartie de la notoriété, les limites à ne pas franchir sont la diffamation, l'injure, l'outrage, le dénigrement ou l'atteinte à la vie privée. Les journaux satiriques disposent, à ce titre, d'une « présomption humoristique », qui les protège davantage que les publications dites sérieuses.

L'humour ne saurait non plus servir à masquer ce que le droit appelle des « *buts illégitimes* », tels que la provocation à la haine raciale, l'injure faite à un groupe en raison de son appartenance religieuse, l'atteinte à la dignité humaine ou l'animosité personnelle.

Cette distinction subtile entre buts légitimes et illégitimes est au cœur des malentendus et de la polémique qu'entretiennent les partisans de Dieudonné. Pour les juges, la ligne jaune est franchie quand l'injure, même prononcée par quelqu'un revendiquant le statut d'humoriste, atteint une communauté « *dans son ensemble* ». Dans une décision rendue en 2007, la cour considère ainsi que les propos de Dieudonné – « *Les juifs, c'est une secte, une escroquerie. C'est une des plus graves parce que c'est la première* » – ne relèvent pas « *de la libre critique du fait religieux, participant d'un débat d'intérêt général, mais constituent une injure visant un groupe de personnes en raison de son origine, dont la répression est une restriction nécessaire à la liberté d'expression dans une société démocratique* ».

En 2006, les juges déboutent en revanche de leurs poursuites des associations catholiques qui s'estimaient injuriées par deux documents : une image représentant « sainte Capote », une religieuse aux épaules nues à côté d'un préservatif, et une affiche, parodie commerciale de *La Cène* de Léonard de Vinci. Dans les deux cas, les juges relèvent que ces documents, même s'ils avaient pu être ressentis comme offensants, n'ont pas « *pour objectif d'outrager les fidèles de confession catholique, ni de les atteindre dans leur considération en raison de leur obéissance* » et qu'en conséquence ils ne dépassent pas les limites de la liberté d'expression.

C'est le même raisonnement qui conduit, l'année suivante, la 17^e chambre à relaxer *Charlie Hebdo* à propos de la publication de certaines caricatures de Mahomet. Ces caricatures, estime alors le tribunal, ne sont pas une injure raciale, car elles « *visent clairement une fraction et non l'ensemble de la communauté musulmane* ».

Mardi 6 janvier, les représentants des principaux cultes de l'Alsace et de la Moselle, dont l'islam, participaient à une audition commune à Paris devant l'Observatoire de la laïcité. A l'unanimité, ils ont demandé l'abrogation du délit de blasphème, une survivance du droit allemand resté en vigueur dans ces départements même après leur rattachement à la France en 1918. Ce délit, soulignaient-ils, est complètement tombé en désuétude. Le lendemain de cette réunion, les frères Chérif et Saïd Kouachi quittaient le siège de *Charlie Hebdo*, dont ils venaient de décimer la rédaction, en hurlant dans la rue : « *On a tué Charlie, le Prophète est vengé.* »

111,111

How Orwell's 'Animal Farm' Led A Radical Muslim To Moderation

JANUARY 15, 2015 2:05 PM ET

Listen to the Story

Fresh Air
43 min 28 sec



At age 16, Maajid Nawaz joined the Islamist group Hizb ut-Tahrir. But after four years in prison, he decided to leave the group. He co-founded the think tank Quilliam, which is dedicated to countering extremist beliefs, and he's now running for Parliament in England.

Courtesy of the Quilliam Foundation

When Maajid Nawaz was growing up in Essex, England, in the 1990s, the son of Pakistani parents, he first found his voice of rebellion through American hip-hop.

"It gave me a feeling that my identity could matter — and did matter — growing up as a British Pakistani who was facing racism from whiter society," Nawaz tells *Fresh Air's* Terry Gross, "but also confusion about where my family was from and not really fitting into either culture."

At age 16, Nawaz was transformed from a disaffected British teenager to an Islamist recruiter when he joined the Islamist group Hizb ut-Tahrir. Nawaz continued his college studies and spent a year abroad in Egypt, where he continued his recruiting. As a result, he was imprisoned for four years, starting in 2002.

It was while in prison, surrounded by several prominent jihadist leaders, that Nawaz realized he wanted to take a different path. He was reading George Orwell's *Animal Farm* and came to a new understanding of "what happens when somebody tries to create a utopia."

"I began to join the dots and think, 'My God, if these guys that I'm here with ever came to power, they would be the Islamist equivalent of *Animal Farm*,'" Nawaz says. He says he began to see that it's "impossible to create a utopia."

"Everything falls apart. I lost all my friends. ... My marriage fell apart. I suffered my second identity crisis. I'm very, very lucky to have been able to get through it."

- Maajid Nawaz, co-founder of the think tank Quilliam

"I'm living up close and seeing [the radicals'] everyday habits and lifestyle, I thought, 'My God, I wouldn't trust these guys in power,' because when I called it, back then, and said, 'If this caliphate, this theocratic caliphate, was ever established, it would be a nightmare on earth,'" Nawaz says.

A year after his release, at the age of 24, Nawaz left the Islamist group and its ideology. He later co-founded the think tank Quilliam, which is dedicated to countering extremist beliefs.

"Now, when we see what ISIL [the self-proclaimed Islamic State] is doing in the name of this theocratic caliphate, I believe I have been vindicated that these guys, any of them, if they ever got to power, they would be committing mass atrocities," Nawaz says.

Nawaz is the author of the memoir *Radical: My Journey Out of Islamist Extremism*. He's now running for Parliament in England as a Liberal Democrat party candidate.

Interview Highlights

On what led to his initial interest in radical Islam

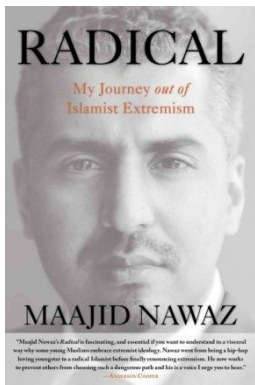
In my case, it began with a perceived sense of grievance, in particular, around the racism I was facing domestically, in my home county of Essex in England, and abroad with the genocide that was unfolding in Bosnia, which, if you can imagine a genocide unfolding on the continent in which you live, it has a very, very lasting impact on one's psyche.

How Does An Islamist Extremist Change His Mind?

So, in Bosnia, the case was there were white, blond-haired, blue-eyed Muslims who were being slaughtered and identified as Muslims. That really touched me.

But I really didn't grow up religious and I didn't grow up acknowledging my Muslim identity. For me, I was a British Pakistani. So Bosnia and the domestic racism wasn't sufficient for me to turn to Islamism.

But, at the same time, I got into American hip-hop and listening to American hip-hop, in fact a bit like the Kouachi brothers [the brothers who carried out the *Charlie Hebdo* attacks in Paris], listening to heavily politicized American rap in what's known as its "golden era" in the '90s. I got into groups such as Public Enemy and Chuck D ... and I got into N.W.A. I got into all sorts of hip-hop that was heavy on social commentary, whether [it was] N.W.A. and commentary heavy on some of the crime, the gangs and the racism that they faced on the streets of Compton, or Public Enemy, which was very heavy politically. And hip-hop in the '90s began moving towards the nation of Islam and the 5 percenters, black nationalist movements, very much so these movements embraced a form of Islam, Malcom X's form of Islam prior to his change.



Radical

My Journey Out of Islamist Extremism

by Maajid Nawaz and Tom Bromley Hardcover, 270 pages [purchase](#)

What this music did for me is it gave me a sense of empowerment. It gave me a voice.

On the four years he spent in prison in Egypt

I was in prison with pretty much the who's who of the jihadist and Islamist scene of Egypt at the time, and Egypt was the cradle of Islamism for the world — it's where it began and where jihadism began as well.

I was in prison with the assassins of the former president of Egypt, Anwar Sadat, who was killed in 1981. Those who weren't executed in that case were given life sentences and two of those were with me in prison.

I was in prison with the leader of the Muslim Brotherhood ... the general guide, his name is Dr. Mohamed Badie, and he currently resides back in prison.

I was in prison with the leader of Hizb ut-Tahrir, my own group. I was also in prison with some other jihadists who were professional bomb-makers and others some affiliated to al-Qaida and some affiliated to [Egyptian Islamic] Jihad and other such Egyptian groups, but I also interestingly had liberal political prisoners with me in Egypt and beyond that.

There was a group known as the Queen Boat Case who were gay Egyptians who have been imprisoned for being gay and then there were Christians who had converted to Islam and there were Muslims who had converted to Christianity. So we had a running joke in prison under [former Egyptian President] Hosni Mubarak and that was: In Egypt, if you change your mind from anything to anything you get put in prison. ...

You can imagine the sorts of conversations that the gay guys would be having with the assassins of Sadat. So, in a sense, it was a very, very thorough education — political education — for me over the course of those four years.

On how difficult it was to leave Hizb ut-Tahrir and start over

Everything falls apart. I lost all my friends. There are members — very, very close and dear members — of my family. I'm talking immediate family who simply don't speak to me anymore and haven't done so for years. My marriage fell apart. I suffered my second identity crisis, and I was very, very lucky to have been able to get through it.

There were people who had sampled my voice from speeches when I was an Islamist and made them the chorus of pro-Islamist rap songs who then began talking about me as an apostate. Everything turned on its head and I had to rebuild my life, I had to finish my degree, because, of course, I still had one year left in my university. And I had to find a job and the challenge, of course, was also that people didn't want to employ someone who had been a political prisoner in the war on terror.

111,113

Politics Risk Tripping Up Greece on Debt Relief

Greece's Debt Looks Fairly Manageable. It's Politics That Makes It Problematic



ENLARGE

Alexis Tsipras, leader of the Syriza Party, holds a clove flower as he attends a pre-election party congress in Athens on Jan. 3. *BLOOMBERG NEWS*

By **STEPHEN FIDLER**

Updated Jan. 16, 2015 11:53 a.m. ET

Does Greece need debt relief? Alexis Tsipras, leader of the left-wing Syriza party and the man who could be Greece's next prime minister, says it does.

"There is no single sensible person in the whole of Europe who seriously thinks that Greece's debt is sustainable and must be repaid in full," he said in a speech on Tuesday.

Yet a lot of policy makers elsewhere in the eurozone, who presumably believe themselves sensible, disagree. Forget, they argue, that Greek government debts are equivalent to an extraordinary 174% of gross domestic product. Look instead at the relatively manageable amounts Greece must pay annually to service them.

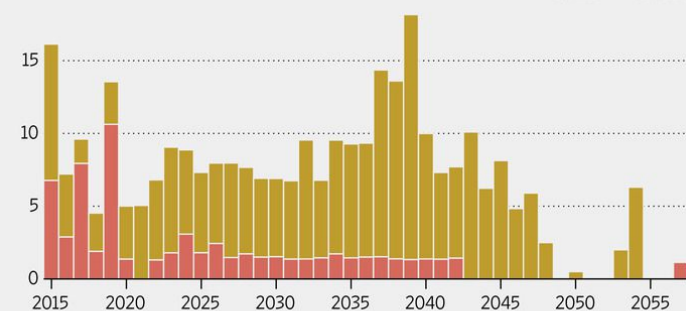
"One cannot only look at the debt level or debt ratio, that's an inadequate analysis," Klaus Regling, head of the European Stability Mechanism, said in September 2013.

What is important, he and others have said, is that Greece's debt-servicing bill has dropped sharply because other eurozone countries now own 60% of Greece's €322 billion (\$380 billion) government debt. They have agreed to a big cut in Greece's interest payments and extended its repayments out to 2054. These concessions are, Mr. Regling said, "economically the equivalent of a haircut"—a reduction in the face value of the debt.

A Long Road to Redemption

Maturities on Greece's enormous debts have been extended by decades by its international lenders; redemption schedule of Greek government debt:

€20 billion ■ Loans ■ Bonds



Note: Excludes Treasury bills. As of Sept. 30, 2014
Source: Greek Ministry of Finance

The Wall Street Journal

ENLARGE

That hasn't convinced everybody. "Of course they are going to say that," said Philippe Legrain, a former economic adviser to the European Commission.

Mr. Legrain says Greece should have been given debt relief back in 2010 instead of being forced to pay its debts in full—largely to the benefit of banks in Germany, France and elsewhere in Northern Europe—and submit to a harsh austerity program.

Now, saddled with the bleak political and economic legacy of that decision, eurozone governments are just "kicking the can down the road ad infinitum or at least until the current crop of policy makers is retired," Mr. Legrain said.

He doubts Greece's debt will fall as a share of its GDP in coming years, and certainly nowhere near the official eurozone projection of below 124% of GDP by 2020. That is in part because he thinks official forecasts for growth are way too optimistic. Those forecasts see nominal GDP growth—real growth plus inflation—of close to 5% from next year to 2020.

He is also skeptical of the assumption that Greece will run primary-budget surpluses—its budget balance before interest payments on debt—equivalent to 4% or more of GDP. That is politically unrealistic, he says. “No other country has done what Greece is being asked to do,” he said.

It's true that Greece's interest payments to its eurozone lenders are low in nominal terms—on average a small margin above market interest rates, which stand at close to zero today.

But the real burden is higher because inflation in Greece is negative. Prices fell by 2.6% in 2014, meaning Greece's real interest rate exceeds a hefty 3%.

Still, Greece's interest bill does compare favorably with that of some other countries. In 2013, for example, its bill of 4.0% of GDP compared with 5.0% in Portugal, 4.8% in Italy, and 4.4% in Ireland. Greece pays even less in cash because the eurozone has allowed Greece to delay interest payments until 2022. This year, cash payments on interest are forecast at just 3% of GDP.

Even with this interest schedule, questions remain. The first arises this year, when €16 billion of bonds and loans come due.

A big part of that is €6.7 billion in bonds held by eurozone central banks that are up for repayment in July and August. To repay those, Greece will probably need some of €7.2 billion of its remaining bailout loans. And to access those, it will need agreement from its official creditors, so far not forthcoming, that it has met the terms of its bailout program.

Greek Elections: The Parties and Leaders



Another hump is expected in 2019, when maturities amount to €13.6 billion. And then in 2022, the interest that the eurozone has forgone will come due in a lump. That sum could be around €17 billion and would presumably need to be repackaged into another long-term loan.

There's another big risk. Greek interest payments are low for now, but could rise sharply in the next few years as eurozone rates rise. Some experts argue this risk could be addressed, relatively cheaply now with today's low interest rates, by swapping the stream of floating interest-rate obligations into fixed rates using financial markets.

The trouble is that Greece's credit rating is too low to make this possible, so other eurozone governments would have to agree to do it.

For sure, Greece is no longer the debtor it was in 2010. Its debt is lower and its major creditors are its fellow governments in the eurozone rather than financial investors.

Those governments declared in November 2012 that they would be willing to make further concessions once Greece achieved a primary surplus—it did for the first time last year—and implemented all of the conditions of its bailout program. The concessions already made suggest that a liquidity crisis—Greece running out of ready cash—isn't likely in the near future.

But dealing with outstanding risks, like a sudden rise in interest rates, is likely to require further forbearance from the rest of the eurozone, which in turn is likely to be conditional on Greece's continued “good behavior.”

That is an uncomfortable position for any national politician. In narrow financial terms, Greece's debt looks fairly manageable. It's politics that makes it problematic.


Write to Stephen Fidler at stephen.fidler@wsj.com

Wir sind Dresden

Dies ist keine Solidarisierung mit Pegida. Aber die Aufgabe des Staates ist es, alles dafür zu tun, dass die Pegida-Anhänger bald wieder demonstrieren können. Der Angriff auf ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein Angriff auf uns alle.

18.01.2015, von REINHARD VESER



© DPA  Pegida bleibt eine Melange aus Wut und Vorurteil - aber es ist die Aufgabe des Staates, den Anhängern Demonstrationen zu ermöglichen.

Muss die Losung „Je suis Charlie“ nun von „Wir sind Pegida“ abgelöst werden? Für die Initiatoren von Pegida und für die Dresdner Demonstranten gilt das gleiche wie für die Satiriker von „Charlie Hebdo“: Der Angriff auf ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein Angriff auf uns alle. Sollten Islamisten tatsächlich einen Anschlag auf die Kundgebung oder einen ihrer Organisatoren planen, dann planen sie einen Anschlag auf den Kern dessen, was unser Gemeinwesen ausmacht.



Autor: Reinhard Vesper, Jahrgang 1968, Redakteur in der Politik. Folgen:

Das ist keine Solidarisierung mit Pegida. Die mitunter abenteuerlichen Behauptungen aus den Reihen dieser Bewegung werden dadurch nicht richtiger, ihr verqueres Verständnis von Meinungsfreiheit (alles, was nicht der eigenen Weltansicht entspricht, ist „Lüge“) bleibt inakzeptabel, die Melange aus Wut und Vorurteil, die sich bei den Demonstrationen Bahn bricht, tut diesem Land auch weiterhin nicht gut. Die Auseinandersetzung mit Pegida muss deshalb weitergeführt werden – mit Worten oder auch gewaltfreien Demonstrationen. Aber die Aufgabe des Staates ist es, alles dafür zu tun, dass die Pegida-Anhänger bald wieder demonstrieren können.

Ein Gefühl von Angst und Unsicherheit wird vermutlich auch dann bleiben, wenn Kundgebungen dereinst wieder erlaubt werden. Denn auch wenn die Polizei bis dahin vielleicht mehr weiß und möglicherweise sogar einige Gefährder aus dem Verkehr gezogen hat, wird sich an der Bedrohungslage nur wenig ändern. Das ist schlimm genug. Und es ist zu befürchten, dass Sicherheitskräfte und Behörden auch in Zukunft immer wieder vor der schweren Entscheidung stehen werden, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit und konkrete Sicherheitsbedenken gegeneinander abzuwägen. Und das nicht nur, wenn es um islamkritische (oder -feindliche) Demonstrationen geht.

Auch das wird in Dresden deutlich: Das Demonstrationsverbot, das die Dresdner Polizei aus Furcht vor Anschlagsplänen für Montag erlassen hat, richtet sich nicht nur gegen Pegida – auch deren Gegner dürfen nicht auf die Straße gehen. Beide Seiten sitzen plötzlich im selben Boot.

Den Terroristen wäre es vermutlich ohnehin gleichgültig, wen sie treffen: Auch Demonstrationen für eine offene Gesellschaft sind schließlich eine Kampfansage an sie. Die richtige Reaktion auf die Drohungen gegen die Pegida-Kundgebung lautet deshalb: „Wir sind Dresden.“

<http://www.nytimes.com/2015/01/19/opinion/marine-le-pen-france-was-attacked-by-islamic-fundamentalism.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=c-column-top-span-region®ion=c-column-top-span-region&WT.nav=c-column-top-span-region>

111,116

The Opinion Pages | **OP-ED CONTRIBUTOR**

To Call This Threat by Its Name

Marine Le Pen: France Was Attacked by Islamic Fundamentalism

[Lire en français \(Read in French\) >](#)

By **MARINE LE PEN** JAN. 18, 2015

Paris — “To misname things is to add to the world’s unhappiness.” Whether or not Albert Camus really did utter these words, they are an astonishingly apt description of the situation in which the French government now finds itself. Indeed, the French Foreign Minister Laurent Fabius no longer even dares pronounce the real name of things.

Mr. Fabius will not describe as “Islamists” the terrorists who on Wednesday, Jan. 7, walked into the offices of the newspaper Charlie Hebdo, right in the heart of Paris. Nor will he use “Islamic State” to describe the radical Sunni group that now controls territory in Syria and Iraq. No reference can be made to “Islamic fundamentalism,” for fear that Islam and Islamism might get conflated. The terms “Daesh” and “Daesh cutthroats” are to be favored instead, even though in Arabic “Daesh” means the very thing to be hidden: “Islamic State.”

Let us call things by their rightful names, since the French government seems reluctant to do so. **France, land of human rights and freedoms, was attacked on its own soil by a totalitarian ideology: Islamic fundamentalism.** It is only by refusing to be in denial, by looking the enemy in the eye, that one can avoid conflating issues. Muslims themselves need to hear this message. They need the distinction between Islamist terrorism and their faith to be made clearly.

Yet this distinction can only be made if one is willing to identify the threat. It does our Muslim compatriots no favors to fuel suspicions and leave things unspoken. **Islamist terrorism is a cancer on Islam, and Muslims themselves must fight it at our side.**

Once things are called what they are, the real work begins. Nothing has been done yet. Whether from the right or the left, one French administration after another has failed to size up the problem or the task to be accomplished. Everything must be reviewed, from the intelligence services to the police force, from the prison system to the surveillance of jihadist networks. Not that the French security services have let us down: They proved their courage and determination again during the Jan. 9 hostage crisis in a kosher grocery near the Porte de Vincennes in Paris. However their actions have been hobbled by a series of mistakes committed by the powers that be.

These mistakes must also be called by their names. I will mention only three, but they are of crucial importance.

First, the dogma of the free movement of peoples and goods is so firmly entrenched among the leaders of the European Union that the very idea of border checks is deemed to be heretical. And yet, every year tons of weapons from the Balkans enter French territory unhindered and hundreds of jihadists move freely around Europe. Small surprise then that Amedy Coulibaly’s machine gun came through Belgium, as the Walloon media have reported, or that his partner Hayat Boumeddiene fled to Syria under the nose of law enforcement.

Second, the massive waves of immigration, both legal and clandestine, our country has experienced for decades have prevented the implementation of a proper assimilation policy. As Hugues Lagrange, a sociologist at the French National Center for Scientific Research (C.N.R.S.), has argued, **culture has a major influence on the way immigrants relate to French society and its values, on issues such as the status of women and the separation of state and religious authority.**



Marine Le Pen Credit Patrick Aventurier/Getty Images

Without a policy restricting immigration, it becomes difficult, if not impossible, to fight against communalism and the rise of ways of life at odds with **laïcité, France's distinctive form of secularism**, and other laws and values of the French Republic. **An additional burden is mass unemployment, which is itself exacerbated by immigration.**

Third, French foreign policy has wandered between Scylla and Charybdis in the last few years. Former President Nicolas Sarkozy's intervention in Libya, President François Hollande's support for some Syrian fundamentalists, alliances formed with rentier states that finance jihadist fighters, like Qatar and Saudi Arabia — all are mistakes that have plunged France into serious geopolitical incoherence from which it is struggling to extricate itself. Incidentally, Gerd Müller, Germany's federal minister of economic cooperation and development, deserves praise for having the clear-sightedness, like the Front National, of accusing Qatar of supporting jihadists in Iraq.

These mistakes are not inevitable. But to rectify them, we must act quickly. The Union Pour Un Mouvement Populaire and the Parti Socialiste have called for a committee to investigate the recent terrorist attacks. That will hardly solve matters. **"If you want to bury a problem, set up a committee,"** the French statesman Georges Clémenceau once said.

For now, one emergency measure can readily be put into action: **Stripping jihadists of their French citizenship is an absolute necessity. In the longer run, most important, national border checks must be reinstated, and there should be zero tolerance for any behavior that undermines laïcité and French law.** Without such measures, no serious policy for combating fundamentalism is possible.

France has just gone through 12 days it will never forget. After pausing to grieve its dead, it then rose up to defend its rights. Now the French people, as if a single person, must put pressure on their leaders so that these days in January will not have been in vain. From France's tragedy must spring hope for real change. The petty logic of political parties cannot be allowed to stifle the French people's legitimate aspirations to safety and liberty.

We, the French, are viscerally attached to our laïcité, our sovereignty, our independence, our values. The world knows that when France is attacked it is liberty that is dealt a blow. I began by saying that we must call things by their names. I will end by saying that some names speak for themselves. **The name of our country, France, still rings out like a call to freedom.**

111,118

Les caricatures de Mahomet divisent les Français

Le Point - Publié le 18/01/2015 à 08:55 - Modifié le 18/01/2015 à 18:53

Quatre Français sur dix pensent qu'il faut éviter de publier des caricatures de Mahomet, selon un sondage Ifop publié dans "Le Journal du dimanche".



Les caricatures de

Mahomet dans "Charlie Hebdo" divisent les Français. © MAURIZIO GAMBARINI/AFP

SOURCE AFP

Les Français sont partagés sur le bien-fondé des caricatures de Mahomet alors que des manifestations anti-Charlie agitent le monde musulman. Plus de quatre sondés sur dix (42 %) jugent qu'il faut éviter de publier des caricatures du Prophète, et près de la moitié (49 %) ne sont pas favorables à une limitation de la liberté d'expression sur Internet, révèle un sondage Ifop publié dans *Le Journal du dimanche*.

À une question rappelant que "certains musulmans se sentent blessés ou agressés par la publication de caricatures du prophète Mahomet", 57 % répondent qu'il faut "ne pas tenir compte de ces réactions et continuer de publier ce type de caricatures", contre 42 % qui pensent qu'il "faut tenir compte de ces réactions et éviter de publier ce type de caricatures" (1 % sans opinion). 50 % des personnes interrogées se déclarent favorables à "une limitation de la liberté d'expression sur Internet et les réseaux sociaux", contre 49 % qui n'y sont pas favorables et 1 % sans opinion.

Les Français pour la déchéance de nationalité en cas de terrorisme

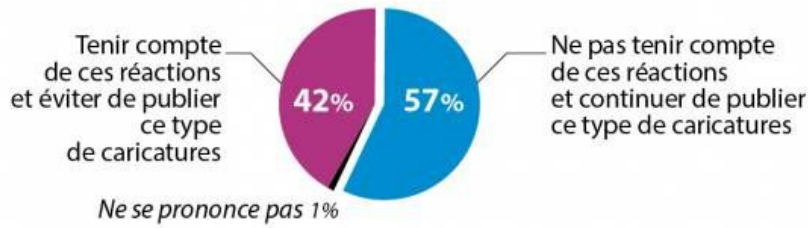
81 % des sondés sont favorables à "la déchéance de nationalité française pour les binationaux (personnes ayant une double nationalité) condamnés pour des actes de terrorisme sur le sol français", 68 % à "l'interdiction du retour en France de citoyens français que l'on soupçonne d'être allés se battre dans des pays ou régions contrôlés par des groupes terroristes", et également 68 % à "l'interdiction de sortie du territoire aux citoyens français soupçonnés de vouloir se rendre dans des pays ou régions contrôlés par des groupes terroristes".

En revanche, 57 % ne sont pas favorables à "d'autres interventions militaires françaises en Syrie, au Yémen ou en Libye", et 63 % ne sont pas non plus pour "une intensification des opérations militaires françaises en Irak".

Sondage réalisé par téléphone les 16 et 17 janvier auprès d'un échantillon de 1 003 personnes, représentatif de la population française adulte (méthode des quotas).

Plus de 4 Français sur 10 opposés aux caricatures de Mahomet

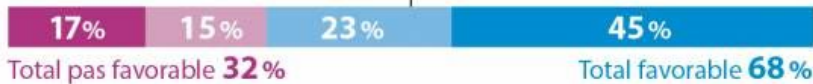
• Certains musulmans pratiquants se sentent blessés ou agressés par la publication de caricatures du prophète Mahomet. Selon vous, il faut...



• La déchéance de nationalité française pour les binationaux condamnés pour actes de terrorisme sur le sol français



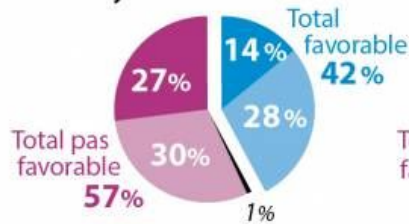
• L'interdiction du retour en France pour les citoyens français que l'on soupçonne d'être allés se battre dans des pays ou régions contrôlés par des groupes terroristes



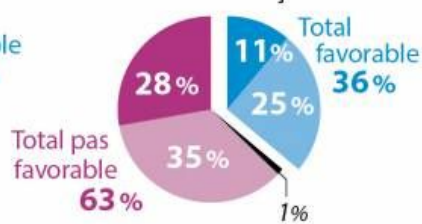
• L'interdiction de sortie du territoire aux citoyens français soupçonnés de vouloir se rendre dans des pays ou régions contrôlés par des groupes terroristes



• Plus d'interventions militaires françaises en Syrie, au Yémen ou en Libye



• Intensification des opérations militaires françaises en Irak



Source : sondage Ifop pour le JDD réalisé par téléphone du 16 au 17 janvier 2015 auprès d'un échantillon représentatif de la population française de 1 003 personnes âgées de 18 ans et plus



111,120

Allemagne : "Les gens de Pegida ne sont pas des paumés"

Le Point - Publié le 18/01/2015 à 17:46

Le directeur adjoint de l'Institut franco-allemand de Ludwigsburg analyse les germes qui ont conduit à l'éclosion du mouvement anti-islam à Dresde.



Une manifestation de Pegida, à Dresde. © ROBERT MICHAEL / AFP

Propos recueillis par FRÉDÉRIC THERIN À MUNICH

Henrik Uterwedde est le directeur adjoint de l'Institut franco-allemand de Ludwigsburg. Pour lui, le succès de Pegida à Dresde est le symbole d'une perte de repère d'une partie de la population et il espère que ce mouvement permettra à l'Allemagne de prendre à bras le corps le dossier sensible de l'immigration.

Le Point.fr : Les autorités allemandes ont interdit la manifestation en faveur de Pegida qui devait se tenir demain comme chaque semaine à Dresde. Qui sont les partisans de ce mouvement anti-islam ?

Henrik Uterwedde : Pegida regroupe des gens qui souhaitent défendre leurs valeurs et leur mode de vie. Les manifestants qui défilent à Dresde ne sont pas des paumés mais plutôt des personnes issues de la classe moyenne, voire plus. Mais quand on lit leurs pancartes et écoute leurs slogans, on constate qu'ils souffrent d'une inculture politique criante. Ce n'est d'ailleurs pas un hasard si ce mouvement a seulement pris dans la capitale du Land de Saxe. Cette région est en effet traditionnellement très conservatrice et l'extrême droite y est bien implantée. Avec la chute du mur de Berlin et la disparition subite de la RDA, les habitants de la ville ont perdu tous leurs repères. Ils jugent aujourd'hui que la presse leur ment et ils se sentent trahis par tout ce qui vient "d'en haut". Les gens de cette région n'ont jamais vécu dans une société multiculturelle et, avec la hausse de l'immigration, ils ont peur de se retrouver dans une République multicolore et cela les encourage vers les extrêmes.

Pegida va-t-il néanmoins parvenir à s'étendre dans tout le pays ?

Je ne le crois pas. Hormis le cas particulier de Dresde, Pegida est tombé à plat partout ailleurs dans le pays. Les contre-manifestations de personnes opposées à ce mouvement se multiplient dans beaucoup de grandes villes. Et j'ai été très heureusement surpris de voir fleurir de grands rassemblements à Berlin, notamment, après les attentats parisiens. Cela n'allait pas de soi que des personnes à travers toute l'Europe comprennent que ce qui se passait en France les concernait également directement.

Doit-on donc laisser s'essouffler le mouvement Pegida ou lutter contre lui ?

Les médias et les politiciens ont raison de dénoncer Pegida et tout particulièrement les organisateurs des manifestations. Mais il ne faut pas s'arrêter là. L'Allemagne a trop longtemps suivi une politique du "laissez-faire" en matière d'immigration. Certaines formations, notamment celles de la gauche bobo, ont eu une vision naïve en répétant que le pays pouvait accueillir tout le monde sans se soucier des problèmes concrets que cela pouvait provoquer. Depuis longtemps déjà, des personnes présentes sur le terrain comme le maire de Cologne tirent la sonnette d'alarme. Ma femme qui est institutrice voit des parents d'élèves faire des choses qui peuvent sembler choquantes.

Le temps est venu de lancer un grand dialogue national au sujet de l'immigration. Il faut sortir de l'affrontement entre les personnes pleines de rancœur qui défilent à Dresde et les opposants à Pegida pour enclencher de véritables discussions et aboutir, pourquoi pas, à la mise en place d'un code de bonne conduite républicain pour les personnes qui vivent dans ce pays. En France, le drame que le pays vient de traverser a déclenché une réaction de cœur et un sursaut républicain. On peut espérer que cela n'en reste pas là. Parfois, vous avez besoin d'événements tragiques pour lancer un dialogue national. Pegida pourrait avoir le même effet en Allemagne.

111,121

Le Point - Publié le 18/01/2015 à 13:34 - Modifié le 18/01/2015 à 16:09

L'économiste allemand dresse un réquisitoire sans concession sur l'islamisation des sociétés occidentales.



Thilo Sarrazin, ancien membre du directoire de la Bundesbank, auteur de "L'Allemagne disparaît".

Le Point : Que vous inspire l'énorme mobilisation en France et dans le monde après les attentats de Paris ?

Thilo Sarrazin : Je suis très impressionné, mais aussi un peu sceptique quant à l'utilité d'une telle mobilisation pour trouver une solution. C'est une évidence : 95 % des musulmans sont des gens normaux et pacifiques qui ne se livrent à aucune violence. La question n'est pas là. La religion n'est pas une science exacte et vérifiable. Chacun décide par lui-même. Cinq cents sectes différentes existent aux États-Unis. Et c'est la même chose avec l'islam. Sous la bannière "islam", il y a moult variantes auxquelles les gens croient... Des démocrates pacifiques et des gens prêts à commettre des attentats comme ceux de Paris. Personne n'ose dire que ceux-là aussi sont des musulmans. Au contraire, on dit : ceux qui sont capables de commettre des actes pareils ne sont pas des musulmans. Je sais que cette comparaison est de mauvais goût. Mais c'est un peu comme si on disait : ceux qui parmi les nazis ont perpétré des crimes de guerre et massacré des populations n'étaient pas des Allemands. Les Allemands ne font pas des choses pareilles. Et nous sommes bien là au cœur du débat : nos sociétés et nos gouvernements occidentaux ont peur que les musulmans soient ostracisés. C'est pour éviter cela qu'ils répètent que les musulmans sont pacifiques. Il faudrait oser poser la vraie question : pourquoi - toutes les études, toutes les statistiques le montrent - les musulmans sont-ils parmi les immigrants ceux qui s'intègrent le moins bien dans leurs sociétés d'accueil ? Et cela dans tous les domaines : le travail, l'école et l'éducation, l'apprentissage de la langue, le rôle des femmes... C'est vrai dans toute l'Europe.

Dans votre livre L'Allemagne disparaît (2010), très controversé outre-Rhin, vous avez sonné l'alarme, dénoncé les dangers de l'islamisation de nos sociétés occidentales. Avez-vous l'impression d'avoir eu raison ?

Oui, j'avais à l'époque essayé de mettre en évidence ces problèmes. C'était après l'assassinat de Theo Van Gogh et après le 11 Septembre. La violence et la radicalisation parmi les musulmans ont fortement augmenté depuis. Dans le dernier chapitre de mon livre, je brossais un portrait fictif de l'Allemagne dans cent ans. Une Allemagne soumise aux musulmans. Tout comme Michel Houellebecq le fait maintenant dans son dernier roman, Soumission. Il décrit lui aussi la faiblesse de la démocratie occidentale. Tout cela est confirmé aujourd'hui. À l'époque, mon livre a fait scandale en Allemagne. Aujourd'hui, mes thèses sont plutôt banales. À l'époque, l'État islamique n'existait pas. Il n'y avait ni la terreur ni 7 000 djihadistes au Proche-Orient. Selon une enquête, un djihadiste sur dix qui revient en Europe perpétrera un jour un attentat terroriste.

Quelle est, selon vous, la part de responsabilité de la politique des gouvernements occidentaux ?

Les pays européens sont tous responsables de la dégradation de la situation dans les pays du monde arabe. Nous n'aurions pas dû renverser le régime de Kadhafi. Nous n'aurions pas dû nous opposer à Assad, qui était un facteur de stabilité dans son pays. Nous aurions dû respecter le vieux principe de la non-ingérence. Un proverbe latin dit : quoi que tu fasses, fais-le avec intelligence et pense aux conséquences. Quand on s'engage militairement, il faut penser aux conséquences.

Vous dites qu'en Europe on a trop longtemps fait l'impasse sur un débat concernant l'intégration et ignoré pendant des années des thèmes importants.

Nous avons oublié de nous pencher sur la question de l'interprétation violente de l'islam. La communauté musulmane porte une grande responsabilité. Elle ne doit pas tolérer d'interprétations violentes de l'islam dans ses mosquées. Fondamentalistes, traditionalistes, modérés, libéraux, conservateurs dont les femmes portent le voile ou la burqa, terroristes... tous se côtoient au sein des mêmes mosquées. En tant qu'Allemands, nous sommes responsables des extrémistes de droite parmi nous. La communauté musulmane doit faire régner l'ordre dans son borbier. Elle doit dire stop ! et agir. Elle doit par exemple signaler ces gens à la police.

Et que doivent faire les sociétés occidentales ?

Au risque de manquer de tact, nous devons commencer par nommer les choses qui ne vont pas. Quand les musulmans ont de mauvais résultats à l'école, nous devons cesser de les excuser en disant que ce sont des migrants. Que c'est dur pour eux. Les Vietnamiens sont aussi des migrants et ils ont de bonnes notes à l'école, en Allemagne comme en France. Autre problème : nous laissons beaucoup de réfugiés syriens entrer dans notre pays sans même contrôler leur origine. Il faut faire preuve de davantage d'honnêteté sur la question de l'immigration. Depuis l'entrée en vigueur des accords de Schengen, c'est un jeu d'enfants d'entrer dans l'Union européenne. Celui qui, de la Turquie, parvient à mettre les pieds sur une île grecque est sur le territoire de l'Union. Trois jours plus tard, il est en Allemagne. Le système des quotas d'allocation des réfugiés n'est pas respecté. Tout le monde veut aller en Autriche, en Suède, aux Pays-Bas, en Allemagne. Et, un beau jour, c'est toute la famille qui débarque. De facto, nous avons perdu le contrôle de l'immigration. Nous avons cessé peur d'être pris pour des racistes. J'appelle cela la "terreur de la vertu". Parce que nous redoutons la condamnation morale, nous préférons renoncer à des instruments analytiques qui nous permettraient de comprendre les causes de ce problème : pourquoi un Arabe a-t-il tant de mal à s'intégrer en Europe ?

Des milliers de manifestants défilent chaque lundi soir à Dresde sous la bannière du mouvement Pegida. Que pensez-vous de ce phénomène ?

Quand, dans une ville de province comme Dresde, 20 000 personnes se retrouvent chaque lundi pour descendre dans la rue, même s'il y a parmi elles des imbéciles et des extrémistes de droite, ces derniers ne constituent pas la majorité des manifestants. Il y a une semaine encore, tout le monde se moquait de ces "manifestations ridicules". Les partisans de Pegida étaient stigmatisés. Les sondages disent pourtant que 55 à 65 % des Allemands partagent leur inquiétude.

Qu'est-ce qui va changer après les attentats de Paris ?

L'expérience montre que, malheureusement, une fois le premier sursaut passé, la force d'inertie reprend ses droits.

111,123

Thilo Sarrazin on the Limits of Free Speech in Germany

By [Steve Sailer](#) on January 18, 2015, 6:29 pm

in 2010 high-ranking German economist and Social Democrat government administrator [Thilo Sarrazin](#) published what's probably still the best-selling serious non-fiction book of this decade, *Germany Abolishes Itself*. This analysis of German immigration policy has sold 1.5 million copies worldwide despite never being translated into English. By way of contrast, note that *The Bell Curve* was an immense success at bookstores in the United States in 1994, and it still sold only a little over 25% as many copies in a much larger country. Sarrazin's bestseller was a little bit like if new Fed vice-chairman Stanley Fischer were to publish a big book in 2015 explaining that while he's a lifelong liberal Democrat, his recent years working for Sharon and Netanyahu as head banker of Israel opened his eyes to how self-destructive American immigration policy is and how America should adopt a more restrictive immigration policy like Israel's.

Sarrazin followed his immigration book up with a second book, this one in his lifelong field of expertise, central banking, pointing out that the Euro wasn't working out so hot. And last year he published in German a third book that's pretty timely at the moment:

[Der neue Tugendterror: Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland](#)

Google Translate says that means:

The new virtue terror: On the limits of free speech in Germany

Of course, this book hasn't been translated into English either, but I did find a 2013 article previewing the book based, I believe, on a speech Sarrazin gave in English to the Danish Free Press Society:

[Thilo Sarrazin: What I learned](#)

8. april 2013 – Artikel af Thilo Sarrazin

First of all, I would like to thank you for giving me this award, which I have gladly accepted. Until 2008, I did not concern myself very much with freedom of speech.

In my career as a civil servant, board member and, later on, politician I had a reputation of being outspoken. But that concerned mostly my professional field and was therefore accepted.

Everything changed with an interview I gave in September 2009 about the socioeconomic problems of Berlin and their roots, and with a book I published in August 2010 under the title *Deutschland schafft sich ab* (Germany abolishes itself).

Its main conclusions are:

– Germany as a nation is doomed by its demography. The low and stable birth rate means that every generation is 35 percent smaller than the one before.

– The brightest people have the fewest children. And for this reason, intellectual capacities and educational achievements in Germany will shrink even faster than the population. This is no danger for a far future; the process is in full swing already.

– The kind of immigration that we have in Germany, mostly from Islamic countries in Africa and the Middle East, does not solve the problems. It aggravates them. Reasons for this are the Islamic cultural background and the poor average educational performance of these groups, which is far below the European average, even in the second and third generation.

Those conclusions are of course controversial – and they were intended to be.

In matters of society there is no such thing as an absolute truth. And I am the first to admit this.

I had expected a controversial discussion. But nothing had prepared me for the public storm that broke loose upon publication.

I was accused of advocating biological determinism and labelled a social Darwinist, a racist, and an enemy of the people and of social justice.

I survived morally and politically because of the enthusiastic support from large parts of the general public. The new media were very helpful in that regard.

In this case, the print media and television had obviously lost their monopoly of interpretation, and it was plain for everybody to see.

Realising this, many politicians started a tactical withdrawal from the debate.



In the course of events, I stepped down as a board member of the Deutsche Bundesbank – but not before I had been formally cleared of all allegations of misconduct.

In the following months, I thought a lot about the controversial reactions to my book. My theory is as follows:

The code of conduct in a society, which is not laid down by law, varies over time. It is to a large degree implicit and not subject to formal – or even openly discussed – rules. But those members who do not observe it run the risk of being excluded from 'the good society'.

The mechanics of political correctness

Having and expressing the 'right' set of opinions about certain scientific, social and political questions is an important part of this code of conduct.

Most people want to observe the prevailing code of conduct but, being busy with jobs and families, they have no informed opinion of their own on most matters.

So they think and believe what the media say they should think and believe. Politicians, on the other hand, form their understanding of public opinion by consuming the media. Most of them sincerely believe that voters think what the media write or say.

Media are made by people, and media people recruit themselves in a process of self-selection, much as lawyers, doctors or engineers do. Polls show that media people mainly listen to other media people.

Endorsed by this self-selection, media people on the whole have a set of opinions that tends to be on the left side of mainstream society. I don't say this is a bad thing.

But I think that this partly explains the mindset of political correctness.

Most people shy away from saying or even thinking anything that is perceived to be politically incorrect.

So the mechanics of political correctness prevent the expression of dissenting opinions, notwithstanding the formal freedom of speech.

It even stops the generation of incorrect thoughts.

The prevailing themes of political correctness are deeply ingrained in the (to some degree unconscious) mindset of the political class and the media. Reflecting on the reaction to my book, I identified 13 themes which constitute the main body of political correctness in Germany. My book violated every single one of them.

A list of political correctness in Germany

Here is the list of political correctness in Germany. I think the list describes the truth but it takes some irony or humour to understand it fully. The problem lies not in any single item on this list but in their combination and rigid application to political thinking:

1. Inequality is bad, equality is good.
2. Secondary virtues like industriousness, precision and punctuality are of no particular value. Competition is morally questionable (except in sports) because it promotes inequality.
3. The rich should feel guilty. Exception: Rich people who have earned their money as athletes or pop stars.
4. Different conditions of life have nothing to do with people's choices but with the circumstances they are in.
5. All cultures are of equal rank and value. Especially the values and ways of life of the Christian occident and Western industrialised nations should not enjoy any preference. Those who think differently are provincial and xenophobic.
6. Islam is a religion of peace. Those who see any problems with immigration from Islamic countries are guilty of Islamophobia. This is nearly as bad as antisemitism.
7. Western industrialised nations carry the main responsibility for poverty and backwardness in other parts of the world.
8. Men and women have no natural differences, except for the physical signs of their sex.
9. Human abilities depend mainly on training and educations; inherited differences play hardly any role.
10. There are no differences between peoples and races, except for their physical appearance.
11. The nation state is an outdated model. National identities and peculiarities have no particular value. The national element as such is rather bad; it is at any rate not worth preserving. The future belongs to the world society.
12. All people in the world do not only have equal rights. They are in fact equal. They should at least all be eligible for the benefits of the German welfare state.

13. Children are an entirely private affair. Immigration takes care of the labour market and of any other demographic problems.

The core of the problem

So far the list. In this condensed form it sounds like a joke.

But it's not a joke. These are the hidden axioms of the prevailing political mindset in Germany (and probably elsewhere) as I see them. Every item on the list has a high emotional value for those who believe in it.

The core of the problem is: Partly moral und partly ideological attitudes are taken at face value and mixed up with reality.

It is a permanent task, I am afraid, to sort that out.

It makes me faintly optimistic though that, after all the turmoil, I am still morally alive and not, as a person and an author, ignominiously buried and forgotten. That had certainly been the intention of the vast majority of the political and the media class. But, for once, the general public publicly disagreed.

This, in itself, is a matter of satisfaction not only for me but for many people in Germany.

The second book

Quite interesting was the experience with my second book "*Europa braucht den Euro nicht*", which was published in May 2012.

In this case, nobody could deny that I am an expert on the matters I wrote about. So they doubted – again – my motives and tried to discover right-wing or populist elements in the book.

This proved impossible. The historical reasoning was sound. The economic reasoning that I applied was mainstream and adhered to strict logic.

My warnings and misgivings were proven true time and again by the actual events. So they tried to "todschen" the book (that word is derived from the German "totschweigen"). I often found my arguments in print while the source was not mentioned. But even this was only partly successful.

The book sold 200.000 copies and took in 2012 the ninth place on the bestseller list for nonfiction.

When I speak of "they", I don't mean the media as a whole, but about seventy percent of them. The problem is not, that "they" disagree.

I love disagreement, It is the salt of every enlightening discussion. And I would be totally bored, if I had not to struggle with disagreement and opposing views.

But "they" avoid the exchange of arguments.

They don't even read or listen carefully, if at all. They try to get to you on a personal level – by doubting your motives, by mocking your habits, your looks, your attitude to life. The ultimate aim is defamation.

They try to instil the fear of isolation in all those who might support you and speak out for you and your cause.

And one has to admit, it works – at least partly: Most people hate to expose themselves in controversial matters, even the honest und good hearted ones.

So, those "who go with the flow", get easily the upper hand and dominate the climate of public opinion.

This is nothing new. It has always been this way.

It is part of human nature to try not to fallout with the moods, the habits and the opinions of those social groups – formal or informal – of which they feel they are part.

But it is important that those who disagree, are given space – in a literal and a moral sense – to develop and present their views free of sanctions of any kind.

Each and every progress in social affairs, in science, in culture, even in fashion – starts with the disagreement of a minority.

So, let us encourage the expression of all kinds of disagreements – with two exceptions: The right (1) to express your views and (2) to be the master of your course in life should never be challenged.

Not, at least, in a free society.

111,126

En Allemagne, la radicalisation des islamophobes de Pegida

INTERVIEW - Thilo Sarrazin, l'auteur de *L'Allemagne disparaît* dénonçait, en 2010, un "risque d'islamisation". Son essai avait divisé le pays. L'homme controversé justifie son rapprochement du mouvement Pegida, organisateur de manifestations anti-islam à Dresde (Allemagne). La manifestation de lundi a été annulée en raison d'un "risque terroriste concret".

En 2010, un livre choque les Allemands : écrit par un homme de gauche, le ministre SPD des Finances du Land de Berlin, également membre du directoire de la Bundesbank, *L'Allemagne disparaît* (Éditions du Toucan) pointe du doigt ce qu'il décrit comme le "risque d'islamisation" de la société allemande. L'auteur, Thilo Sarrazin, y analyse sur 500 pages comment la natalité des populations immigrées prend, selon lui, le dessus sur celle des "Allemands de souche". À terme, les Allemands seraient minoritaires et ce nouveau rapport de force rendrait l'Allemagne moins performante, les jeunes étrangers étant souvent d'un moins bon niveau scolaire. L'essai est un immense succès : 25 tirages et 1,4 million d'exemplaires vendus. Iconoclaste, provocateur, flirtant avec le racisme, Sarrazin perd dans la foulée toutes ses fonctions officielles. Malgré de profondes divisions internes, le SPD décide cependant de ne pas l'exclure. À l'automne, il s'est rapproché du nouveau parti populiste Alternative pour l'Allemagne, le seul parti qui accepte de dialoguer avec **les Patriotes européens contre l'islamisation de l'occident** (Pegida), organisateur des manifestations anti-islam à Dresde. Mardi, Angela Merkel a participé à un contre-rassemblement pour en appeler à la tolérance après avoir repris à son compte la formule "L'islam appartient à l'Allemagne".

Les gens qui manifestent à Dresde avec le mouvement Pegida disent avoir peur. Et vous?

Personnellement, non. Naturellement, je sais ce que je risque. Cela fait des années que la police m'accompagne quand je prends la parole en public. Mais les gens à Dresde n'ont pas peur des attentats isolés. Selon eux, l'islamisation que l'on voit dans certains quartiers de nos grandes villes va se propager de plus en plus à travers les pays. Le problème n'est pas de savoir si les musulmans représentent 8% de la population, comme en France, ou 5% comme ici, en Allemagne. Non, ce qui pose question, c'est que la part des naissances d'enfants musulmans dans les grandes villes est déjà de 30-40 %, plus de 50 % à Bruxelles même. La menace d'une prise de contrôle de quartiers entiers par un islam conservateur est là.

Aviez-vous anticipé un mouvement comme Pegida?

Non, mais la classe politique devrait remercier ce mouvement, car il envoie un signal d'alarme avant que n'émergent peut-être des mouvances encore plus radicales. Les sondages montrent que 60 à 65% des Allemands partagent les inquiétudes de Pegida. Cela signifie qu'il y a une part des électeurs de la CDU, du SPD ou du parti de gauche Die Linke qui n'observent pas sans sympathie ce qui se passe à Dresde. Mais Pegida n'est pas un parti politique. C'est un mouvement spontané.

Vous avez écrit en 2010 un best-seller qui mettait en garde contre ce que vous qualifiez d'"islamisation de l'Allemagne".

Quelles sont vos réponses par rapport à cela?

Il faut d'abord soumettre l'immigration en provenance des pays musulmans à des contrôles plus stricts. On assiste à l'arrivée continue chez nous de gens du Proche-Orient, de Syrie. Le plus souvent, il s'agit de jeunes gens dont personne ne connaît le parcours religieux!

Deuxième mesure : il faut inciter les musulmans non radicaux à faire pression sur les croyants radicaux. Ils fréquentent les mêmes mosquées, ils se connaissent. Tout comme les conservateurs et les patriotes savent prendre leurs distances vis-à-vis de l'extrême droite, on est en mesure d'exiger des musulmans, y compris des imams, qu'ils prennent leurs distances vis-à-vis des radicaux, et pas seulement en mots. Qu'ils dénoncent les personnes suspectes, qu'ils travaillent avec les autorités et la police. Cela doit venir d'eux-mêmes. Mao a dit un jour que le partisan nageait au milieu du peuple comme le poisson dans l'eau. Eh bien, les musulmans radicaux et potentiels terroristes, comme les salafistes, nagent au milieu de la communauté musulmane de nos pays comme des poissons dans l'eau. C'est simple : il faut assécher la mare!

Hélène Kohl (à Berlin, Allemagne) - Le Journal du Dimanche

dimanche 18 janvier 2015



Paru dans leJDDThilo Sarrazin, l'auteur de "L'Allemagne disparaît". (Sipa)

111,127

Sarrazin kritisiert Merkels Satz zum Islam

Nachrichtenagentur: [Redaktion dts](#)

13.01.2015, 13:30 | 870 Aufrufe | [1](#) | 

Berlin (dts Nachrichtenagentur) - Der ehemalige Berliner Finanzsenator [Thilo Sarrazin](#) hat die Aussage von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), dass der Islam zu Deutschland gehöre, scharf kritisiert. "Nimmt man sie als Tatsachenbeschreibung, dann ist sie banal", sagte Sarrazin dem "Handelsblatt" (Online-Ausgabe). "Denn natürlich sind vier Millionen in Deutschland lebende Menschen islamischen Glaubens ein Teil dieses Landes, nicht mehr und nicht weniger als ein bayerischer Trachtenverein, der braune Sumpf der NSU oder rote Socken in der Brandenburger Provinz."

Das alles und noch viel mehr gehöre zu Deutschland, darunter auch die in Deutschland aufgewachsenen radikalen Salafisten, die für die Terrormiliz IS in Syrien und dem [Irakkämpften](#). "Nimmt man dagegen die Aussage als Behauptung, der Islam sei ein historisch gewachsener Bestandteil der deutschen Kultur, Tradition und Lebensart, dann ist die Antwort nein", sagte Sarrazin weiter. Als "geoffenbarte Religion" habe der Islam zudem wie alle Religionen "keine objektiv fassbare Gestalt sondern ist das, was Muslime glauben", fügte er hinzu. Jede Interpretation sei genauso so gültig wie die andere. "Das Problem des Islams ist es ja gerade, dass so viele demokratiefeindliche, gewalttätige Interpretationen dieser Religion in Umlauf sind und das Weltgeschehen bestimmen", betonte Sarrazin. Diesem Thema weiche die Bundeskanzlerin aber aus. Dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu, so Sarrazin weiter, "würde übrigens niemals der Satz von den Lippen gehen, das Christentum sei ein Teil der Türkei". Dort habe man ja den Anteil der Christen seit 1918 "mit Erfolg von 25 Prozent auf jetzt unter 1 Prozent vermindert und ist darauf auch stolz".

Der Preis der Einwanderung

Was ein Zuwanderer den deutschen Staat im Durchschnitt kostet, wird sich nie einvernehmlich klären lassen. Wichtiger ist danach zu fragen, welche Migranten wir brauchen. Hier ist die Antwort klar: mehr qualifizierte Zuwanderung. Dafür ist noch viel zu tun.

19.01.2015, von **CHRISTOPH SCHÄFER**

Vier Jahre nach Thilo Sarrazins Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ debattieren die Deutschen wieder über Einwanderung. Den Anfang haben die Pegida-Demonstranten gemacht. In den vergangenen Wochen zog es dann auch Zehntausende Gegendemonstranten auf die Straßen. Die Parteien überlegen, wie sie darauf reagieren sollen. Die CSU etwa [wollte Ausländer per Leitantrag dazu bringen, „in der Familie deutsch zu sprechen“](#). CDU-Generalsekretär [Peter Tauber wiederum möchte über ein Einwanderungsgesetz diskutieren](#).



Autor: Christoph Schäfer, Jahrgang 1979, Redakteur vom Dienst bei FAZ.NET, Folgen: _

Den größten inhaltlichen Fortschritt brachte bislang [ein Gastbeitrag von Hans-Werner Sinn in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung](#). Der Präsident des Ifo-Instituts führte aus, dass Deutschlands Immigranten über eine unterdurchschnittliche Qualifikation verfügten. Deshalb verdienten sie weniger und profitierten von der Umverteilung durch den Sozialstaat. Hochqualifizierte dagegen kämen eher nicht. Sinns Fazit: „So, wie die Migration derzeit läuft, läuft sie falsch.“ Konkret koste jeder Migrant den deutschen Staat im Durchschnitt 1800 Euro im Jahr.

Keine eindeutige Antwort möglich

Das von Sinn errechnete Defizit widerspricht auf den ersten Blick jener Zahl, die Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung zuvor genannt hatte. [Er war auf ein Plus von 3300 Euro gekommen](#). Der Unterschied ist einfach zu erklären: Beide Forscher addieren die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, die Migranten in Deutschland zahlen, und subtrahieren davon die in Anspruch genommenen Leistungen. Dazu zählt Bonin nur individuell zurechenbare Sozialtransfers wie Kindergeld oder Hartz-IV-Bezüge. Außerdem legt er die Ausgaben für Bildung um. Wer an dieser Stelle aufhört zu rechnen, kommt auf den genannten Überschuss. Der Ifo-Präsident berücksichtigt hingegen alle staatlichen Ausgaben. In Sinns Rechnung bezahlt jeder auch die Infrastruktur und die Verwaltung mit. Dann wird aus dem Überschuss ein Defizit von 1800 Euro im Jahr, was bei Millionen Einwanderern ein großes Verlustgeschäft bedeutet.

Das alles sagt noch nichts über die Wirkung von Zuwanderern auf den Arbeitsmarkt und die Demographie aus. In einer rein fiskalischen Betrachtung ist es aber vernünftig, auch die allgemeinen Staatsausgaben zu berücksichtigen. Trotzdem haben auch Sinns Gegner gute Argumente: Sie bezweifeln etwa, dass es fair ist, Neuankommlinge an den Zinskosten für alte Staatsschulden zu beteiligen. Auch die Bundeswehr werde nicht zwangsläufig größer, wenn mehr Migranten kämen. Das sieht auch Hans-Werner Sinn so. Er hält es deshalb für möglich, das Defizit auf 1450 Euro zu reduzieren. Zur vollen Wahrheit gehört nicht zuletzt, dass der deutsche Staat im Jahr 2012, auf das sich die Rechnung bezieht, insgesamt ein Defizit auswies. Deshalb kommt man für jeden Einwohner auf negative Werte, nicht nur für Ausländer. Ein allgemein akzeptiertes Ergebnis wird es daher nie geben.

Qualifizierte machen einen Bogen um Deutschland

Für gesetzgeberische Konsequenzen ist eine Berechnung, wie sich „die Zuwanderer“ auf den Staatshaushalt auswirken, ohnehin zu allgemein. Die Frage ist vielmehr: Welche Zuwanderer brauchen wir? Aus ökonomischer Sicht ist das leicht zu beantworten: möglichst qualifizierte! Denn je höher die Qualifikation eines Menschen, desto größer ist seine Chance auf ein gutes Gehalt. Über höhere Abgaben profitiert davon die Allgemeinheit.

Wer die durchschnittliche Qualifikation der Migranten erhöhen will, muss drei Gruppen unterscheiden: Asylbewerber, Zuwanderer aus der EU und Qualifizierte aus Nicht-EU-Staaten. Für Letztere sind die Tore weit offen. Wer über einen Hochschulabschluss verfügt und laut Arbeitsvertrag mindestens 47.600 Euro verdienen wird, darf einreisen. Facharbeiter dürfen kommen, wenn sie auf einer Liste mit gesuchten Berufen stehen. Trotzdem machen viele Qualifizierte einen Bogen um Deutschland, denn die Sprache gilt als schwierig, und die Abgabenlast ist hoch. Gleichwohl sollte sich Deutschland stärker um Qualifizierte aus Drittstaaten bemühen.

Viel ist noch zu tun

Bezüglich der Zuwanderung aus EU-Staaten sind die Handlungsspielräume eng, denn für Arbeitnehmer gilt uneingeschränkte Freizügigkeit. Für arbeitsunwillige EU-Bürger, die vor allem auf deutsche Sozialleistungen aus sind, gilt sie nicht. De facto aber gibt es Tricks, um trotzdem Sozialleistungen zu beziehen. So reicht oft schon das Anmelden eines Gewerbes aus, um Unterstützung zu erhalten. Arbeitsmarktexperte Bonin weist zwar darauf hin, dass „sich der weitaus größte Teil der EU-Binnenwanderung nach Deutschland nicht in die Sozialsysteme vollzieht“. Allerdings scheint bisweilen der politische Wille zu schwach, ungewünschten Sozialtourismus mit härteren Vorgaben und Kontrollen anzugehen.

Ähnliches gilt für die Gruppe der Asylbewerber. Selbstverständlich will niemand einen Asylberechtigten nur im Falle einer positiven Kosten-Nutzen-Rechnung ins Land lassen. Es läuft aber etwas schief, wenn viele Flüchtlinge zu Unrecht über ein Nachbarland einreisen, um zielsicher in Deutschland Asyl zu beantragen. Nicht einzusehen ist auch, dass abgelehnte Asylbewerber viel zu selten abgeschoben werden. Zu viel Milde läuft auf eine ungesteuerte Migration hinaus. Deutschland jedoch braucht das Gegenteil: mehr qualifizierte Zuwanderung. Dafür ist noch viel zu tun.

111,129

La France a son euro faible !

Voilà un vieux rêve français qui est en train de se réaliser : avoir une monnaie la plus basse possible vis-à-vis du dollar tout en faisant jeu égal avec l'Allemagne. Tel sera l'effet majeur de l'assouplissement quantitatif pour notre économie : la chute de l'euro, déjà bien engagée. En neuf mois, il est passé de 1,40 dollar à aujourd'hui 1,16 dollar, et on pourrait atteindre la parité au printemps 2016, selon les banques américaines Goldman Sachs et Citi.

À l'évidence, le « quantitative easing » (QE) est à l'origine de ce bradage de la monnaie, et il est désormais inéluctable tant Mario Draghi y a préparé les esprits avec un machiavélisme consommé : toute reculade provoquerait un séisme financier jeudi.

Dans la mesure où la France exporte plus de 45 % de ses produits hors de la zone euro, le gain de compétitivité n'est donc pas mince, même si le repli de la monnaie européenne est moins marqué vis-à-vis des devises autres que le dollar ou le franc suisse.

Pourtant hormis cet effet que François Hollande et ses ministres espèrent sans vergogne - dans quel autre pays souhaitez-vous aussi effrontément la faiblesse de sa devise ? -, **la France n'a pas grand-chose d'autre à attendre du QE. Les économistes privés en sont unanimes.**

Certes l'inflation française, tombée pratiquement à zéro, est trop basse. Un peu moins toutefois que chez la plupart de nos voisins : les prix ont reculé de 1,1 % en Espagne en 2014 ! **Or l'objectif principal de la BCE, et la justification du QE pour une opération aussi risquée, est de relancer l'inflation à travers une remontée des prix à l'importation.** Ce mécanisme devrait également jouer chez nous, avec cette nuance : le dirigisme à la Française a sa manière à lui de soutenir les prix, comme en témoignent les annonces en rafale des hausses de tarifs publics de janvier 2015.

Quant au second objectif revendiqué par la BCE, il vise à faciliter le financement des entreprises, voire des États. Or notre pays est peu concerné. Les taux de financement de la dette publique sont déjà tombés à un niveau insensé (0,7 % sur les OAT à 10 ans). **Et par ailleurs, il n'y a jamais eu chez nous de « credit crunch » (effondrement de l'offre), contrairement à l'Espagne, l'Italie ou au Portugal. Si le crédit n'est pas plus abondant dans l'Hexagone, c'est que ménages et entreprises ne sont pas assez solvables pour s'endetter ou qu'ils n'ont pas envie. Le QE ne changera rien.**


En outre, il n'est pas sûr que l'opération soit très avantageuse pour les épargnants, sauf pour ceux qui acceptent de s'engager dans la bulle boursière qui fait déjà frétiller. Les autres pourront se consoler avec leur livret A maintenu au taux de 1 % totalement déconnecté de toute réalité autre que la démagogie gouvernementale. Et, « last but not least », on pourrait assister au printemps à ce spectacle croquignolesque : la Commission européenne stigmatisant la dette publique française excessive, alors que la BCE achètera des dizaines de milliards d'euros d'OAT sur les marchés.

Richter statt Henker

Der Grundsatz ist nicht so schwer zu verstehen und auch ein Papst kann ihn noch lernen: Beleidigungen hat die Justiz zu ahnden, sonst niemand.

18.01.2015, von JÜRGEN KAUBE



© REUTERS  Winkt und segnet, ließ aber auch wissen, dass er mit der Faust zuschlagen würde, wenn's sein muss: Papst Franziskus, auf unserem Bild daheim in Rom

Wer die Mutter von Jorge Mario Bergoglio beleidigt, weiß jetzt, [womit er zu rechnen hat](#). Wir formulieren „er“, weil wir mal nicht annehmen möchten, dass der Bischof von Rom eine Frau schlagen würde. Und wir sprechen seinen bürgerlichen Namen an, um dogmatische Komplikationen zu vermeiden, die sich aus der Wendung „Mutter des Papstes“ ergeben könnten. Auch als Papst Franziskus I. genießt Herr Bergoglio Meinungsfreiheit. Sie wird nicht eingeschränkt, wenn man feststellt, dass nicht recht durchdacht ist, was er gesprächsweise mitgeteilt hat. Wäre törichte Kommunikation nicht geschützt, brauchten wir deutlich mehr Richter.

Dennoch muss angesichts des Papstes, der bei toderntem Anlass nicht einmal ein neckisches Augenzwinkern scheut, offenbar nicht nur die Sache mit der anderen Wange in Erinnerung gerufen werden, sondern auch, wie es sich mit der rechtsstaatlichen Ordnung verhält. Denn in ihr, der aufgegeben ist, die Meinungsfreiheit zu sichern, hat nicht, wie er sagt, „jede Religion“ eine Würde, von der sie auch gleich noch selbst feststellen dürfte, wodurch sie verletzt wird. Sondern jedes Individuum. Darin steckt mehr Christentum als in familiären Ehrbegriffen. Und selbst wenn die Mütter von Individuen beleidigt werden – der Papst mag sich an den berühmten Fall Zidane erinnern haben –, fliegt mindestens vom Platz, wer daraus ein Recht zur Selbstjustiz zieht.

Mit der Formulierung, den Beleidiger seiner Mutter erwarte ein Faustschlag, ließ Bergoglio offen, ob er gegebenenfalls selbst handgreiflich werden oder sich ausführenden Personals bedienen würde, das sich in manchen Religionen verlässlich findet. Viele Katholiken selbst wissen es, wie alle Gläubigen, die über Staatsbürgerverstand verfügen, besser. Sie schicken, wenn das Belachtwerden unzumutbar erscheint, statt Schlägern Anwälte – in der Vergangenheit beispielsweise ein gutes Dutzend Mal gegen „Charlie Hebdo“.

Und auch, wenn diese erfolglos bleiben: Es sind Gerichte, vor denen zu klären ist, ob eine Beleidigung oder eine andere Grenzüberschreitung des Meinens – dessen Recht tatsächlich nicht unbeschränkt ist – vorliegt. Wer wiederum meint, die Gerichte urteilten falsch, ist zur Diskussion der entsprechenden Rechtsdogmatik eingeladen oder soll sich für schärfere Gesetze verwenden. Die Konfessionskriege, aus denen die staatlichen Ordnungen Europas vor mehr als 350 Jahren hervorgegangen sind, haben gelehrt, dass es gar keinen anderen Weg gibt, wenn der Frieden erhalten werden soll.

Verletzte Gefühle kann jeder reklamieren

Doch die Lektion, wie unwahrscheinlich außergerichtliche Einigungen zwischen Leuten sind, denen es um letzte Dinge geht, scheint mancherorts vergessen. Vielleicht, weil es inzwischen vielen gar nicht mehr um die Wahrheit der Religionen geht, sondern um „religiöse Gefühle“. Das setzt die Schwelle der Artikulation stark herab. Über seine Gefühle fühlt sich jeder als eigener Richter. Damit verschärft sich jedoch die Problematik des Konfessionskonflikts, weil es jetzt, anders als bei Wahrheitsfragen, nicht einmal mehr eine klare Adresse für den gibt, der fragt, wer im Namen der Religion sprechen darf. Religionen, die nicht als Kirchen organisiert sind, lassen dieses Problem nicht kleiner werden. Würde die Antwort auf die Frage, wer über den Konfliktfall entscheidet, „jeder“ lauten, liefe es im Grenzfall auf das Fühlen aller gegen alle, das Beleidigtsein aller durch alle hinaus.

Was es über einen Glauben aussagt, wenn er sehr auf die Frage fixiert ist, wie er von anderen wahrgenommen wird und ob andere ihn respektieren, wäre ein eigenes Thema. Man müsste es analog zu der Frage behandeln, was es über manche Bürger aussagt, die ihrerseits auf eine bestimmte Religion negativ fixiert sind und zwischen Sozialstaatsmissbrauch, Jugendgewalt, Schichtzugehörigkeit, Herkunft, Islam und Islamismus nicht mehr unterscheiden wollen. Indem beide Formen des Beleidigtseins zusammenhängen, weil auf beiden Seiten die Kränkung empfunden wird, politisch nicht für voll genommen zu werden, schaukeln sich hier Leute gegenseitig hoch, die einander in dieser Hinsicht – und nur in dieser! – ähnlicher sind, als sie denken.

Menschen verdienen Respekt, nicht Glaubensinhalte

Meinungen selbst aber sind kein Gegenstand von Achtung, auch wenn sie sich auf Unsichtbares beziehen. Wer sagt „Ich achte Ihre Ansicht“, meint gerade nicht deren Inhalt, sondern dass Dissens nicht zu einem letzten Urteil über den Kontrahenten führt. Geachtet werden Personen. Der katholische französisch-deutsche Philosoph Rémi Brague, den man sich nicht als Abonnenten von Satirezeitschriften und Anhänger Voltaires vorstellen darf, hat das gerade so ausgedrückt: „Kein Glaube verdient Respekt, auch meiner nicht. Überzeugungen sind Dinge, Respekt kann es nur für Menschen geben.“

Gewiss, Respekt kann im Grenzfall entzogen werden. Wer zu Verachtung übergeht, zahlt persönlich den Preis, dass dann Kommunikation nicht mehr möglich ist. Es hat wenig Sinn, jemandem, den man verachtet, etwas und sei es, dass man ihn verachtet, hinterherzurufen. Darin liegen die Grenzen der Satire wie des religiösen Anspruchs auf Rücksichtnahme, die bei uns von Richtern gezogen werden und nicht vom Faustrecht.

Share this page

How world's press responded to 'the punching Pope'



reacted to the Pope's speech

Papers around the world

Media around the world report widely on Pope Francis's remarks that there should be limits to freedom of speech, particularly when it insults or ridicules faith.

Many outlets highlight one colourful image used by the Pope - that it was natural for someone whose mother had been disparaged to want to punch the perpetrator.

Europe

The Spanish daily [El País](#) says on its front page: "Pope: 'If you insult my mother you can expect a punch.'"

Italy's [Bergamo Post](#) says the Pope's remarks that he was justified in punching someone for insulting his mother was an "absolutely normal" response. Such lapses can even happen "to a Pope who knows you shouldn't punch people", the paper says.

Writing in Italy's [Corriere della Serra](#), commentator Luigi Accattoli says the Pope has delivered "one of his truisms intended to have maximum impact", that is "if you insult the faith of others... you can expect a punch". He adds that the Pope's comments about freedom of speech echo those made by his predecessor, Pope Benedict, in 2006 following the publication of the Danish cartoons depicting the Prophet Muhammad.

Commentator Franca Giansoldati writes in the Italian daily, [Il Messaggero](#), that the Pope's language is "becoming ever more colourful and direct".

Jan-Christoph Kitzler, German Public TV's Rome correspondent, says it is a "very unusual example for a Pope to give". Hamburg's [Die Zeit](#) newspaper dubbed the pontiff's remarks as "plain-speaking".

Latin America

The story also features prominently on the front pages of Argentine dailies [La Nacion](#), [Clarín](#) and [Tiempo](#). La Nacion says the Pope "stirred up controversy when he said that if someone insulted his mother he would respond with a punch".

The Brazilian daily, [Folha de Sao Paolo](#), is less forgiving. "Francisco why don't you shut up" screams a front-page headline. Commentator Reinaldo Azevedo compares the "politicking" Pope to a village priest and says his remarks on freedom of expression were "cowardly and inaccurate".

But the Mexican daily, [El Universal](#), echoes the Pope's opinion saying: "You cannot insult others' faith without causing anger."

Middle East

Algeria's [Echourouk El Youmi](#) says: "Pope Francis has said that freedom of expression is a fundamental right but it does not mean that we should insult the beliefs of others."

The Saudi pan-Arab daily [Al-Sharq Al-Aswat](#) issues a note of caution to the Catholic Church. It says that while there is surprise over the current extremist attacks, "the Church must remember the religious wars we have witnessed" throughout history.

[Libyan Al-Tadamun News Agency](#) website echoes the Pope's comments, saying "killing in the name of God was absurd".

Pakistan

Pakistani daily **The FrontierPost** says the Pope's remarks come at the "perfect time". It urges him to go "a step further" and call on the UN to adopt international laws which respect all religions and faiths. "Bravo Pope Francis for playing the lead."

[BBC Monitoring](#) reports and analyses news from TV, radio, web and print media around the world. You can follow BBC Monitoring on [Twitter](#) and [Facebook](#).

111,133

David Cameron: There is a right to cause offense

British Prime Minister David Cameron said that "in a free society, there is a right to cause offense about someone's religion," taking issue with [Pope Francis' assertion](#) that there are "limits" to free speech.

"I'm a Christian," Cameron said on CBS' "Face the Nation" on Sunday. "If someone says something offensive about Jesus, I might find that offensive, but in a free society I don't have a right to wreak my vengeance upon them. We have to accept that newspapers, magazines can publish things that are offensive to some as long as it's within the law."

On Thursday, responding to [the terrorist attack on French satirical newspaper Charlie Hebdo](#) that left 12 people dead, [the pope defended freedom of expression and said nothing could justify the horrific attack](#). However, he added that the newspaper had gone too far in its portrayal of Muslim characters.

"One cannot provoke, one cannot insult other people's faith, one cannot make fun of faith," Pope Francis said.

Cameron told "Face the Nation" anchor Bob Schieffer that as a politician, "my job is not to tell a newspaper what to publish or what not to publish. My job is to uphold the law that they can publish things within the law."

Meanwhile, when it comes to fighting [the Islamic State of Iraq and Syria](#) (ISIS), Cameron said that the Western world cannot go it alone against what he described as nothing more than a "death cult."

"If we take the issue of Islamist extremist terrorism coming out of Iraq and Syria, it is going to take a very long time to deal with this...where we'll have to show real perseverance," he said. "We cannot do this on our own as Western countries. We need functioning government in Iraq, functioning government in Syria, to be the legitimate authorities that, with us, help to stand back this perversion of the Islamic religion."

While the fight against Islamic extremism may take a long time, Cameron said it shouldn't be called a "war."

"It has many...similar aspects, but my way of expressing this is that this is just a huge challenge our society faces," he said. "What I don't want to do is try to posit that there's some clash of civilizations going on, because that is what the terrorists want. They want this to be seen as a war between what they see as the true Islam, and the rest, and that's not the case."



http://www.nytimes.com/2015/01/19/opinion/paris-attacks-lay-bare-longtime-muslim-exclusion.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=c-column-top-span-region®ion=c-column-top-span-region&WT.nav=c-column-top-span-region&_r=0

111,135

The Opinion Pages | EDITORIAL

An Inclusive French Republic

Paris Attacks Lay Bare Longtime Muslim Exclusion

By THE EDITORIAL BOARD JAN. 19, 2015



Outside a funeral for a Charlie Hebdo cartoonist last week, a woman's sign reads: "I am a Muslim. I come to share your grief." Credit Christopher Furlong/Getty Images

The recent terrorist attacks in Paris prompted millions to take to the streets to show national solidarity and to pay tribute to the 17 people murdered. The attacks have also inspired a lot of soul-searching, as the French struggle to understand how three men, born and raised in France, could have trained the murderous intent of Al Qaeda and the Islamic State on their own countrymen. **And the attacks have revealed a larger, existential threat to France: that its social compact may be torn apart by sectarian polarization.**

The profiles of the three attackers — Amedy Coulibaly and the brothers Chérif and Saïd Kouachi — **are an indictment of the decades-long failure of France to address long-festering alienation and exclusion among too many Muslim immigrants and their French-born children.** Unemployment is as high as [40 percent among youths](#) in France's disadvantaged neighborhoods. All three attackers grew up in poverty. Chérif Kouachi and Mr. Coulibaly spent time in prison. All ultimately found deadly purpose in Islamist terrorism.

Prison was the crucible of their radicalization. **There are five million to six million Muslims in France, less than 10 percent of the total population, but 60 percent of France's prison inmates are of "Muslim culture or religion,"** according to a report presented to France's National Assembly. It was in prison that Mr. Kouachi and Mr. Coulibaly met the Qaeda recruiter Djamel Beghal. To stem recruiting by Islamist extremists in prisons, the government of President François Hollande has announced it will seek to isolate identified Islamist proselytizers from other prisoners.

There is also the problem of France's secularism. A ban on head scarves in public schools and on full-face veils feels to many Muslims like an unfair constraint on their religious freedom. Some also find it hard to accept that blasphemy is not a crime in France, and that Charlie Hebdo and other publications have a right to satirize religious leaders. Some students in French schools with large immigrant and Muslim populations refused to participate in the national minute of silence following the Charlie Hebdo attack because they objected to what they had heard about the magazine's depictions of the Prophet Muhammad.

As of mid-December, 621 citizens and residents of France were running off to fight in Syria and Iraq or were already there, according to the government. Many of them are young and self-radicalized, having fallen prey to slick films — produced by the Islamic State and other jihadist groups and disseminated on social media — that glorify jihad as the ultimate rebellion against parental and societal expectations. The Hollande government has tried to deal with this phenomenon by passing a law that restricts travel abroad by would-be jihadists, but it must also use the current crisis to find engaging alternatives for people who might find refuge in the jihadist message.

French Muslims, who are as scared of terrorists as everybody else, also have to fear anti-Islam prejudice and attacks. There were 60 recorded threats and attacks against Muslims during the six days following the Jan. 7 attack on Charlie Hebdo. **There is a real danger the right-wing National Front will seek political advantage by fueling anti-Muslim hysteria.**

At a visit to the Institut du Monde Arabe on Thursday, President Hollande assured France's Muslims that hate crimes would be punished and that the government would protect Muslims, as it would all French citizens. **France's minister of education, Najat Vallaud-Belkacem, who is French-Moroccan, is to announce new measures on Monday to better explain French "republican values" in the schools. For the lesson to work, the Hollande government must find ways to make those values a reality for the many French youths who feel marginalized from French society.**

111,137

Islamophobie ou racisme anti-musulman ?

Le Point - Publié le 19/01/2015 à 13:09 - Modifié le 19/01/2015 à 17:37

Si, pour certains, le terme "islamophobie" empêche toute critique de l'islam, pour d'autres, il permet de ne pas minimiser le racisme subi par les musulmans.



Le 11 janvier 2015, une musulmane montre son soutien aux victimes des attaques en Ile-de-France. © GERARD

JULIEN / AFP

Par CLÉMENT PÉTREAU

Peut-on parler d'"islamophobie" ? Malgré la récente flambée d'actes violents à l'encontre de personnes musulmanes ou supposées l'être, de nombreux responsables politiques, à commencer par Manuel Valls, refusent d'employer ce terme. Le Premier ministre préfère parler "de racisme anti-musulman". Cette expression maladroitement composée est une offense à la linguistique, car les musulmans ne constituent pas une race. Pourquoi, dès lors, refuser d'employer le mot "islamophobie" au point de lui substituer un terme inexact ? Derrière cette approximation volontaire se cache une querelle sur l'art et la manière de distinguer le rejet de la critique politique de l'islam.

Pour ses détracteurs, comme la journaliste Caroline Fourest, le mot "islamophobie" serait un hold-up intellectuel, une confusion insidieuse propagée par les artisans d'un islam radical, représenté, par exemple, par Tariq Ramadan. En utilisant ce mot bouclier, toute critique de l'islam - y compris ses manifestations extrêmes - pourrait ainsi facilement être récusée. À l'inverse, les défenseurs du mot, tels les journalistes Edwy Plenel et Claude Askolovitch, considèrent que les contorsions linguistiques de leurs adversaires ne servent qu'à minimiser la haine ordinaire subie par tous les musulmans.

Un mot, plusieurs réalités

En 2012, l'écrivain Salman Rushdie expliquait, lui aussi, que "l'islamophobie [...] est un mot qui a été inventé récemment pour protéger une communauté. Mais l'islam [...], c'est une religion, un choix. Et dans une société ouverte, nous devons pouvoir converser librement au sujet des idées." Pour Caroline Fourest, "la confusion sème la pagaille au sein de nos écoles. Ce mot *islamophobie* démobilise les antiracistes et met en danger les laïques, il crée de la confusion entre le blasphème et la critique de l'intégrisme." Ainsi, les mots nous manqueraient pour décrire avec précision et impartialité une réalité sur laquelle personne ne s'accorde.

Interrogé par Le Point.fr, le linguiste Alain Rey, qui vient de publier *Le Voyage des mots. De l'Orient arabe et persan vers la langue française* (éd. Guy Tredaniel), revient sur les origines du mot. "L'islamophobie, c'est la phobie de l'islam, et non des musulmans", explique-t-il. Pour parler de la peur vis-à-vis de ceux qui pratiquent cette religion, il serait plus exact d'employer le terme "musulmanophobie".

Le sens d'un mot évolue selon l'époque et les intentions de celui qui l'emploie. Ainsi, lorsque François Hollande a parlé d'islamophobie dans son discours de vœux aux corps diplomatiques vendredi 16 janvier, il n'avait certainement pas en tête la même définition que celle des mollahs qui parlaient d'islamophobie lors de la révolution iranienne de 1979. L'histoire du mot "islamophobie" est éclairante. Selon Alain Rey, la première mention dans la langue française date de 1910, dans un contexte colonial. "C'est une période marquée par la volonté de catégorisation. Au même moment apparaît par exemple le mot *arabophone*", explique le linguiste. Restée confidentielle jusqu'aux années 80, "l'expression est remise au goût du jour lors de la radicalisation des musulmans en Iran. Le concept désigne alors les attitudes occidentales à l'égard de l'islam." Pour comprendre toute l'ambiguïté qui entoure ce mot, il faut aussi revenir aux racines de la "phobie".

Dévoiyé de son sens originel

En grec, la phobie n'est pas la haine, mais "la fuite à cause de la peur". Si l'on analyse le sens premier du terme "islamophobe", cela signifie "celui qui s'en va à cause de la peur d'un groupe religieux". On est assez loin du sens étymologique. Surtout depuis que le suffixe grec a été dévoyé de son sens originel pour devenir synonyme d'"hostilité sociale" : xénophobe, homophobe, islamophobe, judéophobe... "Phobie ne signifie plus peur, poursuit Alain Rey, mais haine." La dimension psychiatrique n'est pas à laisser de côté : "La phobie suppose alors une réaction subconsciente", explique le linguiste. L'un des premiers mots en "phobie" a été employé par le théoricien Joseph de Maistre à l'encontre des philosophes des Lumières. Il les qualifiait de "théophobes"...

Le Point - Publié le 19/01/2015 à 15:12 - Modifié le 19/01/2015 à 16:25

Le dernier avis de l'Observatoire de la laïcité qui porte une conception plus "ouverte" de la laïcité suscite une polémique, y compris parmi ses membres.



Le contrat

d'association avec l'État du collège-lycée La Réussite à Auvergniers a été refusé en juin. Motif : un manque d'argent. © Lionel Bonaventure / AFP

LE POINT.FR (AVEC AFP)

Les attentats djihadistes ont relancé le débat sur la laïcité, un sujet sur lequel l'union nationale est loin d'être de mise. Deux camps s'affrontent : d'un côté, les partisans d'une laïcité "ouverte", favorables à ce qu'une place soit faite aux religions instituées. De l'autre, ceux qui appellent à une lecture stricte de la tradition laïque française, au nom de la lutte contre les communautarismes. Deux camps irréconciliables, ainsi que l'a montré la polémique qui a éclaté au sein même de l'Observatoire de la laïcité à l'occasion de la publication de ses dernières propositions.

Dans un avis adopté la semaine dernière (pdf) à une très grande majorité de ses 23 membres, cet observatoire rattaché à Matignon et présidé par l'ancien ministre socialiste Jean-Louis Bianco a fait onze préconisations. Certaines, attendues, comme le "développement effectif de l'enseignement laïque du fait religieux dans les établissements scolaires", moyennant une formation des enseignants. D'autres, moins prévisibles, tels "le soutien à la création d'établissements privés de théologie musulmane" et "l'instauration de *conseillers humanistes*" en prison pour faire barrage à "tout discours extrémiste".

"Pas de négociation sur les valeurs de la République"

Trois membres de l'observatoire engagés dans le camp d'une laïcité stricte se sont égarés en lisant le document final. L'ancien ministre PS Jean Glavany, la sénatrice PRG Françoise Laborde et Patrick Kessel, président du Comité Laïcité République, ont dénoncé des "propositions pour l'essentiel angéliques et pusillanimes, cosmétiques dans le meilleur des cas, tandis que certaines sont clairement anti-laïques et évidemment inacceptables pour la République". "Voilà encore une nouvelle avancée vers la liberté religieuse plutôt qu'une affirmation de la laïcité", peste auprès de l'AFP Patrick Kessel, qui, avec les deux autres frondeurs, a bien failli claquer la porte de l'observatoire.

Patrick Kessel fait partie de ces figures laïques qui estiment, par exemple, contre l'avis du gouvernement, qu'un texte législatif est nécessaire pour compléter ceux existants, notamment concernant les signes religieux, dont le voile islamique, après la bataille juridique de la crèche Baby-Loup. "Il n'y a pas de négociation possible sur les valeurs de la République, comme l'égalité homme-femme. Quand on dit ça, aussitôt, on nous dit islamophobes, ce qui est absurde : nous sommes pour la liberté absolue de conscience, nous sommes voltairiens", dit cet ancien grand maître du Grand-Orient de France.

"Liberticide et contre-productif"

A contrario, le sociologue de la laïcité Jean Baubérot défend, lui, l'esprit et la lettre de la loi de 1905 portant séparation des Églises et de l'État, "une loi de paix sociale" qui "permet la manifestation du religieux dans l'espace public". "Cette nouvelle laïcité, que je ne dirais pas stricte mais répressive, n'est plus celle de 1905. Elle risque d'être liberticide et contre-productive, de conduire à des ressentis victimaires. On n'a pas besoin de telles choses dans la situation actuelle", fait valoir l'historien.

Les religieux sont globalement sur la même ligne. "L'idée qu'on pourrait neutraliser les différences de croyances en établissant une sorte d'espace public neutre et chimiquement pur me paraît tout à fait illusoire, sinon à vouloir fabriquer du religieux interdit, censuré, intériorisé et à accumuler des forces qui ne sont pas saines", soulignait dimanche l'archevêque de Paris, le cardinal André Vingt-Trois, sur i-Télé. Et chez les musulmans, nombre de fidèles, notamment parmi les jeunes, estiment déjà que la laïcité à la française a été dévoyée en un "laïcisme" stigmatisant, à gauche comme à droite, l'islam. C'est le cas du rappeur Médine, dont le dernier clip, "Don't Laïk", mêlant l'humour à la provocation, a comptabilisé des centaines de milliers de vues sur YouTube en quelques jours.

Un sujet, toutefois, met presque tout le monde d'accord, quelle que soit la conception de la laïcité des uns et des autres : l'abrogation du délit de blasphème, qui théoriquement existe encore dans le droit local de l'Alsace et de la Moselle, même s'il n'a jamais été appliqué depuis 1918. "L'urgence, symboliquement, c'est de mettre fin à ce délit", assure Patrick Kessel. "Ce n'est pas suffisant mais nécessaire", renchérit Jean Baubérot.

Charlie Hebdo and Free Expression

JAN. 18, 2015

The lead article in the first edition of Charlie Hebdo after the massacre at its Paris offices by Islamists claiming to avenge cartoons of the Prophet Muhammad — the edition distributed as an astonishing five million copies — raised a thorny, sensitive question. After thanking all those who had shown solidarity with the magazine, its editor in chief, Gérard Biard, asked a question that, he said, “torments us”:

“Are we finally going to rid our political and intellectual vocabulary of the dirty term ‘laïcard intégriste’?”

Loosely translated, those words mean “die-hard secularist.” What Mr. Biard was challenging was the argument that committed secularists like himself and the staff of Charlie Hebdo had essentially brought this tragedy upon themselves, and that there is, by implication, a sort of moral equivalence between deeply held secularist views and the “religious totalitarianism” — his words — that he and his staff loved to skewer.

Over the years, he went on, Charlie Hebdo and other champions of laïcité — the secularism enshrined in French politics — had been assailed as “Islamophobes, Christianophobes, provocateurs, irresponsible, throwers of oil on the fire, racists” and the like.

Even as people lamented the massacre, he wrote, some of them offered a maddening qualifier: “Yes, we condemn terrorism, but.....” “Yes, burning down a newspaper is bad, but..... We have heard it all, and our friends as well....”

Obviously there can be no “but” in condemning the murderous attack on Charlie Hebdo, or the ideology that encourages murder in the name of religion.

Irreverent magazines like Charlie Hebdo have been a fixture in Western societies for many years, and France has a strong tradition of such journalism.

The Internet, moreover, has opened the door to almost every level and form of expression.

Yet there are legitimate questions raised about freedom of expression in this tragedy.

In the wake of the terror attack, French authorities began aggressive enforcements of a law against supporting or justifying terrorism, including arrests of people who spoke admiringly about the shootings at Charlie Hebdo. Not surprisingly, their actions have raised questions of a double standard — one for cartoonists who deliberately insult religion, when their cartoons are certain to antagonize Muslims at a time when anti-Muslim feelings are already at high levels in France and across much of Europe, and another for those who react by applauding terrorists.

The difference, according to French authorities, is between the right to attack an idea and the right to attack people or incite hatred.

The distinction is recognized in the various laws against hate speech or inciting violence that exist in most Western states.

As a consequence of World War II, France and several other European countries have laws against denying the Holocaust, and with a rise in anti-Semitism in France, authorities have actively sought to curb hate speech, like the anti-Semitic routines of a comedian, Dieudonné M'bala M'bala.

Freedom of expression is broader in the United States, but there, too, there are legal limitations on speech that involves incitement, libel, obscenity or child pornography.

But drawing the line between speech that is disgusting and speech that is dangerous is inherently difficult and risky.

In Israel, mocking Muhammad can bring a prison term, as it did for Tatiana Susskind, a Russian immigrant who posted drawings of the Prophet as a pig in Hebron in 1997.

She was accused, among other things, of committing a racist act and harming religious sensitivities, and sentenced to two years in prison. Laws like those in France against “words or acts of hatred” are based on what is often a subjective judgment. And any constraints on freedom of expression invite government abuse.

Tastes, standards and situations change, and in the end it is best for editors and societies at large to judge what is fit — or safe — to print.

That the tragedy in Paris has served to raise these questions is in no way an insult to the members of the Charlie Hebdo staff who perished.

Shocking people into confronting reality was, after all, what their journal — which they proudly called a “journal irresponsable” — was all about.

Die "New York Times" erfreut die Feinde der Freiheit

Es sind manchmal Nebensätze oder auch nur Worte in Parenthese, die die Welt verändern. Im Leitartikel des angesehensten Mediums der westlichen Welt stand nun solch ein Satz – und er ist katastrophal.

Von Mathias Döpfner

In der wohl angesehensten und wahrscheinlich immer noch besten Zeitung der Welt, der "New York Times", erschien gerade ein [Leitartikel zu dem Attentat auf "Charlie Hebdo"](#). Wie meist an dieser Stelle namentlich nicht gezeichnet und in besonders hervorgehobenem Layout, also betont letztinstanzlich für die ganze Zeitung sprechend, beschäftigt er sich unter der Überschrift "Charlie Hebdo und Meinungsfreiheit" mit der Frage, wie weit die Meinungsfreiheit gehen dürfe und ob es nicht auch für den radikalen Säkularismus – wie für religiösen Fundamentalismus – Grenzen geben müsse. Die Gedankenführung ist zwar bisweilen etwas girlandenhaft unentschlossen, aber alles andere als aufrüttelnd. Bis dann ziemlich am Schluss der entscheidende Satz kommt: "Geschmäcker, Standards und Situationen ändern sich, und am besten ist es für Redakteure und Gesellschaften insgesamt, am Ende danach zu urteilen, was geeignet – oder sicher – zu drucken ist. (wörtlich: "To judge what is fit – or safe – to print").

Wenn man das dreimal liest, wird klar: Das ist die offizielle Bankrotterklärung, die finale Unterwerfung der Pressefreiheit gegenüber der terroristischen Gewalt. Denn was in der internationalen Ausgabe der Zeitung erschien, das heißt; Sicherheit ist wichtiger als Wahrheit. Sicherheit ist wichtiger als Freiheit. Und dazu hat schon Benjamin Franklin gesagt: Der Mensch, der bereit ist, seine Freiheit aufzugeben, um Sicherheit zu gewinnen, wird beides verlieren.

Dies ist die Unterwerfung der Pressefreiheit unter den Terror

Vor wenigen Tagen hatte ich mehrfach [öffentlich meine Sorge geäußert](#), dass die Attacke auf eine ganze Redaktion im Zentrum der westlichen Welt langfristig eine Verhaltensänderung, eine neue Vorsicht und Zurückhaltung mancher Medien im Umgang mit islamistischem Fundamentalismus bewirken könnte – nach dem Motto: Wir wollen doch nicht provozieren – und dass dies der ultimative Sieg der Terroristen sein würde. Ich dachte dabei an Zeiträume von ein paar Monaten, nachdem sich die erste Welle der Solidarität gelegt hat. Ich dachte dabei an kleine, wirtschaftlich geschwächte und redaktionell verunsicherte Regionalzeitungen oder Blogs. Dass das schon jetzt und ausgerechnet mit der stärksten und lange Zeit unerschrockensten Zeitungsmarke der Welt passieren würde, die sich obendrein anschickt, mehr und mehr zu einem der digitalen Leitmedien zu werden – das hätte ich mir nicht Träumen lassen. Im Übrigen wurden die Wirkungen dieses Denkens schon vor der Veröffentlichung des Kommentars sichtbar: Den Anlass des Terrors in Paris, die Cartoons in "Charlie Hebdo", durften in der New York Times vorsichtshalber nicht gezeigt werden.

Die Bürger sind offenbar mutiger als ihre Medien

Es ist umso bitterer, weil sich die Bürger insgesamt auf diesem Globus sehr viel vernünftiger, moderner, klarer und mutiger verhalten haben als viele befürchteten: maximale Solidarität mit den Opfern, kein Verständnis für die Täter, klare Bekenntnisse zur Freiheit allgemein und der Pressefreiheit und Satirefreiheit im Besonderen und keine Anfälligkeit für pauschale Schuldzuweisungen, Islamophobie und Rassismus. So stellt man sich die moderne westliche Gesellschaft idealerweise vor. Der Souverän der Bürger ist mündiger als seine Mündel, manche Politiker und manche Journalisten, je gedacht hätten. Vor allem sind die Bürger offenbar mutiger als ihre Medien.

Die "New York Times" trägt seit mehr als einem Jahrhundert stolz einen Leitspruch in ihrem Zeitungskopf: "All the news that's fit to print". Das war ein beherzter Schlachtruf der Unabhängigkeit und redaktionellen Courage. Der Spruch sollte nach dem Leitartikel jetzt konsequenterweise umformuliert werden: "All the news that's safe to print". Die Feinde der Freiheit werden sich freuen.

111,142

Houellebecq et la psychologie de la décadence

Par [Mathieu Bock-Côté](#) Publié le 19/01/2015 à 19:18



FIGAROVOX/CHRONIQUE - Pour Mathieu Bock-Côté, *Soumission* de Michel Houellebecq tient plus d'une fable racontant la faillite spirituelle d'une civilisation que d'un programme politique.

Mathieu Bock-Côté est sociologue (Ph.D). Il est chargé de cours à HEC Montréal et chroniqueur au Journal de Montréal ainsi qu'à la radio de Radio-Canada. Il est l'auteur de plusieurs livres, parmi lesquels «*Exercices politiques*» (VLB, 2013), «*Fin de cycle: aux origines du malaise politique québécois*» (Boréal, 2012) et «*La dénationalisation tranquille: mémoire, identité et multiculturalisme dans le Québec post-référendaire*» (Boréal, 2007).

Soumission, de Michel Houellebecq, a fait scandale. Et pas qu'en France. Mais comme d'habitude, la plupart de ceux qui ont parlé du livre n'ont pas pris la peine de le lire. Un chroniqueur culturel bien en vue de Montréal, qui se pique de branchitude et cherche péniblement à prendre la pose des *Inrocks*, a pris la peine de nous mettre en garde contre lui, comme autrefois, on prévenait le lecteur des mauvais ouvrages qui se trouvaient à l'index, tout en reconnaissant ne pas l'avoir lu. Cela n'a pas scandalisé grand monde. C'est qu'il suffit d'avoir une mauvaise réputation pour se retrouver parmi les proscrits, ceux qu'on ne peut lire que sous cape, ceux qu'il suffit de mentionner positivement sans réserves ni prudences pour être marqués avec eux.

Houellebecq y poursuit plutôt sa grande enquête sur la déliquescence de l'Occident.

Apparemment, le livre porterait sur la soumission de l'Europe à l'islam. Ce n'est évidemment pas faux, mais ce n'est pas l'essentiel. Houellebecq y poursuit plutôt sa grande enquête sur la déliquescence de l'Occident qui l'amène chaque fois à voir comment l'homme contemporain, qui ne se sent plus capable de porter son histoire, en plus d'être fondamentalement dérouté, est tenté de s'abolir d'une manière ou d'une autre, qu'il s'agisse d'une mutation anthropologique, comme c'était suggéré dans *Les particules élémentaires*, d'un repli hédoniste dans le tourisme sexuel dans *Plateforme*, ou dans la réduction de la France en parc d'attraction, dans *La carte et le territoire*. Ici, le propos est politiquement tourné. C'est dans la soumission à une civilisation extérieure virile, sure d'elle-même et dominatrice que l'Europe entend enfin trouver son repos. Autrement dit, ce livre parle moins d'une submersion démographique que d'une faillite spirituelle.

Houellebecq constate d'abord un immense déni. La France de 2022 est un pays en guerre civile, les affrontements militaires ou paramilitaires se multiplient, mais les médias n'en parlent pas, de peur de faire le jeu du Front national. Entre ce dernier et l'islam politique, d'ailleurs, les élites politiques n'hésitent pas vraiment, dans la mesure où le FN représente une forme de repli vers le national alors qu'elles ne rêvent plus qu'à dissoudre la France dans l'Europe. On voit mal pourquoi elles s'allieraient à un parti qui se définit fondamentalement par la référence à la nation. En fait, on voit là le point d'aboutissement de l'abandon insensé de la nation par les élites politiques classiques au Front national. Alors que la soumission à l'islam, inversement, permet définitivement de sortir de soi et de s'abolir dans une histoire nouvelle, qu'on présentera paradoxalement comme une renaissance inédite.

Ce livre parle moins d'une submersion démographique que d'une faillite spirituelle.

Mais si l'histoire a déserté l'Europe et si elle désire y retrouver sa place par l'islam, c'est en consentant à devenir une province d'un vaste empire. Les plus sceptiques ajouteront qu'au fil du vingtième siècle, l'Europe s'est

cherchée plusieurs maîtres, chaque fois décevants, qu'ils se trouvent à Berlin, à Moscou ou à Washington. Non pas qu'il faille rabattre l'Amérique sur les totalitarismes bruns et rouges, ce qui serait grossier et imbécile, mais il s'agit simplement ici de rappeler que les Européens ne semblent plus trop croire à leur propre destin -et on ne saurait sérieusement croire que la construction européenne entende le ressusciter puisqu'elle se présente plutôt comme la première étape vers une humanité mondialisée. Elle trouve enfin dans sa soumission volontaire à l'islam la délivrance d'elle-même qu'elle avait tant cherché.

L'Europe trouve enfin dans sa soumission volontaire à l'islam la délivrance d'elle-même qu'elle avait tant cherché.

Houellebecq décrit aussi une vie occidentale artificielle, comme si l'émancipation libérale avait mal tournée, et que l'homme contemporain, même dans sa version supposément la plus évoluée, la plus sophistiquée, qu'est le professeur d'université, ne savait plus se nourrir, ni se vêtir, ni même aimer, même s'il le souhaite intimement. Il s'alimente de repas congelés ou livrés par un traiteur, il a une apparence négligée, et même lorsqu'il aime une femme, il ne sait plus lui dire. L'islam arrive et insuffle à cette société desséchée le cadre qui lui manquait, en restaurant sous un nouveau drapeau les paramètres de la société traditionnelle. Il ordonne la société en la hiérarchisant et ranime la différence sexuelle en la durcissant et en la radicalisant, en assignant aux hommes la responsabilité de la cité et aux femmes le devoir d'égayer la vie du foyer. L'homme ne mangera plus des mets surgelés mais des petits pâtés chauds. La femme ne sera plus condamnée au stress professionnel et redécouvrira sa vocation oubliée. Apparemment, hommes et femmes ne supportaient plus le poids de la liberté.

Houellebecq croit enfin constater un manque de croyance dans l'Europe, qui a déserté sa religion historique, le christianisme. L'homme occidental ne sait plus où trouver l'absolu, et il sent que son âme est vide. Pire encore, même lorsqu'elle veut renouer avec elle, comme on le voit avec le personnage de François qui tente à quelques reprises sa conversion au catholicisme, elle n'y parvient pas. Le désir d'absolu ne trouve plus à s'investir dans le christianisme, qui fait encore trop de place à l'homme, en quelque sorte. L'homme occidental a besoin d'une religion plus forte et se tourne vers l'islam. L'islam ne doute pas de ses dogmes, il prétend révéler l'ordre du monde, il est infiniment plus rassurant qu'un christianisme flageolant, aseptisé, désincarné. Il ne propose pas une quête à la conscience, mais un ordre du monde. Houellebecq, en un mot, montre comment le nihilisme occidental conduit tôt ou tard à une fascination pour une foi sans faille.

Houellebecq, en un mot, montre comment le nihilisme occidental conduit tôt ou tard à une fascination pour une foi sans faille.

En somme, dans *Soumission*, une civilisation plus forte en assujettit une autre, mais elle lui permet aussi de renaître en changeant d'identité, en se transfigurant, en se convertissant. Et on trouvera évidemment les élites gouvernementales classiques prêtes à toutes les compromissions, pour conserver leurs quelques avantages. Évidemment, Houellebecq propose une fable, il radicalise tout ce dont il parle, il caricature, si on veut, et quoi qu'il en dise dans ses entrevues, on ne le croira pas vraiment quand il cherche à dédramatiser une telle conquête, qu'il ne prophétise pas dans les années à venir, mais qu'il semble croire inévitable à plus long terme. La rédemption d'un pays ou d'une civilisation ne peut jamais vraiment venir de l'extérieur, et encore moins d'une civilisation conquérante à laquelle on confierait le rôle de relever l'avachi.

Faut-il pour autant croire que la liberté pousse inévitablement à la déchéance historique? On peut raisonnablement croire le contraire et souhaiter que la renaissance occidentale vienne d'elle-même, qu'elle conjugue l'esprit de liberté et une anthropologie plus forte. **Mais on ne fera pas l'erreur d'assigner à Houellebecq un programme politique. Il ne lutte pas contre le monde qu'il annonce, non plus qu'il se braque contre lui. Il se contente de le décrire, avec un génie fascinant, celui du grand écrivain. L'islam, ici, n'apparaît qu'à la manière d'un révélateur d'une décadence. Mais il fallait évidemment que les critiques fassent sonner les sirènes de l'islamophobie pour créer le scandale. Nul doute qu'on les oubliera. Et qu'on lira encore longtemps Houellebecq.**

111,144

World News: Extremists Exploit Loopholes in Border-Free Europe

By Stacy Meichtry, Matthew Dalton and David Roman 21 janvier 2015

European investigators seeking to unravel networks behind the Paris shootings and other terror threats are running up against a major obstacle: Borderless travel across most of the European Union makes it easy for suspects to cover their tracks.

Terror suspects are exploiting the ease of travel across the Continent to stay one step ahead of authorities as they move militants, cash and weapons across the bloc without raising alarms, according to European officials.

In some cases, suspects are evading tough antiterrorism laws in countries like France -- where travel to Syria and Iraq has been banned -- by moving through other EU countries en route to Syria or Iraq.

The problem is compounded, officials say, by a lack of coordination between national law-enforcement and intelligence agencies from Brussels to Athens who are straining to pursue suspects across European borders.

Investigators are grappling with an array of different restrictions on what kinds of personal information member states can gather on travelers and how they can use the information in existing databases. The EU's law-enforcement agency, Europol, coordinates police operations and intelligence sharing but lacks the U.S. Federal Bureau of Investigation's power to make arrests.

"We need to strengthen our way of cooperating together -- first of all with other countries and then internally," EU foreign-policy chief Federica Mogherini said Monday.

EU foreign ministers began a discussion Monday, focusing on ways to tighten counterterrorism links with countries outside the bloc. Proposals ranged from better intelligence sharing to posting security experts in EU embassies to advise foreign governments on combating extremist groups. They agreed to have a detailed plan ready by Feb. 12.

Examples of porous borders abound. In Germany, citizens need only a national ID card -- not a passport -- to enter Turkey, a common gateway to Syria's front lines. An EU database designed to flag travelers facing arrest warrants, meanwhile, is hobbled by a rule that bars border authorities from running "systematic" checks on everyone entering and leaving the bloc. And the EU lacks a Passenger Name Record similar to the U.S., which compels airlines to hand over passenger data.

"This measure is indispensable. We can't waste any more time!" French Prime Minister Manuel Valls said last week.

One of the biggest challenges is the absence of regular policing along most national, or internal, borders under the Schengen Agreement.

That pact, which allows people and goods to flow freely between member states, has long been a symbol of European unity. Of the 28 EU countries, only the U.K., Ireland, Bulgaria, Romania, Cyprus and Croatia remain outside of Schengen.

But officials say the same pact has also opened the door to the free movement of arms and militants.

Belgian officials are investigating contacts that Amedy Coulibaly -- who gunned down a policewoman Jan. 8 outside Paris and four hostages at a kosher grocery a day later -- had with a man from southern Belgium who was detained last week as a suspected arms trafficker.

Hayat Boumeddiene, who married Mr. Coulibaly in a religious ceremony in 2009, was shepherded out of France early this month to Syria by French-Algerian fixers who have a track record of helping extremists travel across Europe by car and ferry to avoid detection, according to French authorities.

France outlawed travel to Syria and Iraq last fall as an antiterrorism measure, and French officials have detained people en route to Turkey as well on suspicion of planning to cross from there into Syria.

Ms. Boumeddiene's fixers sidestepped those restrictions, however, by arranging for her to fly from Spain, where such trips are legal.

EU ministers will discuss changing rules that govern the Schengen database, where national law-enforcement agencies can place arrest warrants or simply a note asking that a person be detained when they enter the Schengen area.

For now, the rules prohibit governments from checking the database in a "systematic" or routine way. That means border guards can't run every EU citizen's name through the database when they leave or return to the Schengen area, leaving open the possibility that an Islamic State fighter returning from Syria who is the subject of an arrest warrant could return to Europe without being stopped.

So far, European interior ministers have agreed to expand checks, without violating the prohibition against checking systematically. For example, border guards could check the database for Europeans who are traveling to and from Istanbul.

Introducing more sweeping changes to the border code would require the backing of the European Parliament, which has often been wary of expanded security measures because of privacy concerns.

111,146

Valls relève à nouveau l'existence d'un «apartheid territorial, social et ethnique»

Par [Tristan Quinault Maupoil](#) Publié le 20/01/2015 à 13:06



VIDÉO/LE SCAN POLITIQUE - Le premier ministre a livré mardi ses vœux à la presse. L'occasion de rappeler l'existence, en France, d'un «apartheid». Une observation qu'il a plusieurs fois exposée depuis 2005.

C'est un nouveau rappel, dix ans après les émeutes urbaines de 2005. **Manuel Valls** a profité, mardi, de ses vœux à la presse pour réitérer l'observation qu'il avait déjà livrée plusieurs fois, au lendemain des émeutes qui secouaient les banlieues françaises. «Ces derniers jours ont souligné beaucoup des maux qui rongent notre pays ou des défis que nous avons à relever. À cela, il faut ajouter toutes les fractures, les tensions qui couvent depuis trop longtemps et dont on parle peu (...) la relégation péri-urbaine, les ghettos, (...) **un apartheid territorial, social, ethnique, qui s'est imposé à notre pays**», a déclaré le premier ministre.

«Après on oublie, c'est ainsi... Les émeutes de 2005, qui aujourd'hui s'en rappelle et pourtant... Les stigmates sont toujours présents», a-t-il rappelé depuis Matignon. Ajoutant qu'à «la misère sociale s'additionnent les discriminations quotidiennes parce que l'on n'a pas le bon nom de famille, la bonne couleur de peau, ou bien parce que l'on est une femme».

«On n'a pas réglé les problèmes de fond», disait Valls en 2009

Des mots récurrents chez Manuel Valls. En 2005, il faisait l'éloge de la discrimination positive afin de lutter contre «la ségrégation territoriale, sociale, ethnique voire religieuse» qui «s'aggrave». «J'ai même parfois parlé d'apartheid car c'est vraiment le sentiment que l'on peut avoir dans certains endroits», disait-il dans son livre «La laïcité en face».

En 2009, celui qui était député-maire PS d'Evry (Essonne) revenait sur sa gestion des émeutes urbaines de 2005 **lors d'un débat organisé par le club Dauphine Discussion**: «Les politiques en général, et notamment les responsables du Parti socialiste étaient muets. Ceux qui parlaient à la télévision, c'était les maires, dont j'étais, parce qu'ils étaient confrontés à cette réalité. **Nous pouvions parler des problèmes que nous connaissons, notamment de l'apartheid territorial, social, ethnique et religieux qui existe dans nos quartiers. Ce qui s'est passé en 2005 peut se passer demain en puissance dix parce qu'on n'a pas réglé les problèmes de fond**», estimait-il alors.

«Un véritable apartheid s'est construit, que les gens bien-pensants voient de temps en temps leur éclater à la figure, comme ça a été le cas en 2005, à l'occasion des émeutes de banlieues», expliquait-il une nouvelle fois sur D8, en juin 2009.

111,147

Marine Le Pen : « Oui, nous espérons la victoire de Syriza »

Le Monde.fr | 20.01.2015 à 13h21 • Mis à jour le 20.01.2015 à 14h28 | Par Abel Mestre



C'est un soutien pour le moins étonnant. [Marine Le Pen](#), présidente du [Front national](#) a déclaré au *Monde* qu'elle « *espérait la victoire de Syriza* », lors des élections législatives grecques qui auront lieu dimanche 25 janvier.

Pour la prétendante à l'Elysée, il n'y a aucune contradiction à ce que le parti d'extrême droite soutienne la coalition de gauche et d'extrême gauche. « *Il y a une fracture en [Europe](#) qui passe par la reprise en main des peuples contre le totalitarisme de l'[Union européenne](#) et de [ses](#) complices, les marchés financiers*, continue M^{me} Le Pen. *Je suis complètement cohérente. Cela ne fait pas de [moi](#) une militante d'extrême gauche ! Nous ne sommes pas d'accord avec tout leur programme, notamment sur le plan de l'immigration. Mais nous nous réjouissons de leur victoire.* »

Lire aussi : [La gauche radicale se rapproche de Syriza](#)

Brouiller les cartes

En résumé, selon elle, la victoire de Syriza contribuerait à [renforcer](#) le camp des eurosceptiques... Même si Syriza est favorable au maintien de la [Grèce](#) dans la zone euro. Ce soutien à une [famille politique](#) adverse est donc tactique et ponctuel. Et n'a pas vocation à se [généraliser](#). Ainsi, en [Espagne](#), M^{me} Le Pen espère qu'une « *partie du Parti populaire* [droite, au [pouvoir](#) en Espagne] *aura le courage de ne pas [rester](#) dans le soutien absolu à l'Union européenne* ».

Cette prise de position permet une nouvelle fois à Marine Le Pen de [brouiller](#) les cartes politiques. Et quand elle donne quitus à l'extrême gauche, cela n'a rien d'innocent. C'est un élément de plus de sa stratégie de dédramatisation. Car, plus il y a de confusion, plus il est difficile de [renvoyer](#) le FN à ce qu'il est fondamentalement, c'est-à-dire un parti d'extrême droite.

De plus, concernant spécifiquement la Grèce, [soutenir](#) Syriza lui donne l'avantage de se [démarquer](#) nettement des néonazis d'Aube dorée. M^{me} Le Pen ajoute d'ailleurs avec amusement, que dans les pays comme l'Espagne et la Grèce où « *il n'y a pas d'équivalent au Front national, c'est l'extrême gauche qui prend notre place* ».

Ce n'est pas la première fois que Marine Le Pen pioche à la gauche de la gauche. Elle regarde attentivement ce qu'il se passe de l'autre côté du spectre [politique](#) depuis le début des années 2000. En 2003, elle avait même donné une conférence de presse à l'occasion du Forum [social](#) européen organisé à [Paris](#). Elle estimait, déjà, que les altermondialistes posaient « *de bonnes questions mais* [apportaient] *de mauvaises réponses* ».

Marine Le Pen racontée par les médias américains

Par [Marc de Boni](#) Publié le 20/01/2015 à 15:08



LE SCAN POLITIQUE - Les attaques terroristes qui ont visé la France ont remis la présidente du FN au centre de l'attention des médias américains. Ils portent un regard très contrasté sur l'eurodéputée.

Depuis les attentats des 7 et 9 janvier, les médias américains consacrent une attention particulière à la France. Certains redécouvrent le concept de laïcité alors que d'autres s'interrogent sur notre approche bien particulière de la liberté de la presse. [Nombre de grands médias se penchent également le phénomène Marine Le Pen](#). Présentée ici comme visionnaire dans ses diatribes contre l'islamisme, là comme une source de division du peuple français qui surfe sur la peur ambiante, la présidente du Front national a été l'objet de plusieurs articles outre-Atlantique.

» Une séductrice conquérante et féroce pour le *Wall Street Journal*

«Une femme grande et féroce au regard d'acier, une présence autoritaire qui parle rapidement d'une voix grave. Mais cette figure politique de 46 ans, qui alterne le sourire ou la réserve selon le moment, est aussi inexplicablement séduisante. Il y a un sourire pour couvrir l'acier», [décrit le Wall Street Journal](#) dans un long portrait consacré à la présidente du FN. «Ancienne marginale du monde politique, madame Le Pen a acquis une stature prépondérante à mesure que les problèmes de la France - son économie moribonde et ses minorités musulmanes non intégrées- se sont aggravés au point de paraître hors de portée des classes dirigeantes. Aujourd'hui, au lendemain des massacres perpétrés par des islamistes fabriqués-maison, madame Le Pen parie qu'elle sera la personnalité politique la plus à même de tirer profit du choc de ses concitoyens», [explique le journal américain](#). Marine Le Pen y est encore décrite comme une figure qui «n'est jamais floue» quand elle dénonce «l'islam radical» pour parler du terrorisme. Un concept que les médias et politiques américains rechignent à employer, relève le *Wall Street Journal*.

» Une personnalité de premier plan pour le *New York Times*

[Le mythique New York Times](#) a ouvert ses colonnes ce lundi à la présidente du FN. Dans une [tribune publiée en français et en anglais](#), qui n'a pas manqué de marquer les esprits outre-Atlantique, l'ancienne candidate appelle les responsables français à nommer l'ennemi: «le fondamentalisme islamiste. C'est en refusant le déni, c'est en regardant dans les yeux l'ennemi à combattre, que l'on évite l'amalgame», plaide-t-elle. La fille de [Jean-Marie Le Pen](#) y délivre également ses priorités [pour la France de l'après 11 janvier](#): le contrôle des frontières et des questions migratoires.

» Une opportuniste en route pour le pouvoir selon Slate.com

Au lendemain du massacre qui a visé la rédaction de *Charlie Hebdo*, le site Slate.com a également consacré [une longue chronique à Marine le Pen et au FN](#). «Sa capacité d'attraction ne repose pas sur la logique du jeu politique tel qu'il est. Elle repose sur les bases posées par son père, à savoir celle d'une vigie jetant son 'parler vrai' à la face du pouvoir, dans un système dominé par les gaullistes et les socialistes qui ont partagé les mêmes bancs dans les grandes écoles. Elle a fait du mépris que lui vouaient les médias classique une marque de fierté, et s'amuse à ergoter depuis les marges des institutions politiques nationales (...) Le Pen n'a pas besoin de prouver qu'elle peut faire mieux que ses concurrents. Pour le moment, la critique des échecs des autres lui suffira à rester au centre du jeu politique en attendant le départ pour 2017 dans la course à l'Élysée».

» Une «populiste xénophobe» pour *The Nation*

[Dans un éditorial du 14 janvier](#), le journal de gauche *The Nation* n'est pas tendre non plus. L'hebdomadaire américain décrit un Front National «**effrontément islamophobe, raciste et xénophobe**» comme le premier parti de France depuis les élections européennes. Sa présidente est présentée comme la favorite des sondages. Une semaine après les attaques terroristes qui ont touché la France, sa volonté de proposer un référendum sur le retour de la peine de mort est sévèrement brocardée, de même que son «discours confus» sur les méfaits de la mondialisation ou encore ses propositions anti-immigrés.

» La «porte-parole de l'islamophobie» estime Quartz

Lundi, [c'était au tour du très en vogue Quartz](#), site «pure player» d'information, de faire un portrait au vitriol de la «porte-parole gauloise de l'islamophobie et du racisme». Marine Le Pen y est comparée au chantre du [«suprémacisme blanc» américain David Duke](#). [Quartz s'interroge à ce titre](#) sur la pertinence de lui avoir ouvert une tribune dans le *New York Times*. «Son texte fourmillant de fausses vérités, distord la position du gouvernement français qui a clairement condamné les attaques contre *Charlie Hebdo*», estime l'article. «L'ADN du FN est foncièrement fasciste et Le Pen n'a jamais renoncé à l'idéologie de son père, elle n'a fait que lui donner un aspect présentable», explique le magazine web d'inspiration libérale et pro-business. «Elle a réorienté la haine en direction des musulmans, et calibré son programme économique incohérent pour lui donner des accents populistes d'extrême gauche altermondialiste (...) Mais le FN reste un parti fasciste qui capitalise sur la haine de l'autre (...) et ses soutiens électoraux en France sont aussi les principaux relais de l'antisémitisme. Les valeurs de Le Pen font insulte à celles de la France», tranche le papier. Un point de vue qui n'a pas manqué de susciter quelques réactions indignées de soutiens du Front national.

The ECB's momentous meeting

QE is coming, but on German terms

Jan 20th 2015, 9:51 BY P.W. | LONDON

WHEN the European Central Bank's (ECB) governing council meets on January 22nd, it will take a historic decision. Among the main central banks, the ECB alone has abstained from a big programme of quantitative easing involving the creation of money to buy sovereign bonds with the aim of spurring growth and inflation. The economic case for QE in the euro area is overwhelming: the feeble economic recovery that has followed Europe's double-dip recession is faltering; headline inflation has turned negative and longer-term inflation expectations have also declined to a worrying extent. Mario Draghi, the ECB's president, seems determined to adopt QE in some form, but he will have to compromise on the way that the risks are shared among the euro-zone national central banks in order to get the policy through.

Insiders expect a programme of sovereign-bond purchases of around €500 billion (\$580 billion) to be announced on Thursday. Anything less would be likely to disappoint markets that have already been anticipating a move by the ECB to adopt QE, causing, for example, the euro to weaken. The need to purchase government bonds arises from the scale with which the ECB needs to intervene. The central bank wants to raise the balance-sheet of the Eurosystem (the ECB along with the euro zone's 19 national central banks) from €2.2 trillion to €3 trillion. Since late last year it has been conducting a form of QE by buying private assets, mainly covered bonds, a particularly safe form of debt issued by banks, and also some asset-backed securities. Such purchases may reach around €200 billion over a year. But the amount of eligible and available covered bonds, of around €1 trillion, is dwarfed by the value of sovereign bonds, of over €6 trillion. At one time it seemed that the ECB might buy conventional corporate bonds, but it seems to have decided that the market is too illiquid for it to operate in at scale.

But a big bond-buying programme is tricky in a monetary union where there is not one federal government but 19 national ones, of widely varying creditworthiness, ranging from triple-A for Germany's to junk for Greece's. The indications are that Mr Draghi will have to bow to stipulations set by Jens Weidmann, head of the German Bundesbank, if he is to get QE approved. Most notably, purchases of sovereign debt will not be made under the usual risk-sharing arrangements at the ECB, whereby the 19 national central banks of the euro zone share any losses in rough proportion to the size of their economies. The Bundesbank would normally expect to shoulder a quarter of any losses incurred by the ECB. But in this instance, each central bank is likely to be largely responsible for buying the bonds of its own country and will have to bear any losses on them on its own.

That is a good deal for the Bundesbank, because German bonds are so safe. But it marks a big break in precedent and will be seen as unsatisfactory by many members of the governing council. The compromise is necessary because on this occasion Angela Merkel, Germany's chancellor, is backing Mr Weidmann. That is in sharp contrast with the previous clash between Mr Weidmann and Mr Draghi, in 2012, over the (unused) policy of "outright monetary transactions", a conditional commitment to buy bonds of countries under siege in the markets, which gave teeth to Mr Draghi's pledge to do "whatever it takes" to save the euro. Mrs Merkel fears that QE will allow laggard governments, including those of Italy and France, to further delay indispensable structural reforms. The chancellor also worries that purchases made through the usual risk-sharing approach would in effect create by the backdoor "Eurobonds", jointly issued bonds with the risk mutually shared among member states, to which she is strongly opposed.

Some way will also have to be found to deal with the problem of Greece, which in elections on January 25th may choose a new government that seeks some form of debt relief and tries to backtrack on reforms. One

possible solution might be to stipulate that junk-rated sovereign bonds will be bought only if the country concerned is abiding by the terms of a euro-zone bail-out programme (Greece's is due to expire at the end of February).

Markets may shrug off these messy details in their elation that QE is at long last under way, injecting money into the euro-zone economy and signalling the ECB's commitment to arrest the fall in inflation. Most members of the ECB's council will grudgingly take the view that it is better to get a big amount of QE along these lines than a much smaller dose with the usual risk-sharing arrangements. The effect of the QE that the council undertakes may also be stronger if, as is now expected, the bonds purchased will be held to maturity. But a package along these lines will set an unfortunate precedent, for it will embody the very fragmentation within the euro area that the ECB has been seeking to combat. That will add to the danger that the long-awaited QE programme may be coming too late to arrest the slide into a deflationary mindset.

Readers' comments

The Economist welcomes your views. Please stay on topic and be respectful of other readers. [Review our comments policy.](#)
daley168612 mins ago

So, who believes that QE will do anything more than pump up the prices of existing assets and, through exchange rate effects, stifle recovery in the United States?

This is simply another gift to the propertied classes by an "independent" central bank.

Recommend

0 RollyOn1 hour 7 mins ago

I can't blame Mrs Merkel for her concerns over laggard governments. Other policies do not give countries time to reform rather they confirm their expectation that they don't need to.

Recommend

hedfundguy2 hours 42 mins ago

Deep down, the European state politicians want ECB QE but won't admit it.

They have no will for structural reform.

ECB QE: The panacea for structural reforms.

NSFTL

Regards

Artemio Cruzin reply to hedfundguy2 hours 26 mins ago

If it's a panacea then what problems does it solve? It seems very much like can-kicking to me.

I think governments love low interest rates but that does not mean needing to print money.

MrR.Foxin reply to Artemio Cruz1 hour 7 mins ago

QE isn't 'can-kicking' - it's a wealth-tax.

Artemio Cruz3 hours 58 mins ago

One possible solution might be to stipulate that junk-rated sovereign bonds will be bought only if the country concerned is abiding by the terms of a euro-zone bail-out programme (Greece's is due to expire at the end of February).

Hasn't the ECJ already stipulated that the ECB will not be able to buy bonds of countries where it is involved in bailouts?

Anyway, with cheap oil and a low exchange rate, there is no need to print more money. The absurdly low interest rates are already starting to cause real pain as well as stimulating asset bubbles. Low interest rates were cited as one reason why my health insurance premium has gone up as much as it has. As Buttonwood has pointed out: persistently low rates are going to cause hell for future pensioners. Money printing will only make this worse by transferring money from savers to debtors: I'd rather deal with write-downs than such theft by stealth.

VerySeriousSam3 hours 58 mins ago

"But in this instance, each central bank is likely to be largely responsible for buying the bonds of its own country and will have to bear any losses on them on its own."

Ever heard of Target 2? No matter which NCB within the eurozone purchases which nation's bonds, the risk is via Target 2 always distributed amongst all of them.

MrR.FoxJan 20th, 11:21

"The economic case for QE in the euro area is overwhelming:"

Well, if PW says so, but still ... you do have to wonder if money-supply is at the root of what's really wrong with the EZ, don't ya? Or is that obvious to everyone but me?

So, how much thin-air cash does each CB get? Equal sums for all? In proportion to GDP-shares? The poor get lots and the rich get next to nothing? (Bet that last one is TE's favorite, don't you?) Why does Germany need the ECB's largess anyway? Why is Germany even using the same currency as Greece anyway?

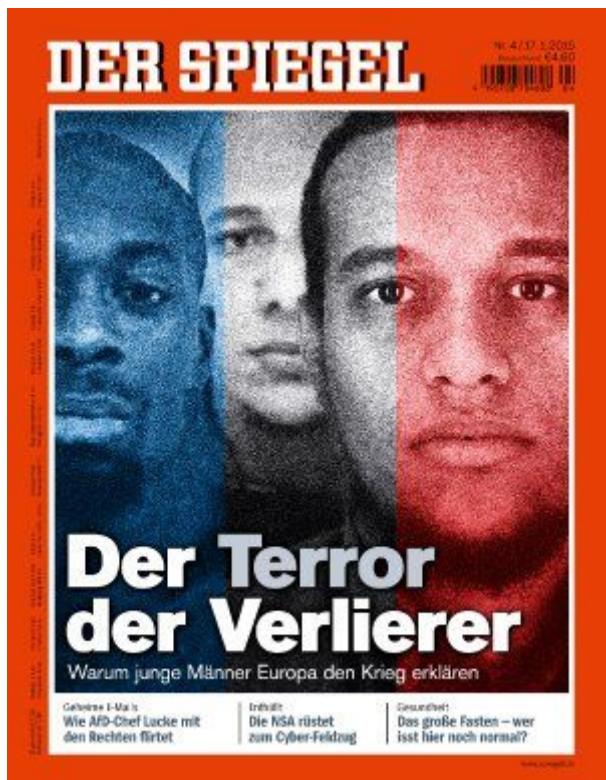
I don't get the default/loss-sharing thing. Are the CBs that get the free money expected (or obligated) to give it back to the ECB someday? Whatever it is they're supposed to do, we all know that not one penny of QE'd money will ever be withdrawn from circulation don't we - same as the Fed's phony promise to promptly withdraw QE1, QE2, QE3 (a promise by Benny that Janet pretends to have never heard of)?

All things considered, why sweat details that nobody has any intention of honoring anyway? Just print like a Zimbabwean.

<http://www.spiegel.de/international/world/charlie-hebdo-attackers-radicalized-in-search-for-identity-a-1013475.html>

111,151

« Der Spiegel » Cover 17. Januar 2015



Hass auf „Charlie“

Lange war der französische Intellektuelle Tariq Ramadan schwer einzuschätzen: Ist er dem Dialog zwischen Westen und Islam offen oder schürt er Vorurteile? Nun offenbart er sein wahres Gesicht.

20.01.2015, von JÜRIG ALTWEGG, GENÈVE



© AP  Erklärfreudig: Tariq Ramadan

Kritische Beobachter misstrauten ihm schon lange. Doch in weiten Kreisen wurde Tariq Ramadan auch als Hoffnungsträger gesehen, als Vertreter eines gemäßigten, aufgeklärten Islam und Vermittler zu den jungen Muslimen in den Vorstädten, die ihm Vertrauen schenkten. Und die er vor der Radikalisierung bewahre. Tariq Ramadan ist ein gewandter Intellektueller, der regelmäßig im Fernsehen zu sehen ist. Auch mit Charb, dem ermordeten Chefredakteur von „Charlie Hebdo“, hat er diskutiert.



Autor: Jürg Altwegg, Jahrgang 1951, Kulturkorrespondent mit Sitz in Genf. Folgen:

Ramadan rief bei jedem Zwischenfall - auch noch nach dem Brandanschlag gegen „Charlie“ 2011 - zur Mäßigung auf. Er verbreitete eine humanistische Botschaft und appellierte an die Muslime, sich nicht provozieren zu lassen. Doch in Genf hatte er lange zuvor die Aufführung von Voltaires „Mohamed“ verhindert - zusammen mit seinem Bruder Hani, der die Moschee leitet und wegen seiner Verherrlichung der Steinigung von Ehebrecherinnen aus dem Schuldienst entlassen wurde.

Tariq Ramadan wurde noch bekannter, als die Vereinigten Staaten ein Einreiseverbot gegen ihn verhängten. Gegenwärtig ist der in Genf geborene Nachfahre des Begründers der „Muslimischen Brüder“ Professor in Oxford. Das Attentat auf „Charlie Hebdo“ machte ihn nun abermals zum gefragten Gesprächspartner der Medien in aller Welt. Die Westschweizer Tageszeitung „Le Temps“ hat seine vielen Auftritte unter die Lupe genommen.

Vorschnelle Antworten und Zweifel

Auf Facebook verurteilte er die Attentate: „Nichts kann diesen Horror rechtfertigen.“ Das erste Interview gewährte er dem Westschweizer Fernsehen, live aus Doha. Nein, er sei nicht Charlie, der Zeitschrift bescheinigte er einen „Humor von Feiglingen“, den er nicht billigen könne: „Er ist unter allem und manchmal ziemlich vulgär.“ In dem international verbreiteten amerikanischen Politikmagazin „Democracy Now“ debattierte er mit dem legendären jüdischen Zeichner Art Spiegelman („Maus“). Gegen ihn führte er die Entlassung von Siné bei „Charlie Hebdo“ ins Feld, die damals mit einer als antisemitisch empfundenen Karikatur begründet wurde. Worum es Ramadan geht: Die Muslime dürfe man verhöhnen, die Juden würden geschützt. Abermals bezichtigte er „Charlie Hebdo“ der Feigheit. Die Zeitschrift sei seit zwei Jahren bankrott gewesen: „Mit diesen Kontroversen, diesen ewigen Kontroversen machten sie ihr Geld.“ Die Karikaturen seien eine „Geldmacherei“ auf Kosten von „aus der Gesellschaft ausgeschlossenen Menschen“.

Im gleichen Sinne äußerte er sich bei Al Dschazira und ging sogar noch weiter: Die Tatsache, dass im Fluchtauto der Terroristen ein Ausweis gefunden wurde, gebe Anlass zu Zweifeln. Er stützt die These eines Komplotts der Geheimdienste, ohne sie sich zu eigen zu machen. Solche Verschwörungstheorien hatte er schon nach dem 11. September vor Jugendlichen in der Vorstadt Vénissieux (bei Lyon) geschürt: „Das Einzige, was ich weiß, ist: Es gibt Zweifel. Und wo Zweifel stehen, muss man vorschnellen Antworten misstrauen.“ Als ob es Zweifel an der Identität der Täter gäbe. Mit seinen derartigen Reaktionen auf die Attentate zeigt Tariq Ramadan wohl endlich sein wahres Gesicht.

111,153

L'« apartheid » en France ? Pourquoi les mots de Manuel Valls marquent une rupture

LE MONDE | 20.01.2015 à 19h26 • Mis à jour le 20.01.2015 à 19h43 | Par Luc Bronner



Le premier ministre, Manuel Valls, lors de ses vœux à la presse, mardi 20 janvier, à Paris. | PATRICK KOVARIK / AFP

Manuel Valls avait déjà parlé de « ghetto » et de « ségrégation », voire d'« apartheid ». C'était en 2005, et il n'était alors que maire d'Evry (50 000 habitants) et socialiste en rupture idéologique avec son parti sur les enjeux d'intégration et de sécurité. Dix ans plus tard, à l'occasion de [ses](#) vœux à la presse, mardi 20 janvier, c'est le premier ministre qui parle. Avec [des mots inédits pour qualifier la situation des quartiers sensibles en France](#), une semaine après les attaques terroristes qui ont fait 17 morts. Pour [décrire](#) la [gravité](#) de la situation des quartiers français, [Manuel Valls](#) parle publiquement de « ghettos » et d'« apartheid territorial, [social](#), [ethnique](#) » – chaque mot compte, et le dernier plus que les autres dans un pays où la question ethnique demeure un tabou [politique](#) et intellectuel.

L'ancien ministre de l'intérieur a précisé sa pensée, tissant un lien avec les émeutes qui avaient secoué la [France](#) pendant trois semaines en 2005 avec plus de 10 000 [voitures](#) brûlées, l'incendie de dizaines de bâtiments publics et des centaines de policiers blessés. « Ces derniers jours ont souligné beaucoup des maux qui rongent notre pays ou des défis que nous avons à [relever](#). A cela, il faut [ajouter](#) toutes les fractures, les tensions qui couvent depuis trop longtemps et dont on parle uniquement par intermittence », a-t-il expliqué.

« Les émeutes de 2005, qui aujourd'hui s'en rappelle ? Et pourtant les stigmates sont toujours présents », a souligné Manuel Valls, fortement marqué, à l'époque, par le niveau de violence atteint dans les quartiers d'[Ile-de-France](#), y compris dans sa ville d'Evry. Les émeutes avaient alors contraint le gouvernement à [mettre](#) en place l'« état d'urgence », une disposition législative exceptionnelle instaurée en 1955 et utilisée une seule fois, avant les émeutes, pendant la guerre d'[Algérie](#).

Frontières invisibles

Le terme de ghetto n'est pas tout à fait neuf, repris notamment par les élus de terrain, dont faisait partie Manuel Valls à l'époque, mais il est resté rare dans la bouche des responsables de l'exécutif français. A l'exception de Nicolas Sarkozy qui, en tant que ministre de l'intérieur, puis de président de la République, l'a utilisé à plusieurs reprises entre 2007 et 2012. Mais l'argument de [Nicolas Sarkozy](#) était d'abord policier : le « ghetto » était associé à la notion de « zones de non droit » et donc d'abord à la délinquance.

De son côté, la recherche française, et avec elle le [monde](#) intellectuel, ont longtemps critiqué l'usage de cette notion, au motif notamment que ce terme induisait une comparaison avec la situation des Etats-Unis, marqués par un niveau de ségrégation ethnique nettement plus élevé. La sociologie française avait toutefois été

bousculée par la publication, en 2008, de *Ghetto urbain*, écrit par Didier Lapeyronnie (Robert Laffont), qui montrait comment les quartiers se constituaient en véritables « contre-[sociétés](#) » et comment s'érigeaient des frontières invisibles au sein des villes françaises.

Le terme d'« apartheid », en revanche, marque une rupture sémantique, et donc politique. Car si l'ancien maire de banlieue pouvait [formuler](#) ce type de constat dans une logique de dénonciation, des mots similaires dans la bouche d'un premier ministre prennent un sens différent. D'abord parce que s'il existe une forme d'« apartheid » en France, cela témoigne d'un échec majeur de trente ans de [politique](#) de la ville – ce que la gauche, plus que la droite, a toujours eu du mal à [reconnaître](#).

Ensuite, et surtout, parce que si le premier ministre estime que les quartiers sont victimes d'« apartheid », cela signifie que, pour le [prendre](#) au mot, les logiques de ségrégation ne sont pas uniquement subies mais qu'elles sont, au moins en partie, construites par les politiques publiques, notamment dans les domaines du [logement](#), de l'éducation et de l'[emploi](#). Ou, dit autrement, que l'« apartheid », qui signifie littéralement « séparation », est le résultat d'une politique volontaire, ou du cumul de différentes politiques – et donc pas uniquement l'effet d'une crise sociale prolongée.

En savoir plus sur http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/01/20/l-apartheid-en-france-pourquoi-les-mots-de-manuel-valls-marquent-une-rupture_4560022_823448.html#UIMatQCzptEh6df7_99

Nun ruhen alle Wälder

Nun ruhen alle Wälder ist ein geistliches Abendlied von Paul Gerhardt.

Das Lied erschien erstmals 1647 im Gesangbuch *Praxis Pietatis Melica* von Johann Crüger. Beigegeben ist der Hinweis, dass es auf die Melodie *O Welt, ich muss dich lassen* zu singen sei, einem seit 1598 überlieferten Lied, das seinerseits als geistliche Kontrafaktur auf dem Lied *Innsbruck, ich muss dich lassen* (um 1495) von Heinrich Isaac beruht. Die Melodie, die in verschiedenen rhythmischen Fassungen verbreitet ist, wurde auch von Johann Sebastian Bach als Grundlage des gleichnamigen Chorals BWV 392^[1] sowie mehrerer Choralsätze in der Matthäus- und der Johannes-Passion^[2] verwendet. Im Evangelischen Gesangbuch ist das Lied unter der Nummer 477 mit allen neun Strophen abgedruckt, dazu ein vierstimmiger Chorsatz von Bartholomäus Gesius (1605). Ins katholische Gotteslob von 2013 wurde es mit sieben Strophen aufgenommen (Nr. 101).^[3]

1666/67 schuf Johann Georg Ebeling eine Neuvertonung, die sich jedoch nicht durchsetzte.

Melodie^[Bearbeiten]

Melodiefassung des Evangelischen Gesangbuchs:

Nun ru - hen al - le Wäl - der, Vieh, Men - schen, Städt' und Fel - der, es
5 schläft die gan - ze Welt; ihr a - ber, mei - ne Sin - nen, auf,
9 auf, ihr sollt be - gin - nen, was eu - rem Schöp - fer wohl - ge - fällt.

Nun ruhen alle Wälder,
Vieh, Menschen, Städt' und Felder,
es schläft die ganze Welt;
ihr aber, meine Sinnen,
auf, auf, ihr sollt beginnen,
was eurem Schöpfer wohlgefällt.

Nun geht, ihr matten Glieder,
geht hin und legt euch nieder,
der Betten ihr begehrt.
Es kommen Stund und Zeiten,
da man euch wird bereiten
zur Ruh ein Bettlein in der Erd.

**Breit aus die Flügel beide,
o Jesu, meine Freude,
und nimm dein Küchlein ein!
Will Satan mich verschlingen,
so lass die Englein singen:
Dies Kind soll unverletzt sein.**

Abendlied (Matthias Claudius)



„Der Mond ist aufgegangen“, Illustration von [Ludwig Richter](#) (1856)

Das **Abendlied** („Der Mond ist aufgegangen“) ist ein [Gedicht](#) von [Matthias Claudius](#), das zu den bekanntesten Gedichten der [deutschen Literatur](#) gehört. Es wurde zum ersten Mal im Vossischen [Musenalmanach](#) veröffentlicht^{[1][2]} und fehlte von da an in kaum einer [Anthologie](#). Vorlage war das Gedicht *Nun ruhen alle Wälder* von [Paul Gerhardt](#) aus dem Jahre 1647. Die genaue Datierung ist unklar; einerseits geht man von einer Entstehung 1778 in [Wandsbeck](#) aus, andererseits von einer früheren in [Darmstadt](#).^[3]

Das Gedicht

1. Der Mond ist aufgegangen,
Die goldnen Sternlein prangen
Am Himmel hell und klar;
Der Wald steht schwarz und schweiget,
Und aus den Wiesen steigt
Der weiße Nebel wunderbar.

2. Wie ist die Welt so stille,
Und in der Dämmerung Hülle
So traulich und so hold!
Als eine stille Kammer,
Wo ihr des Tages Jammer
Verschlafen und vergessen sollt.

3. Seht ihr den Mond dort stehen?
Er ist nur halb zu sehen,
Und ist doch rund und schön!
So sind wohl manche Sachen,
Die wir getrost belachen,
Weil unsre Augen sie nicht sehn.

7. So legt euch denn, ihr Brüder,
In Gottes Namen nieder;
Kalt ist der Abendhauch.
Verschon uns, Gott! mit Strafen,
Und laß uns ruhig schlafen!
Und unsern kranken Nachbar auch!

Das Gedicht besteht aus sieben sechszeiligen [Strophen](#). Das Reimschema ist dabei aabccb, der jeweils dritte und sechste Vers bilden also einen [Schweifreim](#). Das [Versmaß](#) wird in der Regel als [dreiehebiger Jambus](#) interpretiert, wobei der jeweils letzte Vers einer

Strophe vierhebig ist. Einige Interpreten gehen jedoch davon aus, dass sämtliche Verse als vierhebig aufzufassen sind, und berufen sich dabei unter anderem auf verschiedene Vertonungen des Gedichts.^[4]

Rezeption und Interpretationen

Das Gedicht hat vor allem als Volkslied enorme Berühmtheit im deutschen Sprachraum erlangt, dabei aber vor allem die erste, zweite, dritte und letzte Strophe, die anderen Strophen werden oft weggelassen. Überwiegend wurde das Lied als idyllisches [Schlaflied](#) rezipiert, mit dem nur ganz leise unheimlichen Aspekt des kalten Abendhauchs. Das *Abendlied*, so deutet es Winfried Freund, sei eher ein Todesgedicht, allerdings vor dem Hintergrund der Heilserwartung eines gläubigen Christen.

Die starke Rezeption des Abendlieds begann bereits kurz nach seiner Veröffentlichung. [Johann Gottfried Herder](#) nahm es als einziges zeitgenössisches Gedicht in den zweiten Teil seiner *Volkslieder* auf. Dabei kürzte er es jedoch um die letzten beiden Strophen, in denen der Gebetscharakter besonders deutlich wird. [August Hermann Niemeyer](#) druckte das Gedicht in seinen Sammlungen *Lieder für das Volk* und *Gesangbuch für Schulen und Erziehungsanstalten* und begründete so die Rezeption als Kirchenlied. Als Melodie gab er dabei *Nun ruhen alle Wälder* von Paul Gerhardt an, womit er diesen Bezug erstmals herstellte. Seine Nachdrucke waren jedoch von Claudius nicht autorisiert; er selbst autorisierte lediglich zwei Veröffentlichungen in einem säkularen Rahmen, darunter jene im *Vossischen Musenalmanach*.^[5]

Die literarischen Qualitäten des Abendlieds waren lange umstritten. Einige Rezipienten erkannten eine kindlich-fromme Grundhaltung und lehnten das Gedicht aufgrund seiner angeblichen Naivität und Einfältigkeit ab. [Ernst Wiechert](#) lobte eine schlichte, aber handwerklich außerordentlich gelungene Ausführung und betrachtete gerade die Einfachheit als [Stilmittel](#). Ungeachtet dieser Kontroversen kam das Abendlied schnell zu großer Popularität und fand Eingang in zahllose Anthologien und Gesangbücher. Eine wiederkehrende Frage in der Rezeptionsgeschichte ist die nach dem im Abendlied vermittelten Gottesbild. Verschiedene Interpretationen gehen dabei teilweise von [aufklärerischen](#) Grundtönen aus, teilweise auch von [pietistischen](#) oder [reformatorischen](#), wobei eine eindeutige Zuordnung selten vorgenommen wird. Als Zeichen für fromme orthodoxe Lesarten wird dabei häufig Claudius' eindeutig predigthafter Grundton gewertet, während bestimmte Vokabeln wie *Sternlein* gemeinhin dem Wortschatz des Pietismus zugeordnet werden. Auch dem Denken [Martin Luthers](#) hat sich Claudius nachweislich verbunden gefühlt. Sowohl [theologische](#) als auch [literaturwissenschaftliche](#) Interpretationen tendieren dazu, Claudius eine Unabhängigkeit von all diesen Strömungen zuzusprechen.^[6]

Mit *Abendlied* wählt Claudius einen Gattungsbegriff als Titel, der das Gedicht in den Kontext bestimmter literarischer Traditionen stellt. Auf der einen Seite ruft der Titel das Umfeld der geistlichen Gesänge auf, auf der anderen Seite ist das Abendlied als literarische Gattung ein typisches Produkt der Reformationszeit. Typische Elemente dieser Gattung sind die Angst vor der hereinbrechenden Nacht, die Erinnerung an den zurückliegenden Tag sowie eine Form von Andacht. Anders als bei vielen Vorgängern in dieser Tradition tritt bei Claudius' Abendlied eine reale, eigenständige Natur in Erscheinung, die nicht mehr rein [metaphorisch](#) gelesen werden kann. Auch fehlt dem Gedicht ein (gattungstypischer) grundlegender pädagogischer Unterton, dafür tritt ein fortschreitender Erkenntnisprozess auf, dem der Leser folgen kann. Claudius' Abendlied kann so als Gedicht gelesen werden, das eine literarische Tradition aufruft, um sich gleichzeitig von ihr abzugrenzen.^{[7][8]}

Vertonungen und Melodien[\[Bearbeiten\]](#)

In der Vertonung von [Johann Abraham Peter Schulz](#) in der Sammlung *Lieder im Volkston, bey dem Claviere zu singen* aus dem Jahr 1790^[9] erhielt das *Abendlied* einen festen Platz im deutschen Liedrepertoire. Mit dieser Melodie steht es auch im [Evangelischen Gesangbuch](#) (EG 482, mit vierstimmigem Chorsatz von [Max Reger](#) (1899)^[10]), mit identischem Text und Melodie seit 2013 auch im katholischen [Gotteslob](#) (Nr. 93). In Kirchengesangbüchern fand es sich bis weit ins 20. Jahrhundert meist mit der Melodie *Nun ruhen alle Wälder* (*Innsbruck, ich muss dich lassen*, von [Heinrich Isaac](#)).

Insgesamt gibt es jedoch mehr als 70 Vertonungen. [Franz Schubert](#) vertonte es im November 1816 für Singstimme und Klavier (*D* 499).^[11] Weitere Vertonungen stammen von [Michael Haydn](#), [Carl Orff](#), [Johann Friedrich Reichardt](#), [Othmar Schoeck](#), Interpretationen u. a. von [Pe Werner](#), [Hannes Wader](#) und [Herbert Grönemeyer](#).



1. Der Mond ist auf-ge - gan - gen, die gold - nen Stern - lein pran - gen am Him - mel hell und klar, der
Wald steht schwarz und schwei - get und aus den Wie - sen stei - get der wei - ße Ne - bel wun - der - bar.

111,158

Das "Abendlied" ist das berühmteste Gedicht

Kein deutsches Gedicht wird so oft gedruckt wie dieses: "Der Mond ist aufgegangen". Auch 200 Jahre nach seinem Tod schlägt Matthias Claudius selbst Goethe nach Punkten. Ein Experte erklärt warum.

Von Marc Reichwein

Das berühmteste deutsche Gedicht? Stammt nicht etwa von Goethe oder Schiller, sondern von [Matthias Claudius](#), der heute vor 200 Jahren starb. So wenig man mit dem Dichter noch verbindet, so sehr kennt, hört und singt man bis heute sein "[Abendlied](#)": "Der Mond ist aufgegangen / Die goldnen Sternlein prangen / Am Himmel hell und klar". Ist das romantisch? Schon. Kitschig? Vielleicht. Aber vor allem tröstlich. Versöhnlich. Friedlich. Dunkelheit ist "eine stille Kammer / Wo Ihr des Tages Jammer / Verschlafen und Vergessen sollt", dichtete Claudius – nicht nur für Kreuzfromme.

Säkularisiert lebt der gute Einschlafwunsch, das menschliche Urbedürfnis über Generationen und Zeitalter hinweg, bis heute fort, etwa im Grußritual, mit dem Ulrich Wickert, der Matthias Claudius der ARD-Tagesthemen, uns Zuschauern von 1991 bis 2006 eine "geruhsame Nacht" wünschte. Egal, was war und ist, findet Ruhe!



Foto: picture alliance / akv images Matthias Claudius wurde am 15. August 1740 in Hamburg geboren. Er starb am 21. Januar 1815. Der Holzstich zeigt ihn im Jahr 1890

Claudius erfand mit dem "Abendlied" das Baldriparan Forte der deutschen Lyrik, die Nummer eins noch vor "Wandlers Nachtlied" von Goethe. Bei Claudius geht es nicht atemlos durch die Nacht wie bei der Schlagersängerin Helene Fischer, vielmehr lässt er einen ganz schön schlottern, mit seiner metaphysischen Unruhe: "Verschon uns, Gott! mit Strafen! / Und lass uns ruhig schlafen."

Im Grunde denkt sich Claudius die Nacht als "Großes Kino für uns zwei" wie Helene Fischer, nur dass die zwei bei ihm Gott und Mensch, wenn nicht sogar Gott und Menschheit sind: "Lass uns ruhig schlafen! / Und unseren kranken Nachbarn auch!"

Über 70 Vertonungen kennt das noch vor der Französischen Revolution entstandene "Abendlied", die erste von Schubert, die bislang letzte von Herbert Grönemeyer. Unzählige Parodien ("Der Mund ist aufgegangen"), Verballhornungen und Zitate – etwa in Ingrid Nolls Krimi "Kalt ist der Abendhauch" – sind da noch nicht einmal eingerechnet.

Wie aber kann man überhaupt messen und wissen, dass dieses Claudius-Gedicht das populärste aller deutschen Gedichte ist? Nun, man muss sich, am besten ganz weit weg vom kalten Mond, einfach mal sommers auf die Terrasse des Deutschen Literaturarchivs Marbach wagen. Mit etwas Glück trifft man dort Hans Braam, einen älteren, sympathischen Herrn mit Hosensack über dem Bauchnabel und Schnauzbar. Braam kommt seit vielen Sommern regelmäßig nach Marbach und wertet Anthologien, also Gedichtsammlungen, nach Häufigkeit der in ihnen versammelten Gedichte aus. Je mehr Gedichtsammlungen sich auf das gleiche Gedicht einigen, desto eher gehört es zum Kanon.

Was landet im Kanon?

Braam führt auf seinem Laptop, das tatsächlich noch mit MS-DOS läuft, Belege über 4000 Dichter und mehr als 40.000 Gedichte. "1987 habe ich das Ding angefangen", sagt er in schönstem Rheinländisch über seine Datenbank, die ein Buchgenre vermisst, das so aparte Titel trägt wie "Gedichte fürs Gedächtnis" (Ulla Hahn) oder "Ewiger Vorrat deutscher Poesie" (Rudolf Borchardt).

Vielleicht ist Braam mit seiner Datenbank und seiner Kenntnis der Vorratsversexperte für den lyrischen Kanon im deutschsprachigen Raum. Auf jeden Fall hat er den Nachweis erbracht, dass kein Gedicht so häufig in deutschen Gedichtsammlungen auftaucht wie Claudius' "Abendlied".

Es ist, wie Hans Braam und Lutz Hagedstedt von der Uni Rostock einmal in einem [Aufsatz](#) schrieben, "seit Jahrzehnten unangefochten das am besten belegte deutsche Gedicht in deutschen Anthologien". Mit mehr als hundert Belegen rangiert es weit vor Goethe, der mit rund 80 Treffern die Plätze zwei und drei belegt, und zwar mit "Erlkönig" und "Wandlers Nachtlied".

Und wenn man Braam und Hagedstedt Glauben darf, dann hat Claudius' "Abendlied" nicht nur alle politischen und ideologischen Zeitläufte unbeschadet überstanden, es wird auch, wie es scheint, "niemals vom ersten Platz der Rangfolge verdrängt werden". Einmal Heavy Rotation, immer Heavy Rotation? Vielleicht funktionieren Gedichtsammlungen tatsächlich kaum anders als Hitradios.

Wobei man zu Ehren von Claudius sagen muss, dass er – bei aller Popularität des "Abendliedes" – kein One-Hit-Wonder ist. In der auf Hans Braams Datenbank basierenden Sammlung "Die berühmtesten deutschen Gedichte" (Kröner) kann man weitere Claudius-Gedichte entdecken: sein "Kriegslied" zum Beispiel, das wohl nicht zufällig erst nach 1945 kanonisiert wurde, weil es vorher als wehrkraftersetzend gelesen wurde: "Wenn wackre Männer, die sich Ehre suchten / verstümmelt und halb tot im Staub sich vor mir wälzten und mir fluchten in ihrer Todesnot", dann nennen wir das heute Trauma.

Claudius hat viele lebenskluge Gedichte über den Mensch und den Tod geschrieben, aber auch die Schönheit davor: "Seht ihr den Mond dort stehen? Er ist nur halb zu sehen / Und doch rund und schön!"

L'islamophobie est-elle punie par la loi ?

Le Monde.fr | 20.01.2015 à 17h41 • Mis à jour le 20.01.2015 à 18h28 | Par [Delphine Roucaute](#) et [Madjid Zerrouky](#)

Lundi à Cologne, l'écrivain français [Michel Houellebecq s'est défendu d'avoir](#) écrit, avec son roman *Soumission*, un « livre islamophobe » mais a estimé qu'on en avait « parfaitement le droit ». Rien n'est moins sûr.



• Quelle définition ?

Le terme « *islamophobie* » suggère à l'origine une peur collective de la religion musulmane. Mais il s'impose depuis quelques années comme l'ensemble des réactions de rejet vis-à-vis des personnes musulmanes (ou supposées telles). En effet, si le suffixe « *phobie* » désigne étymologiquement une peur, son sens a dévié et peut [désigner](#) communément une notion d'« hostilité sociale », comme dans les mots xénophobes, homophobes, etc.

De nombreuses institutions tentent de [tracer](#) les contours de ce concept qui relève aussi bien des préjugés que des actes. Ainsi, selon [le Conseil contre l'islamophobie en France \(rapport 2014\)](#), « *il s'agit de l'ensemble des actes de discrimination ou de violence contre des institutions ou des individus en raison de leur appartenance, réelle ou supposée, à l'islam. Ces actes sont également légitimés par des idéologies et des discours incitant à l'hostilité et au rejet des musulmans.* »

De la même manière, le Conseil de l'[Europe](#) établit [dans son rapport sur l'islamophobie et ses conséquences pour les jeunes](#) que « *l'islamophobie peut se définir comme la peur, ou une vision altérée par des préjugés, de l'islam, des musulmans et des questions en rapport.* » Ce à quoi il ajoute :

« *Qu'elle se traduise par des actes quotidiens de racisme et de discrimination ou des manifestations plus violentes, l'islamophobie est une violation des droits de l'homme et une menace pour la cohésion sociale.* »

Selon ces définitions, il ne s'agit donc pas d'une critique de l'islam en tant que dogme, mais bien d'une hostilité vis-à-vis des musulmans.

Quelle différence avec le racisme ?

Dans [une interview donnée au Nouvel Observateur en juillet 2013](#), [Manuel Valls](#), alors ministre de l'intérieur, expliquait qu'il refusait d'[utiliser](#) le terme « *islamophobie* », préférant l'expression « *racisme antimusulman* ». Il reprenait ainsi à son compte l'argumentaire de l'essayiste Caroline Fourest pour qui le terme « *islamophobe* » est un concept utilisé par les adeptes d'un islam fondamentaliste afin d'[empêcher](#) toute critique de la religion.

Interrogée par Rue89, [Caroline Fourest s'expliquait en 2013](#) :

« Il y a peut-être une occurrence [de ce terme] dans les années 20, mais ce sont bien les mollahs iraniens, à la fin des années 70, qui en feront la vraie première utilisation publique et [politique](#), en accusant les féministes qui se battaient contre le [voile d'être islamophobes](#). L'objectif de ces intégristes est de [faire croire](#) que [critiquer l'islam](#), c'est être antimusulman. Cela leur permet d'empêcher toute critique féministe et laïque de la religion. »

Cette affirmation, également développée dans l'ouvrage *Tirs croisés* coécrit avec Fiammetta Venner, est problématique puisqu'elle ne repose sur aucune source précise. Le sociologue Marwan Mohammed [explique de son côté que](#) le mot « islamophobie » n'existe pas en persan et doit son origine à des administrateurs coloniaux français du début du XX^e siècle.

Au-delà de ce point d'histoire, le sociologue, auteur en 2013 avec Abdellali Hajjat de l'ouvrage *Islamophobie, Comment les élites françaises fabriquent le « problème musulman »*, déclarait à [Libération que](#) « ce déni du terme d'islamophobie a durant longtemps laissé dans l'ombre l'expérience de l'islamophobie. Et ceux qui la subissent le vivent très mal ».

Pour Alain Gresh, rédacteur en chef du *Monde diplomatique*, [refuser](#) la dimension raciste de l'islamophobie est une manière de se [voiler](#) la face. « Il est évident qu'il y a un recoupement entre racisme anti-Maghrébins et islamophobie, sans doute renforcé par la visibilité d'une partie de la jeune génération, qui s'affirme "musulmane" sur la scène publique et ne rase plus les murs. Il se développe ainsi un nouveau racisme anti-arabe, porté par une partie des intellectuels et des [médias](#), qui se camoufle sous le drapeau de la lutte contre l'islam », affirmait [le journaliste au début des années 2000](#).

Attention toutefois à ne pas [confondre](#) racisme et islamophobie. « Tous les musulmans ne sont pas maghrébins et tous les Maghrébins ne sont pas musulmans. En outre, quand on observe les données du ministère de l'intérieur, on observe une stagnation du racisme anti-maghrébin, qui a toujours représenté la catégorie la plus importante, contrairement aux actes visant l'islam ou les musulmans, dont la progression est très forte. Il n'y a pas de dynamique commune, bien qu'assez souvent origine et religion s'articulent », souligne Marwan Mohammed.

L'islamophobie est-elle répréhensible ?

L'islamophobie n'est pas punie en tant que telle en [France](#). L'encadrement de son expression dans l'espace public relève des lois régissant la liberté d'expression. En effet, selon la loi du 29 juillet 1881 sur la liberté de la presse ([voir l'article 24](#)), « la provocation à la discrimination, la haine ou la violence envers des personnes en raison de leur origine ou de leur appartenance ou de leur non-appartenance à une ethnie, une nation, une race ou une religion déterminée » peut faire l'objet d'une condamnation. C'est dans ce cadre-là que plusieurs personnes tenant des propos islamophobes sont passées devant la [justice](#).

A [titre](#) d'exemple, le 15 octobre 2013, Christine Tasin, présidente de l'association « Résistance républicaine » et collaboratrice du site Riposte laïque ([proche des identitaires d'extrême droite](#)), [avait déclaré devant un abattoir mobile](#) installé pour le sacrifice rituel de l'Aïd-el-Kébir à [Belfort](#) : « Oui, je suis islamophobe, et alors ? La haine de l'islam, j'en suis fière. L'islam est une saloperie (...), c'est un danger pour la France. » Le parquet de Belfort avait estimé que [ses](#) mots étaient « de nature à [susciter](#) le rejet des musulmans en les désignant comme un danger pour la France ». La militante islamophobe avait ainsi été condamnée pour « incitation à la haine raciale ».

Même chose sur Internet. Un internaute ayant publié sur Le Figaro.fr en juillet 2011 un message à caractère islamophobe a ainsi été condamné en 2013 à un mois de prison avec sursis et à 1 680 euros d'amende, [note le Collectif contre l'islamophobie en France \(CCIF\)](#).

Comment [mesurer](#) son ampleur en France ?

Deux organismes tentent de mesurer l'ampleur du phénomène dans l'Hexagone avec des méthodologies différentes : l'Observatoire national contre l'islamophobie – une instance dépendant du Conseil français du culte musulman (CFCM) – qui comptabilise les plaintes déposées et transmises au parquet par la [police](#) ou la gendarmerie, et le Collectif contre l'islamophobie en France (CCIF) – qui reproche au premier [sa trop grande proximité avec la place Beauvau](#) et se méfie des statistiques policières –, recensant les actes sur la base de déclarations de citoyens et des remontées médiatiques.

Leurs divergences politiques et méthodologiques se traduisent dans les faits par des divergences sur les chiffres. Ainsi, dans son rapport annuel 2014 basé sur les chiffres de l'année 2013, [le CCIF a dénombré 691 actes islamophobes](#) sur le territoire quand [l'Observatoire national contre l'islamophobie en a recensé 226](#).

Dans l'attente de chiffres complets pour l'année 2014, l'Observatoire national contre l'islamophobie a cependant d'ores et déjà alerté pour ce début d'année 2015 : au 19 janvier, 116 actes antimusulmans avaient été recensés en France, [soit une hausse de 110 % par rapport à janvier 2014](#).

Quelle reconnaissance au niveau mondial ?

Des institutions européennes ou occidentales comme le Conseil de l'Europe ou l'OSCE (Organisation pour la sécurité et la coopération en Europe) ont légitimé l'usage du terme « islamophobie ». Mais la lutte contre l'islamophobie est aussi l'un des chevaux de bataille de l'Organisation de la conférence islamique. L'OCI, qui regroupe 57 Etats membres et dispose d'une délégation permanente aux Nations-unies, veut [obtenir](#) la reconnaissance de ce délit au niveau mondial et sa retranscription dans les droits nationaux au même titre que le racisme.

Ce militantisme s'est concrétisé par la mention de l'islamophobie – au même titre que le racisme, la xénophobie ou l'antisémitisme – parmi les maux à [combattre](#) par les conférences des Nations-unies sur le racisme. Le secrétaire général de l'ONU, Ban Ki-moon, déclarant en 2009 que « *le racisme peut aussi s'[exprimer](#) de manière moins formelle comme la haine contre un peuple ou une catégorie particulière comme l'antisémitisme, par exemple, ou plus récemment l'islamophobie* ».

Mais l'OCI, dont la majorité des membres ont l'islam pour religion d'Etat et où toute critique est assimilée au blasphème, est souvent accusée de [vouloir](#) faire [reconnaître](#) au niveau [international](#) un délit de « *diffamation des [religions](#)* » sous couvert de lutte contre l'islamophobie.

Avec des succès mitigés, comme elle le [reconnaissait dans son rapport 2012](#) : « *Pendant la dernière décennie, l'OCI a réussi à [adopter](#) une résolution sur la diffamation des religions au sein du Conseil des droits de l'homme de l'ONU à Genève et à l'AGNU (Assemblée générale des Nations Unies). La résolution, après les premières années, a cependant été confrontée à l'opposition des pays occidentaux qui l'ont perçue comme étant centrée sur l'islam et ont soutenu que ses dispositions étaient destinées à [restreindre](#) la liberté d'expression.* »

Quel est le poids de l'islam en France ?

Le Monde.fr | 21.01.2015 à 11h25 • Mis à jour le 21.01.2015 à 12h46 | Par [Alexandre Pouchard](#) et [Samuel Laurent](#)

Avant même les attentats survenus les 7, 8 et 9 janvier, l'islam en France inquiétait une partie de l'opinion. Plusieurs enquêtes montraient un sentiment hostile et une surestimation du poids de cette religion. Autant de craintes alimentées par une actualité où l'islamisme radical tend à [devenir](#) omniprésent, générant des peurs alimentées par certains. Pourtant, les chiffres sont souvent bien loin des fantasmes.

1. Combien de musulmans en France ?

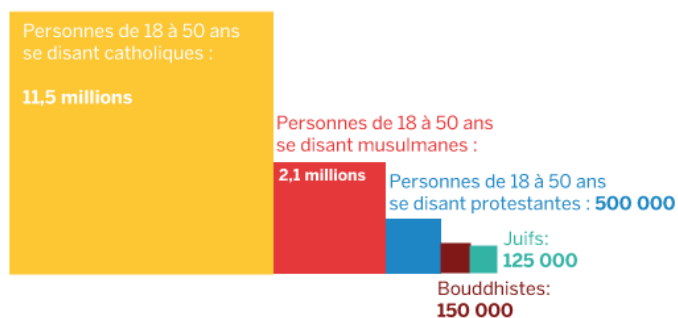
À l'été 2014, un sondage de l'institut [Ipsos](#) Mori réalisé dans plusieurs pays montrait qu'à l'instar des Britanniques, les Français surestimaient fortement le nombre de personnes de confession musulmane en France : interrogés sur une estimation sur 100 personnes, ils répondaient en moyenne 23 %, alors que la bonne réponse était 8 %.

2,8 MILLIONS ? En réalité, le chiffre exact est plus flou. La loi française interdit de [recenser](#) les populations par religion, ce qui empêche d'[avoir](#) un chiffre précis. Néanmoins, nous disposons de quelques estimations. Ainsi, l'[enquête « trajectoire et origines » menée par l'Insee et l'INED](#), sur la base de sondages, estimait les fidèles musulmans à 2,8 millions en 2008, contre 11,5 millions de catholiques, parmi la [population](#) de 18 à 50 ans. Un échantillon qui, pour les deux [religions](#), ne compte donc ni les seniors, ni les mineurs.

4 À 5 MILLIONS ? C'est le chiffre qu'on entend le plus souvent. Il provient du ministère de l'intérieur et n'est qu'une approximation assez floue : il s'agit d'une extrapolation tirée de l'origine géographique des populations. On pourrait donc [dire](#) qu'il compte les personnes de « [culture musulmane](#) », qu'elles soient ou non pratiquantes dans leur quotidien.

image: http://s2.lmde.fr/image/2015/01/20/534x0/4559958_5_c1e4_combien-de-musulmans-en-france_d746dfab25bf9b6a28d7495df89c82a5.png

Combien de musulmans en France ?



Sources : Enquête "trajectoire et origine Insee/INED, 2008

 LeMonde.fr/lesdecodeurs

Combien de musulmans en France ? | Décodeurs

Cette extrapolation est classique. Ainsi, nombre de sondages n'hésitent pas à [utiliser](#) l'expression « *d'origine musulmane* », ce qui entretient la confusion : on peut [être](#) d'origine maghrébine sans être de confession musulmane.

Pour l'anecdote, un recensement effectué en 1906 avait estimé à environ 10 % la part des habitants de confession musulmane, soit environ 3,9 millions [sur une population totale d'environ 39 millions de personnes](#). Ce chiffre s'explique par l'inclusion dans le recensement de l'[Algérie](#), qui était alors une colonie française.

La dynamique est en revanche notable : le nombre de fidèles musulmans tend à [augmenter](#) depuis trente ans dans le pays, quand le nombre de catholiques connaît le mouvement inverse.

2. Quelle pratique de l'islam ?

Il faut également grandement [relativiser](#) la différence entre se [déclarer](#) croyant et [pratiquer](#) une religion. A l'instar des personnes se présentant comme catholiques, dont une partie seulement fréquente l'église chaque semaine, les musulmans sont peu nombreux à [prier](#) chaque jour ou [aller](#) chaque semaine à la mosquée.

Selon [une enquête de l'IFOP pour le journal La Croix en 2011](#), basée sur un cumul d'enquêtes précédentes, 75 % des personnes issues de familles « *d'origine musulmane* » (sic) se disaient croyantes. C'est davantage que la précédente étude en 2007 (71 %) mais moins que celle d'avant en 2001 (78 %). Cette variation, causée par l'aspect déclaratif de l'[enquête](#), illustre la difficulté d'[établir](#) précisément le nombre de croyants.

La population se revendiquant musulmane est plus forte chez les immigrés et descendants de deux parents immigrés, qui sont également les deux catégories où l'on retrouve la proportion la plus faible de personnes se disant « sans religion ».

Religion selon l'origine

Population de 18 à 50 ans, enquête Ined / Insee 2008

Sans religion
Catholiques
Orthodoxes
Protestants
Musulmans
Juifs
Bouddhistes
Autres
Moyenne
en France
Immigrés
Descendants de deux parents immigrés
Descendants d'un parent immigré
Population non issue de l'immigration
0100255075
Enquête « Trajectoire et origine », Insee/Ined, 2008

Dans le détail, 41 % des personnes « d'origine musulmane » se disaient « *croyantes et pratiquantes* » (contre 16 % chez les catholiques), et 34 % « *croyantes mais non pratiquantes* » (57 % des catholiques), 25 % se disant « *sans religion ou seulement d'origine musulmane* » (27 % des catholiques). Seuls 25 % des interrogés disaient aller « *généralement à la mosquée le vendredi* ».

Pratiques religieuses déclarées par des croyants de deux religions

Sondage IFOP - La Croix de 2011, cumul de 70 vagues d'enquêtes auprès de 950 personnes

Personnes de culture musulmane
Personne de culture catholique
Croyants et pratiquants
Croyants mais non pratiquants
Sans religion / d'origine musulmane
01020304050
Ifop

L'enquête montrait une hausse de la pratique du jeûne durant le mois de ramadan, observé par 71 % des interrogés, contre 60 % lors d'une enquête précédente en 1989. En revanche, seuls 6 % des interrogés disaient avoir déjà effectué le pèlerinage à La Mecque, qui est l'un des piliers de la religion musulmane.

Autre indication intéressante de l'étude IFOP : un tiers des personnes « d'origine musulmane » disaient [consommer](#) de l'[alcool](#), pourtant interdit par l'islam. A contrario, près des trois quarts des répondants disaient [acheter](#) « *systématiquement* » ou « *de temps en temps* » de la viande halal, abattue dans le respect des rites islamiques.

Dans son étude publiée en 2010, l'INED avait observé « *un clivage entre les groupes en lien avec des régions où l'islam est dominant et les autres* ». « *Non seulement les proportions de 'sans religion' sont plus faibles chez les immigrés qui viennent des régions islamisées, mais leurs descendants déclarent plus souvent une référence religieuse que les autres. La transmission semble plus fréquente dans les familles à dominante musulmane que dans celles inscrites dans le [catholicisme](#), le [protestantisme](#) ou le [bouddhisme](#).* »

3. Combien de mosquées ?

Autre flou, celui qui règne sur le nombre de mosquées en France. Selon le ministère de l'intérieur, on recensait, en 2012, 2 449 lieux de culte musulman dans le pays, dont 318 en [outre-mer](#). Le ministère donnait une estimation de la progression de ce nombre de lieux, qui a doublé depuis 2000.

Nombre de lieux de culte musulmans en France depuis 2000

Estimations du ministère de l'intérieur

Lieux de culte 2000 2002 2004 2006 2008 2010 2012 0500 1000 1500 2000 2500 Ministère de l'intérieur

Néanmoins, un lieu de culte n'est pas une mosquée. Pour l'essentiel, les musulmans français prient dans des salles discrètes, même si on constate depuis la fin des années 2000 une vague de constructions de mosquées plus visibles. On comptait en 2009 seulement 64 mosquées dotées de minarets pour près de 2 500 lieux de prière, soit 2,5 % environ, bien loin du symbole que représentent ces [tours](#) pour certains.

1/1 200 Si on rapporte le nombre de pratiquants de l'islam au nombre de lieux de culte, on arrive à un rapport significatif : si on compte 3 millions de pratiquants musulmans, on parvient à un lieu pour 1 200 fidèles. Si on compare avec le catholicisme, on recense environ 40 000 églises en France, pour 11 millions de catholiques pratiquants, soit une église pour 275 fidèles.

4. Combien de musulmans « radicaux » ?

Parmi ces millions de musulmans, combien sont « radicaux » ? Il faut déjà s'[entendre](#) sur le sens du mot « radical ». Il existe en effet plusieurs pratiques de l'islam, et plusieurs écoles.

On estime en général que les plus rigides dans la pratique sont les salafistes sunnites, adeptes d'un mouvement qui prêche un retour à l'islam « *des origines* ». Financé par les monarchies du Golfe, le prosélytisme salafiste a permis à ce mouvement de [conquérir](#) des fidèles depuis une vingtaine d'années en [Europe](#), voire d'[imposer](#) certaines pratiques, comme le [voile](#) intégral.

15 000 En 2012, le sociologue Samir Amghar, spécialiste de la question, [expliquait notamment dans La Dépêche](#) que « *selon les renseignements généraux, les salafistes sont entre 12 000 et 15 000 en France* ». Le chiffre correspondait donc à un salafiste pour environ 200 pratiquants musulmans en France.

image: http://s1.lemde.fr/image/2015/01/20/534x0/4559981_5_74d4_quel-part-de-l-islam-radical-en-france_83d9dd563eb060f5da7395e18a50abcb.png

Que représentent les fondamentalistes au sein des musulmans français ?



Sources : Enquête "trajectoire et origine Insee/INED, 2008, ministère de l'intérieur

Le Monde.fr/lesdecodeurs

Quel part de l'islam radical en France ? | Décodeurs

Et là encore, être salafiste ou fondamentaliste ne veut pas dire [croire](#) aux vertus du djihad ni [cautionner](#) la violence comme moyen d'action. Le salafisme possède en son sein une composante djihadiste, « *mais les salafistes djihadistes sont ultraminoritaires* » précisait M. Amghar.

On peut [comparer](#) ces chiffres à ceux du nombre de personnes « *impliquées* » dans des filières djihadistes, c'est-à-dire partis [combattre](#) en [Syrie](#), désirant y [partir](#) ou aidant à [organiser](#) des départs. Selon Bernard Cazeneuve, ils seraient au [total](#) environ 2 000 soit 0,075 % des personnes pratiquant l'islam.

4 000 Nombre de fantômes existent également concernant les conversions à l'islam. Là encore, il n'existe que peu de chiffres fiables sur le sujet. Bernard Godard, consultant pour le ministère de l'intérieur et des cultes, [estimait en 2012](#) qu'il y avait environ 4 000 conversions en France chaque année, et autour de 100 000 personnes élevées dans des familles de culture chrétiennes qui se seraient converties.

5. Halal, voile : une jeunesse plus revendicative

Les spécialistes de l'islam soulignent d'autres éléments qui peuvent [expliquer](#) les peurs et les fantômes. Les pratiques de l'islam acquièrent, spécialement auprès des jeunes générations de musulmans, une visibilité nouvelle, du fait de pratiques, notamment issues du salafisme, comme le port du voile intégral dans la rue, ou des revendications autour du voile à l'école.

L'émergence d'une filière halal est également une composante de cette visibilité croissante. Selon [un cabinet spécialisé, Solis](#), ce marché était, en 2013, de 5,5 milliards d'euros, en forte croissance depuis plusieurs années. Il était surtout concentré sur la viande, qui représente 88 % du chiffre d'affaires du secteur.

En 2013, Hugues Lagrange, sociologue au CNRS, publiait une étude qui montrait que cette affirmation plus forte de la pratique et de l'identité musulmane était surtout le fait des jeunes. « *La résurgence des pratiques culturelles et la religiosité augmentent chez les immigrés venus en France avant l'âge de 16 ans et chez les Français descendants d'immigrés, mais pas chez les immigrés arrivés à l'âge adulte* », expliquait-il. Pour le sociologue, c'est le résultat d'un « *sentiment de relégation sociale* » qui favorise l'émergence d'une culture de l'islam rigoriste parfois opposé aux valeurs de la République.

Lire : [En France, des jeunes de plus en plus fidèles à l'islam](#)

Selon son étude, 90 % des 18-25 ans respectaient les prescriptions alimentaires musulmanes et le ramadan, soit plus que leurs aînés. Une conclusion qui avait posé question, et qui rejoignait d'autres études, tendant à [montrer](#) que les musulmans « *qui vivent dans les "quartiers immigrés" sont sensiblement plus religieux que ceux qui sont dispersés dans des "quartiers mélangés"* » ou ceux issus de couples mixtes. Une conséquence, pour lui, de l'échec de l'intégration : « *Pour les jeunes ayant réussi leurs études ou vivant loin des cités, l'islam est un islam d'Europe, plus moderniste, marqué par une foi plus personnalisée.* »

111,166

En France, des jeunes de plus en plus fidèles à l'islam

LE MONDE CULTURE ET IDEES | 01.11.2012 à 14h22 • Mis à jour le 04.11.2012 à 17h34 | Par Frédéric Joignot



Les années passent et la [France](#) se sécularise. Selon un recoupement d'études récentes, s'ils étaient 80 % à se [dire](#) catholiques en 1966, ils ne sont plus que 51 % en 2007. Aujourd'hui, peu pratiquent : à peine 5 % vont régulièrement à la messe, des [gens](#) âgés. Si le [protestantisme](#) reste stable, revendiqué par 2,1 % des Français, comme la religion juive, 0,6 %, l'athéisme progresse. En 2012, 35 % de la [population](#) et 63 % des 18-24 ans se disent "sans religion".

Pendant ce temps, l'[islam](#), seconde religion de France, a vu le nombre de [ses](#) fidèles [doubler](#) en France avec 2,1 millions de musulmans "déclarés" (3,2 % de la population) et 800 000 pratiquants, soit un tiers des immigrés venus de pays musulmans et de leurs descendants. Beaucoup sont français. Et les plus pratiquants sont les plus jeunes. Des études de [Sciences](#) Po en 2005 et du Pew Research Center en 2006 l'annonçaient. Le rapport de 2011 "Banlieue de la République", du politologue Gilles Kepel, une [enquête](#) sur la jeunesse de Clichy-sous-Bois et Montfermeil (deux communes de Seine-[Saint-Denis](#)), hauts lieux des émeutes de l'automne 2005, le confirme. "*Dans ces [banlieues](#), dit Kepel, le grand récit fondateur de la France moderne selon lequel la nation était toujours capable d'[intégrer](#) a été mis à mal. La colère et l'islam se sont développés partout où la République a échoué.*"

Bien sûr, la Clichy musulmane décrite par Kepel n'est pas toute la banlieue, et des enquêtes nuancent la montée de cette islamisation. La grande majorité de ces jeunes des cités espère [réussir](#) en France, s'inscrit sur les listes électorales, surfe sur Internet, baigne dans la [culture](#) mondialisée, développe des "sous-cultures" originales. Ils s'intègrent sans se [dissoudre](#). Une étude du Pew Research Center de 2006 remarque que 72 % des Français musulmans ne ressentent pas "*un conflit naturel entre le fait de [pratiquer](#) l'islam et le fait de [vivre](#) dans une société moderne*". Cela fait dire aux alarmistes que 28 % voient un conflit entre leur religion et les lois de la République. Ils ajoutent que ce sondage a déjà six ans.

Pour en [avoir](#) le coeur net, le sociologue Hugues Lagrange, directeur de recherche au CNRS, a croisé, pour une étude à [paraître](#) en 2013, les dernières grandes études sur la pratique de l'islam en France - les enquêtes de l'Institut national des études démographiques, "Trajectoires et origines" et "Mobilité géographique et insertion sociale" ; de l'Institut des sciences sociales du [politique](#) ; du WVS (World Values Survey) ; du [Centre](#) de recherches politiques de Sciences Po et du ministère de l'intérieur) - dont nous donnons ici les principaux résultats. Il constate que l'"*affirmation musulmane*" se généralise chez les Français de 18-25 ans issus de l'immigration du Maghreb, du Sahel et de [Turquie](#). Ils respectent à 90 % les prescriptions alimentaires et le ramadan. La présence régulière à la prière atteint 30 % chez les 21-25 ans alors qu'elle est inférieure à 20 % pour les plus de 40 ans. Quant à "*l'importance accordée à l'éducation religieuse*", comme au mariage religieux, elle augmente chez les 21-25 ans, plus encore chez ceux nés ou arrivés jeunes en France.

D'autres enquêtes confirment que de plus en plus de jeunes musulmans français se démarquent de la pratique discrète et intime de leurs parents. Depuis une dizaine d'années, certains développent un [mode](#) de vie "halal"

ostensible, associé à des prescriptions morales. Parmi ceux-là, séduite par les salafistes - des piétistes radicaux qui seraient une dizaine de milliers en France d'après le sociologue Samir Amghar, de l'EHESS -, une minorité prône une *"rupture islamique rigide"* avec l'environnement européen, soupçonné d'[aliéner](#) son identité, ainsi que des normes fortes sur les mœurs, la sexualité, le comportement des femmes, le mariage entre musulmans, la virginité et les tenues des filles - sans [oublier](#), selon [Gilles Kepel](#) et plusieurs autres, un antisémitisme et un antisionisme affirmés.

Hugues Lagrange résume ces [tendances](#) : *"La résurgence des pratiques culturelles et la religiosité augmentent chez les immigrés venus en France avant l'âge de 16 ans et chez les Français descendants d'immigrés, mais pas chez les immigrés arrivés à l'âge adulte."*

Ces enquêtes ont surpris. Jusque récemment, nombre de défenseurs de l'intégration et de la laïcité, des républicains, prédisaient que les nouvelles générations s'éloigneraient de l'islam. [Or](#), l'inverse se produit. Cette réalité confirme *"l'analyse classique"*, remarque M. Lagrange, selon laquelle il existe une corrélation entre inégalité, échec scolaire, chômage durable, ségrégation et l'importance accordée à la religion : [voir](#) son [avenir](#) "terrestre" fermé renforce la croyance et le fait de pratiquer.

Cette corrélation a été confirmée par des enquêtes de sociologie de 2009 menées dans 28 pays, ainsi que par toutes celles qui, en France, depuis trente ans, ont bien décrypté les difficultés et les discriminations que rencontrent les enfants d'immigrés.

Mais ni le chômage ni les inégalités, ajoute [Hugues Lagrange](#), ne suffisent à [expliquer](#) pourquoi les jeunes descendants d'immigrés, souvent français, se montrent plus religieux que les immigrés âgés et précarisés. D'autres facteurs jouent. Notamment culturels et interculturels. Ainsi, le fait que *"le sentiment de relégation sociale"* soit très sensible chez les secondes générations les éloigne de la culture européenne. De ses modes de vie, ses valeurs concernant les mœurs, la place des femmes, de son irrégiosité. Aussi, *"les valeurs traditionnelles et familiales des pays d'origine en sont plus prégnantes et [pérennes](#), et les jeunes en ressentent une forte exigence d'[affirmer](#) leur identité"*. Faute de la [trouver](#) à l'école ou au travail, ils cherchent cette identité dans leur culture - et dans l'islam.

C'est ce que confirme l'enquête "Trajectoires et origines", de l'Institut national d'études démographiques (INED) : les nouveaux Français *"qui vivent dans les "quartiers immigrés" sont sensiblement plus religieux que ceux qui sont dispersés dans des "quartiers mélangés"*". Pourquoi ? Faute d'échanges interculturels, constate Lagrange. En plus d'un repli sur la religion, l'isolement réduit les contacts avec la population "majoritaire", ce qui *"limite le brassage des manières de vivre et des croyances"*. De la même façon, l'enquête de l'INED montre que les enfants nés dans des couples mixtes, de plus en plus nombreux, sont moins religieux : *"La dissonance du couple, la double culture, va dans le sens d'une moindre islamisation."* Lagrange ajoute enfin : *"Pour les jeunes ayant réussi leurs études ou vivant loin des cités, l'islam est un islam d'[Europe](#), plus moderniste, marqué par une foi plus personnalisée."* Il conclut, en sociologue webérien pour qui culture et données sociales s'entremêlent : *"La religiosité est un élément de construction identitaire satisfaisante autant qu'une consolation. Cela suggère de ne pas se [focaliser](#) sur les seules perspectives de l'intégration et de l'assimilation et d'[envisager](#) les attitudes religieuses des immigrés et descendants d'immigrés comme des constructions culturelles, à la fois morales et politiques, éventuellement oppositionnelles."*

Ce n'est pas la première fois qu'Hugues Lagrange met en avant des facteurs culturels pour [décrypter](#) la vie des nouveaux arrivants. En 2010, le sociologue s'est fait [connaître](#) par un ouvrage au [titre](#) intrigant, *Le Déni des cultures* (Seuil), qui a soulevé une énorme polémique. Il s'agit d'une enquête quantitative, menée pendant sept ans auprès des familles africaines de cinq cohortes d'élèves de 11 à 17 ans des quartiers immigrés de la communauté d'agglomération de Mantes-en-Yvelines, du 18^e arrondissement de [Paris](#) et de Saint-Herblain, en banlieue nantaise. Lagrange y décrit dans le détail comment les rêves d'intégration des années 1960 ont été

bafoués. Il raconte le chômage, l'entassement dans les logements, l'abandon des [services](#) publics, l'échec scolaire.

Mais le titre du livre indique que le sociologue aborde un sujet tabou : le lien entre la culture d'origine d'une personne, ses coutumes, sa religion, sa conception de la [famille](#), des femmes, etc. et son parcours en France. Comment ces données jouent-elles dans la scolarisation, la réussite, la délinquance ? Une analyse du livre qui a choqué s'intéresse au nombre significatif d'"*inconduites répétées*" et d'échecs scolaires constatés parmi les jeunes et les très jeunes (avant 16 ans) originaires du Sahel ([Sénégal](#), [Mali](#), [Mauritanie](#), Sud algérien, [Niger](#)). Le fait de vivre dans une famille nombreuse, parfois monoparentale, parfois polygame, où la mère a traditionnellement peu d'emprise sur les garçons, où le père se doit d'[aider](#) les siens restés au pays, ne facilite pas la scolarisation, constate Lagrange : le français est moins parlé qu'ailleurs, la concentration à l'étude n'est pas encouragée, le passage du village et ses coutumes à la banlieue joue dans la méconnaissance de l'école - peu d'enfants profitent d'un soutien scolaire et sont préscolarisés -, les phénomènes de bandes et de clans enrôlent les plus jeunes.

Bien sûr, les mentalités changent, il y a des réussites individuelles, ajoute Lagrange, mais on mesure l'importance des traditions sur la scolarisation quand on compare par exemple avec les familles asiatiques : *"Plusieurs enquêtes montrent que les jeunes Chinois bénéficient d'habitudes familiales très exigeantes propices à la réussite scolaire, jusque dans les familles les plus modestes de serveurs et de plongeurs."*

Lagrange pense qu'une société de migration ne doit pas [fermer](#) les yeux sur les traditions culturelles des arrivants. Qu'elles soient acceptées ou réprimées, elles survivent toujours au cœur des [sociétés](#) d'accueil. *"L'Histoire montre que la proscription des croyances induit un maintien des identités anciennes. Ainsi, dans l'Empire romain après Constantin, les cultes des divinités domestiques se perpétuent longtemps. Les juifs marranes se sont constitués après la terrible répression de l'Inquisition. Et les catholiques d'Ulster témoignent de la force imprimée aux identités minoritaires par l'hostilité, le mépris et la répression..."*

Voilà pourquoi, au terme de son enquête, il conclut qu'il faut [adapter](#) les politiques d'intégration, propose la scolarisation précoce des enfants sahéliens et de [donner](#) du [pouvoir](#) aux mères ("*empowerment*") par diverses mesures : microcrédit, économie solidaire, allocations indirectes. Il recommande aussi une [politique](#) d'incitation à la mixité sociale : [construire](#) des zones résidentielles avec les enfants d'immigrés "qui ont réussi" à proximité des cités où ils sont nés, [reloger](#) des familles dans des quartiers cosmopolites. Il préconise encore d'[inciter](#) fiscalement les [entreprises](#) à s'[installer](#) en banlieue et d'[encourager](#) les collectivités à [investir](#) dans les associations culturelles et sportives.

Il reprend par ailleurs l'idée d'une "*discrimination méritocratique*" des enfants des quartiers immigrés, défendue par l'historien et politologue [Patrick Weil](#), et rappelle l'importance de [former](#) des imams respectueux de la République : la diffusion de l'islam modéré a fait [reculer](#) la délinquance dans des cités et les [prisons](#). Selon Hugues Lagrange, il faut se [méfier](#) des politiques de la ville généralistes, [considérer](#) la pluralité des migrations, [tenir](#) compte des différences de bagage culturel, [mener](#) des politiques ciblées et volontaristes.

Revenons au titre du livre, *Le Déni des cultures*. Qui les dénie ? Les défenseurs de l'esprit républicain laïque, universaliste, qui rêvent d'intégrer les nouveaux venus sans tenir compte de l'importance du fait culturel et religieux dans l'histoire de l'immigration. Mais aussi une bonne part des collègues sociologues de l'auteur, de responsables politiques de gauche comme de droite ou de militants qui répètent à l'envi : si l'islam séduit les jeunes, c'est avant tout pour des raisons économiques, sociales, de discrimination. Les raisons culturelles ? Elles leurs semblent secondaires...

Lagrange prend largement en compte l'ostracisme [social](#) dans ses recherches, mais d'[ajouter](#) des facteurs culturels a valu à son livre une volée de bois vert. On trouve pas moins de dix articles à charge sur le site "Délinquance, [justice](#) et autres questions de société", dont le rédacteur en chef, Laurent Mucchielli, est une figure de la sociologie de la délinquance et du racisme. Tous s'en prennent à l'approche de Lagrange. Pour eux,

il enferme les immigrés et leurs enfants dans la cage de leurs traditions. Certains l'accusent de "racisme culturel", car il sous-entendrait qu'ils sont incapables d'[apprendre](#), de [changer](#) et de s'intégrer à la société européenne. Pour Laurent Mucchielli, [insister](#) sur les biais culturels, c'est [accuser](#) les immigrés de [créer](#) les problèmes qu'ils rencontrent tout en déniaient les discriminations. Continue-t-il à [critiquer](#) Lagrange alors que les dernières enquêtes montrent l'essor des références islamiques - pour le moins culturelles - chez les jeunes ? Oui, dit-il au *Monde* : *"En ciblant des ethnies et des pratiquants - les Sahéliens, les musulmans -, on les réduit à une définition, on trouve ce qu'on cherche, alors que tous ont des personnalités multiples, des vies plus riches. C'est très réducteur."*

Quant à l'importance que Lagrange accorde au poids des traditions autoritaires africaines et islamiques des pères et des frères sur les mères et les filles, d'autres sociologues la trouvent exagérée, rappelant que le patriarcat dominateur existe aussi dans la France profonde. Aors pourquoi tant insister sur celui des immigrés ?

Surpris et meurtri par ces tirs croisés, Lagrange s'est défendu, soutenu par plusieurs collègues, qui ont parlé de *"lynchage"*. Ils ont dénoncé un excès de sociologie néomarxiste empêtrée dans l'économisme, souvent marquée à l'extrême gauche, méconnaissant tout des courants des *"études culturelles"* et *"interculturelles"* vivaces dans les pays anglo-saxons depuis quarante ans, très attentives aux *"sous-cultures"* des jeunes immigrés, ce que Lagrange appelle un *"nouveau syncrétisme"* - qui est un champ important de recherche : par exemple, l'essor du mouvement halal en banlieue, que Gilles Kepel a étudié.

L'affaire Lagrange a pourtant fait [bouger](#) les lignes, d'autant que les données récentes sur l'islamisation des jeunes générations confortent sa réflexion, ainsi que celle des tenants de l'importance des études culturelles. Le sociologue Michel Kokoreff, professeur à [Nancy-II](#), spécialiste des quartiers populaires et des phénomènes de bandes, a resitué l'enjeu du travail de son confrère dans un article de fond publié dans la revue *La Vie des idées* : *"Il contribue à [faire](#) la sociologie de la société telle qu'elle est et non pas telle que nous voudrions qu'elle soit."* Ajoutant : *"On sait les passions que suscite toute mise en cause de notre fameux modèle républicain d'intégration basé sur l'universalisme abstrait."*

C'est sans doute ce que beaucoup ne pardonnent pas à Lagrange et à d'autres chercheurs. Ils nous décrivent sans fard, avec nombre de romanciers, de cinéastes, de chanteurs, une société française irrémédiablement pluriethnique, multiculturelle, multiconfessionnelle. C'est le "creuset français". Cela ne va pas sans confrontations et défis posés à la République. Ainsi, [Vincent Tiberj](#), chercheur en sociologie de l'intégration, a été critiqué pour son enquête *Français comme les autres ?* (2005, coécrite avec [Sylvain Brouard](#)) sur les nouveaux citoyens d'origine maghrébine, africaine et turque. L'ouvrage montre qu'une grande majorité de la seconde génération se revendique comme française et valorise la réussite par le travail. Mais il montre aussi qu'elle diverge profondément des jeunes Français "majoritaires" sur trois domaines, très culturels : l'homophobie (deux fois plus répandue), les moeurs (endogamie, [défense](#) de la virginité avant le mariage, brutalité envers les filles), l'antisémitisme (39 % ont déclaré que *"les juifs ont trop de pouvoir en France"*, pour 20 % chez les autres). Vincent Tiberj, comme Lagrange, a été attaqué par des confrères lui reprochant de [tirer](#) des *"conclusions péremptoires"* d'échantillons mal définis. Quand on lui demande son avis, il répond : *"Il faudrait [continuer](#) ce genre d'études, [affiner](#) les résultats."*

Ce n'est pas la première fois que des enquêtes pointent la montée de l'antisémitisme et du sexisme dans les banlieues. Mais qui l'étudie vraiment ? Beaucoup de chercheurs ont peur de [stigmatiser](#) les enfants immigrés. Ou de [parasiter](#) le phénomène majoritaire - la plupart s'intègrent bien. Ou de donner des arguments au [Front national](#). En 2008, après une longue enquête, le sociologue Didier Lapeyronnie a décrit ce qu'il appelle un *"ghetto français"*, un *"contre-monde"* où vit une jeunesse ostracisée, *"sans visage"* sous les capuches, en butte au racisme, qui voit son existence [filer](#) sans la vivre. Alors, elle se révolte, mais aussi cherche des responsables et l'antisémitisme monte. Lapeyronnie en parle comme d'une forme de *"socialisme des imbéciles"* et de la misère, qui voit dans *"le juif"* son [portrait](#) à l'envers : riche, solidaire, communautaire, défendu par des droits, contrairement au jeune musulman.

Ces enquêtes permettent de mieux [comprendre](#) ce qui se joue, par exemple, dans l'inquiétante vague de tweets antisémites publiés avec le hashtag "#UnBonJuif" - plusieurs milliers d'utilisateurs - qui a déferlé sur le réseau social à la mi-octobre. Ou encore quand la [police](#) arrête en Seine-et-Marne une cellule radicale qui s'apprêtait à [commettre](#) des assassinats ciblés de juifs, révélant que l'assassin de [Toulouse](#), [Mohamed Merah](#), capable de tirer à bout portant sur des enfants juifs, n'est pas un fou isolé.

Le démographe [Patrick Simon](#), un des directeurs de l'INED, a aussi été très critiqué par nombre de ses pairs pour avoir défendu l'usage prudent des "*statistiques ethniques*" afin de mieux [identifier](#) les trajectoires des migrants en France. Démarche raciste, dangereuse, qui rappelle la France de Vichy, a-t-on entendu. Mais pour Patrick Simon, le débat est dépassé et la France pluriethnique continue de [progresser](#), bon an mal an. Lui aussi s'intéresse aux enquêtes interculturelles, "*si peu citées dans la presse française*", qui décrivent sans détour la cohabitation des populations, les succès et les échecs.

"Les politiques devraient s'[intéresser](#) à ces études plutôt que de [jeter](#) de l'huile sur le feu, comme l'a fait Copé en réduisant le ramadan au vol d'un pain au chocolat", dit M. Simon, qui a enquêté à Belleville (Paris 19^e et 20^e). La sociologue Véronique De Rudder, fondatrice de Remisis (site consacré aux relations interethniques), s'est penchée, elle, sur le marché d'Aligre (Paris 12^e). Ce sont des quartiers où les minorités vivent côte à côte, travaillent, commercent, qu'il s'agisse de chinois, juifs, maghrébins, nouveaux Français, autochtones. Ces études montrent comment les gens s'arrangent avec leurs coutumes, passent des compromis, se bagarrent aussi. Ces quartiers ne sont pas à feu et à sang, les restaurants et les marchés continuent. On cohabite, même si c'est compliqué parfois.

Vivre dans une société multiconfessionnelle oblige notre démocratie laïque à [défendre](#) la tolérance tout en surveillant l'extension du domaine religieux - ce qu'on appelle au [Canada](#) les "accommodements raisonnables" entre la République et la diversité. Nous sommes loin d'[aborder](#) ces domaines de façon dépassionnée, regrette le philosophe Michel Terestchenko, auteur d'*Un si fragile vernis d'humanité*. Pour lui, "*on assiste en France à un vrai blocage intellectuel sur ces questions. Nous préférons l'affrontement déraisonnable, [crier](#) au "communautarisme", [attaquer](#) l'islam en général, plutôt que de [réfléchir](#) à la manière de vivre ensemble en se respectant, passant des compromis, et trouvant des consensus*".

Frédéric Joignot

"FRANÇAIS COMME LES AUTRES ?"

de Sylvain Brouard et Vincent Tiberj
(Presses de Sciences Po, 157 p., 12,50 €).

"BANLIEUE DE LA RÉPUBLIQUE"

de Gilles Kepel (Gallimard, 530p., 28,90 €).

"LE MULTI- CULTURALISME"

de Patrick Savidan (Que sais-je ?, 2011).

"GHETTO URBAIN. SÉGRÉGATION, VIOLENCE, PAUVRETÉ EN FRANCE AUJOURD'HUI"

de Didier Lapeyronnie (Robert Laffont, coll. "Le monde comme il va", 2008).

SUR LE WEB

TRAJECTOIRES ET ORIGINES

Premiers résultats de l'enquête menée en 2008 par l'Insee et l'Institut national des études démographiques.

<http://teo.site.ined.fr>

En savoir plus sur http://www.lemonde.fr/culture/article/2012/11/01/des-jeunes-fideles-a-l-islam_1784520_3246.html#84AiL0erVwX2CWps.99

Sachkenntnis: Mangelhaft

Der EU-Generalanwalt hat nichts gegen Anleihekäufe der EZB. Er räumt ein, Richter hätten nicht genügend Expertise in dieser Sache. Ein Standpunkt von Jürgen Stark, dem Ex-Chefvolkswirt der EZB.

21.01.2015, von JÜRGEN STARK



© FRANK RÖTH Jürgen Stark im Interview im Jahr 2011, als er noch Chefökonom der Europäischen Zentralbank war.

Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs hat am 14. Januar seinen Schlussantrag zum Programm der Europäischen Zentralbank zum Ankauf von Staatsanleihen (OMT-Programm) vorgestellt. Er kommt darin zu dem Ergebnis, dass dieses Programm geeignet ist, die Zinsen auf Regierungsanleihen in bestimmten Ländern zu reduzieren und die Durchführung der Geldpolitik zu erleichtern. Es handele sich also um eine geldpolitische Maßnahme. Und bei der Durchführung der Geldpolitik habe die EZB einen weiten Ermessensspielraum.

Zwar bindet diese Stellungnahme den EuGH nicht, aber es wäre überraschend, wiche er substantiell davon ab. Diese Stellungnahme wurde von den Finanzmärkten, von Ökonomen und von politischer Seite in Europa mehrheitlich begrüßt. Damit habe die EZB grünes Licht, ihre Absicht umzusetzen, in großem Umfang Staatsanleihen zu kaufen. Die Gründe für diese positive Resonanz sind verschieden. Die Finanzmärkte warten auf zusätzliche Liquidität, mit der sie ihr zunehmend gefährliches Spiel fortsetzen können, Regierungen werden von dem Druck schmerzhafter Wirtschaftsreformen entlastet.

Notwendige Sachkenntnis fehlt

Auch als Nichtjurist, aber als Kenner der Materie darf man sich eine Meinung zur Stellungnahme des Generalanwalts bilden. Der Generalanwalt gibt ehrlich und unumwunden zu, dass ihm sowohl die Expertise als auch die Erfahrung fehlt, die die EZB in ihrem Bereich hat. Das kann man auch nicht erwarten. Aber das heißt dann auch: Es fehlt dem Generalanwalt die notwendige Sachkenntnis zu einer fundierten Stellungnahme und Bewertung des OMT-Programms. Folglich stützt er sich auf die Expertise der EZB und die dort vertretene politische Linie.

Kann mit dem Eingestehen der fachlichen Inkompetenz überhaupt eine glaubwürdige und tragfähige Entscheidung herbeigeführt werden? Verfügt der EuGH als letzte europäische juristische Instanz über mehr Sachkenntnis?

Was sind die Fakten? Die EZB hat 2012 ihre Bereitschaft erklärt, unter bestimmten Bedingungen Staatspapiere bestimmter Länder des Euroraums zu kaufen. Als Folge dieser Garantie sind die Zinsen auf Staatspapiere beträchtlich zurückgegangen. Die Risikoprämien auch für Länder am Rande der Insolvenz gingen gegen null. Der Generalanwalt attestiert nun der EZB billigend, dass es ihr direktes Ziel war, die Zinsen und Risikoaufschläge auf Staatspapiere von Ländern in Finanzierungsschwierigkeiten zu reduzieren. Die Ziele des OMT-Programms seien im Prinzip legitim und bewegten sich im Rahmen der Geldpolitik.

Geldpolitik muss konditionslos sein

Die Auffassung, dass es sich bei dem Programm um eine wirtschaftspolitische (oder quasi-fiskalpolitische) Maßnahme handelt, teilt der Generalanwalt somit nicht. Dabei werden bestimmte Merkmale des Programms in der Beurteilung völlig untergewichtet oder nicht berücksichtigt. Dies gilt für die Bedingungen, die für den Kauf von Staatsanleihen durch die EZB erfüllt sein müssen. Geldpolitik kann jedoch nicht an Bedingungen geknüpft werden. Der EZB-Rat muss frei und unabhängig - quasi konditionslos - entscheiden und umsetzen, was geldpolitisch geboten ist, um sein Mandat zu erfüllen. Formuliert man Bedingungen, macht man sich vom Verhalten Dritter abhängig. Dann handelt es sich nicht mehr um Geldpolitik, sondern um Wirtschafts- oder Fiskalpolitik. Eine solche Verantwortung liegt eindeutig außerhalb des Mandats der EZB.

Für die Währungsunion und die EZB gilt das Prinzip der Einheitlichkeit der Geldpolitik. Dieses Prinzip lässt eine regional oder länderspezifisch differenzierte Geldpolitik nicht zu. Indem die EZB selektiv vorgeht und die Staatsanleihen nur einzelner Länder kauft, wird keine einheitliche Geldpolitik mehr betrieben. Die Zentralbank darf in ihrer Politik nicht diskriminieren. Tut sie es doch, betreibt sie keine Geldpolitik, sondern Fiskalpolitik.

Das OMT-Programm - und der Kauf von Staatsanleihen generell - riskieren, gegen das Verbot der monetären Finanzierung von Staatshaushalten zu verstoßen. Dieses Prinzip in Europa zu verankern ist eine große Errungenschaft des Vertrags von Maastricht. Aber offenbar wird dies in entscheidenden juristischen Kreisen wegen fehlender Expertise nicht erkannt. Die zu erwartende Auflage durch den EuGH, nur am Sekundärmarkt zu intervenieren, also nicht ex emissio, ist brüchig und in der praktischen Wirkung obsolet. Man kann verschiedene Segmente der Zinsertragskurve nicht künstlich voneinander trennen. Interventionen der EZB würden alle Segmente beeinflussen. Somit ist die Grenze zur monetären Finanzierung fließend.

EZB-Rolle in Troika ist Nebenkriegsschauplatz

Anstatt sich mit diesen Aspekten ernsthaft auseinanderzusetzen, eröffnet der Generalanwalt einen Nebenkriegsschauplatz: die Mitgliedschaft der EZB in der Troika. Damit das OMT-Programm seinen geldpolitischen Charakter behalte, dürfe die EZB nicht direkt in Finanzierungsprogramme einzelner Länder involviert sein. Zur Klarstellung: Die EZB hat in der Troika nie die Verantwortung übernommen wie der Internationale Währungsfonds und die EU-Kommission. Die EZB hat einen Beobachterstatus, in dem es neben dem Einbringen ökonomischer Expertise darum geht, in den Verhandlungen mit den Programmländern Vereinbarungen zu Lasten abwesender Dritter (wie der EZB) zu treffen.

Der Schlussantrag des Generalanwalts ist eine äußerst schwache und wenig glaubwürdige Grundlage für eine seriöse und tragfähige Entscheidung des EuGH. Schließt sich der Gerichtshof diesem Plädoyer an, trägt er zum höchst problematischen Umbau der Währungsunion bei, der immer weiter von der ursprünglichen Konzeption wegführt. Der EuGH riskiert seine Glaubwürdigkeit.

Jürgen Stark war Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank.

<http://www.spiegel.de/international/germany/german-muslims-fear-backlash-after-charlie-hebdo-attacks-a-1013478.html>

111,172

#notinmyname: German Muslims Fear Backlash after Paris Attacks

By SPIEGEL Staff



Aiman Mazyek, head of the Central Council of Muslims in Germany, at a vigil last week for the victims of the attacks in Paris.

The vast majority of Muslims in Germany condemn the attack on *Charlie Hebdo* in Paris. But they are concerned that a new wave of Islamophobia may wash over the country anyway.

It had been a busy few days for Aiman Mazyek. Radio interviews, television shows, phone calls -- he hadn't had a moment of quiet. Until midday last Tuesday. It came suddenly, as he was driving his Mercedes station wagon through Berlin, his iPhone switched off, its battery empty.

The timing couldn't have been worse. Mazyek, head of the Central Council of Muslims in Germany, was to speak that evening at a vigil in the heart of Berlin for the victims of [the attacks in Paris](#) together with German President Joachim Gauck and Chancellor Angela Merkel. Moreover, the mayor of Berlin was waiting for him to return his call as was the US ambassador. Mazyek cursed. On such a day, he didn't want anything to go wrong.

The son of a Syrian father and a German mother, Mazyek, 45, has been head of the Central Council of Muslims, one of several Muslim associations in Germany, for the last four years. In the past, critics have accused him of trivializing religious fundamentalism and he has occasionally found it difficult to decisively condemn the actions of reactionary fellow Muslims. But after the attacks in Paris, he quickly realized that a strong response was necessary. Which is why he was taking part in the vigil that evening at the Brandenburg Gate.

Soon after his phone went dark, Mazyek's Mercedes pulled up in front of his apartment, not far from Berlin's main train station. He jumped out, hoping to spend some time making last minute improvements to the speech he was to give that evening. Just a few hours later, he addressed 10,000 people, declaring the Paris attacks to be "the greatest blasphemy." "We Muslims will not allow our faith to be abused," he said.

Germany has experienced a fundamental shift, from a republic that sought to keep immigrants at arm's length to one that is now the second-most attractive immigrant country after the United States. But societal cohesion is currently being tested. The anti-immigration, [Islamophobic protests in Dresden](#) organized by Pegida have shown that there is still a significant amount of angst about foreigners in Germany and the Paris attacks have triggered fear that it could happen at home. "Everyone is unsettled," says Bilkay Öney, minister of integration in the state of Baden-Württemberg. "Both Muslims and non-Muslims."

Resentments and prejudices are on the rise. Mazyek has only to look into his in-box. For days, racists have been flooding it with hate mail. "Every Muslim is a potential murderer. You are not welcome. The only good Muslim is a dead Muslim," reads one. "The world will rise up and Islam will be eradicated," reads another.

Germany is home to around 4 million Muslims. There are Sunnis, Shiites, Alevis and Ahmadiyyas. There are immigrants from Turkey, from the Balkans and from Lebanon. There are those whose families have been here for several generations and those who have just recently fled their homelands, not infrequently to escape Islamist terror. University students and high-school dropouts, doctors and manual laborers: It is a heterogeneous group with their faith often being the only thing they have in common. But [Pegida](#) and Paris have intruded on their daily lives and triggered a variety of emotions. And a variety of reactions.

Mehdi Chahrour, 26, law student from Berlin

Mehdi Chahrour was studying in the library in the Berlin district of Neukölln when he first read about [the Paris attack](#) on his mobile phone. His first thought: Oh No!

That evening, he posted the following on Facebook: "1. I am aghast at the act of terror and my thoughts are with the families of those murdered. 2. Were the Prophet Muhammad alive today, he would surely have made clear: #notinmyname." The comment received 119 likes.

Chahrour was a child when he immigrated to Germany from Lebanon with his parents. He is a Shiite, prays five times a day, goes to the mosque regularly and fasts during Ramadan. He also goes to cafés with his friends, plays football, enjoys German poetry and hopes to get his Ph.D. in law. For Chahrour, none of that is contradictory. But it has become apparent to him that some of his acquaintances and neighbors see things differently.



Carsten Koall/ DER SPIEGEL

Mehdi Chahrour: "I am afraid that Paris could strengthen the extremists."

Some people still ask him: Do you beat your sister? Do you support Islamic State? But Chahrour also knows of Salafists in Berlin who threaten those of different faiths and who berate women who aren't veiled. "I am afraid that Paris could strengthen the extremists, particularly racists, for whom the attack represents an opportunity," Chahrour says.

A few days after the attack, he is sitting with other young Muslims in a community center in Neukölln, which is home to a large Muslim population. Most of them are university students like himself and many of the women are wearing headscarves. It is the first meeting in the new year of MAHDI, an association of young Muslim Germans in Berlin that Chahrour helped found. The association's goal is that of helping young Muslim's to participate in society without losing sight of their faith.

Chahrour goes to youth centers and mosques to tell young believers that Islam does not differentiate between men and women, that it is important to understand the Koran in context and that violence in the name of Allah is a betrayal of the religion. He offers counterarguments to Salafist propaganda.

At the gathering in the Neukölln community center, those present are upset. One woman, who is studying education, says she doesn't understand why she should distance herself from a crime that she never approved of in the first place. Christians, after all, didn't apologize for the murders committed by Anders Behring Breivik in Norway, she says. A young engineer asks why the Germans took to the streets for the victims in Paris but not for those killed in the Syrian civil war.

Chahrour says that the Muhammad caricatures were tasteless and insulting. But the terrorists, he continues, did more to insult Islam than the caricaturists ever could.

Rana Chati-Dia, 37, teacher from Gelsenkirchen

Islamic State? Al-Qaida? The terror attack in Paris? Some of her students merely shrugged their shoulders when she brought up the attacks in the French capital, Rana Chati-Dia explains. Others were appalled when they learned about them. But for most, France is a very long way away.

Chati-Dia is an immigrant from Lebanon and teaches, among other subjects, German as a second language at a secondary school in Gelsenkirchen, a city in western Germany. Her students include Muslims, Christians and atheists. And they have a variety of educational backgrounds.



Marcus Simaitis/ DER SPIEGEL

Rana Chati-Dia: An understanding of Islam "that doesn't have to do with oppression, terror and murder."

In North Rhine-Westphalia, the state where Gelsenkirchen is located, every fourth citizen has an "immigration background," as it is referred to in Germany. Among primary- and secondary-school children, the ratio is even higher. Multiculturalism has long since become reality in the school yard. But in recent days, Chati-Dia has noticed that children with immigration backgrounds and those without have been sitting separately. She has also heard crazy conspiracy theories being uttered by her Muslim students. The attack in Paris, they say, "was just staged" to damage Islam.

Even before the attacks, Chati-Dia had tried to discuss racism with her students. She wanted to know what they thought about neo-Nazis and Pegida, and about Salafists and Islamic State. She was shocked by the answers. Most said they had "no idea" or that they were uninterested. Had she asked about the former FC Bayern president Uli Hoeneß, who was convicted on tax evasion charges in March, she says, "a lively discussion would have gone on for the whole hour."

Chati-Dia has lived in Germany for 30 years and she has been a citizen for the last 12. But she hasn't experienced such an atmosphere of mistrust since the terror attacks in the US on Sept. 11, 2001, a time when Muslims all felt they were viewed with suspicion by the population at large. Chati-Dia is also pursuing a degree in Islamic studies at the University of Osnabrück. Later, she would like to teach the subject to provide students a different understanding of their religion: "One that doesn't have to do with oppression, terror and murder."

Abdulkali Sahin, 21, baggage handler from Neu Wulmstorf

Ultimately, the questions following a terror attack always come, says Abdulkali Sahin, a baggage handler at the Hamburg Airport who goes by Abdul. He is responsible for stuffing suitcases and bags into airplane holds. And hardly a shift goes by in which another worker doesn't ask him: "Does it really say in the Koran that you have to kill people who insult your prophet?" Each time, Sahin says: "No, of course not. Each life is sacred." Usually, the response is: "But then why do Islamists do it?"

The questions will become even more frequent in the wake of the Paris attacks, Sahin believes, just as they almost always do after terrorists commit a crime in the name of Allah somewhere in the world or when jihadists in Syria chop off someone's head. Sahin doesn't understand why he should have to exculpate himself following such extremist attacks. "If they are Muslims, then I'm not one," he says.



Johannes Arlt/ DER SPIEGEL

Abdulkali Sahin: "If they are Muslims, then I'm not one."

Sahin lives in Neu Wulmstorf, a town not far from Hamburg. He considers himself to be a devout Muslim; he fasts during Ramadan and can recite some verses out of the Koran. But he also smokes and drinks alcohol. He lives a kind of patchwork Islam, like so many young Muslims in Europe.

Sahin has no understanding for radical Islamists. A school friend asked him once what he would do if he were to see a Christian lying injured in the street. "I would give him first aid and call an ambulance, of course," he replied. His acquaintance shook his head: "Abdul, then you sin before the Lord. You have to let Christians lie."

Sahin believes such people are merely part of the lunatic fringe, just like the Pegida demonstrators. He sees them as part of a minority that likes to play with fire.

Sadiq Anjum, 59, restaurant owner from Dresden

The man some in Dresden view as a threat to the West enjoys serving his guests pakoras, samosas and curries. Sadiq Anjum, a refugee from Pakistan, owns Global Spicy, an Indian restaurant in Dresden's Johannstadt neighborhood. He's one of the Muslims who make up 0.1 percent of Saxony's population, and remains in the state despite the prevalence of neo-Nazis and despite the weekly xenophobic Pegida protests.

Anjum is a friendly man and chooses to say nothing bad even about the demonstrators who have been stirring up hatred against Islam and asylum-seekers in Dresden in recent weeks. "It is free here; people are allowed to march in the streets," he says.



Oliver Killig/ DER SPIEGEL

Sadiq Anjum: "It is free here; people are allowed to march in the streets."

The restaurateur moved to Germany back in the 1970s. He spent many years in Bochum, in the western state of North Rhine-Westphalia, before moving to Dresden 15 years ago. Anjum says it took a while before he felt at home in Saxony, saying that people in the east are more reserved with strangers than those in the West. But he's also convinced that it's even possible to find common ground with Pegida supporters. Politicians, he says, need to seek a dialogue with Pegida. Otherwise, he warns, a movement of the discontented could spiral into terrorism, as happened in Pakistan.

Anjum is concerned that the mood in Germany could become hostile, particularly after the Paris attacks. **He rejects the Muhammad caricatures published by Charlie Hebdo, just as he does any depiction of the Prophet. But, he says, the terrorists themselves "harmed the Prophet Muhammad."** As such, Anjum was particularly touched when Dresden Mayor Helma Orosz praised him as a role model without mentioning his name at an anti-Pegida rally attended by 35,000 people a week ago Saturday.

Orosz spoke of a "small, inconspicuous Indian restaurant" in Johannstadt. She said people ought to ask the owner whether he is Hindu, Muslim or Christian. He says he would answer, **"My religion is Germany; my Holy Scripture is the constitution; and a new election is held every four years for my prophet."**

Mely Kiyak, 38, journalist from Berlin

She has brought a thick folder with her to our interview at a café in Berlin. It is crammed with handwritten letters on the finest paper and even hand-made collages and drawings. But it isn't fan mail. It is the vilest of hate mail.

The attacks against journalist and author Mely Kiyak aren't targeted at her conduct or her opinions. Rather, they focus almost exclusively on her origins, her name or her gender. As the daughter of two Kurds, she is widely thought to be a Muslim, though in fact religion means little to her.



Ute Langkrafel

Mely Kiyak: "Aw, there you are again -- you've just grown a little older."

Kiyak gets plenty of letters from right-wing extremists. But many of the missives have more dignified origins -- from the college educated and businesspeople.

Other journalists with immigration backgrounds -- at publications like SPIEGEL, *Die Zeit*, or *Die Tageszeitung* -- share similar experiences. Often, they are disparaged as jihadists. Or they are labeled the spoiled children of immigrant guest workers who should count their blessings and keep quiet.

Kiyak and her colleagues have found a clever way of channeling such hatred into something more constructive. They regularly stage "Hate Poetry" evenings, with the motto: "You write 'em, we read 'em." In a combination between poetry reading, cabaret and agitation, the journalists recite the contents of their bile-filled post. It's an irony filled reckoning with the hatred with which they are regularly confronted. Or, as Yassin Musharbash, a reporter with *Die Zeit*, puts it, "We shoot the shit back into orbit."

During the 1990s, Kiyak lived in the eastern German city of Leipzig, where she says she experienced neo-Nazi attacks as well as right-wing marches. Among her circle of friends, she says, "someone landed in the hospital once a week." At some point, though, the neo-Nazis in Leipzig disappeared from the streets and Kiyak found herself wondering where they had gone to. When she observes Pegida today, she says she often thinks to herself, "Aw, there you are again -- you've just grown a little older."

The "Hate Poetry" group deliberately travels to the places where it hurts the most. Recently, for example, they held an event in Dresden, ground zero of the Pegida movement. The readings are also an act of civil courage, with the group even winning the "Journalists of the Year" prize by a prominent industry magazine. But is it really possible to just laugh away hate or racism?

Kiyak says she's read a lot of smart pieces since the Paris attacks, many coming from German Muslims, German Christians and German Jews. German society, she believes, has changed for the better. Kiyak wants to think positively -- to feel and live optimistically. Otherwise, she says, she wouldn't be able to bear it.

By Laura Backes, Markus Deggerich, Jan Friedmann, Maximilian Popp, Barbara Schmid and Steffen Winter

Hollands Parlament gegen EZB-Staatsanleihekäufe

Überraschend hat das niederländische Parlament ein Votum gegen die von der EZB geplanten Staatsanleihekäufe abgegeben. Der OECD-Generalsekretär findet hingegen: „Lasst Mario so weit wie möglich gehen.“

21.01.2015



© ECB / ROBERT METSCH  In diesem Konferenz-Raum im neuen EZB-Gebäude treffen sich morgen die obersten Euro-Währungshüter.

Kurz vor der mit viel Spannung erwarteten Sitzung der Euro-Währungshüter an diesem Donnerstag hat sich in den Niederlanden überraschend eine Mehrheit des Parlaments gegen die **von der EZB geplanten Staatsanleihekäufe** ausgesprochen. Einem entsprechenden, von den Rechtsliberalen von Ministerpräsident Mark Rutte eingebrachten Antrag stimmten neben den Liberalen unter anderem die oppositionellen Christdemokraten und die linkspopulistische Sozialistische Partei zu.

In der Entschließung wird davor gewarnt, dass der Aufkauf von Staatsanleihen dazu führen könnte, finanzielle Risiken zwischen den Euro-Staaten neu zu verteilen. „Wir dürfen nicht den niederländischen Steuerzahler für Risiken aufkommen lassen, die zum Beispiel der italienische Staat läuft“, erläuterte der liberale Fraktionsvorsitzende Halbe Zijlstra. Die Sozialdemokraten, seit 2012 Juniorpartner der Haager Koalition, wiesen den Antrag zurück. Der sozialdemokratische Finanzminister und Euro-Gruppenvorsitzende Jeroen Dijsselbloem bezeichnete es als „äußerst unerwünscht, dass Politiker direkt oder indirekt Empfehlungen geben oder versuchen, Einfluss auf Entscheidungen einer unabhängigen Zentralbank zu nehmen“.

Er empfehle Zurückhaltung, zumal nicht bekannt sei, was die EZB im Einzelnen entscheiden werde. Dijsselbloem spielte damit auf die Kompromisslösung an, wonach nicht die EZB selbst, sondern die einzelstaatlichen Notenbanken Staatspapiere aufkaufen könnten. Er vertraue darauf, dass die Zentralbank tue, „was innerhalb ihres Mandat ist“. Die EZB kann durch das Parlamentsvotum nicht gestoppt werden, es ist vor allem ein politisches Signal für wachsende Unzufriedenheit. Der frühere niederländische Zentralbankpräsident Nout Wellink äußerte Kritik am EZB-Vorhaben. „Ich finde weder die Diagnose noch die Medizin gut.“

Auf dem **Weltwirtschaftsforum in Davos** bekundete **unterdessen der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi**, dass er die Anleihekäufe unterstützt. „Die Schritte der EZB werden ein Zeichen setzen, dass Europa in eine neue Richtung geht“, sagte er. Der Generalsekretär der Industrieländer-Organisation OECD, Angel Gurría, warb dafür, Notenbank-Präsident Mario Draghi freie Hand zu lassen. „Lasst Mario so weit wie möglich gehen“, sagte er. Die EZB solle so viele Anleihen und für einen so langen Zeitraum kaufen, wie es für eine höhere Inflation und eine Belebung der Wirtschaft nötig sei.

Was die Euro-Notenbanker entschieden haben, wird Draghi am Donnerstagsnachmittag während der Pressekonferenz im Anschluss an die Ratssitzung erklären. Am Mittwoch machte das Gerücht die Runde, die EZB-Spitze werde Anleihekäufe im Volumen von 50 Milliarden Euro pro Monat vorschlagen womöglich bis zum Jahr 2016. Außerdem ist offenbar geplant, dass die nationalen Notenbanken jeweils nur Staatsanleihen des eigenen Landes kaufen, die wiederum für die Hälfte haften, wenn Verluste daraus entstehen sollen.

111,178

BCE: le rachat de dettes d'État pour les nuls

Mis à jour le 22/01/2015 à 08:26 Publié le 22/01/2015 à 06:01

«Cruciale», «explosive»! Les adjectifs ne manquent pas pour qualifier cette semaine pour l'avenir économique de la zone euro. La Banque centrale européenne (BCE) doit annoncer une action de politique monétaire inédite pour relancer la zone euro.

• Qu'est-ce que le «quantitative easing» (QE)?

Le «quantitative easing» (QE) ou assouplissement quantitatif, c'est la version moderne de «la planche à billet». Il s'agit d'un **instrument de politique monétaire non conventionnel**. Habituellement, la Banque centrale européenne (BCE) utilise, comme principal outil, le taux d'intérêt auquel elle accorde des prêts aux banques. Taux qui détermine celui des crédits auxquels souscrivent les ménages et les entreprises. En raison de l'ampleur de la crise, les banques centrales ont été amenées à prendre des mesures non conventionnelles dès 2008, consistant notamment à acheter des obligations ou des billets de trésorerie émis par les entreprises, à reprendre les actifs de banque ou des prêts au secteur privé transformés en obligations (ABS). Mais cela n'a rien à voir avec le «QE» dont on parle aujourd'hui, qui s'inspire de ce que fait la Fed aux États-Unis, la Banque d'Angleterre ou la Banque du Japon depuis les années 2000.



• Comment cela fonctionne?

Le «QE» consiste à racheter des dettes souveraines, des obligations d'États à long terme, à 7 ans ou 10 ans, sur les marchés. En échange de ces achats, la BCE crée de la monnaie, des liquidités nouvelles, qu'elle injecte dans les circuits financiers. Les pays de la zone euro étant très endettés, les dettes d'État abondent. Il en existe 7000 milliards d'euros en circulation. La BCE ne peut racheter que des titres bien notés par les agences de notations. Ce qui exclu a priori les titres grecs et chypriotes. La BCE peut acheter elle-même les titres, et les garder sur son bilan, ce qui fait partager les risques financiers à l'ensemble des États membres de la zone euro. Elle peut aussi laisser les banques centrales nationales acheter ces titres, et les garder sur leurs bilans, afin de ne pas mutualiser le risque entre les pays. Une option qui décevrait les marchés.

• En quoi cette opération est-elle inédite?

La zone euro ne s'est jamais lancée dans l'aventure d'un «QE» à l'américaine, car le traité de Maastricht -repris dans le traité de Lisbonne aujourd'hui en vigueur- interdit expressément le «financement monétaire» des États. Si elle sert à financer les déficits des États membres, la «planche à billets» est proscrite. C'était l'une des conditions fixées par l'Allemagne, pour renoncer au Deutsche Mark, au profit de l'euro. L'assouplissement quantitatif n'est acceptable, aux yeux de la justice européenne, que s'il s'agit d'un instrument exceptionnel permettant à la BCE d'atteindre son objectif d'inflation de 2 % à moyen terme ou de sauver l'euro.

• Pourquoi la BCE envisage cette opération?

Depuis un an et demi, l'inflation est à un niveau jugé «extrêmement bas» par le président de la Banque centrale européenne, Mario Draghi. **En décembre, les prix dans la zone euro ont même reculé de 0,2 %**. Or, selon son mandat, l'institution financière doit certes maintenir le taux de l'inflation sous les 2 % «mais pas à un niveau trop éloigné de ce seuil maximal», rappelle Jean-Claude Trichet, ancien président de la BCE. Cette tendance fait craindre à la plupart des pays de la zone euro, à l'exception de l'Allemagne, que l'Europe s'installe dans la déflation, c'est-à-dire la «diminution générale et durable des prix», selon la définition de l'Insee. Le risque c'est que la baisse des prix se transmette aux salaires, et affaiblisse encore la croissance.

• La déflation, c'est grave?

Oui. Aussi grave que l'inflation, et plus difficile à combattre. La déflation, c'est le cauchemar des banques centrales, car il est très difficile d'en sortir, si ce n'est en recourant massivement à la planche à billets... La déflation a accompagné le krach boursier de 1929 aux États-Unis et en Europe. Ce fléau économique sévit depuis deux décennies au Japon. La zone euro est-elle en déflation? Pas encore officiellement. Les prix reculent surtout en raison de la chute des prix du pétrole, considérée comme une bonne nouvelle pour la zone euro. Mais le danger guette, notamment dans le sud de la zone euro où les prix reculent depuis plusieurs mois. Et c'est pour éviter de tomber dans le piège, que la BCE veut agir. Avant qu'il ne soit trop tard.

• Pourquoi l'Allemagne s'oppose à cette opération?

L'Allemagne n'aime pas la «planche à billets». Elle craint que cela n'alimente des bulles financières, et qu'en dépréciant l'euro, et en facilitant l'endettement, cela décourage les réformes structurelles dans les États du sud de l'Europe. «Il faut empêcher que la pression pour l'amélioration de la compétitivité diminue à cause de l'action de la BCE», a mis en garde Angela Merkel. L'inflation est également une crainte historique des Allemands, traumatisés par la folle envolée des prix des années 1920, qui a ruiné les petits épargnants et les classes moyennes, et dans la conscience collective fait le lit du régime nazi. Une crainte largement dépassée, au yeux de tous les économistes. «Toutes les études le prouvent: cela n'augmente pas l'inflation. Il n'y a pas de danger de ce côté», répond Catherine Mann, chef économiste de l'OCDE, **dans une interview au Figaro**. L'Allemagne ne croit pas non plus au risque de déflation brandi par la BCE. Il n'y aurait donc aucune urgence à décider d'un assouplissement monétaire.

• Quels seraient les gagnants et les perdants?

Les pays périphériques de la zone euro (Italie, Espagne, Portugal, Irlande), seraient les plus grands gagnants d'un «QE» à l'américaine. L'Italie et l'Espagne bénéficieraient d'une offre de crédit plus abondante et moins onéreuse, alors qu'aujourd'hui, ils font face à un crédit «crunch», une pénurie de crédit. Ils bénéficieraient aussi de la dépréciation de l'euro entraîné par ce surcroît d'offre de monnaie pour exporter plus. Cela dit, l'Allemagne gagnera aussi beaucoup d'une baisse de l'euro, car sa croissance dépend de plus en plus des exportations vers les pays émergents.

En France, le «QE» aura un impact moindre. Le Trésor français emprunte déjà à des taux historiquement bas ; le crédit est disponible et bon marché. C'est la demande de crédit qui ne suit pas, par manque de confiance. Pourquoi demander un crédit lorsque l'on est assommé d'impôts et de réglementations tatillonnes? La France qui s'est tant plainte de «l'euro fort» sera surtout aidée par la dépréciation du change. Ses exportations en zone dollar seront plus compétitives. Les entreprises du CAC 40 seront les grandes gagnantes.

Du côté des ménages, les emprunteurs seront avantagés -ils peuvent emprunter moins cher ou renégocier leur crédit-, alors que les épargnants verront leur épargne leur rapporter moins. Le «QE» incite à demander un crédit, à dépenser, à prendre des risques en Bourse, et non à épargner sur un **livret A** ou en obligations d'État par le biais d'assurances vie en fonds euros...

111,180

François Hollande veut célébrer la laïcité dans les écoles

Le Monde.fr avec AFP | 22.01.2015 à 08h53 • Mis à jour le 22.01.2015 à 09h01

Lors de ses vœux au monde éducatif, prononcés mercredi soir à la Sorbonne, à Paris, François Hollande a salué les enseignants, « en première ligne » après les attaques djihadistes, et qui ont « su faire face à toutes ces réactions qui ont été inspirées par ces horreurs : l'émoi, la peur, le silence, parfois le déni, et il y a pu avoir aussi de la provocation ».

Quant aux « incidents » dans certains établissements, notamment durant la minute de silence en mémoire des victimes, le 8 janvier, au lendemain de l'attaque de *Charlie Hebdo*, « nous ne devons ni les amplifier ni les sous-estimer, mais les regarder lucidement », a dit le chef de l'Etat. Selon lui, « dans les réactions adolescentes », il faut savoir « faire avec discernement la part de l'inconscience de l'enfance, qui doit être éclairée, et de la violence de l'adulte, qui doit être sanctionnée ».

Mais il a également appelé à la fermeté face aux dérives. « Tout comportement mettant en cause les valeurs de la République ou l'autorité [des enseignants fera l'objet d'un] signalement [au chef d'établissement] », a-t-il ainsi annoncé :

« Aucun incident ne sera laissé sans suite. Chaque fois qu'il y aura une mise en cause de la dignité, de l'égalité entre jeune fille et jeune garçon, qu'il y aura une pression, un mot qui sera prononcé qui met en cause une valeur fondamentale de l'école et de la République, il y aura une réaction. »

RÉSERVES CITOYENNES ET JOURNÉE DE LA LAÏCITÉ

Le président de la République a par ailleurs annoncé la création dans chaque académie de groupes de volontaires, des « réserves citoyennes », pouvant intervenir dans les établissements scolaires. Il a souhaité qu'avec ce dispositif, « collectivités territoriales, associations, élus, mais aussi entreprises travaillent ensemble pour permettre la réussite éducative des élèves », citant parmi les intervenants possibles, « journalistes, avocats, acteurs culturels ».

François Hollande a également souhaité que le 9 décembre, la « Journée de la laïcité, soit célébré dans tous les établissements ». Les parents « doivent aussi respecter » les enseignants, a insisté M. Hollande, ajoutant que la charte de la laïcité à l'école affichée depuis la rentrée 2013 serait aussi signée par eux. La laïcité, c'est « la liberté de conscience et les règles qui font que les religions n'ont pas la place dans l'école ; ce qui n'empêche pas qu'il y ait un enseignement laïc des religions », a-t-il insisté. Il a dit « veiller » à ce que cet enseignement fasse l'objet d'une « attention particulière » dans l'enseignement moral et civique, qui doit entrer en vigueur en septembre 2015.


M. Hollande a également affirmé être attaché à « l'enseignement aux médias, à l'information, pour que chaque élève puisse comprendre ce qu'est une information » et fasse la différence avec « une rumeur, un bruit, une malversation et qui n'a rien à voir avec une information ». D'autres mesures doivent être annoncées jeudi par la ministre de l'éducation nationale, Najat Vallaud-Belkacem, à l'issue d'une réunion interministérielle.

Die Muslime müssen selbst Lösungen finden

Die friedliche Mehrheit der Muslime muss die Deutungshoheit über ihre Religion zurückerlangen. Wir dürfen uns nicht länger hinter der Phrase verstecken, Gewalt und Terror hätten nichts mit dem Islam zu tun. Ein Gastbeitrag.

21.01.2015, von SERAP GÜLER



© DPA  Freitagsgebet in der Sehitlik-Moschee in Berlin

Vorweg: Ich bin Muslimin – ein Bekenntnis, das in diesen Tagen nicht einfach ist. Werden doch die schlimmsten Greuelthaten auf das Konto meiner Religion verbucht. Das macht mich nicht nur betroffen, es betrifft mich auch ganz konkret. Muss ich doch als Muslimin oft das „Warum“ erklären: warum der Islam zur Gewalt neigt und diese legitimiert, warum sich die meisten Terroristen auf den Islam beziehen. Fragen, die weder von der Hand zu weisen sind noch einfach zu beantworten. Soziokulturelle Perspektiven oder machtpolitische Ansprüche sind Erklärungsmuster, die nicht immer überzeugen.

Oft sind theologische Erklärungen gefragt, mit denen ich als einfache Muslimin nicht dienen kann. Gläubig zu sein macht mich nicht zur Expertin. Auch mag der Koran die Basis meiner Religion sein, aber weder richte ich mein Leben nach ihm aus, noch kenne ich ihn auswendig. Der Prophet selbst hat Gottes Wort nicht wörtlich verstanden, 14 Jahrhunderte später werde auch ich das nicht tun. Und trotzdem bin ich Muslimin – aber ich bin auch mehr: Ich bin eine Frau, Demokratin, Bürgerin. Ich bin vieles, und bei alledem denke ich nicht permanent an meinen Glauben. Er gibt mir oft Halt, ist aber nicht die Grundlage all meiner Entscheidungen. Ich entscheide mich auch oft für ein Glas Wein und bin trotzdem Muslimin!

Keine Rechtfertigung für Mord und Terror

Das mag einige verstören, einige werden das als Widerspruch empfinden. Sollen sie! Der Richter meiner Religion ist Gott allein, und ich habe schon vor längerer Zeit die Entscheidung getroffen, mir weder von eindimensionalen Menschen, geschweige denn von blutdürstigen Terroristen oder gescheiterten Existenzen meine Religionszugehörigkeit nehmen zu lassen. Auch als Muslimin verurteile ich ihre Taten auf das schärfste, und mich interessiert dabei nicht im Geringsten, was alles in ihrem Leben schiefgelaufen ist.

Keine Biographie kann Mord und Terror rechtfertigen. Ich glaube nicht daran, dass es Gott oder dem Propheten gefällt, wenn unschuldige Menschen getötet werden. Ist dies doch auch nach islamischem Verständnis eine äußerst schwere Sünde. Ich glaube an die Lehre des Propheten, Gebrauch von meinem Verstand zu machen. Sich Opfer- oder Minderwertigkeitskomplexen zu bedienen, die die Schuld für das eigene Versagen oder einen Schicksalsschlag auf andere projizieren, ist für mich alles andere als islamisch.

Islam braucht einen Imagewechsel

Viele Muslime in unserem Land denken ähnlich. Die Bilder, die sie sehen, machen sie ebenso betroffen. Aber Betroffenheit darf uns nicht zum Schweigen und ebenso wenig zum Abstreiten bringen. Der Satz „Gewalt und Terror haben nichts mit dem Islam zu tun“ ist mehr denn je fehl am Platz. Er ist fehl am Platz, weil diese Gewalt und dieser Terror im Namen des Islams verübt werden. Oder wie es Navid Kermani neulich sagte: „In dem Augenblick, da sich Terroristen auf den Islam berufen, hat der Terror auch etwas mit dem Islam zu tun.“ Dieser Satz schmerzt die meisten Muslime, und dieser Schmerz ist berechtigt. Aber wir müssen aufstehen vom Krankenbett, aufhören mit Phrasen und uns ernsthaft mit diesen Fragen auseinandersetzen. Nicht nur theologisch, sondern allem voran gesellschaftlich.

Der Islam braucht einen Imagewechsel. Hierfür ist keine Werbeagentur, hier sind die führenden Muslime gefragt, die nicht mit internem Zwist, sondern vor und hinter den Kulissen mit einer gemeinsamen Botschaft auffallen müssen. Nicht die Politik, sondern sie selbst müssen Lösungen finden. Der Wulff-Satz „Der Islam gehört mittlerweile auch zu Deutschland“, den unsere Bundeskanzlerin jüngst wiederholte, hat viele Muslime in unserem Land erfreut. Ja, der Satz ist richtig und steht nicht konträr zu der Aussage „Deutschland ist christlich-jüdisch geprägt“. Warum auch? Dass der Islam mittlerweile auch zu Deutschland gehört, spricht nicht gegen eine Tradition. Es erweitert sie nur um die heutige Realität. Aber man muss auch den Kritikern etwas entgegenstellen.

Das Argument, dass die meisten der vier Millionen Muslime in unserem Land friedlich sind, mag faktisch richtig sein. Aber die Debatte wird längst nicht mehr faktisch, sie wird emotional geführt. Deshalb reicht dieses Argument nicht mehr. Die betroffenen Muslime müssen sich gemeinsam der Verantwortung stellen und die Deutungshoheit über ihre Religion wiedererlangen. Niemand kann ihnen diese Verantwortung abnehmen. Sie müssen lauter werden als die lauten Extremisten. Sie müssen die Jugendlichen unserer Gesellschaft schützen und aufklären – nicht für die anderen, sondern für ihre Religion. Sie müssen sich der Auseinandersetzung stellen, weitergehen und sich intensiver der Frage zuwenden, ob sie nicht endlich reif für das Modell eines europäischen Islams sind.

Die Autorin ist Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen und des Bundesvorstandes der CDU.